



*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner*

Die Neue Gesellschaft

7

1983
30. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reinut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 8,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 12
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
		Thema: Liberalismus und Sozialdemokratie
692	Gespräch mit William Borm	„Die Sozialdemokratie braucht das fortschrittliche Bürgertum“
602	Günter Verheugen	Liberalismus und Sozialdemokratie – vom Godesberger Programm zu den Freiburger Thesen
609	Ingrid Matthäus-Maler	Fortschrittliche Liberale in einer Volkspartei – Chance oder Widerspruch?
614	Ulrich Krüger	Haben die Liberalen Demokraten noch eine Zukunft?
619	Marianne Hochgeschurz	Braucht linksliberale Politik eine eigene Parteiorganisation?
628	Erhard Eppler	Dokumentation: Liberal und Soziale Demokratie. Zum politischen Erbe Friedrich Naumanns
638	Adolf Stockleben	Erreicht die SPD noch die Betriebe?
641	Helmut L. Müller	Anläufe zu einem Dialog – Die Gewerkschaften und die Grünen
645	Bodo Hombach	Aspekte sozialdemokratischer Kulturpolitik in den 80er Jahren
655	Peter Sonnet	DDR und faschistische Machtergreifung
660	Arno Waschkuhn	Öffentlichkeit und Demokratie – Einige politiktheoretische Bemerkungen
665	Christian Zänker	Der Zerfall der Kommunistischen Partei Spaniens
		Berichte aus europäischen Ländern
670	Europäische Gemeinschaft	Informationedefizite
672	Frankreich	•Eine schwierige Koalition
674	Griechenland	Lob der Privatindustrie
677	Großbritannien	Vom Wahlkampf zum Überlebenskampf
679	Irland	Kampagne mit traurigen Konsequenzen
681		Kritik

Zum Inhalt

Kaum ein Jahr ist vergangen, seit sich die „Freien Demokraten“ in geradezu selbstmörderischer Manier zum stiegenden Wechsel zurück in die Bürgerblockkoalition früherer Jahrzehnte anschnickten. Die anfängliche Euphorie – ob des unverhofften Überlebens am 6. März – ist mittlerweile gründlich verfliegen. In Sachen Liberalität und bürgerliche Freiheitsrechte hatten sie viele derer, die sich immer noch mit dem Adjektiv „liberal“ identifizieren, die „geistig-moralische Wende“ so sicherlich nicht vorgestellt.

Angefangen vom § 218 und vom Ehescheidungsrecht über das Demonstrationsrecht und den Datenschutz bis hin zur Filmförderung reicht es bei der derzeitigen FDP-Führung zu kaum mehr noch als zum lauen Protest gegen die selbstherrlichen Entscheidungen der „Trendwender“. Kein Zweifel: Die von Genscher und Lamsdorff geführte FDP steht zur Zeit rechts von der Union. Sie präsentiert sich als monetaristisch-angebotsorientierte Kampfgruppe eines rigiden Wirtschaftsliberalismus. Aber ist das die ganze und die ganze zukünftige FDP?

Jene, die diesen Weg von Anfang an haben heraufziehen sehen, haben unter dem Motto „Die Liberalen verlassen die FDP“ bereits frühzeitig ihre Konsequenzen gezogen. Sie wandten sich teilweise der SPD zu oder gründeten eine eigene neue Partei, die „Liberalen Demokraten“, oder sammelten und sammelten sich in den „Liberalen Vereinigungen“. Schon der Vorgang als solcher verdient Beachtung – um so mehr, als das Schicksal des „Sozialliberalismus“ auch und gerade für Sozialdemokraten – abseits aller kurzfristigen (und kurzzeitigen) wahltaktischen Überlegungen – Anlaß sein sollte, sich mit dem schwierigen und historisch belasteten Verhältnis der Sozialdemokratie zum Liberalismus wie umgekehrt des Liberalismus zur Sozialdemokratie zu beschäftigen.

Von unterschiedlichen Ansätzen herkommend und in unterschiedlichen parteipolitischen Bindungen stehend, verstehen sich alle Autoren unseres Schwerpunktthemas als Liberale oder als fortschrittliche Demokraten. Wenn es so etwas wie ein geistiges Erbe gibt, das seinen könnte, so wäre es – neben dem Karl-Hermann Flachs – wohl vor allem das Friedrich Naumanns (1860–1919). Nicht zuletzt dies war für uns Grund, eine sehr zu Unrecht vergessene Arbeit zu dokumentieren, die Erhard Eppler vor 22 Jahren zum gleichen Thema publiziert hat. Im Vorwort dieser Schrift über den bedeutenden liberalen Publizisten

und Politiker schrieb damals Carlo Schmid: „Zu Lebzeiten Friedrich Naumanns und auch nach seinem Tode konnten sich manche liberale Gruppen auf Friedrich Naumann berufen. Die FDP von heute kann es vielleicht in einzelnen Persönlichkeiten, die ihr angehören, aber sicher nicht als politische Partei, während ich davon überzeugt bin, daß Friedrich Naumann im Godesberger Programm der SPD seinen Grundgedanken vom ‚zu Ende gedachten Liberalismus‘ wiedergefunden hätte.“ Carlo Schmidts Verdikt, einst gerichtet gegen die Mende-FDP, trifft auf die „Wende“-FDP unversehens wieder zu.

Was aus dem geistigen Erbe des sozialen Liberalismus wird, ist heute noch nicht ausgemacht. Die SPD hat sich dieser Strömung schon mit dem Godesberger Programm geöffnet; es war deswegen nicht weniger als konsequent, daß sie auch sozialliberale Politiker der FDP aufgenommen hat, als Genscher und Lamsdorff ihre Partei nach rechts drückten. Ob diese Öffnung entschlossen genug war, um wirklich auch einen erheblichen Teil der früheren FDP-Wähler an die SPD zu binden, muß derzeit offen bleiben; ganz abgesehen davon, daß es immer auch organisationspolitische Abstößungen geben kann – ein individualistisch sozialisierter Liberaler fühlt sich in der von den Traditionen der Arbeiterbewegung geprägten SPD manchmal verlassen, als man glauben mag.

Kein Zweifel, auch in der heutigen FDP gibt es respektable Liberale, mit denen das Gespräch lohnt. Zwar haben sie zur Zeit in ihrer Partei nur wenig zu melden; und deshalb muß die Sozialdemokratie die rechtsgewendete FDP als politischen Gegner begreifen und schlagen, wo sie sie schlagen kann; nur dies öffnet auch den Sozialliberalen in der FDP wieder neue Optionen. Aber die inhaltliche Debatte um Liberalismus und Sozialdemokratie darf nicht abreißen; auch mit denen nicht, die es für notwendig halten, in einer wirtschafts- und nationalliberalen FDP auszuhalten.

Und genau diese Debatte führt die „Neue Gesellschaft“. Auch Sozialdemokraten wissen, daß – wenn man von der Ost- und Friedenspolitik einmal absieht – auf verschiedenen Feldern der Gesellschaftspolitik die kreative Kooperation zwischen Sozialdemokratie und sozialem Liberalismus zu früh steckengeblieben ist; die Sozialpolitik als Beispiel. So gibt es noch vieles zu diskutieren und zu debattieren; die „Neue Gesellschaft“ lädt dazu ein.



LIBERALISMUS UND SOZIAL- DEMOKRATIE

„Die Sozialdemokratie braucht das fortschrittliche Bürgertum“ NG-Gespräch mit William Borm

William Borm, Jahrgang 1895, war von 1945 bis 1982 politisch in der FDP tätig. Von 1948–50 war er stellvertretender Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Berlin. Nach neun Jahren DDR-Haft (1950–59) wurde er Vorsitzender der Berliner FDP (1960–69). Von 1963–67 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses von 1965–72 Mitglied des Europäischen Parlaments, war er zuletzt (1960–82) Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Außen-, Deutschland- und Europapolitik der FDP sowie Ehrenvorsitzender der Berliner FDP. Borm ist heute Ehrenvorsitzender der Liberalen Demokraten.

NG: Nach der sogenannten Wende in Bonn ist etwas Tiefgreifendes mit dem deutschen Linkliberalismus geschehen. Viele Linkliberale haben die FDP verlassen, einige sind zur SPD gegangen, einige zu den Grünen, wieder andere arbeiten in den Liberalen Vereinigungen, andere haben eine neue Partei, die Liberalen Demokraten, gegründet, über deren Erfolgsaussichten man noch nichts sagen kann, wiederum andere haben sich – wie es scheint – völlig ins Privatleben zurückgezogen. Wie kam es eigentlich zu dieser Zersplitterung der Linkliberalen?

Borm: Es ist ein altes Übel, besonders der – ich möchte nicht das Wort „Linkliberale“ aufnehmen – an der Zukunft orientierten, fortschrittlichen Liberalen, daß sie sich wohl über die Notwendigkeit des Zieles einig sind, daß sie aber über die Methoden auseinandergehen. Dazu muß man vielleicht etwas zurückblicken: Es ist auch schon vor 1914 charakteristisch für die Liberalen gewesen, daß sie sich zersplitterten, auch durch personelle Ambitionen. Die SPD ist im wesentlichen davon erfreulicherweise verschont geblieben. Also die heutige Zersplitterung ist eigentlich die Fortsetzung dessen, was Liberale immer getan haben.

NG: Daraus wurden aber doch nach dem Zweiten Weltkrieg Lehren gezogen?

Borm: Wir wollten nach 1945 sowohl in Berlin als auch in Westdeutschland die auseinanderstrebenden Flügel der Liberalen in einer Partei zusammenfassen, was 1948 in Heppenheim möglich wurde. Dieser Versuch erfolgte unter dem Druck der Not und aus der Erfahrung heraus, daß liberale Politik nur möglich ist, wenn sie geschlossen verfolgt wird, weil angesichts etwa der 5%-Sperrklausel eine einzelne liberale Richtung wohl kaum würde einen Einzug ins Parlament halten können.

NG: Wie entwickelte sich die FDP nach diesem Zusammenschluß?

Borm: Es gab die Liberalen, die diesen Namen zu Recht führen, die ich als zukunftsorientierte Liberale bezeichne, die sich an dem Wohl dessen ausrichten, was für das Volk nach liberaler Ansicht notwendig ist. Diese Ausrichtung auf das Volk als Ganzes bedurfte dann allerdings der Absage an typisch besitzbürgerliche Interessen. Man durfte und darf sich nicht etwa ausschließlich als Vertreter der Selbständigen oder gar des Großkapitals fühlen, sondern man muß wissen, was dem Wohl des Ganzen dient. Das ist ohnehin schwer zu definieren. Noch schwerer ist es, eigene partikuläre Interessen dem Wohl des Ganzen unterzuordnen. Das ist eine Kardinalforderung, die aber einfach angesichts der menschlichen Situation, in der jeder für sich selbst sorgt, schwer zu erfüllen ist.

NG: Und die Klientel der Liberalen?

Borm: Die Wirtschafts-Liberalen hatten sie anfangs nicht, sie haben sie sich wieder gesucht und haben dabei Herrn Flick und andere Leute gefunden. Sie leben also, rein existenzbedingt, von Zuwendungen des Großkapitals, auch von Zuwendungen des Klein- oder Mittelkapitals, und da liegt es nahe, daß sie nach der Devise handeln: 'Wes Brot ich ess', des' Lied ich sing'. Dies jedoch nach aller Erfahrung das Ende jeder unabhängigen, liberalen Politik und führte auch zu Reibungen in der liberal-sozialen Koalition, die wir ja 13 Jahre hindurch, anfangs mit großem Erfolg, dann immer weiter absackend, aufrechterhalten haben. Die Sprache zwischen den Koalitionsparteien wurde zunehmend eine andere. Und hier tragen beide Parteien an dem Niedergang und dem Mißerfolg der sozialliberalen Koalition die gleiche Schuld. Die deutsche Politik hat das Glück gehabt, in Helmut Schmidt einen Mann gefunden zu haben, der eigentlich über den Parteien steht, der eine internationale Bedeutung gewonnen hat. Vielleicht war er für manche Kräfte in der Sozialdemokratie zu groß . . .

NG: Was meinen Sie mit „zu groß“?

Borm: Er hat die Basis, die seiner Partei die Stärke gibt oft genug vor den Kopf gestoßen, er war kein Mann der



Arbeiter. Die SPD ist eine Volkspartei und nimmt alle sozialen Schichten in sich auf, das hat die programmatische Öffnung durch das Godesberger Programm bewirkt. Allerdings hat Helmut Schmidt allzusehr auf seine eigene Kraft gebaut und hat die Sozialdemokratie nicht mehr – ich kann mich irren – als Wurzel seiner Kraft, als seine geistige Heimat betrachtet, sondern er ist über jede Parteipolitik hinausgewachsen. Das hat ihm die Partei übergenommen und, wie mir scheint, nicht ganz zu Unrecht.

NG: Zurück zur Klientel-Politik der FDP, die ja wohl mit den Grundsätzen der Freiburger Thesen nicht zu vereinbaren ist.

Born: Wir, die Liberalen, haben das Gesetz, nach dem wir angetreten sind und woraus wir unsere Zukunft, etwa mit dem Freiburger Programm, abgeleitet haben, schönede vergessen, um des Mammons willen. D. h. wir sind eigentlich wieder eine bessere CDU geworden. Wir sind das Sprachrohr der Wirtschaft geworden. Eigentlich,

um es etwas bössartiger zu sagen, eine gewissermaßen bundesweite Industrie- und Handelskammer. Auch der FDP-„Vordenker“ Dahrendorf hat gesagt, eine liberale Partei könne keinen größeren Fehler begehen, als Interessenpolitik zu betreiben. Genau das aber tut jetzt die FDP: sie betreibt die Interessenpolitik des Besitzes – und damit natürlich in Sonderheit eine Politik des Großkapitals. Denn was hat das kleine Kapital schon zu sagen? Es ist keine Macht. So sind nun mal die Entwicklungen auf der Welt, Konzentration, damit ist die Grundlage einer wirklichen, auf die Zukunft ausgerichteten liberalen Politik verlassen.

Mein Austritt aus der FDP ist in erster Linie gar nicht so sehr wegen des Koalitionswechsels notwendig geworden. Darüber hätte man reden können. Anders aber die Art und Weise, wie der Wechsel durchgeführt wurde, unter Umgehung und Täuschung der eigenen Partei, unter Täuschung des Volkes, der Wählerschaft, der man 1980 gesagt hatte: „Was wir wollen, können wir nur

gemeinsam mit der Sozialdemokratie bewerkstelligen". Niemand hat die FDP zu dieser Aussage gezwungen. Sie ist aber gemacht worden. Unter Wortbruch einen solchen Wechsel zu vollziehen ist mit William Born unmöglich.

Man muß, das sage ich als ein in jeder Beziehung unabhängiger Mensch, eine gewisse Moral auch in der Politik voraussetzen. Wo sie nicht vorhanden ist, schwindet die Erfolgsmöglichkeit, denn früher oder später merkt das feinfühligste Volk, daß es hintergangen und betrogen worden ist. Man kann durch Täuschung eine Zeitlang alles erreichen, aber nicht auf Dauer. Die sozialliberale Koalition, ich wiederhole es, hat durch beiderseitige Versäumnisse ihr Klassenziel nicht erreicht. Aber das, was die Wirtschaftsliberalen heute betreiben, ist ein Bindestrich-Liberalismus geworden, es ist kein umfassender Liberalismus mehr, keiner, der geeignet wäre, eine echte zukunftsorientierte sozialliberale Politik zum Erfolg zu führen.

NG: Sie betonen die Zukunftsorientierung der sozialliberalen Politik. Was verstehen Sie darunter?

Born: Wir leben in einer Zeit, in der alle Werte, alle Gesellschaftssysteme, sei es Kapitalismus, sei es Sozialismus in der Form des Kommunismus, auch der Parlamentarismus in ihrer heutigen Form auf dem Prüfstand stehen.

Ich habe als Junge ein Buch verschlungen: Jules Verne „In achtzig Tagen um die Erde“. Der Fortschritt der Technik ermöglicht dies heute in wenigen Stunden. Man kann in Sekundenschnelle einander über den Globus hinsehen und hören. Das bedeutet, die Erde ist so klein geworden, daß schlechterdings alle Rückwirkungen aufeinander hat. Die Zeiten sind vorbei, in denen Goethe sagen konnte, es sei völlig gleichgültig, wenn hinten in der Türkei die Völker aufeinanderschlugen. Wenn heute beispielsweise Herr Strauß in Togo seine bramarbasierenden Reden hält und sich dafür beklatzen läßt, oder wenn sonst etwas geschieht, hat das Rückwirkungen überall, wie in einem Spinnennetz. Die Zeit ist vorbei, in der einzelne Nationalstaaten auf sich gestellt, etwas bewirken konnten. Sie können es weder politisch noch ökonomisch. Es bedarf größerer Zusammenschlüsse; ökonomischer wie politischer Natur. Regionale Zusammenschlüsse in Europa - EG, COMECON, NATO, Warschauer Pakt - sind trotz aller Fehler und trotz der Widerstände, die gegen sie bestehen, einfach lebensnotwendig geworden. Aber auch diese regionalen Zusammenschlüsse sind nicht der Weisheit und der Entwicklung letzter Schluß. Es sind Vorstufen zur Globalität allen Geschehens. Daß eine solche, völlig geänderte politische Grundlage ganz neue Zukunftsaufgaben erfordert, liegt auf der Hand.

Hinzu kommt noch etwas nicht minder Wichtiges. Als ich geboren wurde, lebten auf der Erde 1,3 Milliarden Menschen. Heute sind es fünf, und wenn die Entwicklung so weitergeht, gibt es im Jahre 2050 ca. zwölf Milliarden Menschen. Daß diese enorme Bevölkerungsexplosion das Leben der Menschen völlig verändert, ist für jedermann ersichtlich. Infolge dessen, und damit wollte ich nur erklären, was heute für mich „zukunftsbezogen“ heißt, müssen wir diese Zukunft heute bereits in die Kalkulation einbeziehen, wenn anders wir nicht Gefahr laufen wollen, daß zwangsläufig Gewalt an Stelle von vorausschauender Vernunft tritt.

NG: Auf welche politischen und sozialen Kräfte kann oder muß sich eine solche Politik vorausschauender Vernunft stützen? Wer soll sich ihrer annehmen?

Born: Sie darf keinesfalls konservativen Kräften überlassen werden. Darin liegt für mich eine der Kernfragen. Der Konservative schaut nur so weit in die Zukunft, wie diese ihm seinen Einfluß, seine, sei es wirtschaftliche, sei es politische, Macht sichert. Nur dies zieht er ins Kalkül. Aber er schaut in die Zukunft nicht etwa, um eine Entwicklung vorzubereiten, die auch ihm Opfer - oder Änderung seiner Einstellung - abverlangen würde. Rechtzeitig gibt er nichts her, lieber verliert er später alles.

Zur Vorausschau sind nur fortschrittliche Menschen fähig, und das sind normalerweise Leute, die nicht besitzorientiert sind. Die Arbeiter haben erfreulicherweise wichtige Forderungen durchsetzen können. Sie sind heute gleichberechtigte Bürger. Aber sie sind kleinbesitzorientiert, und das ist gesund. Sie sind nicht darauf orientiert, durch Besitz Macht auszuüben, sie üben Macht durch Solidarität und durch ihre Zahl aus. Das ist der Kardinalfehler der heutigen Zeit, daß die Konservativen, Thatcher, Kohl und besonders die Vereinigten Staaten, noch nicht begriffen haben, daß sich die Zeiten ändern, daß wir mit den Methoden, den Anschauungen von vorgestern, mit den Zielsetzungen und Instrumentarien von vorgestern - etwa Nationalstaaten oder „Wiedervereinigung“ Deutschlands - glauben, das Heute oder gar das Morgen und Übermorgen in den Griff zu bekommen. Das geht nicht. Wenn alles so weiterginge wie bisher, dann tritt unvermeidlich Gewalt an die Stelle der Vernunft. Hieraus erwächst die historische Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums und der Arbeiterschaft, die historische Aufgabe einer vorausschauenden Politik, die jedem Opfer abverlangt und die Rücksichtnahme auch auf legitime Interessen anderer verlangt.

Ich trete also für das Bündnis der Arbeiterschaft mit den im modernen Sinne Liberalen ein, die beide in die Zukunft schauen sollten.

Ich weiß aus meiner Lebenserfahrung, daß der vulgäre Antikommunismus hierzulande seit über 60 Jahren eine

politische Konstante ist. Trotz aller Bemühungen wird er gegen die Sozialdemokraten eingesetzt, obgleich diese alles andere sind als kommunistisch angehaucht. Vielleicht haben sie sogar ein wenig zu viel Berührungsangst gegenüber Kommunisten, die ich z. B. nicht habe. Nun ich bin unabhängig, ich kann's mir leisten.



Vielleicht beengt die überzogene Berührungsangst der Sozialdemokratie mit den Kommunisten schädlicherweise den Spielraum, den fortschrittliche Politik haben muß. Jedenfalls hat sie dazu geführt, daß die Sozialdemokratie Möglichkeiten, die sie hatte, nicht voll ausgenutzt hat. Um so mehr braucht sie die fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums. Deswegen sage ich es so: Getrennt marschieren und geeint schlagen!

NG: Und weil dies nicht geschehen ist, ist aus Ihrer Sicht die Wahlniederlage des 6. März eingetreten?

Born: Ich bin davon überzeugt, daß der für mich höchst bedauerliche Rückschlag, den die Sozialdemokratische Partei unter Hans-Jochen Vogel, den ich hoch schätze, in der Bundestagswahl erlitten hat, mit darauf zurückzuführen ist, daß die SPD geglaubt hat, sie könne es allein schaffen. Wir, die Liberalen Demokraten, hätten Ihnen nicht *viel* helfen können, denn noch bedeuten wir wenig; aber wir können ein Kern werden, an dem sich das fortschrittliche Bürgertum hochrankt. Aber wir sind

wenigstens als Partei institutionalisiert, und ich glaube, die Sozialdemokratie müßte ein Interesse daran haben, diesen Kern nicht achtlos beiseite liegen zu lassen, sondern die Kräfte, die in uns liegen, nutzen, um gemeinsam einen Weg zu gehen. *Wie*, spielt derzeit keine Rolle. Die Sozialdemokraten sollten von uns Kenntnis nehmen und nicht in Verkennung der Situation glauben, daß sie das fortschrittliche Bürgertum binden können. Daß sie das nicht können, das hat die Wahl am 6. März bewiesen.

Mit wem wollen Sie's machen? Etwa mit den Grünen? Daß es die Grünen überhaupt gibt, fällt in die gemeinsame Verantwortung der Sozialdemokraten und der Liberalen. Wir haben die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Wir haben nicht verstanden, daß das Volk ökologisch bewegt ist, wir haben nicht verstanden, daß das Volk Frieden will. Beides haben wir beiseite liegen lassen, insbesondere die Liberalen, die Quittung haben wir beide gekriegt - Sie und wir, denn die F.D.P. ist auseinandergebrochen. Als einzelner habe ich in meiner früheren Partei nichts auf den Weg bringen können, obgleich ich dort einigen Einfluß hatte. Das ist die Lehre, die wir aus der Vergangenheit zu ziehen haben: wir sollten pfleglich miteinander umgehen.

NG: Mit den Grünen rechnen Sie in diesem Zusammenhang nicht?

Born: Die Grünen sind geeint durch etwas Negatives allen gegenüber. Aber in den Grünen steckt auch ein großes Potential, das eigentlich zu uns gehört, entweder zu Ihnen oder zu uns.

Das bedeutet nicht, daß ich die Grünen grundsätzlich bekämpfen will. Sie gehen an ihren inneren Widersprüchen selbst zugrunde, hindern sich selbst, ein Politikum zu werden. Sie stehen in der Gefahr, in politische Clownerie abzugleiten. Es fehlt ihnen die Erfahrung. Der gute Wille allein reicht nicht aus. Wer nur im Negativen einig ist, der kann nichts bewirken. Bewirken kann nur der etwas, der *positive* Ziele hat.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die moderne Sozialdemokratie und das moderne Bürgertum die gleichen positiven Ziele und die gleichen positiven Aufgaben haben. Das ist meine Überzeugung, darum habe ich den Anstoß zur Gründung der Liberalen Demokraten aufgegriffen. Ich sehe in diesen Liberalen Demokraten ein Konzentrationszentrum, dem es im Verein mit einer selbstbewußten, ihrer eigenen Versäumnisse bewußten Sozialdemokratie gelingen kann, nein, gelingen muß, wieder an die Aufbruchstimmung von 1969 anzuknüpfen. Es geht um mehr als einen Regierungswechsel. Ich glaube nicht, daß die Grünen jemals Bundesgenossen der Sozialdemokratie werden können: Ich glaube, daß die SPD ihre Bundesgenossen in der heute allerdings erst

3000 Mitglieder umfassenden liberal-demokratischen Partei suchen müssen, in denjenigen, die im Wollen und Wissen, geprägt durch die Erfahrungen in der Vergangenheit, bereit sind, mit der Sozialdemokratie zu verhindern, daß durch den massiven Widerstand der jetzigen Bundesregierung gegen jeden Fortschritt die Gewalt an die Stelle der Vernunft tritt.

NG: Wie könnte denn die von Ihnen vorgeschlagene Zusammenarbeit von Liberalen Demokraten und Sozialdemokraten konkret aussehen?

Born: Es wäre als Anfang gar nicht schlecht, wenn wir ein ständiges Diskussionsforum zwischen Sozialdemokratie und führenden Kräften bei uns einrichteten. Es wäre gar nicht so dumm, wenn man miteinander gemeinsame Fragen, damit wir in der Zukunft nicht ungerüstet nebeneinander oder gar gegeneinander arbeiten, diskutieren würden.

NG: Ist ein solches Forum nicht bereits mit den „Liberalen Vereinigungen“ gegeben?

Born: Es ist auf der einen Seite erfreulich, daß es für die Liberalen, die aus der FDP ausgetreten oder teilweise noch in ihr geblieben sind, ein Forum gibt, wo sie gemeinsam reden können. Aber diese Liberalen Vereinigungen sind bewußt – ich bin ja selber Mitglied der Liberalen Vereinigungen – als eine Zwischenstufe konzipiert worden. Sie sind weder Fisch noch Fleisch. Wir aber, wenn wir ein solches Forum gründen, sollten nicht die Liberalen Vereinigungen als Ganzes, wohl aber die Menschen, die darin arbeiten und von denen wir wissen, daß sie aufgeschlossen sind, ruhig beteiligen. Aber als Institution sehe ich das Wollen und die Zielsetzung der Liberalen Vereinigungen noch nicht abgeklärt genug. Manche ihrer Mitglieder sehen die Liberalen Vereinigungen als Sprungbrett in die FDP zurück. Die Bandbreite ist jedenfalls groß.

NG: Auf die FDP hoffen Sie nicht mehr?

Born: Die FDP von heute ist keine moderne liberale Partei mehr.

NG: Der historische Versuch von Heppenheim, die verschiedenen liberalen Strömungen, in alten Begriffen: Nationalliberale und Fortschrittsliberale, in einer Partei zusammenzufassen, ist also gescheitert?

Born: Ja, er ist gescheitert. Besonders hinderlich ist die Tatsache, daß mit Otto Graf Lambsdorff eine Persönlichkeit die entscheidende Kraft in der FDP geworden ist, die sich als Vertreter des Großkapitals fühlt. Solange diese Kräfte den entscheidenden Einfluß auf die Politik der FDP nehmen, bleibt die FDP die Vertreterin einer Schicht, die nichts mehr fürchtet als die unausweichliche Zukunft.

NG: Also ein Rückfall in die „besitzbürgerliche Erstarung“, vor der Karl-Hermann Flach die Liberalen immer gewarnt hat.

Born: Man kann es nicht besser ausdrücken! Für die entscheidenden reaktionären Machtpositionen des sogenannten Besitzbürgertums ist in der zukünftigen Welt kein Platz mehr. Auch das Bürgertum muß sich assimilieren und muß Abstriche machen.

NG: Ihre bündnispolitische Konzeption erinnert mich sehr stark an die Friedrich Naumanns. Läßt sich diese Konzeption, die von Friedrich Naumann etwa um die Jahrhundertwende entwickelt wurde, so schematisch oder abstrakt auf die heutige Zeit übertragen? Denn die Sozialdemokratie, von der Friedrich Naumann sprach, war sicherlich eine grundlegend andere als sie heute ist. Naumann hielt die Sozialdemokratie, weil sie eine reine Klassenbewegung war, für allein nicht in der Lage, die Herrschaft des Zentrums zu brechen. Das war für ihn der Grund, eine Allianz des fortschrittlichen Bürgertums und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorzuschlagen. Läßt sich dies so einfach schematisch übertragen?

Born: Wir sprachen vorhin davon, daß die Welt sich grundlegend geändert hat. Infolgedessen haben auch die Bedingungen, unter denen Friedrich Naumann damals dieses Bündnis anstrebte, sich allein dadurch geändert, daß beide Parteien, die Liberalen wie die Sozialdemokraten, ein völlig anderes Gesicht bekommen haben. Das Grunderfordernis ist nach wie vor geblieben, denn die Ansprüche und die Taktik der „Rechten“ sind nach wie vor die gleichen, sie schaffen Abhängigkeiten statt Emanzipation.

NG: Ihr Schluß daraus ist nicht bloß eine Koalition, sondern ein Bündnis . . .

Born: Ich sprach bewußt von einem Bündnis.

NG: . . . in einer parteipolitischen Form zu schaffen. Wäre nicht der direkte Weg dorthin so etwas wie eine sozialliberale Wähler-Koalition? Oder wäre es nicht vielmehr Aufgabe der Sozialdemokratie, sich ihrerseits programmatisch und politisch zu öffnen gegenüber denjenigen Schichten des liberalen Bürgertums, die sie heute noch nicht erreichen kann?

Born: Ja, ist sie nicht bereits „geöffnet“? Sie stellen die Frage, ob nicht die Sozialdemokratische Sammelpartei auch eines fortschrittlichen Bürgertums sein könne. Ich fürchte, nein. Es gibt eine bürgerliche Schicht, die ansprechbar ist durch liberale Ideen und an die die SPD zumindest in absehbarer Zeit partout nicht herankommen wird. Auch insofern ist die Erkenntnis Friedrich Naumanns, daß dieses Bündnis lebensnotwendig sei, heute durchaus noch so virulent wie damals.

Es wäre vielleicht ganz gut zu erfahren, was es heißt, nur eine fortschrittliche Partei und eine konservative Partei zu haben. Was daraus wird, das sehen Sie in England. Dort gab es diese Zweiteilung, und sie hat sich nicht einmal im traditionsbewußten England bewährt. Die

Zweitteilung schafft Konfrontation anstatt der erforderlichen Kooperation. Dort gibt es jetzt dies - von Friedrich Naumann gewünschte - Bündnis zwischen Liberalen und Sozialdemokraten, die nicht mehr in der Labour Party arbeiten konnten. Und wenn diese Allianz geschlossen wurde, so doch nicht aus Übermut, sondern einfach weil sie notwendig ist.

NG: Allerdings sind in Großbritannien traditionell die Klassenschranken sehr viel mehr im Bewußtsein der Menschen und schwieriger aufzubrechen, so daß sich am Ende des 20. Jahrhunderts wahrscheinlich zwangsläufig eine solche Entwicklung ergeben mußte.

Born: Sind Sie da nicht zu optimistisch, wenn Sie vom Ende des 20. Jahrhunderts reden? Ich fürchte, daß das noch viel längere Zeit dauern wird - in Sonderheit bei uns, nachdem die heutige Bundesregierung alles tut, um die Kräfte von gestern nicht nur zu formieren, sondern dauerhaft an der Macht zu erhalten, mit allen Gefahren, die sich daraus für den Frieden ergeben.

NG: So daß wir das Ende des 20. Jahrhunderts möglicherweise gar nicht mehr erleben.

Born: Genau dies ist die Furcht, die mich Tag und Nacht nicht losläßt. Wir stehen heute vor der Frage: Krieg oder Frieden? Wir stehen vor der Frage, ob wir in Europa eine *europäisch* orientierte Politik betreiben, in Sonderheit in der Bundesrepublik Deutschland, oder eine *amerikanische* Politik. Wenn wir eine amerikanische Politik betreiben, so unterstützen wir das Weltmachtstreben der Amerikaner und werden in jeden Konflikt, der zwischen Moskau und Washington, meinestwegen wegen St. Helena, ausbricht, automatisch mit hineingezogen. Damit wäre der Untergang Europas insgesamt besiegelt. Ich bin nicht der Meinung, daß wir dazu da sind, für die Weltmacht Amerika die Kastanien aus dem Feuer zu holen, sondern wir sind an der Erhaltung des Friedens interessiert und nicht daran, einen Kriegsschauplatz aus Europa, aus Deutschland zu machen, denn Deutschland von Frankfurt an der Oder bis Frankfurt am Main wäre das erste Opfer. In dieser Frage hat die frühere Bundesregierung nicht klar genug Position bezogen. Sie hätte sich für einen wahrhaften Frieden erklären müssen! Die BRD sähe heute anders aus. Die erdrückende Mehrheit unserer Bevölkerung will sich wirksam verteidigen können - mit Recht -, Massenvernichtungsmittel jedoch lehnt sie ab.

NG: Also, ins Außen- und Sicherheitspolitische übertragen, Europäisierung Europas?

Born: Dieses Wort Europäisierung führe ich seit fünf Jahren im Munde. Ich vertrete nicht die Auflösung der NATO, wohl aber die Erkenntnis, daß die politischen Ziele innerhalb der NATO verschieden sind. Infolgedessen gibt es innerhalb der NATO eine sich anbahnende

European branch und eine American branch. Wenn die letztere sich durchsetzt, würde dies bedeuten, daß die Amerikaner überall dort ihre Verbündeten als kämpfende Truppe an ihrer Seite haben, wo es ihnen gerade paßt. Wohingegen sie jetzt, und das ist die Ausdeutung der amerikanischen Bestrebungen à tout prix, die Pershing II hier aufstellen möchten, um die Möglichkeit zu erhalten, bereits im Frieden potentielle Kriegsschauplätze mit dem notwendigen Material zu bestücken,



damit sie losschießen können, wenn sie wollen. Aber jetzt sind wir schon in einem Anwendungsgebiet . . .

NG: . . . in einem Anwendungsgebiet Außenpolitik, das doch in der Geschichte der liberalen Programmatik nicht so sehr zum Vorschein gekommen ist. Gibt es eigentlich eine spezifisch liberale Außenpolitik?

Born: Jede Politik, welche keine liberalen Züge trägt, führt, auf welchem Gebiet auch immer, zu Friktionen, zu Reibereien. Ich betrachte liberale Politik gewissermaßen auch als das Öl zwischen Reibungsflächen, die vorhanden sind. Das wäre etwas mehr Passives, denn das Öl selbst hat keine andere Funktion, als die Reibung zu mildern. Liberale Politik aber muß Positionen aufzeigen, welche geeignet sind, in der Gegenwart wie in der Zukunft Friktionen erst gar nicht entstehen zu lassen, wenn sie trotzdem entstehen, sie abzubauen statt sie zu fördern.

NG: Also die Anwendung liberaler Grundsätze auf das Zusammenleben der Völker?

Borm: Ja, der einzelnen Menschen und der Völker. Gerade das einzelne ist es ja, was einen Liberalen anspricht. Einem Liberalen liegt z. B. das Klassendenken als Prinzip fern. Er sieht zunächst den Menschen als Individuum und erst dann als Mitglied einer Organisation.

NG: Aber andererseits liegt dem Liberalismus nicht unbedingt das Denken in nationalstaatlichen Kategorien fern. In der Geschichte des Liberalismus – 1848, 1871, 1914 – hat ja die Nation eine herausragende Bedeutung gehabt.

Borm: Völlig richtig. An mir selber kann ich das nachvollziehen. 1914 bin ich mit 19 Jahren begeistert freiwillig in den Krieg gezogen. Ich weiß also, was nationale Emotion bedeutet, ich sage bewußt nicht Nationalismus. Ich war davon überzeugt, daß mein Vaterland Deutschland in der Gefahr stünde, von den Franzosen aufgefressen zu werden. Ein langer Weg bis zum überzeugten Mitglied des Europäischen Parlaments in Straßburg lag da noch vor mir.

NG: Mit dieser Grundstimmung beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges standen Sie nicht alleine. Auch viele sozialdemokratische Arbeiter wurden ja von der gleichen Kriegsbegeisterung erfaßt, weniger aus Feindschaft gegen die Franzosen als aus Furcht vor dem Zarismus.

Borm: Ja, völlig richtig. Vor 1914 waren es die „vaterlandslosen Gesellen“, und heute hat eine fortschrittliche Partei wie die Sozialdemokratie die Pflicht, Deutschland vor dem Rückfall in den Nationalismus oder die Klassenherrschaft des Kapitals zu bewahren. Hier paßt das Wort: Klassenherrschaft!

NG: Es ist den Liberalen immer um Freiheit und Einheit, um diese Parole aufzugreifen, gegangen. Wie beurteilen Sie eigentlich den historischen Schnitt im Jahre 1871? Haben nicht gerade die Liberalen damals die Freiheit zugunsten der Einheit verkauft?

Borm: Die Liberalen sind immer der Meinung gewesen, daß wahre Freiheit nur dann erreichbar sei, wenn die deutsche Nation nicht in einzelne Gruppen aufgespalten sei. Sie haben insofern 1871 eine gewisse Konzession gemacht, aber keinen Bruch mit ihrer Tradition vollzogen, indem sie als Vorstufe, ich will es so zu ihrer Ehre sagen, zu einem größeren Deutschland das kleine Deutschland Bismarcks akzeptiert haben. Zum mindesten ist eine solche Deutung akzeptabel.

NG: Ein historischer Kompromiß?

Borm: Ein historischer Kompromiß mit einem eingebauten Fehler, der dann auch zum Untergang geführt hat: 1871 wurde kein Deutschland der deutschen Menschen geschaffen, sondern ein Deutschland der Fürsten. Das war der entscheidende Fehler, den die Liberalen

mitgemacht haben. Aber welche anderen Möglichkeiten hätten sie gehabt?

NG: Die Reichseinigung konnten sie nicht verhindern.

Borm: Sie konnten sie nicht verhindern. Sie wollten die Einigung schlechthin, und dafür nahmen sie Bismarck und die Fürstenherrschaft in Kauf.

NG: Aber haben die Liberalen daraus gelernt? Hat etwa die Deutsche Volkspartei nach dem Zusammenbruch der Monarchie 1918 daraus gelernt? Ich habe da meine Zweifel.

Borm: Ich auch. Deren Vorsitzender Gustav Stresemann ging im Hause meines Onkels, wo ich erzogen worden bin, ein und aus, so daß es nahelag, daß ich – 1923 übrigens erst, denn so lange brauchte ich, um mit der Revolution fertig zu werden, und ich hatte auch andere Interessen, Existenzinteressen – zu Stresemann ging. Ich hätte eigentlich zu der Deutschen Demokratischen Partei gehen müssen. Aber die Menschen, die ich damals in Berlin als Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Partei kennenlernte, schienen mir etwas sauerköpfig zu sein. Und als dann Stresemann mich einmal traf, im Hotel Esplanade und fragte: „Sagen Sie einmal, Herr Borm, wollen Sie nicht zu uns?“ Da habe ich ja gesagt, ohne mich dann vor 1945 überhaupt ein einziges Mal politisch betätigt zu haben.

NG: Stresemann war ja eine der stärksten Stützen in der großen Weimarer Koalition gewesen, die erst nach seinem Tode auseinanderbrach. Wie haben Sie damals den Sturz der Regierung Hermann Müller, der letzten parlamentarischen Regierung, empfunden?

Borm: Wenn Sie es genau wissen wollen, gar nicht. Das war mir ziemlich „Wurst“. Ich habe nicht erkannt, daß damit einer autoritären Entwicklung, die schließlich zu Hitler führte, Tür und Tor geöffnet wurde. So weit war ich damals noch nicht. Heute würde ich's spüren.

NG: Lassen sich denn aus dem Ende der Regierung Hermann Müller, das ja teilweise frappierende Ähnlichkeiten mit dem Ende der sozialliberalen Koalition aufweist, irgendwelche Lehren ziehen?

Borm: Ja, natürlich. Deswegen mein Bestreben, uns gemeinsam auf die kommenden Aufgaben vorzubereiten, die nur von einem fortschrittlichen Bürgertum zusammen mit einer sich ihrer selbst bewußten Sozialdemokratie gelöst werden können. Wir sollten gerüstet sein für den Tag X, der um so früher kommen wird, je mehr man in der Bevölkerung erkennt, daß wir aus den Fehlern der sozialliberalen Koalition gelernt haben, die wir haben verschlampen lassen.

NG: Das hieße aber, daß Sie von den Sozialdemokraten erwarten, den Liberalen Demokraten Geburtshilfe zu leisten. Müssen die Liberalen Demokraten dies nicht aus eigener Kraft schaffen?



Born: Natürlich müssen wir aus eigener Kraft unseren Part schaffen. „Geburtshilfe“ wäre also zuviel gesagt. Aber es ist doch wohl nicht zu bestreiten, daß die Sozialdemokraten das größte Interesse daran haben müßten, eine - wenn auch noch im Entstehen befindliche - liberale Formation ernst zu nehmen, die diejenigen Kräfte in ein sozialliberales Bündnis einbringen kann, ohne die es nun einmal nicht geht.

NG: Eine Aufgabe, die sicherlich nicht in drei oder vier Jahren zu lösen ist . . .

Born: Davon gehe ich auch gar nicht aus. Ich werde den Erfolg nicht mehr erleben. Ich rechne mit einem Zeitraum von mindestens acht oder zwölf Jahren. Wobei uns die Aufgabe zufällt, durch Überzeugungsarbeit die Bürgerlichen zu gewinnen, was selbst für uns schwer genug ist. Wir können nur publik werden, wenn wir genug Geld haben, und wir bekommen nur Geld, wenn wir publik sind. Ein wahrer Teufelskreis! Die Sozialdemokratie hat indessen die Aufgabe, die abgeschwommene bzw.

unentschiedene Arbeitnehmerschaft wieder an sich zu binden. Die fast zwei Millionen Wähler, die Ihnen weggelaufen sind, müssen Sie wiederholen. Wir können das nicht.

NG: Das ist wahr.

Born: Wir können aber eines machen. Wir können, wenn auch numerisch weit unterliegen und ohne Erfolgsgarantie, durch eine vernünftige Politik diejenigen gewinnen, an die Sie nun einmal nicht herankommen. Das sind die fehlenden Prozente, die die SPD, so wie die Dinge heute liegen, nie erreichen wird. Das bedauere ich, daß sie es nicht kann. Aber es ist nun einmal so.

NG: Dies kann aber doch keine strukturellen Ursachen haben. In Österreich etwa hat es sozialdemokratische absolute Mehrheiten gegeben, ebenso in Frankreich und in Schweden. Warum sollte dies in der Bundesrepublik nicht möglich sein?

Born: Österreich auch heute noch? Fragen Sie mich nicht nach dem Grund. Sie haben es in dreißig Jahren

nicht geschafft. Natürlich leidet die Sozialdemokratie auch daran, daß sie als Volkspartei einen weiten Spielraum hat. So vieles muß sie unter einen Hut bringen, und ich weiß nicht – das ist keine Häme, keine Kritik, sondern eine besorgte Feststellung –, wer heute erkennbar für die Sozialdemokratie spricht. Was tut die Sozialdemokratie für ihren Nachwuchs? Für gefährlich würde ich es halten, wenn die Sozialdemokratie abgleiten würde in eine Partei, in welcher hauptsächlich junge, ehrgeizige Akademiker das Wort führten. Damit halten Sie die Arbeiterschaft nicht. Ich wiederhole: es ist keine Häme, nein, ich beobachte aufmerksam den jetzt stattfindenden Generationswechsel. Die Sozialdemokratie wird sich noch geraume Zeit schwertun. Der Verlust der Kanzlerschaft, das Ausscheiden Helmut Schmidts und Herbert Wehners, das sich zuspitzende Problem des Generationswechsels, die Richtungskämpfe zwischen konservativen und fortschrittlichen Mitgliedern, – all dies wirkt lähmend auf die Tagespolitik zurück. Da aber die Sozialdemokratie die einzige reale Kraft ist, die Schlimmes verhüten muß, ist dringend zu wünschen, daß der Klärungsprozeß schnell und deutlich im fortschrittlichen Sinne abgeschlossen wird. Das ist unerläßlich, wenn sie die interessengesparte Arbeitnehmerschaft, zu der ja heute auch die Angestellten zählen, wiederhaben will. Denn was ist heute ein Arbeiter? Er ist ein ganz anderer als der Fabrikarbeiter von 1914 in dem Werk von Linke-Hoffmann-Busch, meiner Familie mütterlicherseits.

NG: Aber er hört durch den Besitz eines Autos und eines Farbfernsehers nicht auf, ein Arbeiter zu sein.

Born: Nein, natürlich nicht. Aber das muß ihm vermittelt werden. Kann die Sozialdemokratie das? Ein hoher Lebensstandard endlich auch für den Arbeiter ist ein Gebot der viel beschworenen Menschlichkeit und dient dem sozialen Frieden. Aber die Gefahr, zum Kleinbürger herabzusinken, bleibt bestehen.

NG: Das hat Friedrich Naumann schon 1903 geschrieben, daß August Bebel die sozialdemokratischen Arbeiter unter den Klängen der Arbeiter-Marseillaise zu Spießbürgern mache.

Born: Dieses Bewußtsein, daß der Arbeitnehmer trotzdem den Fortschritt zu vertreten hat und sich nicht damit begnügen darf, ein Auto auf Pump zu kaufen und sich dann zu sorgen, wie er es abzahlen kann, das ist die Erziehungsaufgabe, die der Sozialdemokratie auf den Leib geschrieben ist. Und wenn sie diese Erziehungsaufgabe, diese Bewußtseinsvermittlung verabsäumt, dann verliert sie ihre Basis.

Was mich an Ihrer Partei stets beeindruckt hat, war ihre ungeheure Disziplin und ihre Geschlossenheit, auch nach härtesten inneren Auseinandersetzungen. Und diese Disziplin, die die Liberalen kaum aufzubringen

vermögen, ist im Grunde auch das Geheimnis ihrer Stärke.

Die Gewerkschaften sind – auch wenn sie parteipolitisch unabhängig sind – immer die wichtigste Stütze der Sozialdemokratie gewesen. Aber die regierende SPD hat es, zumindest zuletzt, unterlassen, ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften pfleglich zu behandeln, und damit hat sie sich sehr geschadet.

NG: In den Endzügen der sozialliberalen Koalition ging es ja in den entscheidenden wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen letztlich um das Aufeinandertreffen dessen, was man traditionell als Klasseninteressen bezeichnen könnte.

Born: Ich glaube nicht, daß Sie darin Unrecht haben. So ist es natürlich.

NG: Nun zeigten sich gerade an diesen Punkten, wo sehr handfeste, reale Klasseninteressen aufeinandertrafen, die Grenzen der Möglichkeiten der Zusammenarbeit von FDP, „Liberalen“ vom Schläge eines Lambsdorff und Sozialdemokraten. Wie stehen eigentlich die Fortschrittliberalen zu diesen strittigen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen?

Born: Sie haben sehr klar unterschieden zwischen den damaligen Mitgliedern der FDP und dem Koalitionspartner FDP. Sie haben Gott sei Dank nicht gesagt: den Liberalen. Denn die Schuld an dem Aufbrechen dieser Dinge liegt bei jenen Liberalen, die sich als Vertreter der Unternehmer und des Großkapitals verstehen und über diese den Schild hielten. Die Schuld an dem Ende der sozialliberalen Koalition liegt in erkennbarem Übermaß bei der sich gewandelt habenden FDP. Die FDP von Freiburg hätte diese Dinge nicht aufkommen lassen, aber die ist ja nicht existent geworden. Damit beantwortet sich die Frage, wie die Liberalen Demokraten dazu stehen würden. Diese Dinge sehe ich nicht als eine mögliche Trennungslinie zwischen Sozialdemokraten und modernen, zukunftsgerichteten Liberalen Demokraten. Diese Gefahr bestünde also nicht. Ich kann heute noch nicht sagen, ob auf anderen Gebieten möglicherweise Interessendivergenzen auftreten; aber eines – im Gegensatz zur FDP – kann man bei den Liberalen Demokraten voraussetzen: das ist die Erkenntnis, daß keiner von beiden – weder ein liberales Bürgertum, wenn wir es vertreten würden, noch eine Sozialdemokratie – allein eine vernünftige, fortschrittsgerichtete Politik betreiben könnte. Diese Überzeugung ist bei uns größer als möglicherweise – nein, sogar unvermeidlicherweise – auftretende Meinungsverschiedenheiten, Divergenzen zwischen diesen beiden Parteien. Es kommt nur darauf an, daß diese Spannung kultiviert ausgetragen wird, daß man sie als heilsames Element ansieht, wo man sich zum Kompromiß zusammenfinden muß. Kompromißbereitschaft.

bringen wir mit. Sie ist bei den Liberalen Demokraten gewissermaßen eine Gründungseigenschaft.

NG: Karl-Hermann Flach hat einmal gesagt, der Liberalismus sei nicht auf ein bestimmtes Gesellschaftsmodell festgelegt. Nun ist aber auch ebensowenig zu bestreiten, daß die FDP sich identifiziert hat und weiterhin identifiziert mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die sie als Inbegriff der Marktwirtschaft versteht. Ist Freiburg in der FDP eigentlich so völlig ohne Konsequenzen geblieben?

Borm: In der Tat ja, verbal nein. Ich bin wiederum dankbar, daß Sie von der FDP sprechen und nicht von den Liberalen, denn die FDP ist heute keine liberale Partei mehr. Sie ist heute die Vertreterin des Besitzbürgertums. Was die Regierung Kohl heute tut, halte ich für eine Sünde an der Moderne: Sie nimmt denen, die ohnehin nichts haben, noch das Wenige weg, um es sinnlosweise dorthin zu geben, wo in erster Linie der Egoismus statt der Erkenntnis herrscht, daß auch die Besitzenden dazu beitragen müssen, die immer mehr ins Stagnieren geratende Wirtschaft anzukurbeln. Sie denken überhaupt gar nicht daran. Sie nehmen, was sie kriegen können, und schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz mehr, sondern sie benutzen die Gelder, die ihnen zugeschoben werden sollen, oder die Steuern, die sie ersparen, lediglich dazu, um Maschinen zu kaufen, die genau das Gegenteil dessen bewirken, was sozial notwendig ist, die nämlich Arbeiter „frei“setzen.

NG: Aber der Egoismus, von dem Sie sprachen, wurde ja auch von einer Reihe liberaler Theoretiker als das belebende Element des Wirtschaftslebens dargestellt in dem Sinne, daß die Summe aller Resultate der egoistischen Einzelwillen das Gemeinwohl ausmache. Ist das nicht ein Köhlerglaube?

Borm: Er hat natürlich insofern eine gewisse Berechtigung bewiesen, als die höhere Effizienz des rein kapitalistischen Marktsystems gegenüber einer vollkommenen Planwirtschaft erwiesen ist. Der Eigennutz ist ja nicht nur beim Fabrikanten das Agens, der Eigennutz, der an sich nichts Böses ist, die Sicherheit, daß der Ertrag der Arbeit einem selbst zugute kommt, ist ja auch bei einem Journalisten gegeben. Er ist nun einmal die Triebkraft, mehr zu leisten, als gerade notwendig ist, um eine Tasse Kaffee und ein Brötchen kaufen zu können. Dieses Streben, ein leichteres Leben zu haben, es leichter zu haben als beispielsweise der Arbeiter, der 12 Stunden hinter seiner Maschine stand, müde nach Hause kam und nichts weiter tun konnte als auszuschlafen, ist doch ganz legitim. Daß jeder Mensch von dieser Fron befreit sein will, daß er also die Arbeit benutzt als Vehikel zu besseren Daseinsmöglichkeiten, ist ein Stimulans, das durch nichts ersetzt werden kann.

NG: Es stellt noch nicht das Gemeinwohl als solches her.

Borm: Sehen Sie, jetzt kommt die Sinngebung des Wortes „soziale Marktwirtschaft“. „Soziale Marktwirtschaft“ ist ein Widerspruch in sich selbst. Marktwirtschaft ist etwas Grausames. Soziale Marktwirtschaft bedeutet,



Grausamkeit durch Erkenntnis mildern zu wollen. Ein amerikanischer Professor, Milton Friedman, sagt, es gebe keine größere Gefahr für die Wirtschaft als die soziale Komponente. Ihm schwebt offenbar etwas vor, was in Europa nicht mehr in Reinkultur rekonstruierbar ist. Es ist nicht mehr möglich, den Arbeiter in völlig abhängiger Stellung wie eine Maschine zu behandeln. Manchesterum ist in Europa nicht mehr möglich. Doch genau das versucht jetzt die FDP und entlarvt dadurch sich selbst als nicht mehr liberal. Moderner Liberalismus sieht in erster Linie den Menschen und nicht die Masse. Und da begeht die FDP den Fehler, eine kleine Anzahl Menschen beglücken zu wollen in der vagen Hoffnung, die nie aufgeht, daß diese dann das gemeinsame Wohl fördern würden – die denken gar nicht daran.

Ich selbst bin Unternehmer gewesen mit einer eigenen Fabrik mit ca. 4.000 Mitarbeitern. Ich habe doch nicht daran gedacht, auf Halde zu produzieren. Ich habe doch dann erst fabriziert, wenn ich sicher war, meine Artikel

loszuwerden. Das ist ein entscheidendes Moment. Ein zweites entscheidendes Moment ist die drückende Konkurrenz, die dazu zwingt, die Fertigungskosten möglichst niedrig zu halten. Und wenn die Lohnkosten steigen, dann wird, wenn es irgend geht, auf die Maschine verlagert – ein Prozeß, der in seinen revolutionären Folgerungen für die Wirtschaft noch gar nicht erkannt wird: der Roboter anstelle des Arbeiters. Das Problem wird nicht die Verkürzung der Arbeitszeit – die kommt ohnehin – durch den Roboter sein, sondern eine sinnvolle Nutzungsmöglichkeit für die Freizeit. Das beginnt bereits mit der Erziehung.

NG: Das setzt aber voraus, daß die Arbeitszeit gerecht verteilt wird und nicht ein Teil der Gesellschaft ausschließlich „freie“ Zeit hat, nämlich arbeitslos ist, und ein anderer sich bei unverkürzter Arbeitszeit zugrunde schufte.

Born: Genau das ist das Problem, was ich meine. Nur durch die Herstellung sozialer Gerechtigkeit kann verhindert werden, daß ein weiterer Riß durch die Gesell-

schaft geht, nämlich zwischen denen, die noch Arbeit haben, und denen, die trotz aller Bemühungen keine Arbeit finden können. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird sich immer schärfer stellen, auch wenn die Konjunktur sich einmal etwas günstiger entwickelt – augenblicklich wird sie gesundgebetet.

Der Aderlaß an benötigten Arbeitskräften ist ein Daueraderlaß. In dieser Hinsicht ist die Wirtschaft ein Bluter. Sie kann sich nicht einfach der technischen Entwicklung entgegenstellen. Und dieser Prozeß setzt sich fort. Darauf bereits von vorherein Rücksicht zu nehmen, ist eine echt liberale Aufgabe: Unsere Aufgabe ist es, das Wohl des einzelnen Menschen, wie wir es auffassen, im Auge zu behalten. Die Aufgabe der Sozialdemokratie, auch im Sinne der vielen Arbeitslosen, die ich als eine neue Schicht betrachte, ist es, aus Ihrer spezifischen Sicht heraus das zu tun, was auch wir aus unserer Sorge um den einzelnen tun wollen. So kommen wir auf verschiedenen Wegen zu gemeinsamen Aufgaben und müssen auch gemeinsame Lösungen finden.

Günter Verheugen: Liberalismus und Sozialdemokratie – vom Godesberger Programm zu den Freiburger Thesen

Günter Verheugen, geb. 1944, ehemaliger Generalsekretär der FDP, ist seit dem 6. März SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Über die gemeinsamen Ursprünge von Liberalismus und Sozialdemokratie ist viel geschrieben und geredet worden. Im Kern wird von niemandem mehr bestritten, daß beide Bewegungen und die Parteien, in denen sie sich heute in der Bundesrepublik Deutschland manifestieren, eine gemeinsame historische Ahnentafel haben. Liberalismus und demokratischer Sozialismus sind Kinder der abendländischen Philosophie, des Humanismus und der Aufklärung. Sie sind die Erben der bürgerlichen Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts.

Die herausragende Gemeinsamkeit von Liberalismus und demokratischem Sozialismus besteht darin, daß beide Emanzipationsbewegungen sind. Übereinstimmend geht es ihnen darum, die Abhängigkeit des einzelnen oder gesellschaftlicher Gruppen von demokratisch nicht legitimer Machtausübung zu vermindern und im Endstadium gänzlich abzubauen.

In der Zeit der Entstehung des politischen Liberalismus hießen die Hauptverursacher der Unterdrückung Feudalismus und Merkantilismus. In der Zeit der Entstehung des demokratischen Sozialismus hießen sie Obrigkeitsstaat und Kapitalismus. Darin steckt mehr als nur ein begrifflicher Unterschied. Vielmehr liegt darin die Wurzel für die bis auf den heutigen Tag wirkende getrennte Entwicklung von Liberalismus und demokratischem Sozialismus. Der Liberalismus hatte es nicht vermocht, nach der Überwindung des Feudalismus die Entwicklung zum Obrigkeitsstaat zu verhindern – in Deutschland. Sein Scheitern symbolisiert sich in dem traurigen Ende der Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche. Der Liberalismus hat es aber auch nicht verstanden, aus der Überwindung des Merkantilismus einen Kapitalismus mit menschlichem Gesicht zu entwickeln.

Der naive Glaube an die Wirkungskräfte von unternehmerischer Initiative, Konkurrenz und Markt ohne staatliche Lenkung verführte den Liberalismus dazu anzunehmen, man müsse nur die Gesetze des Marktes herrschen lassen, dann werde jedermann in der Gesellschaft ein gerechtes Maß an Wohlstand und Lebensglück erlangen. Der Kardinalfehler dieser Denkweise bestand und besteht darin, daß die wirtschaftlichen Prozesse nur gesehen werden in bezug auf diejenigen, die über das Produktivkapital verfügen. Die Vielzahl der Menschen,

die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, wird dabei übersehen.

Von Anfang an eine Bewegung des gebildeten Bürgertums

Die deutschen Sozialdemokraten konnten nicht erwarten, im Kampf um die Befreiung der großen Zahl der Menschen von politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit die Liberalen als Bundesgenossen zu gewinnen. Ein wesentlicher Teil des deutschen Liberalismus hatte längst seinen Frieden mit dem Obrigkeitsstaat und dem ausbeuterischen Kapitalismus gemacht. Er war zu einer tragenden Säule des wilhelminischen Systems geworden. Zwar gab es daneben immer auch liberale Strömungen, die direkt vom Vormärz und von der Pauskirche her kamen. Ihr politischer Einfluß blieb jedoch insgesamt gering, und auch sie hatten immer wieder die fatale Neigung, sich zu spalten und aufzuteilen.

Das Versagen des deutschen Liberalismus in der sozialen Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts hängt mit seiner sozialen Enge zusammen. Der Liberalismus war von Anfang an eine politische Bewegung des gebildeten Bürgertums. Dem Frühliberalismus sind sogar ganz herausragende paternalistische Züge zu eigen. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, hat der deutsche Liberalismus seine Bindung an eine ganz bestimmte Bevölkerungsschicht, die sich selbst als Elite verstand, niemals abstreifen können. Bis auf den heutigen Tag sind die liberalen Parteien Zusammenschlüsse von Vertretern der Großindustrie, des mittleren Unternehmertums, des gewerblichen Mittelstands und der akademischen bürgerlichen Oberschicht geblieben, zu der auch höhere Beamte und Angestellte in leitenden Funktionen zählen.

Auf der anderen Seite war die Sozialdemokratie, soziologisch betrachtet, ebenso eng. Sie ist als Partei aus der Arbeiterbewegung entstanden. Ferdinand Lassalle, der als einer der wenigen Theoretiker der Arbeiterbewegung auch im geistigen Austausch mit Vertretern des Liberalismus stand, sah in einer Parteigründung ein Instrument, das sich die Arbeiter schaffen mußten, um innerhalb der Möglichkeiten des gegebenen Systems Schritt für Schritt die Verhältnisse zu ändern und so am Ende ein gerechteres System zu schaffen. Daraus ergibt sich auch, daß für die deutsche Linke das Instrument Partei viel wichtiger war als für die anderen politischen Kräfte. Außer ihrer Partei und den Gewerkschaften hatten die Arbeiter nichts, worauf sie sich stützen konnten. Sowohl Konservative als auch Liberale waren demgegenüber mit den mächtigen Institutionen von Staat und Gesellschaft eng verflochten. Sie brauchten deshalb auch keine straff organisierten Mitgliederparteien mit hoher Parteidisziplin und einer sorgfältig geschulten

Funktionärselite, ihnen genügte der Typ einer Komiteepartei, ein ins Politische übertragener Honoratiorenstammtisch.

Die bürgerlichen Parteien betrachteten die starke sozialdemokratische Parteiorganisation seit jeher mit Mißtrauen und Widerwillen. Man darf diese beiden Faktoren – Klassegebundenheit und unterschiedliche Parteitypen – nicht aus dem Auge verlieren, wenn man begreifen will, warum Liberalismus und demokratischer Sozialismus sich immer weiter auseinander entwickelten und warum auch so wenig inhaltlicher Dialog zwischen ihnen stattfand. Dabei wäre speziell in Deutschland diese verhängnisvolle Zersplitterung des tendenziell fortschrittlichen Lagers vermeidbar gewesen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich ja eben nicht als eine revolutionäre Bewegung etabliert. Die Parteigründung ist ohne Marx und seine Lehre erfolgt.

Klischees und Vorurteile bestimmten die Auseinandersetzung

Der befremdliche Tatbestand, daß die ideologische Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie nur ein sehr schmales geistesgeschichtliches Rinnsal darstellt, verdient eine nähere Untersuchung. Ganz offenkundig ziehen es beide Seiten seit mehr als 100 Jahren vor, mit Klischees und Feindbildern zu operieren, ohne dabei die Wirklichkeit besonders zu berücksichtigen. Die liberale Angst vor dem „Ballonmützensozialismus“ hat bis heute überlebt und zeigt sich in der gern geäußerten Vermutung über die Spießigkeit der SPD, ihren „Stallmief“, aber auch ihrer angeblichen Abhängigkeit von den Gewerkschaften.

Kurz gefaßt lautet das liberale Vorurteil, daß es der SPD darum gehe, eine Form der Unmündigkeit durch eine andere zu ersetzen, nämlich die Funktionärsherrschaft. Wenn man einmal die Wahlaussagen und Programme der FDP liest, dann stellt sich heraus, daß eine direkte Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Programm und der tatsächlichen Politik der SPD vermieden wird. Statt dessen wird regelmäßig mit starken Worten das Gespenst eines revolutionären, ideologischen oder utopischen Sozialismus bekämpft. Auch Karl-Hermann Flach hat diese Vokabeln verwendet – ein Zeichen dafür, daß die Abgrenzungsprobleme außerordentlich schwierig sind, wenn man wirklich an die Quellen geht.

Die SPD in der Nachkriegszeit hat sich relativ wenig mit der FDP auseinandergesetzt. Sie war immer auf die CDU/CSU als ihren innenpolitischen Hauptgegner fixiert. Je nach koalitionspolitischer Lage wurde die FDP entweder als Erfüllungsgehilfe der Konservativen oder als Partner in einem historischen Bündnis betrachtet. Ein massives Feindbild hat jedoch auch die SPD gegenüber

den Liberalen entwickelt, nämlich dann, wenn es um den „Wirtschaftsliberalismus“ geht. In der Tat lag dafür eine gewisse Berechtigung vor, wenn man bedenkt, daß die FDP ja nicht nur die fortschrittlich-freisinnige Tradition des deutschen Liberalismus weiterführen wollte, sondern von Anfang an auch starke Kräfte in ihren Reihen hatte, die vom Nationalliberalismus, von Stresemanns DVP und gar von Hugenberg's DNVP herkamen. Daß die FDP in ihren ersten 15 Jahren den Ratschlägen der Großindustrie gegenüber mehr als nur offen war, ist ein unbestreitbares Faktum.

Es sind aber nicht nur die „Rechten“ in der FDP, die sorgsam sozialistische Feindbilder pflegen und ihrerseits besonders vom gewerkschaftlich organisierten Teil der SPD mit spürbarer Lust bekämpft werden. Es sind auch die „Linken“, die wenig miteinander anfangen können. Selbst in der linksliberalen Abspaltung von der FDP, in der Partei der Liberalen Demokraten, lebt die Angst vor der „Massenpartei“ SPD weiter, und es wird auch ein Überlegenheitsdünkel gegenüber dem angeblich klembürgerlichen Zuschnitt der SPD gepflegt. Die SPD-Linken wiederum vermißten an den fortschrittlichen Liberalen oft die letzte Konsequenz und sahen auf diesem Flügel eigentlich mehr Mode als politische Substanz.

Zweifelloos spielt für die klischeehafte, von Vorurteilen bestimmte Auseinandersetzung zwischen SPD und FDP auch die unterschiedliche Einschätzung der Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Dabei ist der Liberalismus keineswegs gewerkschaftsfeindlich. Die ersten Ansätze sowohl der deutschen Gewerkschaftsbewegung als auch der Genossenschaftsbewegung sind liberalen Ursprungs. Noch die DDP in der Weimarer Zeit hatte echte Arbeiterführer wie Anton Erkelenz in ihren Reihen. In der FDP waren aktive Gewerkschaftler von Anfang an dünn gesät. Gerne gab auch die FDP der Versuchung nach, die Gewerkschaften als Mittel der Abgrenzung gegenüber der SPD zu benutzen. Denselben Zweck für die FDP erfüllte auf der anderen Seite des politischen Spektrums die katholische Kirche. Kampf gegen Klerikalismus und den Gewerkschaftsstaat – das ist eine Losung, mit der man ohne besonderen geistigen Tiefgang die Existenzberechtigung einer dritten, liberalen Partei nachweisen will.

Vom Industrieuntertan zum Industriebürger

Das alles hätte anders kommen können, wenn die Lehren des liberalen Sozialreformers Friedrich Naumann nicht lange Zeit unter dem Schutt der Tagespolitik vorgraben geblieben wären. Die Naumann-Renaissance in der Bundesrepublik ist keineswegs auf das Wirken von Liberalen allein zurückzuführen. Sozialdemokraten wie Erhard Eppler haben sich mindestens ebenso früh mit

diesem sonderbaren Mann und seinem Werk beschäftigt. (S. Dokumentation auf S. 628; Red.)

Der Zugang zum Werk Friedrich Naumanns ist nicht einfach zu finden. Er war ein ungeheuer fleißiger Publizist, der sich eben auch gelegentlich in den Fallstricken der Tagespolitik verhedderte. Über seine außen- und kulturpolitischen Vorstellungen muß hier nicht gesprochen werden. Im Zusammenhang einer Liberalismus-Sozialismus-Diskussion ist vielmehr einzig entscheidend, daß Naumann das Versagen des Liberalismus angesichts der sozialen Wirklichkeit genau erkannt hatte und auch den entscheidenden Beitrag zur Weiterentwicklung, ja sogar zur Wiederbelebung des Liberalismus geleistet hat. Naumanns Forderung, wieder klares Wasser aus der tiefsten Brunnenstube des Liberalismus zu fördern, brachte ihn an den Ausgangspunkt liberalen Denkens zurück: an die Befreiung des Menschen von unverschuldeter Abhängigkeit. Er stellte eine verblüffend einfache Parallele her: Wenn für den frühen Liberalismus der Staat die Quelle der Unmündigkeit war und deshalb die Aufgabe lautete, den Rechtsstaat zu schaffen, so sollte der spätere Liberalismus die Quelle der Abhängigkeit in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen erkennen und deshalb die Schaffung einer sozialen Gesellschaft als sein Ziel annehmen. Naumann, in guter liberaler Tradition in seinem Denken stark auf das Individuum bezogen, sprach davon, daß es notwendig sei, aus dem Industrieuntertan den Industriebürger zu machen, nachdem sich im staatlichen Bereich der frühere Untertan bereits zum Staatsbürger emanzipiert habe. Naumanns Lösungsvorschläge sind heute noch aktuell: Beteiligung der Arbeitnehmer an der Lenkung der Unternehmen und gerechte Beteiligung am gemeinsam erwirtschafteten Ertrag sowie am Produktivkapital.

Mehr Gemeinsames als Trennendes

Die starken Parallelen zwischen dem sozialen Liberalismus Naumanns und den grundsätzlichen Positionen der Sozialdemokratie treten am deutlichsten im Godesberger Programm der SPD von 1959 hervor. Mit diesem Programm befreite die SPD sich endgültig von dem alten Marxismusvorwurf. Es ist eine sehr deutliche Abgrenzung nach links, und so ist es in der damaligen innerparteilichen Auseinandersetzung der SPD auch verstanden worden. Einer der kenntnisreichsten Beobachter der Parteienentwicklung, Ossip K. Flechtheim, beurteilt das Godesberger Programm gar als „neoliberal“.

Ein Programmvergleich zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus hätte schon vor dem Godesberger Parteitag der SPD wesentlich mehr Gemeinsames als Trennendes zu Tage gefördert. In der Außen- und Sicherheitspolitik vertraten SPD und FDP, die damals



Opposition zu Adenauer standen, zwar ein prinzipielles Ja zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag, zur westlichen Allianz und zur europäischen Integration, sie wandten sich aber mit Schärfe gegen die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden, sie waren gegen Atomwaffenträger für die Bundeswehr (eine Position, die die FDP noch in ihrem Bundestagswahlprogramm 1969 vehement verkündete), und sie traten schon damals für Schritte zur Ost-West-Entspannung ein – sie entwarfen Deutschlandpläne, beschäftigten sich mit atomwaffenfreien Zonen und traten für Disengagement ein.

In der Innen- und Rechtspolitik wandten sie sich gegen die restaurativen Tendenzen der Adenauer-Ära. Liberale und Sozialdemokraten nahmen es mit dem Rechtsstaat genau, wollten die Funktionsfähigkeit der Demokratie stärken und folgten beide dem Leitbild vom mündigen Bürger. In der späteren gemeinsamen Regierungszeit kamen in diesem Sinne dann auch bedeutende innen- und rechtspolitische Reformen zustande. Es steht auf einem anderen Blatt, daß gelegentlich sowohl die sozialdemokratische als auch die liberale politische Praxis mit den hehren Forderungen der Programme nicht ganz in Übereinstimmung zu bringen waren. Frühe programmatische Gemeinsamkeiten – leider nicht mehr – sind auch in der Umweltpolitik festzustellen.

Wenn es jemals eine ideologische Allianz zwischen Liberalen und Sozialdemokraten gegeben hatte, dann auf dem Feld der Kulturpolitik. Beide Parteien traten stets für die Freiheit des Geistes, der Wissenschaft, der Kultur und der Presse gegenüber jeder Art von Bevormundung ein. Zweifel an der Zuverlässigkeit des Bündnispartners ergaben sich besonders bei den Liberalen in Verbindung mit Konkordaten und mit der Notstandsgesetzgebung.

Als trennender Programmbestandteil wurde und wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik empfunden. Neben der bereits dargestellten Tendenz zur Vereinfachung und Vergrößerung der inhaltlichen Auseinandersetzung ist dafür die Tatsache verantwortlich, daß beide Parteien neben allem anderen natürlich auch die Vertretung der ökonomischen Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen übernommen hatten: Die Gegensätze liegen in Wahrheit nicht in der Ideologie, sondern in der Rücksicht auf vermutete oder tatsächliche Wählerinteressen. Die FDP kam nicht aus ihrem Mittelstandsendenken heraus, die Sozialdemokraten konnten und wollten selbstverständlich den Charakter einer Arbeiterpartei nicht verlieren, auch wenn sie sich längst von der reinen Arbeiter- zur pluralistischen Volkspartei entwickelt hatten.

Vergesellschaftung nicht prinzipiell ausgeschlossen

Wenn Sozialismus im Kern prinzipiell Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet, dann ist die SPD

seit Godesberg spätestens keine sozialistische Partei mehr. Wenn Sozialismus einen gesellschaftlichen Zustand erstrebt, in dem soziale Gerechtigkeit verwirklicht ist, dann ist die SPD in diesem Sinne eine sozialistische Partei geblieben. Im Grunde hat das Godesberger Programm den einzigen klaren Widerspruch zwischen liberaler und sozialdemokratischer Programmatik beseitigt. Mit dem Bekenntnis zur Marktwirtschaft, mit der Verteidigung der unternehmerischen Freiheit und mit der Forderung nach Schutz des Eigentums vollzog die SPD in Godesberg programmatisch den Anschluß an eine Politik, die sie praktisch bereits seit Weimar betrieben hat.

Daß die Möglichkeit der Vergesellschaftung nicht prinzipiell ausgeschlossen wird, ist für fortschrittliche Liberale kein Problem. Die Wirtschaftsordnung, so hat es Karl-Hermann Flach später ausgeführt, gehört nicht in ein liberales Glaubensbekenntnis, wenn es ein solches gäbe, sondern ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die Gleichsetzung von Liberalismus mit privater Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ist ja auch von der FDP nie ernsthaft vertreten worden. In der Praxis hat die FDP immer eine Wirtschaftspolitik mitgemacht, die große Wirtschaftsbereiche unter den Einfluß staatlicher Interventionen oder sogar direkter staatlicher Leitung gebracht hat.

Auch von der Vorstellung, daß eine konsequent verwirklichte Konkurrenzwirtschaft alle Probleme lösen würde, waren die Liberalen längst abgekommen. Sie wußten auch, daß der Markt geordnet und der Wettbewerb gebändigt werden mußte, um unerwünschte Monopolbildungen und Machtkonzentration zu verhindern. Auch der alte Streit zwischen Liberalismus und Sozialismus über den Begriff von Gleichheit ist seit Godesberg gegenstandslos. Das Godesberger Programm versteht Gleichheit als Gleichheit der Möglichkeiten. Das ist weit entfernt von Gleichmacherei und was dergleichen Kampfbegriffe mehr sind.

In der Sozialpolitik war auch damals schon die Notwendigkeit großer Sozialsysteme, die auf dem Grundsatz der kollektiven Solidarität aufgebaut waren, nicht umstritten. Auch hier waren die Gegensätze mehr taktischer Natur. Die FDP mit ihrer Klientel von Gewerbetreibenden, Beamten und leitenden Angestellten verteidigte die Besitzstände dieser Gruppen, was zu unterschiedlichen Positionen in der Ausgestaltung der Sozialversicherungssysteme führte. Dabei war der FDP das Zweifelhafte dieser Politik stets bewußt. Selbst Erich Mende als Parteivorsitzender setzte sich immer dafür ein, die alten Unterschiede in der sozialen Stellung von Arbeitern und Angestellten, die noch aus dem Ständedenken des 19. Jahrhunderts stammen, radikal zu beseitigen. (Er wollte zumindest alle Facharbeiter zu Angestellten machen.)

Unumstritten zwischen SPD und FDP vor und nach Godesberg war auch der Grundsatz der Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Freilich zog die FDP daraus erst mit den Freiburger Thesen programmatische Konsequenzen. Mit den praktischen Konsequenzen ließ sie sich noch mehr Zeit, bis die Wende sie zunächst einmal überflüssig machte.

Freiburger Thesen: Historisches Versäumnis nachgeholt

In der Tat war also das Regierungsbündnis von SPD und FDP, das 1969 zustande kam, kein Bündnis von Feuer und Wasser. Es zeigte sich sogar, daß die FDP in der Zusammenarbeit mit der SPD Zugang zu neuen Wählerschichten fand, die es ihr möglich machten oder möglich gemacht hätten, die alte Interessenpolitik aufzugeben. Die sozialliberale Koalition bot der FDP die Chance, zu einer radikaldemokratischen Reformpartei mit sozialer Verantwortung zu werden. Und zunächst schien sie diesen Weg auch beschreiten zu wollen.

Die Freiburger Thesen von 1971 schlossen in bewußter Anknüpfung an Friedrich Naumann die wesentliche programmatische Lücke der FDP und holten das von Naumann beklagte historische Versäumnis der Liberalen nach. Die Bedeutung der Freiburger Thesen liegt weniger in ihrem Aktionsteil als vielmehr in der klaren Definition der Grundsätze, von denen sie ausgehen. Im Rahmen einer Sozialismus-Liberalismus-Diskussion liegt die entscheidende Weiterentwicklung darin, daß sich die Liberalen in Freiburg von einem nur formal begründeten und garantierten Freiheitsbegriff ausgehend dazu durchgerungen haben zu sagen, daß Freiheit gesellschaftlich erfüllte Freiheit sein müsse. Mit anderen Worten: Der Staat muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die formal garantierten Freiheitsrechte in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auch realisiert werden können. Auf diesem Weg kam die FDP zu ihrer Forderung nach Reform des Kapitalismus durch Mitbestimmung und Vermögensbildung. In der Substanz ist der in Freiburg geforderte Reformkapitalismus nichts anderes als die sozial gerechte Gesellschaft, von der die SPD im Godesberger Programm spricht.

Die alten Bindungen des Liberalismus an ganz bestimmte Minderheiten stellten dem Fortschritt allerdings auch in Freiburg ein Bein. Die Mitbestimmungskonzeption der FDP von Freiburg war sowohl im Programmmentwurf als auch im beschlossenen Programm von einer Idee ausgegangen, die von einer außerordentlich wirkungsvollen, aber sehr kleinen Lobby in die FDP gebracht worden war. Die gewollte Ersetzung einer Mitbestimmungsordnung mit den Faktoren Kapital und Arbeit durch ein Modell mit den drei Faktoren Kapital, Arbeit und Disposition stammt von den Berufsvertretungen der

leitenden Angestellten. Ursprünglich dachten die Freiburger wohl, man könne den Faktor Disposition sehr viel weiter fassen, unter Umständen bis zum Meister. In der praktischen Gesetzgebungsarbeit hat sich die FDP dann aber damit begnügt, die Interessen der leitenden Angestellten zu vertreten, wobei eine sehr eng gefaßte Definition der Leitenden zugrunde lag.

Ich selbst habe mich in der Diskussion über das Freiburger Programm gegen beide Mitbestimmungsmodelle gewandt. Der ursprüngliche Programmmentwurf sah eine Sitzverteilung im Aufsichtsrat von 4:4:2 vor. Dagegen war einzuwenden, daß damit die kleine Gruppe der leitenden Angestellten, die in der Unternehmenswirklichkeit zur Kapitalseite gehört, einen durch nichts gerechtfertigten Einfluß gewonnen hätte. Das dann beschlossene 6:4:2-Modell begründete noch nicht einmal eine scheinbare Parität. Aber immerhin: Der Aktionsteil der Freiburger Thesen war ja entwicklungsfähig. Wichtig war, daß die Liberalen anfangen, auch ihre soziale Verantwortung anzunehmen.

Freiheit und Gleichheit bedingen einander

Wenn man die geistigen Fundamente sozialdemokratischer und liberaler Politik nach Godesberg und Freiburg kritisch mustert, dann springt ins Auge, daß in beiden Fällen auf den Versuch verzichtet wird, der Politik eine verbindliche Weltanschauung zu unterlegen. Vielmehr wird versucht, die Politik an bestimmten Grundwerten zu orientieren und sie auf diese Weise berechenbar zu machen. Die Grundwerteorientierung der SPD bezieht sich auf die Trias Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die FDP greift in einem kühnen Schwung auf die Losung der französischen Revolution zurück und nimmt Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit für sich in Anspruch. Die unterschiedlichen Vokabeln haben jedoch denselben Begriffsinhalt. Freiheit meint übereinstimmend Selbstverwirklichung, Mündigkeit und Autonomie des Individuums. Relativiert wird der individualistische Freiheitsbegriff in beiden Fällen durch die Bindung dieser Freiheit an die Existenzbedingung des Menschen als gesellschaftliches Wesen. Daß die Freiheit des einzelnen begrenzt wird durch die Freiheit des anderen, und daß sie nicht schrankenloses Tun- oder Lassen-Dürfen bedeutet, sondern Verantwortung (FDP) oder Verpflichtung (SPD), sind gleichermaßen liberale wie sozialdemokratische Relativierungen.

Gleichheit und Gerechtigkeit wird in beiden Fällen definiert als Gleichheit der Lebenschancen, woraus sich in beiden Fällen auch praktische Forderungen für die innere Ordnung des Staates (mehr Partizipation), für das Bildungswesen (Bildung als Bürgerrecht), für die Wirtschaftsordnung (Mitbestimmung und Wettbewerbs-

recht) und für die Eigentumsverhältnisse (Vermögensbeteiligung) ergeben.

Solidarität und Brüderlichkeit meint in beiden Fällen die Verpflichtung zu einem System der sozialen Sicherheit, das aus Eigenverantwortung und kollektiver Risikoteilung besteht. Dabei ist nicht einmal umstritten, daß der Grundsatz der Subsidiarität, also der Vorrang gesellschaftlicher Eigeninitiative vor staatlichen Regelungen, überall dort gelten soll, wo er ohne Beeinträchtigung der genannten Grundwerte verwirklicht werden kann.

Gelegentlich wurde der Versuch unternommen, aus einer angeblich unterschiedlichen Zuordnung der Grundwerte zueinander einen deutlichen ideologischen Bruch zu konstruieren. In Wahrheit entsprang der Satz „Im Zweifel für die Freiheit“ mehr einem liberalen Abgrenzungsbedürfnis als der Offenlegung eines tatsächlich vorhandenen Konflikts. Die gesamte Programmgeschichte der Sozialdemokratie durchzieht als ein wirklicher roter Faden die Forderung nach Verwirklichung der Freiheit für alle. Die liberale Formel dazu lautet: Es geht um die größtmögliche Freiheit der größtmöglichen Zahl (Flach). Die SPD war in ihrer Freiheitsforderung noch nicht einmal klassengebunden (wie sie ja überhaupt nicht Klassenkampf predigte und predigt, sondern Überwindung der Klassengegensätze, die sich praktisch als Unterdrückung der Arbeitnehmer manifestierten und teilweise noch manifestieren, wenn man bedenkt, ein wie großer Teil der Wirtschaft bisher noch von keiner Form der Mitbestimmung erreicht ist). Man kann auf das Erfurter Programm der SPD von 1891 zurückgreifen, um zu zeigen, daß die Freiheitsforderung total und universell gemeint war. In der Grundwertediskussion besteht wohl heute Konsens dahingehend, daß Freiheit und Gleichheit bzw. Gerechtigkeit nicht in einem Gegensatz zueinander gebracht werden dürfen, sondern daß sie einander bedingen. Freiheit ohne Gleichheit schafft Privilegien, Gleichheit ohne Freiheit schafft Unmündigkeit.

Die Sozialdemokratie ist ebenso säkularisiert wie der Liberalismus

Der bewußte Verzicht auf eine weltanschauliche Politiküberhöhung bei Sozialdemokraten und Liberalen (der übrigens auch deshalb naheliegt, weil die Weltanschauungspartei CDU/CSU täglich den Beweis für ihre eigene Unmöglichkeit liefert) führt zu einer erstaunlichen Übereinstimmung an einem Punkt, wo zumindest zwischen Liberalismus und Marxismus ein himmelweiter Unterschied besteht. Es gibt keine verbindlichen Endziele, es wird nicht der Versuch gemacht, einen gewünschten gesellschaftlichen Endzustand zu definieren, sondern Gesellschaft wird prozeßhaft verstanden. Die „sozialistische Heilslehre“, die auch heute noch gerne aus

der FDP gegenüber der SPD ins Feld geführt wird, gibt es in der sozialdemokratischen Programmatik nicht. Die Sozialdemokratie ist ebenso säkularisiert wie der Liberalismus, beide bieten keine Ersatzreligion. Wenn es weder eine sozialdemokratische noch eine liberale Dogmatik gibt, dann kann auch die Methodenlehre der beiden Richtungen keine bedeutsamen Unterschiede mehr aufweisen. Und tatsächlich haben beide Richtungen und ihre Parteien Hegel entweder überwunden oder hatten ihn niemals adaptiert. Ethisch folgen Liberalismus und Sozialdemokratie Immanuel Kant, erkenntnistheoretisch folgen sie dem kritischen Rationalismus. Der Einfluß Poppers auf die Grundsatzdiskussion bei Liberalen und Sozialdemokraten z. B. kann überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die ideologische Verwandtschaft so zahlreicher liberaler und sozialdemokratischer Positionen führt zu dem nicht überraschenden Befund, daß in der Theorie auch kein Unterschied mehr feststellbar ist, wenn es um den politischen Stil geht. Das gilt für die Einstellung zur Demokratie, die von beiden Richtungen nicht auf die rein staatliche Ordnung beschränkt wird, sondern die als Gestaltungsprinzip für die gesamte Gesellschaft und als Ordnungsrahmen für allen menschlichen Umgang miteinander gesehen wird. „Demokratisierung der Gesellschaft“ ist explizit eine Forderung der Freiburger Thesen. Die klassisch liberalen Stilmerkmale der Toleranz, der Offenheit und Reversibilität politischer Entscheidungen (einfacher ausgedrückt: Reform als politisches Prinzip) sind schon seit langer Zeit nicht mehr allein auf Parteien beschränkt, die sich ausdrücklich liberal nennen.

Weder für Friedrich Naumann noch für Karl-Hermann Flach war es undenkbar, daß demokratischer Sozialismus und Liberalismus wieder zueinander finden. Naumann sprach einmal vom Sozialismus als der denkbar weitesten Ausdehnung der liberalen Methode. Dieser Satz ist ein bißchen dunkel. Klarer ist sein Diktum: Der Sozialismus ist der Liberalismus der Masse. Dabei dürfen wir unterstellen, daß er Sozialismus als sozialdemokratische Reformbewegung und Masse als Mehrheit verstand.

Werner Maihofer hat einmal in den Jugendtagen der sozialliberalen Koalition vom historischen Bündnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie gesprochen und wollte damit an die gemeinsame geschichtliche Wurzel und an die gemeinsame Zugehörigkeit zum fortschrittlichen Lager erinnern. Wenn die FDP nun mit der Wende diese fortschrittliche Tradition des Liberalismus abgestoßen hat, so bleibt die Frage, wo für die fortschrittlichen Liberalen eine politische Wirkungsmöglichkeit gefunden werden kann. Grundwerte, Programm und Stil der deutschen Sozialdemokratie lassen heute deren Herkunft aus der liberalen Emanzipationsbewegung deutli-

cher hervortreten, als dies bei der FDP der Fall ist. Ohnehin wäre es ein Irrtum zu glauben, liberale Politik sei schlechthin das, was die FDP als liberale Politik definiert. Die Chance einer Wiedervereinigung des fortschrittlichen Liberalismus in den Reihen der SPD ist zweifellos gegeben. Die Durchsetzungschance der Liberalen in der Volkspartei SPD wird um so größer sein, je entschiedener die Wiedervereinigungschance genutzt wird. Der

Ingrid Matthäus-Maier: Fortschrittliche Liberale in einer Volkspartei – Chance oder Widerspruch?

Die ehemalige Bundesvorsitzende der Jungdemokraten Ingrid Matthäus-Maier, Jahrgang 1945, war Mitglied des Landesvorstandes NRW und des Bundesvorstandes der FDP. Ende 1982 trat sie in die SPD ein. Seit ihrer Wiederwahl 1983 in den Bundestag ist sie Mitglied des Planzausschusses, stellvert. Mitglied im Haushalts- und Petitionsausschuß und arbeitet im Bereich „Gleichstellung der Frau“ in der SPD-Bundestagsfraktion mit.

Zwei Fragen werden mir immer wieder gestellt, wenn von meinem Beitritt zur SPD nach dem Verlassen der FDP wegen des Lambsdorff-Papiers, Geneschers Wortbruch und der Wende nach rechts die Rede ist:

1. Kann sich eine Sozialliberale, eine Linkliberale in der Volkspartei SPD überhaupt wohlfühlen?
2. Können innerhalb der SPD fortschrittliche liberale Positionen überhaupt wirksam vertreten werden?

Ich muß gestehen, daß mich die Häufigkeit, mit der diese Fragen gestellt werden, wundert, zumal wenn sie – was besonders oft geschieht – von solchen gestellt werden, die wie ich jahrelang in der FDP gegen die Lambsdorff, Ertl, Gallus, Möllemann etc. sozialliberale Politik durchzusetzen versuchten, was ja nun auch nicht gerade ein Vergnügen und schon gar nicht immer erfolgreich war. Für mich ergibt sich die positive Antwort auf beide Fragen sowohl aus der langjährigen Arbeit der sozial-liberalen Koalition als auch aus den Entwicklungen, die SPD, FDP und linkliberale Splittergruppen nach der Wende genommen haben.

Dabei übersehe ich durchaus nicht, daß die Klischeevorstellung vom typischen „Kanalarbeiter“ nicht

fortschrittliche Liberalismus würde in der SPD nicht aufgehen, sondern er würde in ihr aufgehoben sein, bewahrt sein. Davon hätten beide etwas: Die SPD würde die Tradition der deutschen Fortschrittsparteien allein vertreten, und die Liberalen würden endlich einmal auf einer Wählerbasis operieren können, die sie seit ihrer Blütezeit im vergangenen Jahrhundert nicht mehr gekannt haben.

das Idealbild eines sozial-liberalen Politikers ist, daß sich nicht nur Holger Börner mit seinem berühmten Dachlattenausspruch, sondern auch andere Spitzenpolitiker der SPD nicht immer leicht tun mit liberalen Anliegen wie der Forderung nach Liberalisierung des Strafrechts, z. B. durch Abschaffung des § 175, daß in einzelnen Gewerkschaften sich konservative Einstellungen z. B. zum Umweltschutz eingenistet haben, zäh am Leben halten und natürlich auch in die SPD hineinwirken, daß die Emanzipation der Frau nicht für jeden Genossen zu den Hauptanliegen zählt und daß das Kirchenpapier, was wir Sozialliberale in der FDP durchsetzen konnten, auf absehbare Zeit keine Mehrheit in der SPD finden wird.

Und natürlich – um nur noch ein weiteres Beispiel zu nennen – sträubt sich bei mir auch alles dagegen, in einer eigenen Arbeitsgemeinschaft für die Frauen in der SPD, der ASF, einen Beitrag zur Emanzipation zu sehen. Eine solche Einrichtung haben wir in der FDP ganz bewußt und deswegen abgelehnt, und dies ist, wie mir scheint, dem Einfluß der Frauen in der FDP vor der Wende nicht schlecht bekommen. Denn es besteht nun einmal die Gefahr – die Praxis bestätigt dies vielfach –, daß dadurch die Frauen auf die „Frauenpolitik“ konzentriert werden und daß das Engagement in der ASF, das ja etwa der üblichen Mitarbeit in einer Partei durchaus gleichkommt, vielen Frauen die Möglichkeit nimmt, noch einmal den gleichen Einsatz in der Gesamtpartei zu erbringen.

Solange es eine Chance gab, mußte sie genutzt werden

Ich will auch ausdrücklich feststellen: Wäre es möglich gewesen, entweder aus der FDP eine gefestigte eindeutig sozialliberale Partei zu machen bzw. wenigstens die Perspektive offenzuhalten oder eine erfolgversprechende neue linkliberale Partei zu gründen, so wäre dies der aussichtsreichere Weg gewesen, das Hauptziel der Sozialliberalen zu errei-

chen, nämlich einem Bündnis des aufgeschlossenen Bürgertums mit der Arbeitnehmerschaft die Macht gegen die Rechte in diesem Lande zu sichern. Dies wäre damit zugleich auch im Interesse der SPD gewesen, da so eine SPD-geführte Regierung eher zu erreichen wäre als durch die SPD alleine. Zugleich wäre – um an ein Bild von Peter Glotz anzuknüpfen – der schwer bewegliche Tanker SPD von einem beweglicheren Schlepper von außen wohl schneller zu Vorwärtsbewegungen zu bringen gewesen als von innen. Dies waren im übrigen auch die beiden entscheidenden Gründe, weshalb ich wie andere Sozialliberale 1969 am Tag der Wahl von Willy Brandt zum Bundeskanzler in die FDP und nicht in die SPD eingetreten bin, obwohl es für uns nie einen prinzipiellen Grund gab, nicht in die SPD einzutreten.

Aus diesem Grunde habe ich auch zusammen vor allem mit Günter Verheugen nach dem 1. Oktober 1982 sehr konkrete Überlegungen angestellt, ob und wie eine neue erfolgreiche linksliberale Partei gegründet werden könnte. Und erst, als diese sich aus verschiedenen handfesten Gründen – so war nur eine Handvoll FDP-Abgeordneter überhaupt bereit, über dieses Thema auch nur ernsthaft nachzudenken – und anhand von Umfrageergebnissen als völlig aussichtslos herausstellte und jeder Versuch damit nur der Rechten in die Hände gearbeitet hätte, gaben wir diesen Plan notgedrungen auf.

Dies beantwortet zugleich auch die vereinzelt mit vorwurfsvollem Unterton gestellte Frage, ob meine sozialliberalen Freunde und ich nicht schon früher die FDP hätten verlassen müssen. Für mich besteht kein Zweifel: Solange es noch eine Chance gab, aus der FDP eine zuverlässige sozialliberale Partei zu machen, mußte diese genutzt werden. Dies lag auch im politischen Interesse der SPD! Im Gegenteil: nüchtern und rational betrachtet, ist für mich eher zu fragen: Wäre es politisch nicht wirksamer gewesen, wenn von den vielen Sozialliberalen, die in den 70er Jahren in die SPD gegangen sind, etwa 20000 bis 30000 in die FDP gegangen wären und mit uns Sozialliberalen zusammen dort für klare Verhältnisse gesorgt hätten?

Die Prioritäten standen fest.

Im übrigen will ich mich auf die zweite Frage konzentrieren: die Chancen für sozialliberale Politik in der SPD. Denn die erste Frage ist für mich persönlich nicht entscheidend. Das rationale Kriterium für den Eintritt in eine Partei ist die Frage, ob ich in und mit dieser Partei meine politischen Überzeugungen vermutlich am wirksamsten werde durchsetzen

können und ob die dazu nötige Änderung der Partei durchsetzbar erscheint. Es ist nicht die Frage, ob ich mich dort subjektiv wohlfühle. Dieser Frage liegt eine eigentlich unpolitische Einstellung zugrunde, die viele, gerade unter den „Linken“, auch nach langen Jahren politischer Tätigkeit nicht ablegen können: Man möchte nur dann in eine Partei eintreten, wenn man sich voll und ganz mit ihr und ihrer Führungspersönlichkeit identifizieren kann, wenn man sich wohlfühlen kann, also die Partei schon so ist, wie man sie selbst gerne hätte.



Karl-Hermann Flach

Nicht nur, weil diese Frage so oft an mich gerichtet wird, weiß ich, wie weit verbreitet diese unpolitische Grundhaltung ist. Sie ist nach meiner Auffassung der entscheidende Grund dafür, daß viele, die wie ich nach der Wende aus der FDP ausgetreten sind, sich nicht entschließen konnten, in die SPD einzutreten, sondern unabhängig von den fehlenden Erfolgsaussichten und der Gefahr, damit der politischen Rechten in die Hand zu arbeiten, eine eigene Partei gründeten und so dem alten Fehler der Liberalen erlagen: in einer konkreten Situation der eindeutigen Entscheidung, auf welcher Seite die Liben

jen zu stehen haben, ausgewichen zu sein. So sehr verständlich dies im einzelnen auch sein mag, z. B. bei sozialliberalen Kommunalpolitikern, die jahrelang erfolglos gegen übermächtige absolute SPD-Ratsmehrheiten in Opposition standen: es bleibt eine unpolitische Ausweichhandlung, die im günstigsten Fall wirkungslos ist, vermutlich aber sogar der politischen Rechten hilft. Für mich kam diese Haltung nie in Frage: Schon wenige Tage nach dem Platzen der sozialliberalen Koalition standen für mich folgende Prioritäten fest:

1. Solange wie möglich kämpfen, um in der FDP die Wende nach rechts zu verhindern, d. h. bis zu einem eindeutigen Bundestagsbeschluss.

2. Wenn dies mißlingt, alle erfolgversprechenden (aber auch nur diesel!) Versuche unterstützen, mit einer neuen sozialliberalen Partei die sozialliberale Koalition fortzusetzen.

3. Bleibt dies aussichtslos, Mitarbeit in der SPD, und zwar unabhängig von der Frage, ob die SPD eine Kandidatur von mir zum Bundestag für sinnvoll hält oder nicht (unter der Voraussetzung, daß die SPD kein Abschwören von früheren Positionen verlangt).

Dabei war ich, trotz eines sehr deutlichen Bewußtseins von den zu erwartenden Schwierigkeiten, immer davon überzeugt, daß ich mich in der SPD wohlfühlen würde und daß durchaus die Chance bestehe, mit anderen zusammen sozialliberale Ziele deutlich in der SPD zur Geltung zu bringen. Nicht der Eintritt in die SPD war das Schwierige – das Schwierige war der Austritt aus der FDP: Bedeutete dies doch nicht nur Abschied von der Hoffnung, aus dieser Partei eine sozialliberale Partei zu machen, sondern zugleich den politischen Abschied von vielen Freunden. Der Eintritt in die SPD war für mich hernach eine Selbstverständlichkeit.

Warum also kann man sich als Sozialliberale in der Volkspartei SPD wohlfühlen und fortschrittliche liberale Positionen dort wirksam vertreten? Als viele Sozialliberale wie ich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in die FDP eintraten, taten sie dies nicht aus einer prinzipiellen Abneigung gegen die SPD. Im Gegenteil: eines ihrer Hauptziele war es, das Bündnis der FDP mit der SPD herbeizuführen bzw. zu stabilisieren als parteipolitischer Ausdruck des „historischen Bündnisses“ (Werner Maihofer) zwischen aufgeschlossenem Bürgertum und Arbeitnehmern, den Gruppen also, die schon im vorigen Jahrhundert auf der gleichen Seite der Barrikaden für die Demokratie gestritten hatten. Für uns war zweierlei klar:

1. Unsere politischen Vorstellungen konnten nie gegen SPD und Gewerkschaften, sondern nur mit

ihnen, also auch nur soweit durchgesetzt werden, als sich auch in der SPD sozialliberale Inhalte durchsetzen ließen.

2. Wenn sich unsere Hoffnung auf einen grundsätzlichen Wandel der FDP von der Bürgerblockpartei zum sozialliberalen Partner nicht erfüllen würde, war die Mitarbeit in der SPD die logische und die einzige Alternative.

Für Sozialliberale, die sich ja vor allem auf die politischen Thesen von Friedrich Naumann und Karl-Hermann Flach stützten, waren Liberalismus und Sozialismus keine in der politischen Praxis unvereinbaren Gegensätze, sondern vielmehr in aller Regel natürliche Bündnispartner. „Es kann kein Zweifel sein, daß im sozialistischen Programm altliberale Elemente in Anwendung auf neue Herrschaftsformen vorliegen, aber dieser strenge Gedankenzusammenhang beider Strömungen wird bisher von beiden

Die Freiburger Thesen der Liberalen
 Karl-Hermann Flach
 Werner Maihofer
 Walter Scheel

aktuell

Seiten verkannt, weil die Sozialdemokratie ihre Forderungen mit dem Unterbau einer Geschichtsauffassung versieht, die dem Liberalismus nicht geläufig ist“, stellt Friedrich Naumann in seinem Aufsatz „Liberalismus als Prinzip“ 1904 fest.

„Sozialismus und Liberalismus sind eben nicht ‚Feuer und Wasser‘, sondern in ihrem ursprünglichen Bemühen um den Menschen durchaus vereinbar“, heißt es bei Karl-Hermann Flach in seinem Buch „Noch eine Chance für die Liberalen“ aus dem Jahre 1971. Und im Leverkusener Manifest der Jungdemokraten von 1971, auf dessen Basis ich diesen Verband führte, formulierten wir: „Liberalismus und Sozialismus haben beide ihren Ursprung in Humanismus und Aufklärung. Sie stimmen in entscheidenden Punkten ihrer Zielsetzung überein. Sie haben in Konservativen und Reaktionären gemeinsame politische Gegner.“

In der Praxis hatte sich gegen Ende der 60er Jahre eine ziemlich weitreichende Vereinbarkeit der Vorstellungen nicht nur zwischen Sozialliberalen und SPD, sondern spätestens mit Verabschiedung der Freiburger Thesen in der FDP 1971 auch zwischen SPD und FDP insgesamt ergeben. Dies reichte von der Ostpolitik, der Bildungspolitik und der Justizpolitik bis zur Gleichberechtigung der Frau und weit hinein in die Gesellschaftspolitik. Sozialliberale Positionen waren in der SPD verstärkt hervorgetreten. Viele Sozialliberale waren Mitglieder in der SPD geworden. Hinzu kann man einen Großteil der früheren Mitglieder der Gesamtdeutschen Volkspartei rechnen, allen voran Gustav Heinemann, mit dem die SPD zugleich den bisher liberalsten Präsidenten unserer Republik stellte, aber auch z. B. heute führende SPD-Politiker wie etwa Johannes Rau oder Diether Posser. Faktisch führte dies dazu, daß sich rein zahlenmäßig in der SPD mehr sozialliberale Mitglieder befanden als in der FDP, ja sogar mehr als die FDP insgesamt Mitglieder hatte (ca. 75 000). Viele wären sicherlich als eine entscheidende Bereicherung der Sozialliberalen in der FDP angesehen worden. So wäre z. B. der ehemalige sozialdemokratische Justizminister Schmude offensichtlich eher ein Repräsentant klassischer sozialliberaler Rechtspolitik als der heutige Justizminister Engelhardt (FDP).

Es war deshalb kein Wunder, daß die Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Gestaltung sozialliberaler Politik durch die SPD und FDP in vielen Bereichen, von Einzelbeispielen (z. B. Reform des § 175 des Strafgesetzbuches, Reform des-Kontaktsperregesetzes) abgesehen, gerade zwischen den Sozialdemokraten und den Sozialliberalen auch im persönlichen

Bereich meist harmonisch verlief. In den zwischen SPD und Gesamt-FDP umstrittenen Bereichen wie der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Gesellschaftspolitik stand ich mit anderen Sozialliberalen den Positionen von Helmut Schmidt, Hans Matthöfer und Manfred Lahnstein meist näher als etwa Graf Lambsdorff oder Josef Ertl. Manches in der FDP war für die Sozialliberalen nur deshalb einigermaßen erträglich, weil es durch die SPD wenigstens teilweise korrigiert werden konnte (Mitbestimmung).

Als deshalb die FDP die Wende nach rechts vollzog und eine Fortsetzung der sozialliberalen Politik mit der FDP nicht mehr möglich war, war die einzige logische Konsequenz, den bisherigen Koalitionspartner zu unterstützen, der diese Politik in ihren Kernbereichen fortzusetzen beabsichtigte. Deshalb vollzog ich den Schritt von der „sozialliberalen Demokratin“ zur „liberalen Sozialdemokratin“. Die SPD ermöglichte diesen Schritt, indem sie sich ausdrücklich für Sozialliberale öffnete und von ihnen bewußt kein Abschwören von ihren bisherigen Positionen verlangte. Dieses blieben nicht nur abstrakte Beschlüsse: Die Basis meines Wahlkreises wählte mich mit Stimmenzahlen jeweils über 90 % zur Wahlkreis-kandidatin. Ich habe dabei auch die Erfahrung gemacht, daß manche meiner (übrigens wenigen) in der SPD umstrittenen Positionen, z. B. bei der Haushaltskonsolidierung, in Einzelgesprächen von vielen in der SPD als unumgänglich angesehen werden, aber in größeren Zirkeln noch auf traditionellen Widerstand stoßen. Dabei ist mir (und auch allen anderen SPD-Mitgliedern) durchaus bewußt, daß meine theoretischen politischen Positionen z. B. mit denen der Marxisten in der SPD nicht vereinbar sind. Sie lassen sich annähernd als „kritischer Rationalismus“ im Sinne der Philosophie von Karl Popper bezeichnen. Kurz gefaßt, bezweifeln sie die Vorhersehbarkeit der Geschichte, die Erklärbarkeit politischer Zustände durch einen Gesamtentwurf unter einem herausragenden Gesichtspunkt (z. B. dem der Klassengesätze) und sehen als Aufgabe der Politik nicht das Glück aller, sondern die Schritt-für-Schritt-Beseitigung konkreter Mißstände durch möglichst umkehrbare Maßnahmen an, da gerade auch der Politiker mit Fehlschlägen und Irrtümern rechnen muß. Durch den Eintritt in die SPD bin ich auch nicht zu Sozialistin geworden, wobei hinzuzufügen wäre, daß Sozialismus für mich insbesondere die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet. In zahlreichen Diskussionen in der SPD habe ich aber auch festgestellt, daß eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern nicht Sozialisten in diesem

engen Sinne sind, sondern unter Sozialismus das Eintreten für soziale Gerechtigkeit verstehen. Dies alles sind keine neuen Positionen in der SPD. Schon deshalb ist klar, daß es eine echte Chance gibt, mit anderen zusammen sozialliberale Positionen in der SPD verstärkt zur Geltung zu bringen. Was Sozialliberale wollen, ist vorher schon von vielen anderen in der SPD, und zwar mit bemerkenswertem Erfolg, durchgesetzt worden. Die Chance wird verstärkt durch die Tausende, die aus der FDP zur SPD gegangen sind, und durch die noch größere Zahl bisher parteiloser, typisch sozialliberaler Wähler, die nach der Wende zur SPD gestoßen sind.

Die konkrete Praxis in der Bundestagsfraktion zeigt: Ob BaföG, Schneller Brüter in Kalkar, Technische Anleitung Luft, Rhein-Main-Donau-Kanal, Volksbefragung, Demonstrationsrecht, NATO-Doppelbeschuß oder Flick-Affäre – die SPD bezieht im Kern die Positionen, die auch die Fraktion einer sozialliberalen Partei in der Tradition der sozialliberalen Mitglieder der früheren FDP-Fraktion hätte beziehen müssen. Und die von Graf Lambsdorff 1980 verwässerte Verbesserung der Stellung der Frau im Arbeitsleben ist soeben als SPD-Antrag zur Änderung des EG-Anpassungsgesetzes als weiterer Schritt in Richtung auf ein Antidiskriminierungsgesetz im Bundestag eingebracht worden. In anderen Bereichen, wie z. B. dem Umweltschutz ist noch einiges nachzuholen. Aber kein Zweifel: nicht zuletzt auf Druck der Basis erfolgt hier ein schneller Umdenkungsprozeß, der bald zu einer Fortschreibung der Politik in diesem Bereich führen wird.

Eine spezielle Aufgabe sehe ich für die Sozialliberalen in der SPD darin, den Zusammenhalt der Flügel zu fördern. Dabei halte ich es für hilfreich, daß Sozialliberale quer zu der herkömmlichen Rechts-Links-Einteilung in der SPD liegen: In der Wirtschaftspolitik nahe beim Kurs von Helmut Schmidt, in anderen Bereichen wie Umweltschutz, Bürgerrechte nahe dem linken Flügel der Partei. Wichtigster Beitrag hierzu wäre, von der abstrakten Strategiediskussion – entweder grüne Wähler zurückzugewinnen oder zur CDU abgewanderte Arbeiter zurückzugewinnen – wegzukommen, da dieses *keine* realistischen Alternativen sind. Nicht nur aus strategischen Gründen (keine der Alternativen reicht für eine Alleinregierung der SPD), sondern auch von den Sachproblemen her ist die Konfrontation von Ökonomie und Ökologie eine Sackgasse. Statt dessen ist deren politische Zusammenführung notwendig. Deshalb muß schnell von der strategischen Diskussion zur Diskussion der Sachprobleme

Noch eine Chance für die Liberalen

übergegangen werden, bevor sich die unvereinbaren und, für sich genommen, jeweils hoffnungslosen Strategien verhärten.

Konkrete Lösungsvorschläge für die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie sind in der SPD durchaus vorhanden, z. B. der Matthöfer-Plan des Jahres 1982: Statt jährlich viele zusätzliche Milliarden an OPEC-Länder für den Energieverbrauch zu zahlen und damit unsere wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Probleme zu vergrößern, sollte dieses Geld lieber für Energieeinspar- und Umweltschutzmaßnahmen im eigenen Land – unter Ausnutzung bei uns brachliegender Kapazitäten und mit einem spürbaren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit in einem über Jahre laufenden Investitionsprogramm in der Größenordnung von 10 Mrd. DM jährlich – verwandt werden. Die bisherige Reaktion der Bundestagsfraktion auf Anstöße in dieser Richtung stimmt hoffnungsvoll.

Natürlich gehört es auch zu den Aufgaben der Sozialliberalen, dazu beizutragen, daß in der Öffentlichkeit klar wird, daß die SPD die *effektivere und die gerechtere Wirtschaftspolitik* anstrebt, womit sie in den Jahren der sozialliberalen Koalition im internationalen Vergleich zweifellos Erfolg hatte. Es darf überhaupt nicht erst der Eindruck entstehen, als wolle die SPD die gerechtere Wirtschaft zu Lasten ihrer Effektivität durchsetzen. Damit würde es auch leichter zu verdeutlichen, daß auch kleine und mittlere Unternehmen, Freiberufler und andere Selbständige durchaus aus eigenem Interesse und nicht nur aus altruistischen Motiven gute Gründe zur Wahl der SPD haben. Aber auch dieser Aufgabe sind sich alle Teile der Partei inzwischen wohl bewußt.

Die Geschichte macht die Identifizierung leicht

Keine Frage: in dieser Partei kann sich ein Sozialliberaler wohlfühlen, und ich fühle mich wohl. Sozialliberale Positionen haben in der SPD eine Heimat und werden respektiert. Sicherlich wird das in meinem Fall durch die gute Zusammenarbeit mit den Kollegen der Bundestagsfraktion erleichtert, die sich aufgrund der früheren guten Kontakte wie von selbst ergab.

Und schließlich hat die SPD vieles in ihrer Geschichte, was den Sozialliberalen die Identifizierung mit dieser Partei leicht macht: Da ist die 120jährige Geschichte des Kampfes für Demokratie, für Frieden Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gegen Monarchie, Sozialistengesetz, Diktatur. Da ist das frühe Eintreten für die Gleichstellung der Frau (Wahlrecht

Ulrich Krüger: Haben die Liberalen Demokraten noch eine Zukunft?

Der Architekt und ehemalige hessische FDP-Landtagsabgeordnete Ulrich Krüger ist Bundesvorsitzender der Ende November 1982 in Bochum gegründeten „Liberalen Demokraten“ (s. a. NG 12/82).

Der von Peter Glotz und Willy Brandt organisierte Versuch, die SPD als „Neue Heimat“ (Willy Brandt) für Liberalen anzubieten, ist vorerst und, wie ich glaube, endgültig gescheitert. Wollten die Sozialdemokraten sich nicht selbst aufgeben oder jedenfalls so erhebliche Teile ihrer Programmatik und ihrer tradi-

tionellen Klientel, daß es sich nach solcher *Mutatio* um eine qualitativ andere Partei gehandelt hätte. Einen solchen Ablösungsprozeß, auch von der eigenen Geschichte (!), würde zwar die SPD, nicht aber die Sozialdemokratie überleben – zumindest nicht in der SPD.

Welches wären für einen Sozialliberalen dagegen die Alternativen zu einer Mitarbeit in der SPD?

1. In der FDP auf viele Jahre hindurch für das Gegenteil der eigenen politischen Überzeugung einzutreten – in der vagen Hoffnung, irgendwann gebe es dort vielleicht eine erneute Rückbesinnung auf die liberalen Prinzipien wie Ende der 60er Jahre.

2. Bei den „Liberalen Demokraten“ zu politischer Wirkungslosigkeit verurteilt zu sein bzw. mit diesen objektiv der Rechten in diesem Land in die Hand zu arbeiten.

3. Bei den Grünen nicht zu wissen, auf welche der vielen dort miteinander ringenden grundverschiedenen Politikkonzeptionen man sich einläßt.

Dies unterstreicht: Bei allen Mängeln, die die SPD aus sozialliberaler Sicht durchaus noch hat – die Mitarbeit in der SPD ist für die durch die Wende politisch heimatlos gewordenen Sozialliberalen die einzig logische Konsequenz und die beste Chance, wirksam für sozialliberale Ziele zu kämpfen. Einen unüberwindbaren Gegensatz zwischen fortschrittlichen Liberalismus und dem Volkspartei-Charakter der SPD gibt es nicht.

Nun gehöre ich nicht zu jenen, welche die SPD auf ihren „angestammten“ Platz als Arbeiterpartei verweisen möchten. Änderungen des Produktionsprozesses, der Arbeitswelt – von der Arbeitszeitverkürzung über den gewaltigen Zuwachs an Dienstleistungen bis zur elektronischen Datenverarbeitung, der Einführung von Industrierobotern oder neuer Kommunikationstechniken – haben unsere Gesellschaft verändert und verändern sie zunehmend weiter. Von derartigen Wandlungen sind natürlich auch

gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften, nicht zuletzt auch Parteien betroffen – ich lasse es hier dahingestellt, ob und welcher Veränderungen die Unionsparteien oder Hans-Dietrich Genschers Wende-Partei mit ihren Rezepten von vorgestern fähig sind.

Der Abstand zwischen Programm und Handeln wurde immer größer

Die Krise der SPD ist auch, keineswegs aber nur, eine Folge dieses gesellschaftlichen Umbruchs. Sie ist vor allem eine Identitätskrise ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft. War die SPD in den fünfziger und frühen sechziger Jahren noch immer *die* deutsche Arbeiterpartei, so öffnete sie sich als Folge der geschilderten Veränderungen, innerhalb derer in diesem Zusammenhang der Bildungsreform besondere Bedeutung zukommt, dem (Bildungs-)Bürgertum. Übrigens spielte für die SPD, in etwas abgeschwächter Form auch für die (damalige) FDP, Rudi Dutschkes „Marsch durch die Institutionen“ eine nicht unerhebliche Rolle.

Das Godesberger Programm, eine große, vielleicht *die* große historische Leistung der Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, hatte Teilen des fortschrittlichen Bürgertums die Tür auch inhaltlich geöffnet. Allerdings hat schon das Godesberger Programm einen ersten Beitrag zur Identitätskrise der deutschen Sozialdemokratie geleistet. Die Bandbreite der Sozialdemokraten wurde immer größer, sie wurden zur Volkspartei – und 1969 zur Regierungspartei. Neben Lehrern, Hochschullehrern, Studenten, Angestellten, sogar leitenden Angestellten und Selbständigen kamen nun auch die neuen Technokraten, stromlinienförmige junge Leute, denen die Union zu rückständig oder zu banal war.

Bis zum Ende der Ära Brandt war aus der ehrwürdigen Arbeiterpartei eine soziale Fortschrittspartei geworden, die zwar die gesellschaftliche Machtfrage, nämlich die Frage nach der Legitimation von Verfügungsgewalt über Produktionsmittel nur noch eingeschränkt (Mitbestimmung) stellt, aber z. B. in der Bildungs- und Sozialpolitik einige wichtige Schritte nach vorn gegangen war. Solange der integrationsfähige und glaubwürdige Kanzler Willy Brandt amtierte, konnten Stamokaps und Technokraten gleichermaßen, wenn nicht in jedem Fall integriert, so jedenfalls ohne wesentlichen Einfluß gehalten werden.

Es mag sein, daß Helmut Schmidt der größte deutsche Staatsmann seit Adenauer war, aber er war nun der typischste Repräsentant jener begabten Technokraten, die inhaltliche Positionsbestimmung ihren

politischen Handlungen und Entscheidungen bestenfalls nachlieferten. Es ist ja leider wahr, daß die Regierung Kohl die Politik der Regierung Schmidt im großen und ganzen fortsetzt, nur so dilettantisch, daß einem Helmut Schmidt als Kanzler posthum noch ans Herz wächst.

Irgendwann während der Ära Schmidt wurde die sozialdemokratische Bandbreite zu groß – das Band riß. Dies alles fand in der FDP übrigens weitgehend seine Entsprechung, auch dort wurde der Abstand zwischen Programm und Handeln immer größer. Die Folge waren Die Grünen.

Die Bandbreite war zu groß geworden

Die SPD hatte mit ihrer Forderung nach dem „blauen Himmel über der Ruhr“, die FDP mit ihrer Forderung, das Recht auf Unversehrtheit der Natur in das Grundgesetz aufzunehmen (Freiburger Thesen, Oktober 1971), relativ früh eine der größten Herausforderungen des letzten Viertels unseres Jahrhunderts erkannt, aber beide waren nicht in der Lage, qualitative Schritte auch nur einzuleiten. Im Gegenteil, das einseitige Setzen auf die Weiterentwicklung der Kernkraft oder die viel zu lange Beibehaltung gigantischer Straßenbauprogramme und damit das Festhalten am Individualverkehr provozierte und programmierte den Erfolg der Grünen.

Die Reformpolitik von SPD und FDP war ein Opfer von Koalitionen aus Apparatschiks und Technokraten innerhalb beider und zwischen beiden Parteien geworden. Die Bandbreite war zu groß geworden, die Koalitionsparteien fransten auf ihren progressiven Flügeln aus. Der potentielle Parteienwuchs insbesondere schloß sich den Grünen an. Führende Sozialdemokraten – gottlob keineswegs alle – verkürzen die Ursachen dieser Entwicklung auf die nicht zu leugnenden regierungsbedingten Verschleißerscheinungen. Sie hoffen, Grüne und Liberale vor allem durch ihre neue Oppositionsrolle aufsaugen und den Essener Kumpel Anton für die SPD zurückgewinnen zu können. *Dies beides geht nicht – heute nicht und morgen nicht!*

Die SPD kann jenen Teil der Wähler der Grünen, den sie an diese verloren hat, mittelfristig zurückgewinnen, nicht aber den liberalen Teil. Den Liberalen, weder jenen aus der alternativen Szene noch jenen, deren Leidensfähigkeit sie noch bis zum Vertragsbruch und Kanzlersturz in der FDP hat ausharren lassen, kann die SPD keine Heimat bieten, es sei denn, ihre unter Helmut Schmidt in den vergangenen Jahren immer verschwommener gewordenen Konturen würden zum Prinzip erhoben. Weder auf-

geklärte Technokraten noch intellektuelle in und an der Seite der SPD haben die Alternativen binden können. Im Gegenteil, einige ihrer Intellektuellen hat sie an die Alternativszene verloren. Umgekehrt hat offenkundig bereits der Versuch, diese kritische Masse zu halten, herbe Verluste bei der traditionellen Klientel der Sozialdemokraten verursacht. Ein Zweiparteiensystem nach angelsächsischem Vorbild ist auf die Bundesrepublik nicht übertragbar – abgesehen davon scheint es sich in England, jedenfalls vom prozentualen Wahlergebnis her, auch zu überleben.

Und könnte es in den Vereinigten Staaten nicht gerade eine Folge der Verarmung der politischen Landschaft auf zwei programmatisch fast konturenlose Parteien – eine aufgeklärtere und eine weniger aufgeklärte kapitalistische Partei – sein, daß die dritte Partei, die Partei der Nichtwähler, traditionell fast so stark ist wie Republikaner und Demokraten zusammen? Gnade Gott unserer Republik, wenn es eines Tages notwendig werden sollte, daß kritische Sozialisten und Liberale in einer Partei gemeinsam Zuflucht suchen müssen.

SPD: Notunterkunft, aber keine Heimat für Liberale

Ein befreundeter SPD-Landtagsabgeordneter argwöhnte beim Wechsel dreier prominenter liberaler Berufspolitiker zur SPD, nun kämen wir in Scharen. Mit einem solchen Unruhe-Potential, befürchtete er mit Recht, werde die SPD nicht fertig.

„Christlicher Konservatismus, Nationalismus und Sozialismus aller Schattierungen haben sich immer wieder in der von ihrem Podest aus mehr als pharisäischen Anklage des Liberalismus vereinigt. Bei aller Gegensätzlichkeit, ja Todfeindschaft untereinander hegen und pflegen sie die gemeinsame Wurzel ihres Anti-Liberalismus“, schrieb Karl-Hermann Flach 1971 in seiner berühmten Streitschrift „Noch eine Chance für die Liberalen“. Und in der Tat, gerade bei Sozialdemokraten ist liberal und Liberalismus nach wie vor ein nicht nur historisch negativ besetzter Begriff.

Wäre das noch hinzunehmen, so kann ein Liberaler als Liberaler in der SPD nicht sein, *well sie keine liberale Partei ist*, nicht werden kann und in der gegenwärtigen politischen Situation unserer Republik auch nicht werden darf – ein Bündnis ohne eine starke und authentische Partei des demokratischen Sozialismus gegen die Bonner Rechtskoalition kann eine Mehrheit der Wähler ebensowenig hinter sich sammeln, wie ein solches Bündnis ohne authentische Liberale!

An einigen Beispielen möchte ich den Notunterkunftskarakter der SPD als Heimat für Liberale belegen. An die zum Teil schlimmen Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und dem Justizminister Hans-Jochen Vogel sei nochmals erinnert.

In einem hessischen Landkreis stimmte die SPD-Fraktion, darunter zwei prominente Landtagsabgeordnete, in schöner Eintracht mit der CDU gegen einen Antrag der Fraktion der Liberalen Demokraten auf Einhaltung wenigstens minimalen Datenschutzes bei der Weitergabe personenbezogener Daten von Krankenhauspatienten. Begründung: angeblicher Vorrang von Gesundheitspolitik vor Schutzbedürfnis – und das bei unserer Geschichte!

Oder ein anderes, mich noch immer erheiterndes Beispiel. Nicht nur der Kanzlerkandidat Vogel tat sich mit dem Volkszählungsgesetz schwer, noch am 4. März verteidigte er es öffentlich. Der erklärtermaßen der SPD angehörende, sympathische Leiter des Statistischen Amtes einer großen Industriestadt im Revier verteidigte „sein“ Volkszählungsgesetz bei einer Veranstaltung meiner Partei vehement. Am Schluß mochte er so abseits nicht mehr stehen und teilte dem staunenden Publikum mit, daß er natürlich auch seine Bedenken habe – nachdem jetzt Zimmermann und Spranger im Innenministerium säßen.

Weder würde ich das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion eines Kommunalparlaments an dieser Stelle kritisieren noch den Ausspruch eines einzelnen Sozialdemokraten, wäre beides nicht so unheimlich symptomatisch für die SPD. Meine Rückfrage bei einer Reihe kommunaler Krankenhausträger, auch solcher, in denen die SPD noch die Mehrheit stellt, hat ergeben, daß ausnahmslos den entsprechenden Empfehlungen des hessischen Datenschutzbeauftragten *nicht* gefolgt wurde. Und der sozialdemokratische Leiter des Statistischen Amtes spricht sozialdemokratische Grundeinstellung aus, wenn er sozialdemokratisch geführtes staatliches Handeln nicht zu kritisieren vermag. Nach sozialdemokratischer Grundüberzeugung reicht es allemal aus, wenn sich der Staat *in den richtigen Händen* befindet.

Die Reformpolitik wurde durch die Koalitionäre selbst diskreditiert

„Wer die These erfunden hat, ist nicht mehr genau zu rekonstruieren, jedenfalls wird sie heute von vielen Politologen und von noch mehr Politikern nachgeplappert: Der Liberalismus sei Allgemeingut der etablierten Parteien geworden, selbstverständliches, unbestrittenes Verfassungsfundament; der Liberalis-



Gut, daß man nicht alles automatisieren kann.

Von den 33 Millionen Briefsendungen, die jeden Tag in Deutschland abgeschickt werden, sortiert allein die computergesteuerte Brief-Verteilanlage in Wiesbaden 60.000 in der Stunde. Trotzdem geht es nicht ohne die vielen Frauen und Männer, die in jeder Sekunde so an die 2.000 Briefe nach

Straßen sortieren. Und es geht auch nicht ohne die 60.000 Briefträger, die jeden Morgen die Post ins Haus bringen — auch in die entlegensten Gebiete unseres Landes.

Der Briefträger läßt sich nicht automatisieren. Das ist auch gut so. Denn der Briefträger des Viertels ist ein Stück

Lebensqualität des Viertels. Er kennt jeden, und jeder kennt ihn. Deshalb wird der Briefträger Kurt Schlösskes auch in Zukunft jeden Morgen mit seinem vollgepackten Wägelchen durch seinen Bezirk ziehen und freundlich in jeden Hausflur rufen: „Guten Morgen, die Post ist da!“ **Ihre Post.**

mus bedürfe nicht mehr der besonderen politischen Organisation“, schreibt der Zeit-Redakteur Rolf Zundel 1971 in seinem Buch „Die Erben des Liberalismus“ (S. 181) und weiter: „Wer massenhafte Aktion will – das gilt für Konservative und Sozialisten gleichermaßen – verliert zwangsläufig das Individuum aus den Augen, er kann nicht mehr argumentieren, er muß agitieren. Diese Form der Überzeugungsarbeit [...] ist methodisch die Antithese zum Liberalismus, der sich an den einzelnen wendet und an dessen prüfende Vernunft. Dieser Liberalismus ist freilich in Gefahr, mangels Masse politisch unwirksam zu werden, denn kritische Intelligenz politisch zu organisieren ist fast unmöglich.“ (S. 188) Weiter beschreibt Zundel die Aufgaben einer liberalen Partei: „Die Organisation der sozialen Hilfen durch Versicherungen und Verbände, die Organisation der Mitbestimmung durch Parteien und Gewerkschaften – sind sie nicht alle längst schon wieder ausgewachsene Herrschaftssysteme geworden, die dem Bürger, für den sie geschaffen worden sind, nur noch als undurchsetzbare Bürokratie begegnen. Es ist abzusehen, daß der Sozialstaat eines Tages an seiner eigenen Organisation erstickt, nicht mehr sozial wirkt, sondern [...] nur noch repressiv. Ist es nicht an der Zeit zu fragen, wie es denn um die Freiheiten des einzelnen in diesen Organisationen steht, z. B. in den Parteien, in den Gewerkschaften, wie ein einzelner noch Wirkung erzielen, mitbestimmen kann. Und es ist wohl auch an der Zeit zu fragen, wo die Grenze der Organisierbarkeit liegt, wo der Freiheitsentzug durch Überorganisation der Freiheit beginnt? Der Ansatz des historischen Liberalismus, der auf die individuelle Entfaltung in der Leistungsgesellschaft abzielte, erhält wieder brennende Aktualität.“ (S. 190)

Seit 1971 hat sich die so beschriebene Situation nicht qualitativ verändert, jedenfalls nicht hin zu *mehr Freiheit*, auch wenn die alte Koalition, etwa im Bereich der Gleichstellung der Frau, zaghaft zwar, so doch ein paar Schritte in die richtige Richtung gegangen ist. Das historische Verdienst der 1969 gebildeten sozial-liberalen Koalition war in ihrer ersten Hälfte der Nachweis, daß Reformpolitik an sich möglich ist, das historische Verdienst Helmut Schmidts war vor allem die Abwesenheit Kohls und Strauß' im Bundeskanzleramt. Schmidts unbestreitbare Verdienste etwa um die nationale und internationale, allerdings traditionelle Wirtschaftspolitik sollen damit nicht verkleinert werden. Liberale und sozialdemokratische Reformpolitik wurde durch die Koalitionäre Schmidt und Genscher selbst diskreditiert. Wenn sie

die konservativer werdende Grundstimmung im Lande schon nicht geschaffen haben, sie haben sie aber mindestens aktiv gefördert und mithin ein gerüttelt Maß Mitschuld am heutigen Desaster (was Genschers Verrat in keiner Weise entschuldigt).

Wir zersplittern das Fortschrittslager nicht, sondern erweitern es

Der innere Widerspruch der Grünen, an dem sie letztlich scheitern müssen, ergibt sich vor allem aus der Tatsache, daß sie innerhalb ihrer Gruppierung mit drei sich anschließenden Grundströmungen zu kämpfen haben: dem Konservatismus, dem Sozialismus und dem Liberalismus. Alle mir bekannten Gruppen und handelnden Personen (Funktionäre?) der Grünen sind in einer dieser politischen Grundrichtungen beheimatet, wobei mir scheint, daß der liberale Flügel sogar der zahlenmäßig stärkste ist.

Tatsächlich ist dadurch der Platz des politischen Liberalismus teilweise, gleichsam eine Stuhlkante, besetzt

- von der FDP nicht, nur scheinbar (wann endlich hören Journalisten auf, aus meist sprachlichen Gründen die FDP als „die Liberalen“ zu bezeichnen?),
- von der SPD nicht,
- von den Unionsparteien nicht,
- aber von einem Teil der Grünen.

Für die Liberalen Demokraten wäre es zweifellos leichter, wären die Grünen schon gescheitert, oder hätte sich *eine* ihrer drei Grundströmungen durchgesetzt – denn natürlich ist auch diese Option bei einer in einer Reihe von Landtagen und im Bundestag vertretenen Gruppierung noch offen. Sollten Die Grünen wider Erwarten zu einer Liberalen Partei reifen, dann – aber nur dann – bedürfte es der Liberalen Demokraten nicht.

Tatsächlich haben wir es zur Zeit (noch) ungeheuer schwer. Abgesehen davon, daß viele Journalisten uns nicht beachten, weil sie uns ohne prominente Liberale nur wenig Chancen einräumen, unterliegen die meisten von ihnen ihren eigenen, mithin auch sehr subjektiven Zielvorstellungen. Konservative Journalisten scheiden ohnehin aus, denn nichts mehr hassen Konservative als Liberalität. Selbst mit Sozialisten tun sie sich leichter, denn auch die haben – für Liberale völlig undenkbar – *gesicherte Erkenntnisse*, eine Ideologie. Vom Sozialismus oder Liberalismus beeinflusste Journalisten sind (verständlicherweise) auf parlamentarisch bereits Handelnde fixiert. Ein uns inhaltlich sehr nahe stehender Journalist sagte mir auf meine diesbezügliche Klage kürzlich, er

wolle zunächst den Ausgang des Experiments Die Grünen abwarten, bevor er sich einem neuen Experiment zuwenden könne. Interessant in diesem Zusammenhang übrigens, wie sehr eine beachtliche Zahl fortschrittlicher Journalisten in Die Grünen unmittelbar hineinregiert.

Der uns aus dem Fortschrittslager gemachte Vorwurf, wir würden (mit unserer Kandidatur in Bremen und Hessen) das Lager links von CDU, FDP und CSU zersplittern, kann uns nicht treffen. Abgesehen davon, daß eine derartige Argumentation die jeweilige Parteienlandschaft auf ewig festzuschreiben versucht, ist unsere schon aus der Programmatik klar ersichtliche Aufgabe, das fortschrittliche(re) Lager in den Parlamenten um Liberale zu erweitern. Das

Marianne Hochgeschurz: Braucht linksliberale Politik eine eigene Parteiorganisation?

Marianne Hochgeschurz, geb. 1942, war von 1977 bis 1982 Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Jungdemokraten und ist zur Zeit in ehrenamtlicher Funktion Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Liberalen Vereinigungen sowie Redakteurin der „liberalen drucksachen“. Veröffentlichungen: Geschichte im Unterricht: Die französische Revolution, München 1975 (zus. mit Anette Kuhn).

... wer dem fruchtbaren Kompromiß ein unfruchtbares Prinzip oder auch dem fruchtbaren Radikalismus eine unfruchtbare Weisheit des Mittelmaßes zu opfern bereit ist, der hüte sich davor, daß ihn nicht seine Freiheit zu Fall bringe. Er wird in das Schlimme einwilligen, um das Schlimmere zu verhüten, und er wird dabei nicht mehr zu erkennen vermögen, daß gerade das Schlimmere, das er vermeiden will, das Bessere sein könnte. Hier liegt der Urstoff von Tragödien.
Dietrich Bonhoeffer

Die Geschichte der Liberalen ist die Geschichte ihrer parteipolitischen Spaltungen und Zersplitterungen. Die erste deutsche liberale Partei, die 1861 gegründete Deutsche Fortschrittspartei, spaltete sich bereits nach sechs Jahren wieder. Ein großagrarischeschwerindustrieller Teil bildete die Nationalliberale Partei; für ihn galt damals – statt „Im Zweifel für die Freiheit“ – „Einheit vor Freiheit“. Der fortschrittlichere Teil der Liberalen zersplitterte sich und arbeitete zunächst in diversen bürger-

heißt, nur *wir* (mit der hinsichtlich der Grünen gemachten Einschränkung), mit Sicherheit *nie* demokratische Sozialisten und demzufolge vermutlich auch nicht die SPD können jene aufmüpfigen, kritischen und zugegebenermaßen anstrengenden liberalen Bürger in das dringend notwendige Bündnis des gesellschaftlichen Fortschritts einbringen. Noch einmal sei Roif Zundel zitiert. Er schließt sein Buch „Die Erben des Liberalismus“ mit der heute mehr denn je zutreffenden Feststellung (S. 191); „Sicher ist indes: der moderne Staat braucht eine liberale Partei mehr denn je. Fehlt sie, werden die Bürger sie unter Schweiß und Tränen aus dem Gestein der politischen Landschaft wieder herausmeißeln müssen.“

lichen Interessenbünden und freisinnigen Gruppen. Aus diesen entstand dann 1910 die Fortschrittliche Volkspartei.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), deren Vorsitzender Friedrich Naumann wurde, der erste Versuch einer Wiedervereinigung der eher rechten (= nationalliberalen) und eher linken (= fortschrittliberalen) liberalen Kräfte unternommen. Doch bereits 1930 – in der sich zuspitzenden Krise der Weimarer Republik – zersplitterten sich die hier zusammengefaßten Liberalen wieder. Ein Teil ging direkt zur SPD, ein anderer gründete die nur sehr kurzlebige Splitterpartei Radikal-Demokratische Partei (aus deren Reihen allerdings später Widerstandskämpfer bekannt wurden), die Rest-DDP schloß sich mit volkonservativen Kräften zur Deutschen Staatspartei zusammen.

Den bisher letzten Einigungsversuch der unterschiedlichen liberalen Strömungen in einer einheitlichen Parteiorganisation stellte die 1948 gegründete FDP (Freie Demokratische Partei) dar, die sich im Wahlkampf 1969, zum äußeren Zeichen ihrer Wandlung in eine sozialliberale Partei, Pünktchen zwischen ihre Buchstaben setzte: „F.D.P.“ (überzeugte Sozialliberale benutzen spätestens seit November 1982 wieder die alte Schreibweise: FDP).

Nach dem Eintritt in die erste sozialliberale Koalition verließ eine nationalliberale Gruppe um Erich Mende und von Kühlmann-Stumm die F.D.P. Die in der F.D.P. verbliebenen Gruppierungen kristallisierten sich durch Programmarbeit (mehr die einen) und durch Politik (mehr die anderen) als zwei Richtungsflügel heraus: ein eher linker, sozialliberaler Flügel und ein eher rechter, wirtschaftsliberaler Flügel.

Auf dem Bundesparteitag der FDP im November letz-

ten Jahres wurde dann die vorläufig letzte Spaltung bzw. Zersplitterung der Liberalen „demokratisch“ besiegt. Durch programmatische und personelle Beschlüsse wurde die Klammer zwischen den beiden Parteiflügeln zerstört, der linksliberale Flügel abgestoßen und die FDP zu einer rechten wirtschaftsliberalen Partei gestutzt. Der damit politisch heimatlos gewordene linke Parteiflügel der Sozialliberalen drohte auf der Suche nach neuen politischen Heimaten auseinanderzufallen. Nur die überparteilichen Liberalen Vereinigungen übernahmen in dieser Situation eine politisch-organisatorische Klammerfunktion für fortschrittliche Sozialliberale und Radikaldemokraten, unabhängig von ihren neuen Parteizugehörigkeiten.

Die Euphorie ist verfliegen

Das von der SPD-Führung gemachte Angebot einer neuen politischen Heimat in der SPD („Sie müssen sich nicht verbiegen, auch wenn das für Sie und die SPD unbequem ist“, so Egon Bahr an Günter Verheugen) nahmen bisher nur einige hundert Sozialliberale an. Einige sind wohl zu den Grünen gegangen, andere – ursprünglich in der Hoffnung auf eine mögliche Reformierbarkeit der Partei nach einer Wahlniederlage am 6. März – vorläufig in der FDP geblieben. Ein Teil der Linksliberalen ist noch unentschieden über die richtige Organisationsform zur weiteren Durchsetzung einer fortschrittlichen, sozialliberalen Politik.

Als die größte Gruppe der aus der FDP vertriebenen Linksliberalen haben sich die Liberalen Demokraten (LD) mit einer eigenen Parteiorganisation eine neue politische Heimat geschaffen. In ihrer Gründungserklärung vom 28. November 1982 in Bochum beschreiben sie ihre umfassende Aufgabe so: „Aufgabe der neuen Partei ist es, in unserem Land den Liberalismus als freiheitliche, demokratische und soziale Politik zu vertreten. Sie nimmt damit das von anderen ausgeschlagene Erbe von 1789 und 1848 auf, wie es in der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit seinen zeitlosen Ausdruck findet.“ Als *die* „authentisch liberale Partei“, wie sich die Liberalen Demokraten selbst qualifizieren, wollen sie den „von der FDP in den Dreck getretenen Liberalismus“ wieder aufheben und ihm in neuer Klarheit die notwendige Zukunft in unserer Republik garantieren.

Hohe moralische Ansprüche und das Bedürfnis, sich in einer neuen, selbstgeschaffenen politischen Heimat endlich einmal uneingeschränkt wohlfühlen zu können, aber auch Verbitterung und Enttäuschung, jetzt vor allem über die zur SPD Gegangenen, das waren die (in mancherlei Hinsicht) bewegendsten Faktoren für die Gründung der Liberalen Demokraten. Wie sehr diese Faktoren auch den Gründungskongreß selbst bestimm-

ten, wurde daran deutlich, daß diese neue Partei in einer Art „politischer Adventsstimmung“ (STERN) von Gründungsmitgliedern und Sympathisanten euphorisch gefeiert wurde, obwohl es für sie damals weder politisches Programm noch ein Vorstands-(Arbeits-)Konzept gab.

Einer, der auch damals schon von der Woge der Begeisterung nicht so durchdrungen war, begründete sein Dennoch-Mitmachen so: „Ich habe den Zug mit in Bewegung gesetzt. Deshalb kann und will ich mich jetzt auch nicht von der Lok und aus der Verantwortung wegstellen.“ Andere hätten in dieser Hinsicht bekanntlich weniger Skrupel.

Inzwischen ist ein halbes Jahr vergangen. Egal wo sich auch fortschrittliche Liberale inzwischen parteipolitisch befinden, eines verbindet sie zur Zeit wieder miteinander, nämlich die Erfahrung, daß Zersplitterung auch Schwächung bedeutet.

Bei den Liberalen Demokraten ist die Euphorie den Realitäten, das Wohlfühl der Anstrengung einer mühsamen Aufbauarbeit gewichen. Gegenüber dem Gründungskongreß im November 1982 konnten sie ihre Mitgliederstärke bis heute kaum verdoppeln (in Bochum hatten etwa 1400 für die Gründung der neuen Partei gestimmt). Und der anfänglich immer wieder bemühte Vergleich mit den Grünen, die ja auch einmal klein und als Basisorganisation (= ohne „Köpfe“) angefangen hätten, ist heute kaum noch zu hören.

Am 25. September 1983 werden die Liberalen Demokraten sich in den Bundesländern Hessen und Bremen erstmalig zur Wahl stellen. Bundesweit haben sie ihre Energien für den Einsatz in diesen Landtagswahlkämpfen mobilisiert. In Hessen sehen sich die Voraussetzungen für die Unterstützung einer „authentisch liberalen Partei“ im Prinzip recht positiv an: Das liberale Image der SPD ist durch das Bild vom dachlattenschmetternden Landesvater immer noch hart angeschlagen; die Grünen haben – zumindest nach Darstellung der Medien – ihre Unfähigkeit zu konstruktiver Kritik und ihre fehlende Bereitschaft zur Übernahme von Entscheidungs(mit)verantwortung bewiesen; von der FDP können nur profillosse Gestalten und Werbespots wahrgenommen werden. Der Ausgang dieser Landtagswahlen wird daher um so deutlicher Klarheit darüber verschaffen können, ob die Liberalen Demokraten als *die* authentisch liberale Partei von der – in Hessen und Bremen beispielhaft befragten – Bevölkerung angenommen und ihnen ein Platz im parlamentarischen System zugestanden wird. Dies würde zwangsläufig einschließen, daß die FDP um einen weiten kräftigen Schritt aus dem parlamentarischen System hinausgedrängt würde.

Sollte dieses allerdings nicht gelingen – und vieles deutet im Moment darauf hin –, so spricht das dafür, daß



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Der alltägliche Faschismus.*
Frauen im Dritten Reich. 1982.
221 S.
- Axel Eggebrecht:*
Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner
Hauses 1930-1934. TB-Ausgabe 1982. 255 S.
- Hansjo Kesting:*
Dichter ohne Vaterland.
Gespräche und Aufsätze zur
Literatur. 1982. 217 S.
- Susanne Miller/Heinrich Potthoff:*
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981.
416 S.
- Johano Strasser/Klaus Traube:*
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus
und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Ich habe einen neuen NG-Abonntenen geworben.
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonntenen:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft _____ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 48,- DM zuzüglich 10,20 DM Versandkosten im Inland und 11,40 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

Datum _____ Unterschrift des neuen Abonntenen _____

Neuerscheinungen
der Verlage Neue Gesellschaft
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ex. Autor/Titel	DM je Ex.
_____ <i>Hermann Glaser:</i> Im Packeis des Unbehagens. Eine persönliche Bilanz des Generationenkonflikts. 216 S.	29,80
_____ <i>Gilberto Granados/Erik Gurgsdies:</i> Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
_____ <i>Friedrich G. Kürbisch (Hg.):</i> Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
_____ <i>Susanne Miller/Heinrich Potthoff:</i> Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
_____ <i>Cora Stephan (Hg.):</i> Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904-1940. 333 S.	29,80
_____ <i>Johano Strasser/Klaus Traube:</i> Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum _____ Unterschrift _____

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Senden Sie an folgende Anschriften ein Probeexemplar:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

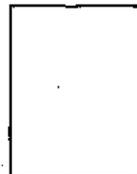
PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Werbeantwort



**Die
Neue
Gesellschaft**

— Redaktion —

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

Absender:

.....
.....
.....
.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit Schreibmaschine ausfüllen)

Postkarte



**Verlag
Neue Gesellschaft**

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

es den Liberalen Demokraten auf absehbare Zeit nicht gelingen werden wird, die FDP als liberale Partei (völlig unabhängig davon, ob wir diese Partei nach Inhalten und Methoden mit der Qualifikation „liberal“ belegen würden) aus unserem parlamentarischen Parteiengefüge zu verdrängen. Nachdem auf diese Weise „Klarheit“ geschaffen sein wird, wird möglicherweise ein Teil der zur Zeit noch parteilosen „Liberalen“, vor allem solche, die aus opportunistischen Gründen das vermutet sinkende Parteschiff verlassen hatten, wieder zurück in die FDP kehren. Auszuschließen ist ein solcher Schritt zurück auch für den einen oder anderen Liberalen Demokraten natürlich nicht.

Neue Klärungs- und Orientierungsprozesse würden in Gang gesetzt. Für überzeugte Linksliberale ergäbe sich eine neue Chance, diesmal ohne den prägenden Einfluß emotionaler Aufgewühltheit, über gesellschaftspolitisch verantwortbare und im Rahmen des parlamentarischen Systems realisierbare Möglichkeiten für die Gestaltung einer fortschrittlichen, sozialliberalen Politik zu beraten.

Dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt

Friedrich C. Sell bezeichnet seine historische Betrachtung der Geschichte der Liberalen als die „Tragödie des deutschen Liberalismus“. Durch die von der Friedrich-Naumann-Stiftung kürzlich fertiggestellte Ausstellung „Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933-1945“ stieß ich auf die folgenden Dokumente für eine der wohl folgenreichsten liberalen Tragödien: Die Reichsleitung der liberalen Deutschen Staatspartei erließ am 1. März 1933 – wie sich dann bald herausstellte, letzten freien – Reichstagswahlen vom 5. März 1933 einen Aufruf an ihre Parteimitglieder, in dem sie ihre Listenverbindung mit der SPD begründete. Darin hieß es u. a.: „Die Gefahr ist riesengroß, daß es Hitler diesmal gelingt, gestützt auf den amtlichen Apparat, zusammen mit Hugenberg die erforderliche Mehrheit zu erringen, um ein einseitiges Parteiregiment in Deutschland aufzurichten [. . .]. In diesem Zeichen ersuchen wir unsere Freunde im Lande, die Wahrhaftigkeit überall unter Einsatz der letzten Kräfte aufzunehmen. Die Stunde ist so ernst und entscheidungsvoll wie nie im letzten Jahrzehnt. Es geht um alles, was wir erstrebt und erreicht haben, um die Freiheit des Staates, um die Freiheit des Geistes, um die Freiheit der Wirtschaft [. . .]. Es geht nicht nur um die Partei, es geht um Deutschlands Zukunft.“ Die fünf Abgeordneten der Deutschen Staatspartei, die dann am 5. März 1933 auf dieser Plattform in den Deutschen Reichstag gewählt wurden, stimmten bereits am 23. März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu. Mit diesem Gesetz wurde – ausschließlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion (die kommunistischen Abgeordneten waren schon

vorher durch Verhaftungen parlamentarisch außer Kraft gesetzt worden) – die Weimarer Demokratie auf formal-demokratischem Wege abgeschafft.

Gegenüber den Parteifreunden erläuterten die fünf liberalen Abgeordneten – unter ihnen der spätere erste Bundespräsident und erste Vorsitzende der FDP, Prof. Theodor Heuss – ihr Abstimmungsverhalten folgendermaßen: „Wenn schließlich die Entscheidung für die Zustimmung fiel, so war ausschlaggebend die Erwägung, daß mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes die Sprengung der Gesetzlichkeit in der zentralen Stelle der Reichsführung vermieden wurde [. . .]. Ein Scheitern des Gesetzes hätte mit innerer Notwendigkeit die revolutionären Kräfte, nicht nur der Zentrale, sondern im Lande draußen in Bewegung gebracht.“

An diesem Beispiel werden gleich zwei bis heute wirksame Wesensmerkmale der „Tragödie des deutschen Liberalismus“ deutlich: Zum einen, daß das Grundprinzip „Im Zweifel für die Freiheit“ in gesellschaftspolitischen Krisensituationen regrediert zum „Im Zweifel für die Freiheit der Wirtschaft“! Denn Stabilität, Gesetz und Ordnung sind ja nicht humane Werte an sich, sondern sie sind in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft vor allem Bedingungsfaktoren für einen reibungslosen Ablauf der Wirtschaft. Zum anderen wird in obigem Beispiel die liberalistische Angst vor kollektivem Handeln deutlich, die sich mit dem Schlagwort: „Vernunft gegen Masse = Unvernunft“ umschreiben läßt. Wobei hier mit Vernunft die als *volonté générale* anerkannte Staatsgewalt gesehen wird, die durch die „Unvernunft“ der revolutionären Kräfte bedroht schien.

Wollte man nun dieses damalige „liberale“ Abstimmungsverhalten heute als eine unverständliche Fehleinschätzung der tatsächlichen Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes abtun, so würde dies weder der historischen Bedeutung des Vorgangs gerecht noch würde es notwendige historisch-politische Erkenntnisprozesse im Hinblick auf gegenwärtiges und zukünftiges Handeln von Liberalen fördern. Denn natürlich handeln heute andere liberale Individuen, mit anderen Persönlichkeitsstrukturen und sicherlich mit erweiterten und vertieften rationalen Erkenntnissen. Doch durch eine individualistische Betrachtungsweise der unterschiedlichen historischen Fehl- und Falschverhalten der Liberalen kann die „Tragödie des deutschen Liberalismus“ kaum beendet werden.

Ideologie der Ideologielosigkeit

Das Schicksalhafte der Spaltungen und Zersplitterungen, das auf scheinbar tragische Weise immer wieder Schuldigwerden der Liberalen, kann nur dadurch aufgelöst werden, daß die eigene Geschichte *ideologiekritisch*

aufgeklärt und aufgearbeitet wird. In eine solche Aufarbeitung muß zwangsläufig auch ein anderes, bis heute – auch von Linksliberalen – immer wieder postuliertes Grundprinzip einbezogen werden, nämlich, daß Liberale im Unterschied zu Konservativen und Sozialisten „keine letzten Wahrheiten“ kennen, vielmehr wissen, „daß der Weg der Erkenntnis mit Irrtümern gepflastert ist und die Wahrheit von heute den Irrtum von morgen einschließt“ (K.-H. Flach). Woraus dann der Schluß gezogen wird, daß Liberalismus und Ideologie Widersprüche in sich und daß Liberale folglich von keiner Ideologie beeinflusst seien. Behauptete Ideologielosigkeit kann jedoch zu einer besonders gefährlichen, weil unbemerkt wirksam werdenden, Ideologie gerinnen.

Die Tragödie des deutschen Liberalismus begann an dem Punkt der historisch-gesellschaftlichen Entwicklung, an dem der Liberalismus seine eigentlich einigende, geschlossenen-fortschrittliche Kraft – auf der Basis eines umfassenden Konzepts für die Gestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft – aufgab. Karl-Hermann Flach stellte dazu fest: „Der Liberalismus ist im 19. Jahrhundert erstarrt. Nachdem es ihm gelang, eine der größten historischen Leistungen der Neuzeit zu vollbringen, nämlich den Übergang vom Absolutismus zum verfassungsmäßigen Rechtsstaat, hat er sich auf seinen Lorbeeren ausgeruht.“

Die bürgerlichen Revolutionen, auf deren Erbe und Forderungen sich auch die Linksliberalen ja bis heute berufen, haben die Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft als pluralistischen Rechtsstaat mit marktwirtschaftlichem Wettbewerbssystem eingeleitet. Sie haben damit gleichzeitig allerdings auch die Bedingungen gelegt, gegen die sich die Emanzipationsbestrebungen einer neuen Masse der Bevölkerung, des Proletariats, richten müssen. Der Liberalismus mußte den Sozialismus als seine eigene Konsequenz hervorbringen, wie der Absolutismus den Liberalismus hervorgebracht hatte.

Doch genausowenig wie jede andere gesellschaftspolitische Konzeption ist auch der Liberalismus nicht als Produkt rationaler Erkenntnis und menschlicher Vernunft entstanden. Er ist vielmehr die dialektische Vermittlung von konkreten materiellen Emanzipationsbedürfnissen des aufstrebenden (Klein-)Bürgertums mit der intellektuellen Kritik der (ebenfalls bürgerlichen) Vertreter der Aufklärung. Liberalismus ist die Ideologie des Besitzenden, wirtschaftenden Bürgertums.

Die Idee vom „Fortschritt durch Vernunft“, wie ein anderes liberales Grundprinzip bis heute – z. B. auch in der Gründungserklärung der Liberalen Demokraten – formuliert wird, hatte in den Zeiten der bürgerlichen Revolutionen durchaus eine die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt vorwärtstreibende, funktionale Bedeutung.

Denn erst durch die Befreiung aus Feudalstrukturen und despotischer Gewaltherrschaft wurde eine vernünftige (damals identisch mit: den bürgerlichen Interessen entsprechende) Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise möglich. Und daß diese Entwicklung objektive Fortschritte für alle Schichten der damaligen Bevölkerung ermöglichte, wird heute nicht mehr bestritten.

Demgegenüber gerinnt die Forderung nach „Fortschritt durch Vernunft“ heutzutage eher zu einer die bestehenden Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse stabilisierenden Funktion. Denn ihr liegt die idealistische – oder anders ausgedrückt: ideologisch verbrämte – Annahme zugrunde, daß auch heute noch Vernunft identisch sei mit der Triebfeder des bestimmenden wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Handelns.

Freiheit kontra Gleichheit?

Spätestens jedoch, seit Friedrich Naumann durch die explizite Einbeziehung der „Sozialen Komponente“ in eine liberale Betrachtungsweise die politische Basis für einen Sozialen Liberalismus schuf, können fortschrittliche Liberale nicht mehr in einer idealistischen Verkennung der gesellschaftlichen Realitäten verharren. Im Unterschied zu anderen Liberalen, aber auch zu den Grünen, sehen fortschrittliche Sozialliberale die Ursachen für zentrale Probleme wie Auf- und Überrüstung, weltweite Umweltzerstörung, verhungernde Menschenmassen in der Dritten Welt, zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung von immer mehr Menschen in unserer „Ersten“ Welt nicht länger darin begründet, daß es den wirtschaftlich und politisch Entscheidenden an den erforderlichen rationalen Erkenntnissen, an der nötigen Vernunft für die Gestaltung einer menschen- und umweltfreundlichen Politik fehlt. Sie erkennen vielmehr, daß diese Probleme entstanden sind und weiter wachsen werden, solange wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen primär an den Profit- und Herrschaftsinteressen der (Macht-)Besitzenden orientiert sind.

„Merkwürdigerweise blieben auch die, die Naumann verehrten und sich später auf ihn beriefen, ziemlich unfähig, den Liberalismus aus seiner besitzbürgerlichen Erstarrung zu befreien und ihm so eine Zukunft zu sichern“, stellte K.-H. Flach 1971 fest. Merkwürdigerweise? Nein, denn: Nicht der Liberalismus muß aus seiner besitzbürgerlichen Erstarrung befreit werden, sondern fortschrittliche Liberale müssen sich aus der Erstarrung des bürgerlichen Liberalismus befreien. Nur jenseits dieser ideologischen Erstarrung kann ein neues, ein umfassendes fortschrittliches, sozialliberales Konzept für die Gestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gefunden werden. Denn beim aktuellen Stand der gesellschaftspolitischen Entwicklung kann dies nur in einer

Synthese aus Sozialem Liberalismus und Demokratischem Sozialismus liegen. Wenn dies gelänge, dann könnte Karl-Hermann Flach's These: „Freiheit und Gleichheit sind nicht nur Gegensätze, sondern sie bedingen einander“, als eine Verknüpfung von historischer Analyse und konkreter Utopie gesehen werden.

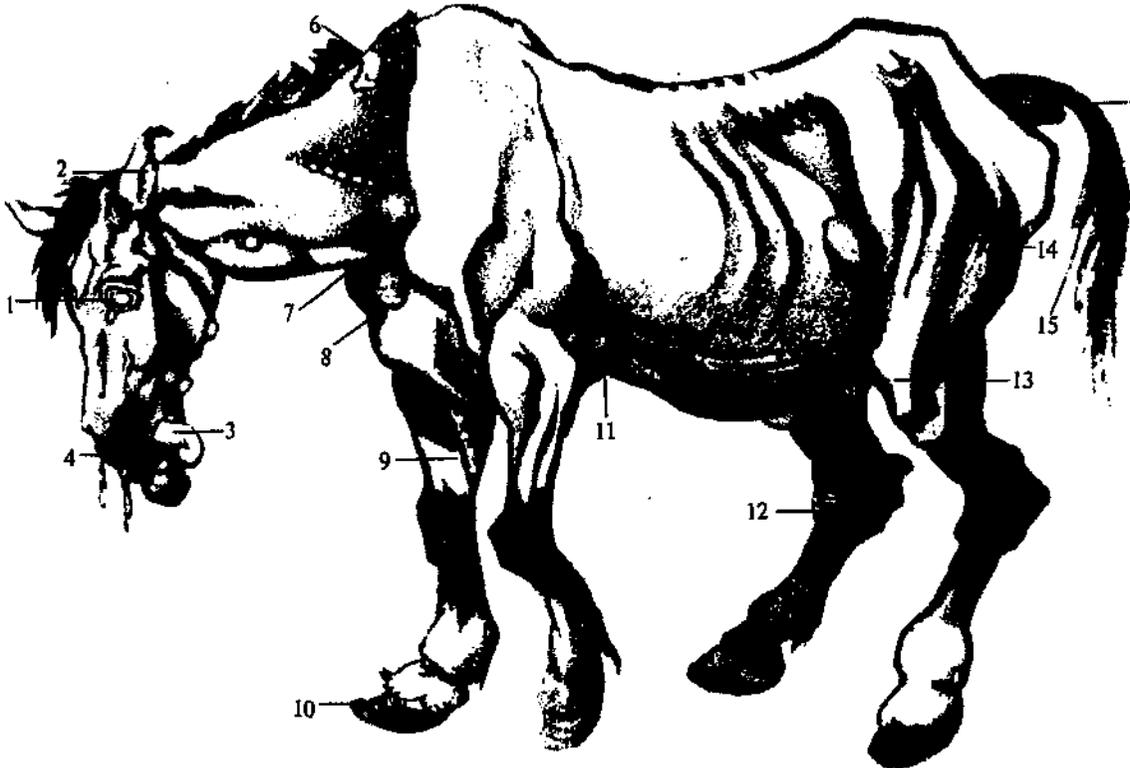
Daß die beiden Forderungen nach Freiheit und Gleichheit in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft unüberbrückbare Gegensätze darstellen, dies wurde bereits von liberalen Theoretikern des 19. Jahrhunderts erkannt. Denn die soziale Gleichheit aller hätte zwangs-

läufig die Entfaltungsfreiheit der Wirtschaftenden und Besitzenden beschränkt. Wenn man aber folglich zwischen beiden Forderungen zu wählen habe, so verkündete John Stuart Mill 1859, dann sei zweifelsohne „Freiheit“ der höhere Wert.

Doch auch die im Liberalismus proklamierte Freiheit blieb in der sozialen Realität kaum mehr als die Freiheit der Besitzenden. Denn, und dies gilt ja auch gerade heute wieder in besonderem Maße, die Forderung nach „Selbstverwirklichung in Freiheit“ wird zu einer zynischen Forderung, wenn der Kampf um die bloße materielle Exi-

Das fehlerhafte Pferd „Liberalismus“.

RE



1. Blindheit (dunkler Star) gegen begangene Fehler.
2. Parteilichkeit gegen Forderungen der Gerechtigkeit.
3. Doppelzüngigkeit.
4. Hochmaß.
5. Niedermaß von Verschämtheit.
6. Beihilfe zum Zustandekommen des Sozialistengesetzes.
7. Schleichposition gegen die Verstärkung des Sozialistengesetzes.
8. Heimliche Beihilfe zum Zustandekommen der offiziell bekämpften Verstärkung des Sozialistengesetzes. (Siehe den Kreisbrief) von Eugen Richter an die goldene 110, vom Mai 1884.

9. Indirekte Beihilfe zum Zustandekommen des Sozialistengesetzes.
10. Parteilichkeit gegen das Sozialistengesetz.
11. Unrechtfertigkeit.
12. Sympathie mit Hochverrat, Anarchismus und Völkerverhetzung.
13. Unvermögen sich auf Nachversprechungen zu besinnen.
14. Feindschaft „bunten“ Randgebungen gegenüber.
15. Mangel an Ehrlichkeit, Vorsicht und Zucht.

(aus: Süddeutscher Postillon, Nr. 18/1905)

stanz alle menschlichen Kräfte aufzehrt“ (Günter Verheugen, 1981). Und da das liberale Prinzip der „Gleichheit“ jedoch vom Liberalismus nicht ganz aufgegeben werden konnte, wurde es zur bloßen „Gleichheit vor dem Gesetz“ verkürzt und damit – zumindest zunächst – seiner sozialen Sprengkraft beraubt. „Doch was nützt die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn sie nur auf dem Papier steht und die soziale Realität aber Ungleichheit in der Wahrnehmung dieses Gesetzes schafft?“ (Helga Schurhardt, 1982)

Fortschrittliche Sozialliberale können sich nicht mehr mit der formalen, der gesetzlichen, verfassungsmäßigen „Garantie“ von Freiheits- und Gleichheitsrechten begnügen. Zumal ja gerade diese formalen „Garantien“ geeignet sind, die real existierenden Interessengegensätze, Ungleichheiten und Machtkämpfe zu verschleiern. Sie streben vielmehr eine gesellschaftspolitische Ordnung an, in der eine reale, mit den sozialen und materiellen Bedingungen übereinstimmende Garantie von Freiheits- und Gleichheitsrechten für alle möglich wird. Darin liegt ihre Gemeinsamkeit mit Demokratischen Sozialisten, mit der Arbeiterbewegung und mit der kritischen Intelligenz, so wie sie sich in unserem parlamentarischen Parteiensystem in der SPD befinden.

In Krisenzeiten zerbrach die Einheit der Liberalen

Darin liegt andererseits ihr unüberbrückbarer Gegensatz zu den Forderungen und Zielen der Wirtschaftsliberalen. Denn wie stark diese noch in der Ideologie des bürgerlichen Liberalismus verharren und sie zur Maxime auch ihrer gegenwärtigen Politik machen, das wird ja nicht zuletzt auch durch die Vorreiterrolle der FDP (in einer ohnehin schon rechten Regierungskoalition), etwa bei den Kürzungen im Sozialbereich, deutlich. Für Wirtschaftsliberale ist „die Wirtschaft“ das Subjekt, und die Menschen sind – bis auf die wenigen (Macht-)Besitzenden – die nötigen Objekte für ein funktionierendes Wirtschaftssystem. Eine wirtschaftsliberale Ausdrucksweise für wachsende Arbeitslosigkeit war soeben in den Nachrichten zu hören: „Die Arbeitskräfte werden nach wie vor nicht ausgelastet“!

Auf dem Abspaltungsparteitag der FDP in Berlin im November 1982 entzündete sich die heftigste Diskussion an folgender Forderung im sogenannten „Verheugen-Manifest“: „Weil nur die Erwerbstätigkeit der großen Mehrheit der Bevölkerung die Sicherung ihrer Existenz in einer eigenen Verantwortung ermöglicht, wird die Sicherung der Erwerbsmöglichkeit durch eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik zur Einlösung eines sozialen Grundrechts. *Wirtschaftssystem und Wirtschaftspolitik haben demgegenüber eine dienende Funktion.*“

In der Vergangenheit sind auch Linksliberale immer

wieder der Illusion verfallen, daß durch den Zusammenschluß aller Liberalen in einer gemeinsamen Parteiorganisation eine besonders starke, gestaltende politische Kraft gewonnen werden könnte. Aus der Geschichte der liberalen Parteien drängt sich jedoch eine andere Erkenntnis auf: In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, in Zeiten also, in denen auch die Herrschenden durchaus an einer Stabilisierung der errungenen Fortschritte durch Reformen interessiert waren, in diesen Zeiten funktionierten die vereinigten liberalen Parteien.

Demgegenüber brach die innerparteiliche Klammer der Liberalen in allen tiefgehenden und umfassenden Krisen, Entscheidung- und Umbruchsituationen auseinander. Das heißt aber: immer dann, wenn die fortschrittlich-vorwärtstreibende Kraft der Liberalen gefordert war, dann versagte die Geschlossenheit und damit die notwendige politische Kraft. Während die Wirtschaftsliberalen in solchen Situationen immer durch – die konsequente – Verbindung mit anderen konservativen bis reaktionären Kräften ihre Beteiligungsmöglichkeit an der Gestaltung der Politik erhielten bzw. noch erweiterten, gingen fortschrittliche Liberale unbeirrbar immer wieder alleine und von vorne an: als die authentischen Liberalen, ehrlich, prinzipientreu, jedoch abgeschnitten von politischer (Mit-)Gestaltungsmöglichkeit – bis sie dann wieder der Verlockung einer alle Richtungen umfassenden, liberalen Wiedervereinigung verfielen.

So könnte sich die Geschichte der Linksliberalen auch in Zukunft weiter fortsetzen. Sie muß es aber nicht! Die Linksliberalen könnten – und ich meine, sie sollten – endlich die fortwährende Tragödie des Liberalismus (die wie sich ja zeigte, vor allem eine Tragödie der Linksliberalen war) dadurch auflösen, daß sie sich für eine konsequent fortschrittlich politische Zukunft entscheiden. Das heißt: Sie sollten die reale Utopie und politische Synthese aus Sozialem Liberalismus und Demokratischem Sozialismus durch eine organisatorische Vereinigung vorbereiten.

Wenn das letzten Herbst den Linksliberalen gemachte Angebot einer neuen politischen Heimat in der SPD von deren Parteiführung nicht nur unter kurzsichtigen, wahltaktischen Gesichtspunkten ergangen ist, sondern gesellschaftspolitisch-perspektivisch gemeint war, dann bedeutet dies, daß auch die Sozialdemokraten an einem organisatorischen Einstieg in die Synthese aus Sozialem Liberalismus und Demokratischem Sozialismus interessiert sind. Im Blick auf die anstehenden erneuten Klärungs- und Orientierungsprozesse der Linksliberalen nach den Landtagswahlen in Hessen und Bremen könnte daher ein Signal der SPD, z. B. ein entsprechender organisatorischer Rahmen, fortschrittlichen Sozialliberalen den parteipolitischen Einstieg in die Synthese erleichtern.



liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

HERAUSGEBERBEIRAT:

William BORM, Hinrich ENDERLEIN, Sibylle ENGEL, Friedrich HÖLSCHER, Hanspeter KNIRSCH, Jürgen KOPPELIN, Wolfgang LÖDER, Werner LUTZ, Ingrid MATTHÄUS-MAIER, Christoph STRASSER, Theo SCHILLER, Helga SCHUCHARDT.

Liebe Leser !

Weil wir alle sehen, daß der organisierte Liberalismus Gefahr läuft, in unserem Land zu verkommen, und es schon einer gewaltigen Anstrengung bedarf, der "Freiheit in der Zukunft eine Chance" offenzulassen (so Karl-Hermann Flach in seinem Buch "Noch eine Chance für die Liberalen"), haben wir uns an dieses Zeitschriftenprojekt gewagt. Die liberalen drucksachen sollen eigenständigem liberalen Denken als ein Forum der Kommunikation und der Diskussion dienen.

liberale drucksachen braucht Ihr persönliches Engagement: als Leser und als Abonnent. Wir versprechen Ihnen, daß Sie dafür interessante Eindrücke bekommen werden.

Die drucksachen-Macher

... **drucksachen** : Kennenlern-Exemplar anfordern bei

liberale drucksachen
 Elbestrasse 30
 4630 Bochum
 oder
 Reuterstrasse 44
 5300 Bonn

Thelebild: entnommen aus dem "Frauen-Bilder-LeseBuch" (Elefant Press)

nachdruckachen: Aufbruch der Friedensbewegung Seite 8

Friedensbewegung: Organisationscheck-back lehnt die Aktivitäten Seite 9

Rüstung: Die Bundesregierung will den Waffenexport ausweiten Seite 11

Arbeitszeit: Die Wirtschaft verteidigt alarm die 40-Std.-Woche Seite 13

Nicaragua: Ost-West-Denken beherrscht die Medienberichterstattung Seite 16

Personalausweis: Hanspeter Knirsch warnt vor Datenmißbrauch Seite 17

Staatsbürgerschaft: Thilo Schelling verfolgt die Diskussion in der Deutschlandpolitik Seite 18

Bildung: Kongreß der Liberalen Demokraten in Bremen Seite 19

Frauen I: Haben die Frauen Hitler zur Macht verholfen? Seite 20

Frauen II: Ingrid Matthäus-Maier resümiert Erfolge der sozialliberalen Koalition Seite 23

Hessen: Die Parteien bereiten den Wahlkampf vor Seite 25

Schnellbahn: Umweltschützer kämpfen gegen Bundesbahnkonzept Seite 27

Europa: Letzter Teil der Serie über die liberalen Parteien Seite 29

Homosexuelle: Neues Kommunikationszentrum in Hamburg Seite 29

vorge stellt: Liberales Zentrum Hamburg Seite 32

Rubriken:
 drucksachen-herausgeber Seite 3
 brief-drucksachen Seite 4
 bundestags-drucksachen Seite 5
 nachrichtliches - in kürze Seite 6
 in eleganter Sache Seite 33
 personalles Seite 34
 der-die-das-letzts Seite 35

Erhard Eppler: Liberaler und Soziale Demokratie Zum politischen Erbe Friedrich Naumanns (1961)

„Dr. phil. Erhard Eppler, geb. 1926, ist als Studienrat am Gymnasium in Schwenningen a. N. tätig. Er ist der Enkel eines der aktivsten Anhänger Naumanns in Württemberg, des Ulmer Münsterpfarrers Reinhold Dieterich.“ So die Verfasserangabe der im folgenden dokumentierten Broschüre Erhard Epplers aus dem Jahre 1961. Sie entstand seinerzeit aus einem Vortrag, den Eppler im Dezember 1960 in Nagold gehalten hatte.

I Naumann und die Generation der Enkel

„Entweder er kam zu früh oder zu spät. Einerlei: daß es ihn gegeben hat, ist etwas, was uns ganz unverlierbar ist.“ So schrieb Max Weber an Magdalene Naumann, als ihr Mann am 24. 8. 1919 im 60. Lebensjahr gestorben war.

Es wäre müßig, darüber zu streiten, welche Zeit nun eigentlich die richtige, den Vorstellungen Naumanns gemäß, gewesen wäre: vielleicht paßt eine so eigenwillige, kantige Gestalt in keine Zeit fugenlos hinein. Dafür weist sie weit über ihre Zeit hinaus. Bis zum heutigen Tag ist die Gestalt Naumanns einer der markantesten Orientierungspunkte für jeden, der versuchen will, sich in der Landschaft der deutschen Politik zurechtzufinden. Um Antworten auf die von Naumann gestellten Fragen müht sich noch die Generation seiner Enkel.

Wer sich mit Naumann beschäftigt, stellt zu seinem Erschrecken fest, wie vieles uns heute mit der Epoche Wilhelms II. verbindet, wie wenig weit wir über diese Zeit hinausgekommen sind, ja daß wir heute noch in Vorstellungen leben, die Naumann schon vor 50 Jahren für überwunden hielt. Es ist für die Generation der Enkel von beklemmender Aktualität, sich in seine Schriften zu vertiefen. Manches von dem, was heute geschieht, erhält erst seine eindeutige, scharfe Kontur, wenn man es vor dem Hintergrund Naumannschen Denkens betrachtet. Daher vollzieht sich in der Begegnung mit Naumann ein Stück jener Bewältigung der Gegenwart und der Zukunft, die uns aufgetragen ist. Bei allem, was er tat, sagte und schrieb, ging es Naumann um die Bewältigung deutscher Gegenwart und Zukunft. Keinem anderen Zweck möchte auch dieser knappe, sicherlich unvollständige Versuch dienen.

II Bismarck und Bebel

Über Naumanns Schreibtisch hingen zwei Porträts, die damals selten so einträchtig beieinander hingen: Otto von Bismarck und August Bebel, der konservative Grün-

der des deutschen Nationalstaats und der revolutionäre Führer der deutschen Arbeiterbewegung. In der Spannung zwischen diesen beiden Polen vollzieht sich, was Naumann gedacht und gehofft, worum er gebangt und gelitten hat.

Er wuchs auf in einem konservativen, monarchistischen Pfarrhaus in Sachsen. Auch die Umgebung des Theologiestudenten war durchaus konservativ. In Adolf Stöcker begegnete Friedrich Naumann dem Versuch, die Thron und Altar entglittene Arbeiterschaft wieder an traditionelle Werte zu binden. Im „Rauhen Haus“ in Hamburg nahm er Anteil an dem Bemühen, dem Elend des frühen Industriezeitalters mit christlicher Liebestätigkeit zu begegnen. Mit 26 Jahren wurde Naumann Pfarrer im Erzgebirge. Dort kam er in Berührung mit dem zweiten Pol: jener modernen Arbeiterbewegung, die dem interesselosen „Ohne Euch!“ einer an die Mächte der Vergangenheit gebundenen Kirche ihr trotziges „Ohne uns!“ entgegenrief.

Der junge Pfarrer ließ sich nicht, wie so viele seiner Amtsbrüder, in eine verkrampte Abwehrstellung drängen. Er reagierte nicht mit sittlicher Entrüstung. Er fing an zu lernen. Er wollte wissen, was hinter dieser Bewegung steckte. Und so las er Lassalle, Engels, Marx, nicht, um in einem Zettelkasten Beweise für ihre Verruchtheit zu sammeln, sondern um sie zu verstehen. Theodor Heuss schreibt darüber: „Bestimmte ökonomische Gedankengänge, die er in diesen Jahren aufgenommen hat, begleiten ihn durch Jahrzehnte, bis er sich in dem Versuch einer geschlossenen Schau gegen sie abhebt.“

1890 kam der Dreißigjährige nach Frankfurt am Main. Dort sei er, berichtet Heuss, zum Politiker geworden. Das geschah wiederum in der Begegnung mit der in Frankfurt damals schon sehr starken Arbeiterbewegung.

III Das christlich-soziale Experiment

In Frankfurt ließ sich die Frage nicht mehr abweisen: was hat die Kirche, der ich diene, zu sagen zu dem Elend, der Erniedrigung von Menschen, der man hier auf Schritt und Tritt begegnet? Etwa: „Seid untertan und bescheidet euch!“ Oder gar überhaupt nichts? Naumann stellte die Frage noch radikaler: „Was hätte der Herr der Kirche zu all dem zu sagen?“

Wenige Jahre später scheint er die Antwort gefunden zu haben: „Die bürgerliche Weltanschauung, das heutige Gesellschaftsgefüge, das ist nicht das Ziel unseres Weges. Wir haben nicht vor, Schutzwächter einer zertröckelnden Vergangenheit zu sein . . . Ein Glaube, der nur Efeu ist für alte Mauern, ist uns ganz unverständlich“, schreibt er 1896. Oder: „Wir halten es für vergeblich, wenn man das christlich-soziale Pferd vor den Wagen der alten Ordnung spannen will.“

Das ist die Absage an jeden Versuch, aus christlichem Glauben eine Ideologie zur Sanktionierung des Bestehenden zu destillieren. Naumann möchte die Kirche herauslösen aus der Verstrickung in handfeste Besitzinteressen. Er möchte den Arbeitern beweisen, daß seine Kirche eben nicht, wie Marx behauptet hatte, nur Teil eines ideologischen Überbaus zur Absicherung ganz bestimmter ökonomischer Interessen sei. Aber dazu bedurfte es der Tat. Und so kommt Naumann zu seiner Konzeption eines christlichen Sozialismus. Jungen Leuten, die ihn fragen, was sie studieren sollen, um in seinem Sinne wirken zu können, gibt er die anstößige Antwort: „Marx und Christus“.

Dem Frankfurter Konsistorium, das ihn 1894 verwarnt hat, gibt er zu bedenken, „daß die Geschichte der evangelischen Kirchen Deutschlands zahlreiche Geistliche aufweist, welche ihre Kraft zur Ausbreitung einer konservativen, liberalen, antisemitischen oder sonstigen Parteianschauung zur Verfügung stellen durften, ohne deshalb von der vorgesetzten Kirchenbehörde eine Hinderung zu erfahren“. Warum sollte er nicht das Recht haben, politisch für diejenigen einzutreten, die am dringendsten der Hilfe bedurften? Und schließlich: „Wirtschaftliche Ansichten unterliegen als solche nicht dem Ausspruche der kirchlichen Behörden, wenn sie dem Glauben nicht widerstreiten.“

IV Ermüchtung

Es war damals nicht ganz ungefährlich, sich zu Naumann zu bekennen. Die Arbeitgeber an der Saar – voran Freiherr von Stumm-Hallberg – drohten jedem Arbeiter mit Kündigung, der sich irgendwo bei der Lektüre von Naumanns Wochenschrift „Die Hilfe“ ertappen ließ. Wenn Naumann dann aber zu der Einsicht kam, daß seine Position nicht zu halten sei, dann sicher nicht wegen der Anfeindungen und Zurechtweisungen, die dem jungen Pfarrer reichlich zuteil wurden. Naumann war redlich genug, sich und anderen einzugestehen, daß sich eine geschlossene politische Konzeption aus dem Neuen Testament nicht ableiten ließ, daß Marx und Christus zwei Welten waren, die sich ohne Gewalttätigkeit nicht zu einer Synthese bringen ließen: „Wir wollten Christus einfach als hohen und obersten Anwalt moderner Wirtschaftsbestrebungen verwenden. Jedesmal aber, wenn wir nun ernstlich versuchten, bestimmte Forderungen aus dem Evangelium abzuleiten, versagte es.“ Aus dem Evangelium ließ sich keine konservative oder reaktionäre Ideologie, aber auch keine revolutionäre politische Idee ableiten. Es war politisch nicht verwendbar als Efeu für alte Mauern, aber auch nicht als Banner der Revolution.

Im Rückblick auf sein christlich-soziales Experiment kommt Naumann später zu der Feststellung: „Jesus Chri-

stus war kein Politiker. Oft ist versucht worden, aus der unversiegbaren Quelle seiner Worte politische Normen zu finden. Auch Protestanten haben diesen Versuch gemacht, und auch ich habe mich in früheren Jahren an ihm beteiligt. Das Resultat aber ist die Überzeugung, daß die Sittengebote des Heilands so allgemein-menschlich, so rein sittlich sind, daß sie keine Anweisung geben, wie man in einer bestimmten Zeitlage, etwa im Zeitalter des Industrialismus, soziale, demokratische oder gar aristokratische Politik machen könnte. Jesus wird für uns dadurch nicht geringer, daß wir unsere politische Taktik und Technik nicht von ihm ableiten.“



Das also ist das glütige Ergebnis schmerzlichen Ringens: es gibt den christlichen Politiker, aber keine christliche Politik. Naumanns Experiment ist gescheitert. Vielleicht hat es wenigstens den Sinn gehabt, andern ähnliche Erfahrungen zu ersparen. So schreibt Naumann in einem Brief 1897: „Die Idee christlich-sozial ist politisch bis ans Ende verfolgt worden und läuft ins Leere aus. Das Ergebnis mag historisch wertvoll sein, es ist aber peinlich für den, an dem sich das Experiment vollzieht.“ Um wieviel peinlicher ist es, wenn man 60 Jahre später auch im evangelischen Raum teilweise so tut, als sei ein solches Experiment nie gemacht worden!

V Der national-soziale Verein

Die neue Einsicht bedeutet für Naumann nicht, daß er sich zu anderen politischen Zielen bekennt; er verzichtet

lediglich auf die christliche Firmierung. Er scheidet aus dem Kirchendienst aus, um seine Kirche nicht weiter mit dem zu belasten, was er politisch zu tun für nötig hält. So nennt sich auch der Verein, den Naumann jetzt gründet (1896) nicht mehr christlich-sozial, sondern national-sozial. Da dieser Verein sich auch an Wahlen beteiligt, ist er nach unseren Begriffen eine Partei, eine Splitterpartei.

Die Geschichte dieses Vereins bietet erstaunlich viele Parallelen zu einer anderen kleinen Gruppe, die ein halbes Jahrhundert später ihr Glück versuchte: zur GVP Gustav Heinemanns. Beiden Gruppen ging es, auf verschiedene Weise, um die Einheit der Nation. Das war um die Jahrhundertwende eine soziale, 50 Jahre später vorrangig eine außenpolitische Aufgabe. Beide Gruppen fanden mit verschwindend wenigen Mitgliedern (Naumanns Verein brachte es auf ganze 2700) ein relativ starkes Echo. Beide Gruppen hatten wenig Glück bei der Geschäftswelt und bei der Arbeiterschaft und wurden meist von Beamten, Lehrern, Pfarrern und Professoren getragen. Bei beiden fehlte es daher immer am Geld. Übrigens war Naumann ähnlich wie später Heinemann ursprünglich wenig erbaut vom Gedanken einer Parteigründung. Beide Politiker verstanden ihre Gruppen von Anfang an als Partner der Sozialdemokratie, als „Hilfsdienst“ zur Auflockerung von Schichten, welche die SPD selbst noch nicht erreichen konnte. Nach einiger Zeit ergab sich bei beiden Gruppen die Gefahr der politischen Sektensbildung. Da aber beide Politiker – im Temperament so verschieden wie nur möglich – keine Sektierer waren, zogen sie nüchtern einen Schlußstrich und sorgten dafür, daß die Kräfte ihrer Gruppe nicht in einer politischen Sekte zugrunde gingen.

Im Juni 1903, sieben Jahre nach Gründung des Vereins, bestätigte eine Reichstagswahl den parteipolitischen Mißerfolg. Bei den Stichwahlen, die das Wahlgesetz damals in allen Wahlkreisen vorschrieb, wo kein Kandidat die absolute Mehrheit erzielte, trat Naumann im Vorstand der National-Sozialen dafür ein, sozialdemokratische Kandidaten zu unterstützen. Im Protokoll der Vorstandssitzung vom 19. 6. 1903 ist folgende Äußerung Naumanns vermerkt: „Er sei um der Arbeiterbewegung willen in die Politik gegangen, nicht um irgendwelchen Bourgeois ihre Politik zu machen.“ Kein Wunder, wenn der Nationalökonom Lujo Brentano später behauptete, er habe Naumann 1903 mit Mühe vom Beitritt zur Sozialdemokratie abgehalten.

VI. Freisinnige Vereinigung

Nach langem Ringen im engeren Kreis waren es nur wenige von Naumanns Freunden, die sich der Sozialdemokratie anschlossen. Er selbst ging mit der Mehrzahl seiner Anhänger zu einer der drei linksliberalen Splitter-

gruppen, der „Freisinnigen Vereinigung“, die später in der „Fortschrittlichen Volkspartei“ aufging. In einer Gedenkrede zum 100. Geburtstag Naumanns 1960 stellt Theodor Heuss diesen Vorgang so dar: „Im Jahre 1903 hatte Naumann seinen Kahn an das kleine Schiff einer liberalen Gruppe, der sogenannten „Freisinnigen Vereinigung“ gehängt.“ Dieses Bild trifft nicht nur sehr genau die Größenverhältnisse der alten und der neuen Organisation, es fängt auch etwas ein von der Stimmung, in der diese „Fusion“ vor sich ging. Und diese Stimmung war Resignation.

An Naumanns Bildung hatten viele Kräfte gewirkt, der konservative Geist des Elternhauses, konservative Staatslehren wie die von Stahl, dann Luther, das Neue Testament, schließlich Lassalle und Marx. Eine geistige Strömung fehlte: der Liberalismus. „Die Spannung seiner geistigen Entwicklung kannte die liberale Problematik nicht“, schreibt Heuss. Als Naumann seinen politischen Weg begann, ahnte er wohl nicht, daß dieser ihn ausgerechnet zu jenen Liberalen führen sollte, die damals am weitesten außerhalb seines Interesses lagen. Und so drängt sich dem Betrachter von heute – ebenso wie manchem Freund damals – die Frage auf, was Naumann bei der „Freisinnigen Vereinigung“ gesucht habe. Damals lautete die Antwort, er wolle dafür sorgen, daß eine Gruppe bleibt, „die unsere Bildungswelt und das Bürgertum davor bewahrt, daß sie in politische Indolenz oder in die Arme der Reaktion fallen. Nennen Sie das nur einen Hilfsdienst, aber wer ihn tun kann, soll ihn leisten“.

Naumann erkennt, daß sein Denken und Wollen noch keine „parteibildende Kraft“ hat. Aber er möchte, so gut es geht, sich selbst treu bleiben. Und dazu sieht er innerhalb einer kleinen, lose organisierten Gruppe des deutschen Linksliberalismus mehr Bewegungsfreiheit als in der straff organisierten sozialdemokratischen Massenpartei.

Natürlich weiß Naumann sehr genau, daß der Übertritt für ihn und seine Freunde nicht ohne Folgen bleiben kann: „Wenn wir uns in die Konstruktion des deutschen Liberalismus hineinbegeben, werden wir damit schon etwas anderes, als wir ursprünglich beabsichtigt hatten. Jeder muß Abstriche in sich und bei sich machen . . . Gewiß ist es für manchen eine Entsagung, daß er dann den Rhythmus der eigentlichen sozialen Masse nicht mehr empfinden kann.“

Die „Freisinnige Vereinigung“ ist für Naumann nicht politische Heimat, nicht das eigene Haus, sondern ein Gasthaus am Wege, in dem er sich einrichtet, so gut es geht, weil das Ziel der Reise noch in weiter Ferne liegt. Dieses Ziel ist die freiheitliche, regierungsfähige Linke, die sich um den Kern der sozialdemokratischen Massenpartei sammeln sollte. Dieses Ziel verliert Naumann nicht aus den Augen.

VII Der „ältere“ wirtschaftliche Liberalismus

Noch 1901, zwei Jahre vor dem Übertritt, hatte Naumann in Frankfurt zum Thema „Der Niedergang des Liberalismus“ gesprochen. Da ist die Rede von den vielen Versäumnissen und Mängeln des deutschen Liberalismus. Da findet sich aber auch das Bekenntnis: „Wirklicher Liberalismus tut uns not, nicht ein phrasenhafter, sondern eine volksdurchdringende liberale Gesinnung.“ Was aber ist „wirklicher Liberalismus“? Naumann trennt, vor allem in seinem Buch über „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ (1902) scharf zwischen dem, was er den „älteren Liberalismus“ nennt, und dem, was er selbst unter Liberalismus versteht. Der ältere Liberalismus ist geprägt durch den irr tümlichen Glauben, Arbeit in der modernen Industriegesellschaft sei Privatleistung: „Die Arbeit wird hier nicht als Gemeinschaftsleistung angesehen, sondern als Privatleistung des Einzelnen. Man wollte die Gemeinsamkeit der Arbeit nicht sehen. Ein Mann wie Alfred Krupp, dessen Klugheit außer Frage steht, war als Liberaler absolut scharf in der Leugnung dieser Gemeinsamkeit. Er beansprucht für sich, daß er den Ertrag seiner Arbeit für sich allein besitzt. Und wie er, so tat es das ganze Geschlecht der aufsteigenden Industriellen. Sie sagten mit Krupp: ‚Den Leuten, die ich gebraucht habe, habe ich ihren Lohn gezahlt.‘ Daß es die Umgestaltung der Politik und des Heerwesens war, die ihn in die Höhe trug, störte Krupp nicht, den Erfolg sich allein zuzurechnen. Er und seinesgleichen waren in Wirklichkeit Produkte ganz allgemeiner Vorgänge, da sie aber theoretisch Individualisten waren, so sahen sie nur sich, nur ihren Fleiß, ihre Sorgen, ihre schlaflosen Nächte. Es hätte ja jeder andere dasselbe leisten dürfen wie sie; warum hat er es nicht getan?“

Wer also den Menschen in der modernen Industriegesellschaft nichts weiter zu sagen hat, als daß jeder sich gefälligst selbst helfen möge, hat noch nicht begriffen, daß hier Kräfte wirksam sind, die den einzelnen hinauftragen oder zu Boden schleudern können, ohne daß es sein Verdienst oder seine Schuld wäre. Und deshalb wendet sich Naumann gegen den wichtigsten Glaubenssatz dieses Liberalismus, den er selbst so formuliert: „In der Mitte dieser Bewegung steht der Glaube an das Recht des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft.“ Sicher, dieser Satz war „ein Protest gegen alle staatliche und kommunale, zünftlerische und gutsherrliche Bevormundung der Arbeit, ein stürmischer und erfolgreicher Ruf nach Freiheit und Unabhängigkeiten im Arbeitsprozeß.“

Dieser Ruf nach Freiheit hat der Menschheit ungeahnte Fortschritte gebracht, ungeheure Kräfte entbunden, er hat aber auch erschreckende Opfer von ihr gefordert. Man forderte – und erreichte – das freie Spiel der Kräfte ohne Rücksicht darauf, daß bei diesem Spiel der

„Arbeitsverkäufer“ (Arbeitnehmer) dem „Arbeitskäufer“ (Arbeitgeber) von vornherein hoffnungslos unterlegen war. Daher auch die Feststellung Naumanns: „Das, was wir als wirtschaftlichen Liberalismus erlebt haben, war kein akademisch reines System, es war ein System, dem ein Klasseninteresse der Arbeitskäufer (Arbeitgeber) seine Besonderheiten gab.“

Einem Mann, der „um der Arbeiterbewegung willen“ in die Politik gegangen war, mußte solcher Liberalismus fremd sein. Kein Wunder, daß Gertrud Bäumer schreibt, Naumanns Lebenswerk habe „der Überwindung des manchesterlichen Liberalismus“ gegolten. Solch manchesterlicher Liberalismus bedeutet für Naumann aber nicht nur die Herrschaft der Starken über die Schwachen, der Großindustrie über Mittelschichten und Arbeiterschaft, er ist in seinen Augen auch antiquiert: „Die ganze ältere liberale Polemik gegen den Sozialismus bewegt sich in dem Gedankengange: es ist unmöglich und schädlich, das freie Spiel der Kräfte zu hindern. Das ist jetzt vorbei. Das freie Spiel der Kräfte im alten Sinne ist nicht mehr da . . .“

Vor nahezu 60 Jahren erhob Naumann gegen diesen Liberalismus des „laissez faire, laissez aller“ den Vorwurf, er ignoriere die Wirklichkeit des wirtschaftlichen Machtkampfes und der wirtschaftlichen Machtkonzentration, gehe daher von einer falschen, antiquierten Fragestellung aus und möge sich deshalb nicht wundern, wenn er zu falschen, reaktionären Antworten komme. Das freie Spiel der Kräfte hebt sich selbst auf, ja hat sich schon aufgehoben. Im 20. Jahrhundert führt das „laissez faire“ nicht zur Freiheit, sondern zu Herrschaft und Abhängigkeit. Anders gesagt: so billig, wie Adam Smith und der ältere Liberalismus dachte, ist Freiheit nicht mehr zu haben.

VIII Naumanns Liberalismus

Diesem „älteren Liberalismus“ stellt Naumann seinen sehr persönlich geprägten „neuen“ Liberalismus gegenüber. Er geht aus von der Einsicht, daß, zumal in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft, Arbeit Gemeinschaftsleistung ist. Der einzelne ist für sich allein hilflos. Er ist darauf angewiesen, daß andere mit ihm arbeiten. Jeder braucht jeden. Indem aber der einzelne mit seiner Arbeitskraft – ganz gleich wo – zu der gemeinsamen Leistung beiträgt, verpflichtet er die Gemeinschaft, ihm zu geben, was seinem Beitrag entspricht, auch dann, wenn er aus irgendwelchen Gründen (Krankheit, Alter) nicht arbeiten kann.

Daher ist für Naumann die staatliche Gemeinschaft nicht, wie für Adam Smith, ein notwendiges Übel zur Aufrechterhaltung bestimmter Gesetze, sondern wie für Lassalle ein legitimes Mittel zur Formung der Gesell-

schaft. Sie hat z. B. das Recht, im Interesse und als Anwalt der Gemeinschaft dem Egoismus des einzelnen Schranken zu setzen: „Wir bedürfen des staatlichen Zwanges, um die Elemente einer gewerblichen Anstandslehre überhaupt erst zu lernen.“

Besser ist es allerdings, wenn die „Freie Organisation“ dem Staat Arbeit abtrotzt: „Die freie Organisation hat im Zweifelsfalle immer den Vortritt vor dem Beamtenapparat.“ Die wichtigsten dieser freien Organisationen sind die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, wobei für Naumann der Schwerpunkt bei den letzteren lag. Für ihn waren Gewerkschaften kein Bürgerschreck, sondern notwendiger Bestandteil jeder freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Wie politische Freiheit abhängt von der Teilung der staatlichen Gewalten, so hängt Freiheit in der Wirtschaft ab von einem Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte, das durch die staatliche Organisation zu regulieren und notfalls zu erzwingen ist. Die Alternative zur Gewerkschaft heißt für Naumann staatlicher Zwang: „Hätten wir mehr Freiheit der gewerkschaftlichen Entwicklung gehabt, so würden wir weniger Gesetze, Strafen und Beamte gebraucht haben.“

Bedroht ist das gesellschaftliche und damit das politische Gleichgewicht durch die Ballung wirtschaftlicher Macht. Die großen Zusammenschlüsse in der Industrie „werden Herrschaften aufrichten, gegen die die alten Lehensherrschaften kleine und milde Körper waren“. Wo aus wirtschaftlicher Macht politische Herrschaft wird, ist die Freiheit bedroht. Daher sieht Naumann die harte Alternative: „Entweder der Staat demokratisiert die Industrie oder er beugt sich vor der industriellen Aristokratie.“ Ging es dem älteren Liberalismus um die Demokratisierung des Staates, so geht es Naumann um die Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft: „Im größeren Betriebe . . . tritt die Frage auf, die im Staat eine so große Umwandlung hervorgerufen hat: Wie werden Untertanen zu Staatsbürgern? Wie werden Industrieuntertanen zu Industriebürgern?“ Was der ältere Liberalismus im Staat erreichte, soll der neuere in Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzen: Freiheit des Bürgers gegenüber denen, die in irgendeiner Weise Macht haben und ausüben; ein gesicherter freier Raum, in dem der einzelne sich als Glied der Gemeinschaft entfalten kann.

IX „Neuer“ Liberalismus und Sozialismus

Während die Unterscheidung zwischen älterem und neuem Liberalismus bei Naumann völlig eindeutig ist, macht es Mühe, den Unterschied zwischen „neuem“ Liberalismus und Sozialismus herauszuarbeiten. Alles Wichtige, was Naumann über den „neuen“ Liberalismus sagt, findet man auch in seiner Beschreibung des Sozialismus. Auch für den Sozialismus ist Arbeit Gemein-

schaftsleistung. Auch dem Sozialismus geht es nach Naumann darum, dem Menschen in der Wirtschaft seine Freiheit und seine Menschenwürde zurückzugeben, wie es dem älteren Liberalismus darum ging, ihm seine Freiheit im Staat zu erringen: „Sozialismus ist die Übertragung der liberalen Prinzipien auf den Großbetrieb.“ Oder: „Sozialismus ist derselbe Vorgang im Kapitalismus wie der Liberalismus im Staat . . . Kapitalismus ist die aristokratische Auffassung des Wirtschaftslebens, dessen demokratische Auffassung Sozialismus heißt.“

Montesquieu wollte den Staatsbürger befreien durch Teilung der staatlichen Gewalt. Der Sozialismus will nach Naumann dem Menschen freien Raum schaffen durch Teilung der Gewalten in Gesellschaft und Wirtschaft. So kann Naumann sagen: „Liberale und Sozialisten sind ferner deswegen unter sich verwandt, weil beide den Schutz und die Erhaltung der Einzelpersonlichkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben.“ Wenn beide einig sind im Streben nach Freiheit, dann müssen sie sich auch in der Form dieses Strebens berühren: „Der Liberalismus muß von seiner eigenen Selbsterhaltung willen für die Industrieverfassung sein, für freie Koalition, für Tarifverträge, für Arbeiterschutz, für alles, was den Wert der einzelnen Person in der Menge der Angestellten und Arbeiter erhöht. Tut er das nicht, dann begräbt er seine eigene uralteste Idee, denn begräbt er sich selber. Der Sozialismus aber kann praktisch gar nichts anderes mehr tun als das, was ein neuer grundsätzlicher Liberalismus seinerseits tun muß.“

In anderen Worten: Für Naumann ist Sozialismus nichts anderes als ein ohne Rücksicht auf das „Klasseninteresse der Arbeitskäufer“ zu Ende gedachter Liberalismus: „Was bleibt jetzt (1902!) der großen sozialdemokratischen Bewegung anderes übrig, als allen Nachdruck auf die Demokratisierung der Wirtschaftsordnung zu legen? Sie muß Großbetriebe, Kartelle, Genossenschaften demokratisieren. Das aber ist die alte liberale Idee vom Kampf der vielen um ihren Anteil an der Herrschaft, das ist die Idee der Persönlichkeiten, die sich nicht bloß als Maschinenteile des wirtschaftlichen Mechanismus wollen verbrauchen lassen. Auch die Sozialdemokratie hat in Wirklichkeit kein anderes Wirtschaftsprogramm mehr als der zur Erkenntnis der Tatsachen gekommene Liberalismus.“

Das also ist das Fazit: Wenn der Liberalismus seinen eigenen Ansatz zu Ende denkt und nicht da aufhört, wo er mit den Sonderinteressen der Arbeitgeber in Konflikt kommt, gelangt er zu dem gleichen Punkt, den die Sozialdemokratie erreicht, wenn sie utopische Hoffnungen aufgibt. Dazu allerdings müssen beide zur „Erkenntnis der Tatsachen“ kommen; der Liberalismus darf nicht die Probleme von vorgestern, der Sozialismus nicht die von

übermorgen lösen wollen. Sobald sie sich darauf konzentrieren, hier und jetzt in der modernen Industriegesellschaft Freiheit zu realisieren, gilt, was Naumann über das Verhältnis der beiden sagt: „Liberalismus und Sozialdemokratie sind in der Wirtschaftspolitik viel verwandter, als sie es im allgemeinen beiderseits zugeben.“

X Naumann und die freien Demokraten

Noch auf dem Parteitag der FDP 1961 berief sich deren Parteivorsitzender auf Friedrich Naumann. Mit welchem Recht?

Daß diese Partei in entscheidenden Punkten mit Naumann nicht einmal die Fragestellungen, geschweige denn die Antworten gemüß hat, braucht noch nicht gegen sie zu sprechen. Warum sollte sie nicht das Recht haben, 42 Jahre nach seinem Tod über Naumann hinauszukommen? Aber eben das hat sie nicht getan. Unsere „Freien Demokraten“ verbindet heute noch sehr viel mit jenem „älteren Liberalismus“, um dessen Überwindung Naumann gerungen hat. Sie sind nicht über Naumann hinausgegangen, sie sind hinter ihn zurückgegangen.

Hören wir nicht von der FDP immer noch die Polemik, die Naumann schon vor 55 Jahren als Zeichen des „älteren Liberalismus“ galt: man solle alles dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen, jenem freien Spiel, das schon 1905 nicht mehr bestand? Dabei hat die Konzentration in der Industrie im letzten halben Jahrhundert Formen angenommen, welche die Zustände von 1905 idyllisch erscheinen lassen. Was hat die FDP zum Thema „Demokratisierung der Wirtschaft“ zu sagen? Wo hat sie sich Gedanken gemacht über Naumanns Alternative: „Entweder der Staat demokratisiert die Industrie oder er beugt sich vor der industriellen Aristokratie?“ Wann hat die FDP eingesehen, was Naumann 1913 in der „HILFE“ schrieb, „daß man ohne Arbeiterforderungen keine politische Fortschrittstruppe besitzt, daß ein Liberalismus der Gesättigten keine Elementarkraft ist und daß die Schwarzblauen (Zentrum und Konservative) regieren, bis die Linke sich findet“? Die FDP ruft noch heute allein nach der Freiheit der Wirtschaft vom Staat, obwohl z. B. viele kleinere Betriebe sich nur noch halten können, wenn die staatliche Gemeinschaft sie schützt vor der Großindustrie. Schon für Naumann ging es um die Freiheit *in* der Gemeinschaft, notfalls mit Hilfe der Gemeinschaft, für die FDP geht es immer noch um die Freiheit *von* der Gemeinschaft, jene Freiheit, die sich im Zeitalter wirtschaftlicher Machtballungen selbst aufheben muß. Die FDP starrt gebannt auf die Gefahr, daß der Staat sich der Wirtschaft bemächtigen könnte, und ignoriert dabei – im schroffen Gegensatz zu Naumann – die weit akutere Gefahr, daß wirtschaftliche Machtgruppen den Staat zu ihrem Werkzeug erniedrigen.

Es ist keine Schande, sondern eine Selbstverständlichkeit, daß in einer Partei Interessengruppen wirksam sind. Aber es läßt sich schlecht leugnen, daß sich in der FDP die Interessen durchsetzen, die schon Naumann beim „älteren Liberalismus“ fand und die dann auch in der Deutschen Volkspartei der Weimarer Republik dominierten: die Interessen des „Arbeitskäufers“. Das gilt besonders für die Freien Demokraten nördlich des Mains, in zunehmendem Maße aber auch für die im Süden.

Kein Wunder, daß die FDP in vielen Dingen eine konservative Partei geworden ist. Wer sich ihre Forderungen

Erhard Eppler

Liberales und Soziale Demokratie

Zum politischen Erbe
Friedrich Naumanns

Villingen im Schwarzwald

ansicht, stellt fest, daß die meisten davon bereits vor zwölf Jahren durch das Grundgesetz geltendes Recht geworden sind. Es ist gut, daß sich die FDP – wie andere demokratische Parteien – zu diesem Grundgesetz bekennt, wer aber nichts anderes zu fordern hat, als was bereits da ist, ist eben konservativ.

In den letzten zehn Jahren sind in der Bundesrepublik – durch die gemeinsame Arbeitsleistung aller – riesige Vermögen in wenigen Händen angehäuft worden. Wer daran ernstlich nichts ändern will und überdies jeden Versuch, mit aller gebotenen Vorsicht die Gewichte etwas zu verlagern, so entrüstet ablehnt wie die FDP, darf –

zumindest im Bereich der Wirtschaftspolitik – mit Fug als konservativ gelten. Naumann jedenfalls wollte nicht konservieren, sondern – bei aller Ablehnung radikaler Eingriffe – verwandeln. Bei der FDP ist es umgekehrt.

Friedrich Naumann verstand sich als Politiker der Linken. Sein Lebensziel war die große, freiheitliche Volkspartei des kleinen Mannes: „Das neue Ideal heißt Herstellung einer Periode, in der Deutschland von links her von demokratischer Seite regiert wird.“ Damit das niemand falsch auffasse, fügt er hinzu: „Daran, daß der bürgerliche Liberalismus ohne Sozialdemokratie noch einmal wieder zur politischen Führung gelangt, kann auch von seinen wärmsten Vertretern nicht mehr im Ernst geglaubt werden.“ Ziel dieser Linken, für die Naumann mit der ihm eigenen Leidenschaft kämpfte, war die Mehrheit „links vom Zentrum“: „Das Zentrum beherrscht die deutsche Politik, bis es eine regierungsfähige Mehrheit links vom Zentrum geben wird.“

Sicher, unser Parteiengefüge hat sich seither gewandelt. Es gibt keine Partei des preußischen Junkertums mehr. Die Alternative: Schutzzoll oder Freihandel ist in den Hintergrund getreten. Trotzdem: die Frage, wie lange die Kräfte, die sich zu Naumanns Zeiten im Zentrum zusammenfanden, die deutsche Politik beherrschen sollen, drängt in der Bundesrepublik des Jahres 1961 weit unerbittlicher als im Deutschen Reich des Jahres 1905. Und daß diese Kräfte nur von links her zu überwinden sind, ließ sich vielleicht 1905 noch bestreiten, 1961 nicht mehr. Nur: die Partei, die sich auf Naumann beruft, rechnet sich nicht mehr zur Linken. Im Gegenteil: ihre Polemik richtet sich überwiegend nach links, sei es gegen die SPD oder gegen den sogenannten „linken Flügel“ der CDU. Die FDP sucht ihren politischen Standort in den wichtigsten Fragen nicht links, sondern rechts vom Zentrum. Rechts von der CDU ist aber heute eine Mehrheit nicht mehr denkbar, denn diese Partei hat den überwiegenden Teil der alten deutschen Rechten in sich aufgesogen. Für eine radikale, womöglich nationalistische Rechtsopposition hat die FDP zu viel demokratische Substanz. Was bleibt ihr also anderes übrig, als die Partnerschaft mit den Kräften, gegen die Naumann seine Mehrheit links vom Zentrum zusammenschweißen wollte? Sicher: die FDP geht diese Partnerschaft – vor allem aus Gründen der Kulturpolitik – oft ohne Begeisterung, vielleicht sogar mit schlechtem Gewissen ein. Aber das zeigt nur, daß diese Partei nicht mehr ganz in unser Parteiengefüge paßt, daß sie in diesem Gefüge quer liegt.

Naumann wollte „Hilfsdienst“ leisten zum Aufbau einer regierungsfähigen Linken, damit die deutsche Demokratie ihr Gleichgewicht finde und zum Funktionieren komme. Die FDP leistet – teilweise widerwillig – Hilfsdienst zur Erhaltung der Herrschaft von Kräften, die

man in der Terminologie Naumanns als Bündnis zwischen „industrieller“ und „klerikaler Aristokratie“ bezeichnen müßte und die nach zwölf Jahren Herrschaft ohnehin in Versuchung sind, sich mit dem Staat zu verwechseln. Dabei weiß die FDP sehr wohl, daß der freiheitliche Rechtsstaat in Deutschland immer dann in Gefahr ist, wenn die Rechte sich mit dem Staat verwechseln.

Hüten wir uns bei solchen Feststellungen vor sittlicher Entrüstung. Es geht einfach darum, die nahezu ausweglose Situation der kleinen Partei im Zeitalter der 5-Prozent-Klausel zu begreifen. Es kann heute nur noch drei Typen von kleinen, mitgliederarmen Parteien geben: einmal die unabhängige, finanziell hoffnungslos schwache Splitterpartei, die sehr bald zum Tummelplatz politischer Sektierer wird; dann die vom Ausland finanzierte und daher unglaublich Tarnpartei; schließlich die Partei, der es gelingt, dort Spenden zu bekommen, wo sich das Spendensammeln lohnt, und die darob über kurz oder lang – ob sie will oder nicht – zur Rechtspartei wird.

Mit anderen Worten: Was Naumann wollte, kann sich heute nur noch eine große Mitgliederpartei leisten. Nur sie kann praktische Politik im Interesse der großen Mehrheit – der Arbeitnehmer und der Mittelschichten – treiben. Nur sie kann es sich z. B. leisten, offen für eine Erhöhung der Steuer für sehr hohe Einkommen und damit eine Angleichung an das international übliche Niveau einzutreten. Die FDP kann und wird dies und vieles andere nicht tun. Sie ist keine liberale Linkspartei mehr, weil eine liberale Linkspartei nicht mehr lebensfähig wäre. Dafür ist in unserem Parteiengefüge neben der sozialdemokratischen Mitgliederpartei kein Raum mehr.

XI Zwei Parteien?

Damit ist die Frage nach der Existenzberechtigung der FDP aufgeworfen. Sie soll hier nicht in all ihrem Für und Wider erörtert und beantwortet werden. Es soll hier vor allem nicht gefragt werden, ob die Vertretung des „Mittelstandes“ eine Existenzgrundlage für diese Partei wäre. (Schon heute zählt die SPD mehr Angehörige der Mittelschichten zu ihren Mitgliedern, als die FDP überhaupt Mitglieder hat.) Im Zusammenhang mit Naumann soll uns nur das eine Argument beschäftigen: es gelte, ein Zweiparteiensystem und die daraus jeweils resultierende absolute Mehrheit einer Partei zu verhindern.

Auf Friedrich Naumann kann sich diese Theorie – und die damit verbundene vom Zünglein an der Waage – nicht berufen. Für ihn war das Zweiparteiensystem kein Schreckgespenst, sondern die höchste Form parlamentarischer Demokratie: „Es ist eine Majorität nötig, die erst durch lange politische Arbeit in einem Volk entstehen kann, eine durch verschiedene Zeiten teils oppositionel-

ler, teils regierender Betätigung gefestigte Massenpartei. Da aber eine solche Massenpartei nur durch den Gegensatz ihrer Gegenpartei zusammengehalten werden kann, so ist die einzig erkennbare Möglichkeit zur Entstehung eines demokratischen Staates die Aufsaugung aller kleineren Parteiunterschiede durch zwei beständig konkurrierende, beiderseits regierungsfähige große Parteien. Diesem Zustand am nächsten sind von den großen Staaten England und Amerika gekommen. Wo es kein Zweiparteiensystem gibt, stellt sich ein immerwährender Wechsel von Kompromißbildungen ein, der dem Fortschreiten einheitlicher Reformideen fast unübersteigliche Hindernisse entgegenstellt . . .“

Vom Zünglein an der Waage, von der kleinen Partei, die den großen Parteien ihren Willen aufzwingen will, hält Naumann nichts. Zwar fragt auch er sich, „ob wir bei der eigenartigen konfessionellen Zusammensetzung Deutschlands jemals zu einem reinlichen Zweiparteiensystem gelangen werden . . .“ Naumann zweifelt, ob das Zentrum seine konfessionellen Schranken sprengen und Kern einer größeren Gruppierung werden könne. Aber eben das ist 1945 geschehen, ob für die Dauer, wird sich zeigen. Was uns noch bevorsteht, ist der entsprechende, von Naumann immer wieder geforderte Vorgang auf der

Linken: „. . . in der Gegenwart kann die Aufgabe der Demokratie keine andere sein, als parlamentarische Majoritätsbildung auf der deutschen Linken.“ Soll unsere Demokratie ihr inneres Gleichgewicht finden, soll sie überhaupt Bestand haben, so muß dieser Vorgang nachgeholt werden, wenn nicht mit der FDP, dann ohne und gegen sie.

XII Naumann und die Sozialdemokratie

Naumann hat der Sozialdemokratie seiner Zeit an Kritik nichts erspart, und auch er wurde von ihr nicht mit Samthandschuhen behandelt. Es war einiges, was er der großen Arbeiterpartei vorzuwerfen hatte: „Was mich (von der Sozialdemokratie) trennt, ist Monarchie, die Liebe zur Gemeinschaft des Glaubens mit allen alten treuen Freunden und die Verachtung des wirtschaftlichen Utopismus der älteren sozialdemokratischen Schule“, schreibt er 1895 an den Hofprediger Stöcker. Naumann glaubte, die Sozialdemokratie habe kein gesundes Verhältnis zum Staat, zur Monarchie, zur Landesverteidigung, zur Kirche, vor allem aber zur politischen Wirklichkeit und damit zur Macht.

Das konnte man auch von anderer Seite hören. Und doch unterscheidet sich Naumanns Kritik gründlich von

Ein einzigartiges Zeitdokument: Die bedeutendsten Reden Helmut Schmidts aus dem letzten Jahr seiner Kanzlerschaft

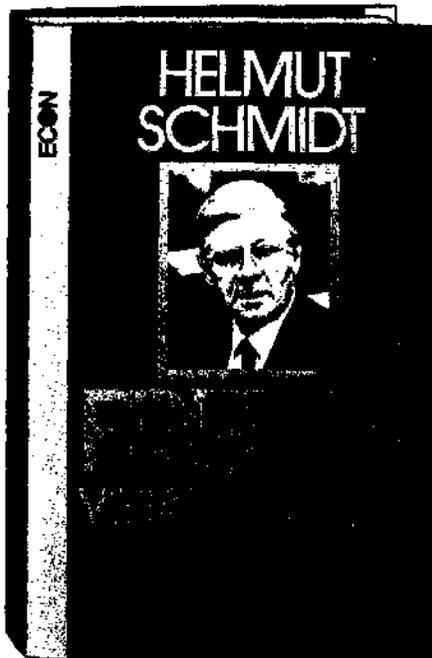
Helmut Schmidt
Freiheit verantworten
400 Seiten, Leinen, 38 DM

»Freiheit verantworten« dokumentiert alle wesentlichen Äußerungen Helmut Schmidts aus den letzten einneinhalb Jahren seiner Amtszeit als Bundeskanzler. Vier große Themen beinhaltet dieser Band: die Diskussionen zur Friedenspolitik und zur Friedensbewegung, die Auseinandersetzung mit der FDP, den Kampf um die Freiheit der eigenen Partei, das Innen- und außenpolitische Ringen um die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Reden zur Kunst und Kulturpolitik beweisen die Sensibilität von Helmut Schmidt. Dieses einzigartige Zeitdokument belegt die Gradlinigkeit der Politik dieses Kanzlers und die Glaubwürdigkeit seines Versprechens bei seinem Abschied: »Jedermann darf und muß mit unserer Stetigkeit rechnen«.

ECON

Postfach 9229
4000 Düsseldorf 1

In jeder Buchhandlung!



all dem, was sonst gegen die neue Massenpartei vorgebracht wurde. Naumann schilt die Sozialdemokraten, wie man einen hoffnungsvollen, sympathischen jungen Menschen schilt, von dem man bedeutende Leistungen erwartet und dem man daher seine Fehler und Ungeschicklichkeiten besonders übel nimmt. Er stehe der SPD „sachlich näher als allen andern Parteien“, schreibt er in dem zitierten Brief an Stöcker. Trotz aller Differenzen habe er eine große Zuneigung gegen den Sozialdemokraten als Menschen; er sei ihm „im Durchschnitt sympathisch“, besonders der süddeutsche Typus. Daher will Naumann mit seiner Kritik nicht, wie die ganze politische Rechte, der gefährlichen Partei möglichst viele Nackenschläge versetzen; seine Kritik will helfen, sie will die Diskussion innerhalb der Partei fördern und vorantreiben. Denn für Naumann ist die Sozialdemokratie kein Bürgerschreck, sondern Gestalterin der deutschen Zukunft. Wenn er der SPD utopische Hoffnungen vorwirft, dann nicht, um den Bürger zu erschrecken, sondern um dieser Partei zu sagen: eure Zukunftsbilder hindern euch, hier und jetzt die Macht zu erringen, die euch eigentlich zusteht. Nicht, daß sie nach Macht strebt, nimmt Naumann der SPD übel, sondern daß sie es nicht energischer, konsequenter tue: „Was könnte es Größeres geben“, schreibt er 1913 in der „HILFE“, „als die realpolitische Führung der 4 Millionen (Wähler der SPD). Sollte eines Tages der Geist der Tatsachen in die sozialdemokratische Leitung einziehen, dann soll es mir ganz gleich sein, ob ich dabei als Urheber der klareren Gedanken erscheine oder nicht, denn hier kommt es nicht auf gegenseitige Rechthaberei an, sondern darauf, ob die politische Kraft der deutschen Masse vergeudet wird oder nicht.“

Zu diesem Geist der Tatsachen rechnet Naumann ein entkrampftes Verhältnis zur Kirche, das Bekenntnis zum endlich geschaffenen Nationalstaat, aber auch das Ja zum Repräsentanten des Reiches, Kaiser Wilhelm II. und der von ihm so leidenschaftlich geförderten Kriegsflotte. Da Naumann nicht rechthaberisch war, wollen auch wir die Frage auf sich beruhen lassen, wer damals Wilhelm II. und seine Flottenpolitik nüchterner und richtiger eingeschätzt hat. Entscheidend ist, daß es Naumann bei all diesen Forderungen darum ging, die Linke in Deutschland regierungsfähig zu machen und ihr den Weg zur politischen Macht zu ebnen. Kaum ein anderer Beobachter in Deutschland hat daher alle Wandlungen und Kämpfe innerhalb der Sozialdemokratie mit so leidenschaftlicher Aufmerksamkeit verfolgt wie Friedrich Naumann. Kaum ein Außenstehender hat um diese Partei soviel gebangt, gehofft und gelitten wie er. Und im Hintergrund stand immer die Frage: wann wird diese Partei offen und weit, aber auch innerlich sicher genug sein, daß sie auch für Menschen wie mich Raum bieten

kann? In einer der ersten Nummern der „HILFE“ steht der Satz: „Die SPD ist uns ein Aufenthaltsort künftiger Christlich-Sozialer.“ Und wenige Jahre später schreibt er: „Die Frage ist, ob sich die Sozialdemokratie so entwickeln wird, daß sie die altliberale Aufgabe übernimmt und es den ehrlich liberalen Teilen des Bürgertums ermöglicht, sich der von ihr getragenen Gesamtbewegung ohne Opfer ihrer Überzeugungen anzuschließen.“ Naumann weiß: solche Wandlungen vollziehen sich nicht von heute auf morgen. Er ist kein Prophet: „Die Zentrumsperiode wird nicht kurz sein, denn die abfließende Linke braucht offenbar noch viel Zeit, ehe sie fertig sein kann. Eine bestimmte Zahl von Jahren kann niemand sagen.“

XIII Naumann und das Programm von Godesberg

Auch wir sind keine Propheten. Aber eines ist inzwischen Tatsache geworden: im November 1959 hat das Godesberger Grundsatzprogramm die breite Basis für eine regierungsfähige Linke geschaffen. Wer von Naumann her an dieses Programm herantritt, stellt fest, daß es vor allem sämtliche kritischen Fragen Naumanns bündig und präzise beantwortet: wie steht ihr zur Nation, zur Kirche, zum Staat, zur Landesverteidigung, vor allem aber zur ganzen politischen Wirklichkeit dieser eurer Zeit? Wer von Naumann herkommt, versteht auch, daß es sich bei diesem Programm – es ist das fünfte in der hundertjährigen Geschichte dieser Partei und das erste seit 1925 – nicht um einen taktischen Schachzug, sondern nur um den Abschluß einer jahrzehntelangen Entwicklung handeln kann. Es lohnt sich, dieses Programm einmal unter dem Aspekt der Naumannschen Fragestellungen zu lesen. Dabei stößt man auf Formulierungen wie die folgenden:

„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden . . . Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz . . . Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung . . . Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, Demokratie durch den Sozialismus erfüllt . . . Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil

freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit . . . Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist . . . zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht heute mächtiger Interessengruppen werden. Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleinere Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können . . . Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Staatsbürger werden.“

Was Naumann vor einem halben Jahrhundert „neuen Liberalismus“ nannte, war schon damals nicht weit entfernt vom Wollen der Sozialdemokratie. Es deckt sich auf weite Strecken, oft bis in die Formulierungen hinein, mit dem Godesberger Programm.

An dieser Stelle gilt es wohl, einigen Mißverständnissen zu wehren; es geht nicht um die müßige Frage, wo Naumann heute stünde: er lebt nicht in unserer Zeit und hat nicht unsere Entscheidungen zu treffen. Es geht um die Frage, was mit Naumanns Erbe geschehen soll. Und es soll beileibe nicht bestritten werden, daß in manchem Mitglied der Freien Demokratischen Partei dieses Erbe lebendig ist. Aber diese Partei selbst, wie sie sich heute darstellt, lebt primär aus anderen Quellen.

Es geht auch nicht darum, die Geschichte oder gar die Ahnenreihe der Sozialdemokratischen Partei zu korrigieren. Diese Partei hat manches Erbe zu verwalten: das August Bebels, Friedrich Eberts, Kurt Schumachers und Ernst Reuters. Aber sie ist heute eine so weitgespannte Volkspartei geworden, daß sie auch das Erbe eines Politikers wie Friedrich Naumann mit in ihre Obhut nehmen kann. Das Godesberger Programm ist nicht einfach ein neues Programm der Sozialdemokratie, es ist das Programm der freiheitlichen Linken schlechthin. Und deshalb vollstreckt dieses Programm auch einiges vom Testament Friedrich Naumanns.

Die Partei des Godesberger Programms hat vieles – und wohl das Wesentliche – vom geistigen Gut Naumanns mit übernommen. Ob sie immer tut, was Nau-

mann getan hätte, ist eine müßige, rein spekulative Frage. Entscheidend bleibt: Diese Partei ist, was Naumann vorschwebte und worum er rang: die undogmatische, freiheitliche, realistische und daher regierungsfähige Volkspartei der deutschen Linken.

Daß es diese Partei gibt, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern einer der wenigen Glücksfälle in der deutschen Geschichte der letzten hundert Jahre, vor allem aber eine Chance für die Zukunft. Es wird darauf ankommen, ob wir diese Chance ergreifen.

XIV Die Linke kommt

1913 schrieb Naumann einen Artikel in der „HILFE“ mit der Überschrift: „Die Linke kommt!“ Da heißt es: „Es ist ein großes und langes Werk, die neue deutsche Volksmehrheit heraufzuführen. Aber das Allerschwerste ist doch nun schon getan; man wartet bereits, ob sie kommen will. Zweifelnd, hoffend, schimpfend, grollend wird von allen Seiten der neue Aufmarsch begrüßt; es kommt! Es kommt nicht! Es kommt doch!“ Naumann fordert, hofft: die Linke kommt! Wir stellen sachlich fest: die Linke ist da.

Diese regierungsfähige Linke hat nicht nur ein ausgewogenes Verhältnis gefunden zur Nation, zur Kirche, zum Staat und damit zur Macht, sondern auch zur deutschen Geschichte. Und auch darin begegnet sie Friedrich Naumann. Über seinem Schreibtisch hingen die Bilder von Otto von Bismarck und August Bebel. In Hannover sagte Willy Brandt als Kanzlerkandidat der SPD: „Wir hier sind stolz auf die fast hundertjährige Geschichte dieser Partei. Sie hat Glanz und Elend unseres Vaterlandes miterlebt, aber auch wir sind nur ein Teil der deutschen Geschichte. Das, was heute Deutschland ausmacht, stammt aus vielen Quellen: Otto von Bismarck und August Bebel, Friedrich Ebert und Gustav Stresemann, Julius Leber und Graf Stauffenberg, Ernst Reuter und Theodor Heuss, sie alle gehören zu diesem Volk.“

Die regierungsfähige Linke ist da. Unsere Demokratie aber wird nur bestehen können, wenn aus der regierungsfähigen Linken immer wieder auch die regierende Linke wird.



Adolf Stockleben: Erreicht die SPD noch die Betriebe?

Der ehemalige Maschinenschlosser Adolf Stockleben, Jahrgang 1933, ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Betriebsratsmitglied; s. a. seine Beiträge in NG 4/79 und 10/80.

Die Anzeichen verdichten sich, daß der von den Konservativen vor der März-Wahl angekündigte wirtschaftliche Aufschwung wohl ausbleiben wird. Auftragsengpässe und Produktion im industriellen und gewerblichen Bereich sind bisher enttäuschend. Die Arbeitslosigkeit steigt saisonbereinigt weiter an. 3 Millionen Erwerbslose im kommenden Winter in der Spitze sind eine reale Möglichkeit. Gleichwohl scheint diese Entwicklung der konservativ-liberalen Regierung wenig geschadet zu haben. Im Gegenteil: Die jüngst veröffentlichten Umfragen lassen auf eine gestärkte Position der Kohl-Regierung schließen, die SPD als Oppositionspartei zeigt dagegen eher fallende Tendenz. Die Arbeitnehmer, die bei der März-Wahl in verstärktem Maße sich für die Unionsparteien entschieden haben, glauben offensichtlich weiterhin an eine Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Politik der Kohl-Regierung.

Analysen sind schon genug geliefert worden, die das Wahlergebnis vom 6. März und dabei insbesondere das Stimmverhalten der Arbeitnehmer zu erklären versuchen. Richard Löwenthal hat bereits im Herbst vergangenen Jahres in der NG davor gewarnt, sich um der Gewinnung von Minderheitsgruppen willen von den Lebensfragen der Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ablenken zu lassen (NG 11/82). Vor wenigen Wochen haben 10 sozialdemokratische Professoren festgestellt, die SPD habe Zweifel beim Wähler aufkommen lassen an ihrer Haltung zur Industriegesellschaft, und die mangelnde Abgrenzung gegenüber den Grünen verunsichere die sozialdemokratische Wählerschaft der Mitte. Björn Engholm schließlich hat in einem Beitrag für den SPD-Pressedienst (6. Juni 1983) den Verlust der Rolle der SPD als „Anwalt des kleinen Mannes“ beklagt

und dabei festgestellt: „Die SPD ist die Partei der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit; das ist ihre historische und ihre aktuelle Pflicht.“

Richtig an alledem ist und wird auch durch Wahl-ergebnisse, Umfragen und Diskussionen auf der Straße belegt, der „kleine Mann“ oder der Arbeitnehmer beginnt an der SPD zu zweifeln. Das Verhältnis ist mehr als getrübt. In diesem Zusammenhang stellt sich die für die weitere Entwicklung der Partei existenziell wichtige Frage: Erreicht die SPD überhaupt noch die Betriebe?

Oskar Lafontaine hat der SPD „jetzt wieder so etwas wie Morgenröte, eine konkrete Utopie“ empfohlen. Zu fragen bleibt dabei, ob die Arbeitnehmer angesichts steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen mit derartigen Formeln etwas anfangen können. Der SPD als Partei und den Gewerkschaften als dem anderen Bein der Arbeiterbewegung tut vielmehr eine klare und praxisorientierte Analyse der Beziehungen zu ihrer Klientel gut. Durch welche Faktoren wird gegenwärtig das Verhältnis der Arbeitnehmer zu SPD und Gewerkschaften bestimmt?

Soziologische Veränderungen in unserer Industriegesellschaft

Unbestreitbar haben die technologische Entwicklung und der Bildungsboom der 70er Jahre ihren nachhaltigen Niederschlag auf die oben erwähnten Beziehungen gefunden. Die technische Entwicklung hat vor allem dazu geführt, daß der Anteil der Arbeiter an der erwerbstätigen Bevölkerung ständig sinkt. Die arbeitsteilige Industrietechnologie führt darüber hinaus zu einer Entsolidarisierung und Singularisierung der Werkstätigen. Die Gewerkschaften werden offensichtlich auch von immer mehr Arbeitern für entbehrlich gehalten, da sie angeblich durch überzogene Lohnforderungen Wohlstand und Arbeitsplätze gefährden.

Die Bildungspolitik der 70er Jahre hat schließlich die qualifiziertesten Arbeitnehmer aus ihrer bisherigen sozialen Schicht herauskatapultiert. Aus ihnen sind Angestellte oder gar Akademiker geworden. Sie sind zur Klasse der „Aufsteiger“ gestoßen, die in den vergangenen Jahren auch die politischen und gewerkschaftlichen Bindungen zur Arbeiterbewegung gelöst haben.

Die moralische und politische Glaubwürdigkeit von SPD und Gewerkschaften

Zweifelsöhne haben auch bestimmte Vorgänge im engeren Bereich der Partei, bei ihren prominenten

Vertretern oder auch bei den Gewerkschaften an der moralischen Reputation der Partei gerüttelt. Gerade der „kleine Mann“ erwartet insbesondere von den Vertretern der Sozialdemokratie mit ihrem hohen moralischen Anspruch („Hinter uns steht das anständige Deutschland“) saubere Verhältnisse. Die teilweise festzustellende Verfälschung, die Vorgänge um die umstrittene Parteienfinanzierung oder die Unternehmungen der Manager der „Neuen Heimat“ seien hier stellvertretend genannt.

Zu alledem kommt noch das Problem der politischen Glaubwürdigkeit. Der Arbeitnehmer, kein ausgewiesener Energie- oder Sicherheitsexperte, ist durch die kontrovers geführten Diskussionen gerade in diesen beiden Politikbereichen in den vergangenen Jahren überstrapaziert, wenn nicht gar angewidert worden. Widersprüchliche Beschlüsse haben zu großen Irritationen geführt.

Schließlich gehört zur politischen Glaubwürdigkeit der SPD auch eine glaubwürdige Vertretung von Arbeitnehmern und Gewerkschaften in den Parteien. Hier gibt es bedenkliche Tendenzen. Gewerkschafter und Arbeitnehmer werden aus Parteivorständen herausgewählt. Während der gemeinsame Mitgliederanteil der Beamten und Angestellten aus dem öffentlichen Dienst rund 35% beträgt, entfallen auf sie über 50% der Funktionäre in den Ortsvereinen und über 75% in den Unterbezirken. Die Berufsgruppe „Facharbeiter“, deren Mitgliederanteil 29% beträgt, stellt dagegen nur 27% der Funktionäre in den Ortsvereinen und nur 7,5% in den Unterbezirken. Der Konflikt zwischen Arbeitern und Intellektuellen spielt dabei eine nicht unwichtige Rolle. Diese Tendenzen haben zu einer Entpolitisierung vieler Betriebs- und Personalräte geführt und teilweise leider auch deren Rückzug aus der gerade für die SPD so wichtigen Kommunalpolitik eingeleitet. Der Schulterschluss vor Ort zwischen Partei (UB) und Gewerkschaften ist vielerorts nicht mehr oder nicht in ausreichendem Maße gewährleistet.

Politischer Kompetenzverlust in der Öffentlichkeit

Die Konservativen waren schon immer nicht ganz erfolglos in ihrem Bemühen, „Sozialisten“ als „wirtschafts- und finanzpolitische Stümper“ zu brandmarken. Hohe Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung und der damit verbundene beschäftigungs- und finanzpolitische Kompetenzverlust der SPD in der öffentlichen Meinung dürften nicht unmaßgeblich das Wahlverhalten vieler Arbeitnehmer im Lande beeinflusst haben. Der Verlust der Regierungsmacht führt darüber hinaus automatisch zu einem Kompe-

**Allgemeinverständlich
faktenreich
undogmatisch!**

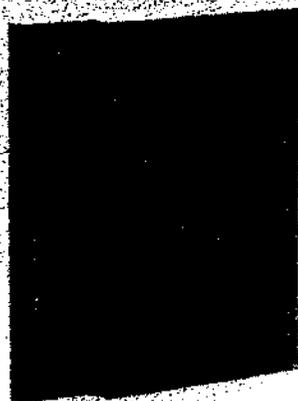
Fritz Vilmar/
Leo Kißler

Arbeitswelt

Grundriß einer kritischen
Soziologie der Arbeit
256 Seiten, 19,80 DM.
(Uni-Taschenbücher 1167)

Als Ergebnis 20jähriger theoretischer und praktischer Engagements liegt nun dieser Band vor. Er bietet Bestandaufnahme, Analyse, Kritik und Reformvorschläge.

Unabhängig von herkömmlichen ebenso wie von dogmatischen Ansätzen zeigen die Autoren, was „Arbeitswelt“ heute bedeutet und was zu ihrer Humanisierung geschehen muß.



leske

tenzverlust – der Amtsbonus fehlt. Durch den Rückzug von sozialdemokratischen Spitzenpolitikern, die sich über Jahre hinweg in Regierungsämtern bewährt haben, mangelt es der Partei auch an personeller Attraktivität.

Dieser Aspekt sollte gerade in unserer Fernsehdemokratie nicht unterschätzt werden. Schließlich müssen z. B. auch die besten Beschäftigungsinitiativen nur Stückwerk bleiben, wenn sie von den Maßnahmen und ihrer Finanzierung her nicht hinreichend konkretisiert und der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden. Die von der Fraktionsführung bis zur Sommerpause angekündigte Vorlage ist dringend notwendig.

Folgerungen

Die feste politische und personelle Verankerung der Sozialdemokratie und der Arbeitnehmerschaft in der politisch-gewerkschaftlichen Betriebsarbeit und in den Gewerkschaften war und ist grundlegende Voraussetzung und Bedingung für eine Orientierung ihrer Arbeit an den Interessen der breiten Schichten des Volkes, insbesondere der Arbeitnehmerschaft, und für die Durchsetzung ihrer Ziele. Diese Einschätzung verlangt immer neue Anstrengungen, sie verlangt das Zusammenwirken und den Meinungsaustausch zwischen den Gliederungen und den Gremien der SPD und den vorwiegend in Betrieben, Verwaltungen und Gewerkschaft tätigen Sozialdemokraten.

Vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses vom 6. März und der aufgezeigten möglichen Ursachen gewinnt deshalb an Gewicht, was der Münchener Parteitag über die Zukunft der politischen Betriebsarbeit und die Öffnung politischer Wege für die Vertrauensleute der Arbeitnehmerschaft aus den Betrieben und aus dem Bereich der privaten und betriebsbezogenen öffentlichen Dienstleistungen beschlossen hat. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch, daß der Parteitagebeschuß noch keine ausreichende Wirkung hat.

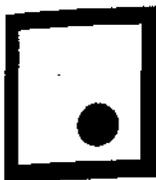
Den sozialdemokratischen Arbeitnehmern geht es nicht darum, privilegiert zu werden oder Sonderrechte zu erhalten. Sie stellen aber die berechnete Frage, wie die in der politischen Betriebsarbeit geleistete Vertrauensarbeit, die nicht erst nach Feierabend, sondern schon morgens bei der Frühschicht beginnt,

von der Partei anerkannt wird und wie sie in den Entscheidungsorganen ihren Niederschlag finden kann. Es geht darum, den Parteitagebeschuß mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Dabei geht es im wesentlichen um folgende Punkte:

- Schaffung eines Bewußtseins der Gleichrangigkeit von Betriebsarbeit und Ortsvereinsarbeit in der SPD;
- stärkere Einbeziehung der politischen Betriebsarbeit in die Arbeit der Vorstände der Partei auf allen Ebenen;
- Verbesserung der personellen, organisatorischen, finanziellen und materiellen Grundlagen für die politische Betriebsarbeit als entscheidendem Element der Vertrauensarbeit der SPD;
- ständige Verbindung zwischen Partei und Arbeitswelt (Betriebsgruppen); Einbeziehung von Funktions- und Mandatsträgern der Partei für Gespräche und Veranstaltungen der SPD-Betriebsgruppen;
- Förderung und Gleichstellung von Betriebszeitschriften zu anderen Publikationen der Partei;
- besserer Zugang der betriebsständigen Arbeitnehmer zu den politischen Entscheidungen in den Unterbezirken;
- Verbesserung der politischen Bildungsarbeit für Arbeitnehmer;
- stärkere Beteiligung der betriebsständigen Arbeitnehmer in Fachausschüssen, Fachkonferenzen und bei internationalen Kontakten der Partei;
- Ausweitung der Zahl der Betriebsgruppen oder sozialdemokratischen Vertrauensleute.

Die entscheidenden Zielpunkte für die sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft müssen sein: entscheidenden Einfluß auf zentrale Fragen der Politik anzustreben, Wege für die politische Willensbildung und Mitbestimmung zu öffnen und in den Betrieben und Verwaltungen durch Betriebsgruppen verwurzelt zu sein.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und die Betriebsgruppen sind kein Selbstzweck. Ihre Aufgabe ist es, die politischen Ansprüche der Arbeitnehmer zu verwirklichen. Die politischen Strukturen von Parlamenten und anderen politischen Vertretungskörperschaften dürfen kein Zerrbild der Gesellschaft, sondern müssen vielmehr ihr Spiegelbild sein.



Helmut L. Müller: Anläufe zu einem Dialog Die Gewerkschaften und die Grünen

Dr. phil. Helmut L. Müller, geb. 1954, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität München; s. a. seinen Beitrag in NG 1/82.

Die Veränderungen des Problemhorizonts in den achtziger Jahren erschüttern das herkömmliche Selbstverständnis der Arbeiterbewegung. Das gilt für die Sozialdemokratische Partei wie für die Gewerkschaften. Die Zukunft der SPD sieht düster aus. Die Partei ist eingekeilt zwischen der Fundamentalopposition der Grünen und der konservativ-liberalen Koalition. Wenn sie in dieser Zwickmühle bleiben, können sich die Sozialdemokraten in den nächsten Jahren keinerlei Hoffnungen machen, die Regierung zu übernehmen. Auch die neue Kräftekonstellation in Bonn ändert nichts an dem Dilemma der SPD. Die Partei will das Protestpotential gewinnen, das sich in den Grünen artikuliert und ihr vor allem die jungen Wähler abspenstig macht. Aber je nachhaltiger die SPD dies versucht, desto mehr gerät sie in die Gefahr, ihre traditionelle Klientel, die Arbeitnehmer, zu enttäuschen. Die Sozialdemokraten suchen ihren Standort zwischen alter und alternativer Politik. Sie wollen zwischen Positionen vermitteln, bei denen ein Konsensus kaum vorstellbar ist. Die Suche nach einer neuen Identität macht der SPD deshalb Schwierigkeiten, weil sie noch tief in ihre eigene Vergangenheit verstrickt ist.

Aber auch die Gewerkschaften stecken in einer Orientierungskrise. Dies ist am heiklen Verhältnis zwischen Gewerkschaftsbewegung und politischer Ökologiebewegung in der Bundesrepublik abzulesen. Die Schlagzeilen signalisieren Sprengstoff: Bauarbeiter attackieren die Frankfurter Startbahn-Gegner, die IG Bergbau nimmt die Bürgerinitiativen aufs Korn. Die Interessenvertreter der Arbeit und die Sachwalter der Umwelt stehen offensichtlich miteinander auf Kriegsfuß. Kein Zweifel: die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Grünen sind gespannt.

Hier stehen sich zwei soziale Bewegungen gegenüber, die nach ihrer Herkunft und Struktur sehr unterschiedlich sind. Auf der einen Seite die Gewerkschaften: sie haben sich unter dem Druck der sozialen Frage vor rund hundert Jahren formiert. Ihr Erfolg ist untrennbar mit der Expansion der Wirtschaft und der arbeitsteiligen Industriegesellschaft verbunden. Um die Interessen der Arbeitnehmer wirksam zu vertreten, bauten die Gewerkschaften im Laufe der Zeit ihren Apparat aus. Denn nur ein wohlorganisierter Verband konnte nach ihrem Verständnis eine echte „Gegenmacht“ sein und den Unternehmern Paroli bieten.

Auf der anderen Seite die Grünen: sie haben sich erst vor einigen Jahren unter dem Druck der ökologischen Frage zusammengeschlossen. Sie wollen die Entwicklung der bestehenden Wirtschaft und Gesellschaft stoppen, ja umkehren. Daher sagen sie sich los vom Industriesystem, das auf Wachstum ausgerichtet ist. Die Grünen lehnen hierarchische Strukturen ab. Ihre Losung heißt „Basisdemokratie“.

Die Kluft ist tief. Und doch gibt es im Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Grünen nicht nur Trennendes, sondern auch Verbindendes. Bei den Gewerkschaften sind neue Töne zu hören. Die Vertreter der Werktätigen setzen stets auf die Entfaltung der Produktivkräfte, um Wohlstand und soziale Sicherheit für die große Mehrzahl der Menschen zu erreichen. Der Fortschrittsglaube gehört zu ihrem historischen Fundus. Heute erkennen freilich auch Gewerkschafter in aller Schärfe, daß eine lineare Fortschreibung der bestehenden Trends nicht möglich ist. Gewiß, die Industriegesellschaft bleibt unverzichtbar, aber sie bedarf grundlegender Reformen. So hat sich in den letzten Jahren bei den deutschen Gewerkschaften die Sensibilität für ökologische Probleme deutlich erhöht.

Berührungspunkte

Im Jahre 1974 verabschiedete der DGB ein Umweltprogramm. Seitdem sind bei den Gewerkschaften Anträge und Forderungen zur Umweltpolitik an der Tagesordnung. In gewissem Sinne war Umweltschutz schon immer ein fester Bestandteil arbeitnehmerorientierter Politik. Die Gewerkschaften verweisen dabei auf das Thema Arbeitsschutz. Gerade über die Humanisierung der Arbeit könnten sich Gewerkschafter und Grüne bald einig werden. Darüber hinaus sind die Vorschläge der Gewerkschaften zur Strukturpolitik mit ökologischen Zielsetzungen gut vereinbar. Die konkreten Forderungen des DGB lauten: Lärmschutz, sparsamere Energieverwendung,

Reinhaltung von Luft und Wasser, Abfallbeseitigung, Recycling. Von gezielten Investitionen für diese Zwecke verspricht sich der DGB positive Umwelteffekte und zugleich förderliche Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Konjunktur.

Im neuen Grundsatzprogramm des DGB taucht der Begriff des „qualitativen Wachstums“ auf, der in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt ist. Erhard Eppler propagiert diese Formel; Ralf Dahrendorf skizziert als den entscheidenden „Themenwechsel“ in den letzten Jahren den Weg von der Idee der Expansion, die die Industriegesellschaft bestimmt, zum Gedanken der „Melioration“, der Verbesserung. Auch die Gewerkschaften treten für die „Hebung des gesellschaftlichen Wohlstands“ ein. Sie fordern bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften hat sich neuen Themen zugewandt. Das klassische Erwerbsinteresse der Arbeitnehmer ist für den DGB weiter zentral, aber er hat nun ein allgemeines Wohlstandsziel im Auge, das auch das Glück der Konsumenten, der Mieter und anderer Gruppen einbezieht. Hier sind programmatische Verbindungslinien zwischen den Gewerkschaften und den Grünen erkennbar.

Die Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) des DGB machte in einer Bestandsaufnahme Ansatzpunkte für eine „fruchtbare Diskussion“ zwischen den Arbeitnehmervertretern und den Ökologen aus. Die Autoren des Beitrags hielten eine sachliche Zusammenarbeit zwischen DGB und Grünen für möglich und sprachen von einem „neuen Verhältnis von Gewerkschaften und Ökologie-Bewegung“. Das aber sind wohl vorläufig allzu euphorische Erwartungen!

Aber auch die Grünen nähern sich in ersten Schritten an Gewerkschaftspositionen an. Das Wirtschaftsprogramm, das die Grünen 1983 unter der Überschrift „Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben“ in Sindelfingen verabschiedeten, enthält Forderungen, die auch Gewerkschafter unterstützen könnten. Die Partei der Grünen verlangt wie der DGB die Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen. Die Grünen wollen, daß Grund und Boden, Produktionsmittel und Banken in „neue gesellschaftliche Formen des Eigentums“ überführt werden, und sie finden mit diesem Begehren zweifellos den Beifall linker Gewerkschafter. Überschneidungen gibt es auch in Fragen des Wohnungsbaus, der Verkehrspolitik und der Steuergesetzgebung. Einen Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung befürworten Grüne wie Gewerkschaften.

Auch wenn sich Gewerkschafter und Ökologen inzwischen über einige Programmpunkte verständigen könnten, so ist es doch verfrüht, von einem „Alltionsbündnis“ zwischen DGB und Grünen zu sprechen. Zunächst muß man auf die gegensätzlichen Strömungen innerhalb der grünen Bewegung und die gegensätzlichen Standpunkte innerhalb des DGB hinweisen. Bei den Grünen stehen sich, was die politische Strategie betrifft, schon seit einiger Zeit zwei Meinungsrichtungen gegenüber, die sich an bestimmten Personen festmachen lassen: Petra Kelly, Sprecherin der Grünen im Deutschen Bundestag, vertritt die Position einer „Antipartei-Partei“, die fundamentale Opposition betreiben soll – Wolf-Dieter Hasenclever, Wortführer der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, dagegen glaubt, daß sich die Grünen an politische Kompromisse gewöhnen müssen, um ihre Ziele schrittweise zu verwirklichen.

Dieser Grundsatzstreit, der in den Reihen der Ökologen noch nicht entschieden ist, bestimmt auch die Haltung der Grünen zu den Gewerkschaften. Manche Vertreter der Grünen sehen in den Sozialdemokraten und in den Gewerkschaften langfristige Bündnispartner. Anderen Kreisen bei den Grünen ist die Politik der Sozialdemokraten wie der Gewerkschaften schlicht zu reformistisch, zu kompromißbereit und von zu vielen falschen Rücksichtnahmen eingeengt. Da entsteht schnell der Argwohn, für die Gewerkschaften sei Wachstum und technischer Fortschritt ein Fetisch, wenn es nur darum geht, Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen. Der „grüne Marxist“ Rudolf Bahro bezeichnete gar den DGB schlechthin als ein „Schlachtschiff der Kaputtindustrialisierung“.

Streitpunkte

Auf der anderen Seite lösen die Themen und Themen der Grünen bei den Gewerkschaften ein unterschiedliches Echo aus. Manche Gewerkschafter finden die Vorschläge der Ökologen schlicht konfus. Bei ihnen stößt es auf Unverständnis, wenn die Grünen den Abschied von der Autogesellschaft oder die Abriegelung der deutschen Wirtschaft gegen Import und Exporte, d. h. den Ausstieg aus der internationalen Arbeitsteilung, proklamieren. Bei anderen Einzelgewerkschaften hat grünes Gedankengut mittlerweile hohen Kurswert. Das sind jene, deren Mitglieder von einer ökologisch orientierten Politik keinen Arbeitsplatzverlust zu befürchten hätten, z. B. die Gewerkschaften des Dienstleistungsbereichs.

Bei den deutschen Gewerkschaften gibt es eine erhöhte Wachsamkeit gegen die „zunehmende

Umweltgefährdung“. Dies bedeutet aber nicht, daß die Gewerkschaften wie die Grünen ohne Wenn und Aber gegen eine friedliche Nutzung der Kernenergie sind. Hier liegt vielmehr ein fundamentaler Konflikt zwischen Arbeitnehmervertretern und Umweltschützern. Denn die Gewerkschaften, die Mitglieder vertreten, deren Arbeitsplätze durch den Ausbau der Kernkraft gesichert werden, können den kompromißlosen Atom-Gegnern unter den Grünen keinesfalls entgegenkommen. Zwar erkennen auch immer mehr Gewerkschafter, daß verstärkte Investitionen für den Umweltschutz durchaus auch Arbeitsplätze schaffen können. Doch wenn es gilt, bedrohte Arbeitsplätze zu retten, ist Gewerkschaftern das Hemd oftmals näher als der Rock, will sagen: die Mitgliederinteressen stehen dann höher als allgemeine Bekenntnisse zum Umweltschutz. Am konkreten Fall zeigt sich ein grundsätzlicher Dissens zwischen den Gewerkschaften und den Grünen: es macht einen großen Unterschied, ob man wie die Grünen den Weg der Industriegesellschaft als historischen Irrtum begreift, oder ob man wie die Gewerkschaften an der Industriegesellschaft festhalten will, um sie fortzuentwickeln und zu vermenschlichen.

Die Grünen forderten in dem Papier von Sindelfingen nicht nur eine ökologische Wirtschaft, die sich vom industriellen Wachstum als wirtschaftlichem Leitwert abwendet. Sie wollen den „Stellenwert der Lohnarbeit zurückdrängen“. Arbeit soll nach ihrem Verständnis freie, selbstbestimmte Tätigkeit sowie eine Möglichkeit der Persönlichkeitsentfaltung sein.

Auch viele Arbeitnehmervertreter sind sich bewußt, daß die „Arbeitsgesellschaft“ in eine Krise geraten ist. Sie wissen, daß angesichts von Wachstumsschranken und Wohlstandssättigung Lohn und Lebensstandard nicht mehr die alleinigen Ziele gewerkschaftlicher Politik sein können. Aber die Gewerkschafter sind mehrheitlich noch den Denkmustern von Einkommenssicherung und Leistungslohn verhaftet. Schwer genug fällt es den Gewerkschaften, in ihrer Tarifpolitik Solidarität verstärkt für die Arbeitslosen aufzubringen, um ein Auseinanderfallen der Gesellschaft in eine Klasse von Menschen, die Arbeit besitzen, und in eine Klasse von Menschen, die keine Arbeit haben, zu verhindern. Erst recht stehen viele Gewerkschafter den Grünen und Alternativen kritisch gegenüber, die aus freien Stücken aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung aussteigen wollen.

Die Vorliebe der Grünen für Selbsthilfe, ihr ganzer „selbstverwalteter emanzipatorischer Sozialismus“ (Petra Kelly) stößt bei den Gewerkschaften auf große Skepsis. Sie setzen traditionell auf kollektive Lösungen. Der Staat oder die Gesamtgesellschaft sind nach ihrer Auffassung dazu da, die anstehenden Probleme zu lösen. Dagegen haben die Grünen die Rückkehr zu kleinen, überschaubaren Einheiten, d. h. Dezentralisierung, auf ihre Fahnen geschrieben.

Die Gewerkschaften verstehen sich als „Ordnungsfaktor“ dieser Gesellschaft. Sie bekennen sich zur rechtsstaatlichen Demokratie des Grundgesetzes. Die „basisdemokratische“ Kritik der Grünen an repräsentativer Regierungsweise ruft daher bei den Gewerk-

Internationales Gewerkschafts Handbuch

unter Mitarbeit von über 150 Autoren aus dem In- und Ausland herausgegeben von Siegfried Mielke, Berlin. 1.360 Seiten. Paperb. 96,- DM. Gebunden 148,- DM. Leske + Budrich

schaften Widerspruch hervor. Das Gewaltmonopol des demokratischen Staates und die zentrale Rolle des Parlaments sind für die Gewerkschaften unbestritten. Deshalb markieren grüne Forderungen nach „imperativem Mandat“ und nach einem Mitwirkungsrecht betroffener Minderheiten gegenüber den Mehrheitsentscheidungen demokratisch legitimierter Verfassungsorgane Konfliktpunkte im Verhältnis zwischen Gewerkschaftsvertretern und Ökologen.

Die Grünen lehnen nicht nur die zivile Nutzung der Kernenergie ab, sondern sie kämpfen auch engagiert gegen die atomare Rüstung. Längst sind ökologische Bewegung und Friedensbewegung „vernetzt“. Damit zeichnet sich auf dem Felde der Friedenspolitik eine harte Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften und den Grünen ab. Denn der DGB versteht sich in bewußter Abgrenzung zur „Ökopax“-Bewegung als „größte und älteste Friedensbewegung“. Die in der Friedensbewegung engagierten Grünen rufen zum „gewaltfreien“ Widerstand gegen die Nachrüstungspläne der NATO auf. Ihre Parolen finden in den Reihen einzelner Gewerkschaften durchaus Anklang. Aber der Bundesausschuß des DGB hat die von dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine ventilierte Idee, die Gewerkschaften sollten beim Protest gegen die Rüstungspläne zum Kampfmittel des Generalstreiks greifen, verworfen. Der DGB stellte klar, daß der militärpolitische Streit kein Anlaß für einen politischen Widerstandsstreik der Arbeitnehmer sein könne. Das Widerstandsrecht, wie es im Grundgesetz postuliert und ins Grundsatzprogramm des DGB übernommen wurde, sei ein Gebot zur Verteidigung der Verfassungsordnung gegen je-

den Umsturzversuch; es dürfe nicht mißbraucht werden zur Durchsetzung eines politischen Willens, für den es im Parlament keine Mehrheit gebe.

Von Kooperation zwischen den Gewerkschaften und den Grünen kann bisher nicht die Rede sein. Die Grünen stellen wichtige Fragen, aber sie sind in ihren Antworten weithin noch an der Utopie orientiert. Die Gewerkschaften, die seit hundert Jahren auf der politischen Bühne agieren, stehen unter dem Eindruck ihrer Geschichte und entwickeln erst allmählich eine Antenne für die Herausforderungen der Gegenwart. Die Gewerkschaften wollten mit ihrer Politik stetiges Wachstum sichern, um den Sozialstaat zu verbessern. Heute müssen sie sich damit abfinden, daß Einschränkungen am sozialen Netz nötig sind, solange die Krise der Wachstumsgesellschaft andauert. Der Masse der Menschen werden Opfer aberlangt.

Daß die Lasten der Wirtschaftslaute und der Finanzmisere nicht einseitig auf den Schultern der Schwachen liegen dürfen, darüber gibt es zwischen den Grünen und den Gewerkschaften keinen Zweifel. Hier zeigt sich, daß sich Gewerkschafter und Grüne in ihren Aktivitäten ergänzen könnten. Zwischen der alten sozialen Bewegung der Arbeitnehmer und den neuen sozialen Bewegungen „alternativer“ Gruppen ist eine gesellschaftspolitische Arbeitsteilung vorstellbar. Das mag noch Zukunftsmusik sein, aber es bedarf des Problembewußtseins und der Kreativität der Grünen sowie des Realitätssinnes und der Organisationsmacht der Gewerkschaften, um in Zukunft eine Politik der Reformen zwischen Utopie und Reaktion durchzusetzen.



Bodo Hombach: Aspekte sozialdemokratischer Kulturpolitik in den 80er Jahren Thesen und Konsequenzen für die Wiederbelebung sozialdemokratischer Kulturpolitik

Bodo Hombach, Jahrgang 1952, ist Geschäftsführer des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Vorstandes des Kulturforums der SPD (s. a. seinen Beitrag in NG 6/83).

Die SPD leidet seit längerer Zeit an einem schwerwiegenden Verlust kulturpolitischer Kompetenz. Diese Entwicklung wurde zwar erst in den 70er Jahren deutlich, ihre Ursachen liegen jedoch wesentlich weiter zurück. Sie sind in der Übernahme eines Kulturbegriffs und einer Kulturtradition begründet, die nicht mehr einem eigenständigen, sozialistischen oder sozialdemokratischen Kulturwillen entsprungen waren. Auch dies ist eine Folge der unaufgearbeiteten Geschichte des Nationalsozialismus und der unglückseligen Bedeutung, die die Kulturpolitik für Begründung und Sicherung der nationalsozialistischen Herrschaft hatte.

Die Chance, eine eigene sozialdemokratische Kultur wiederzubeleben und dabei die politischen Erfahrungen mitsamt den kulturellen Traditionen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik aufzuarbeiten und angemessen weiterzuführen – diese Chance wurde von der Sozialdemokratie bereits in den 50er Jahren verpaßt. Ein wertvolles Erbe wurde, möglicherweise sogar bewußt, ausgeschlagen.

Der Verlust eigener politischer Kultur als Voraussetzung orientierungsloser Kulturpolitik

Die Sozialdemokratie akzeptierte das Kulturverständnis der Adenauer-Ära. Voneinander getrennt wurden Alltag und eine nur Eingeweihten zugängliche (esoterische) Kultur. Somit akzeptierte die Sozialdemokratie auch den Vorrang des Marktes vor der Alltagskultur. Von der bildungsbürgerlichen Auf-

„Viele junge Menschen entdecken eine alte politische Praxis ganz neu: Das Emotionale in der Politik, das Gruppenerlebnis, das gemeinsame Singen, die Demonstration, die demonstrativ gegen andere abgrenzende gemeinsame Kultur, die Geborgenheit des Stadtteils, die Politisierung des Alltags, die materielle Entbehrung zugunsten einer Überzeugung und anderes. Die alte Arbeiterbewegung war von diesen ‚Neuentdeckungen‘ wesentlich geprägt. Es sind die Sozialdemokraten, die die Niederlage erlebten, die der Faschismus der Arbeiterbewegung zufügte, die sich schwer tun mit Emotionalität in der Politik. Sie haben erlebt, wie leicht Emotionalität manipulierbar, mißbrauchbar wurde von einer faschistischen Bewegung, die nicht davor zurückschreckte, Elemente einer ‚emotionalen Kultur‘ der Arbeiterbewegung aufzugreifen, zu übersteigern und in ihr brutales Propagandakonzept zu integrieren. Für viele ältere Sozialdemokraten ist das Verlangen nach rationaler, kalkulierbarer Politik gleichzusetzen mit ihrer tiefen, durch persönliche Lebenserfahrung geprägten Sorge, Emotionalität sei gleich Manipulierbarkeit und politische Verführung. Die SPD wird zwischen diesen Erfahrungen und Einstellungen ihren Weg suchen und vermitteln müssen. Sinnvolles Zusammenführen ist auch hier politischer Auftrag.“ (Bodo Hombach/Horst Becker: Die SPD von innen, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1983, S. 34)

fassung der herrschenden Kulturträger konnte sich „moderne“ Kulturpolitik sozialdemokratischer Prägung lediglich dadurch absetzen, daß sie eine öffentliche Kulturverwaltung installierte, über die sich Steuergelder zur Förderung fortschrittlicher Kulturinhalte verteilen ließen. So entwickelte sich die staatliche Subvention für ein Kunstschaffen, das auf dem Markt keine Chance gehabt hätte. Dabei galt als demokratischer Grundsatz der Versuch, die Vielfalt der Kunst zu erhalten und zu pflegen. Dieses progressive Verständnis von Kulturpolitik übertrug den Sozialstaatgedanken auch auf den Kulturbetrieb. Die Steuerungsfunktion des Marktes wurde dabei auf diesem Sektor genauso wenig angetastet wie in der industriellen Produktion. Mängel, die der Markt-Mechanismus aufgrund seiner inneren Gesetzmäßigkeiten – insbesondere Gewinnerwirtschaftung – nicht zufriedenstellend ausgleichen konnte, wurden durch öffentliche finanzielle Zuwendungen an den Kulturbetrieb zumindest so weit neutralisiert, daß bestimmte abgehobene und fortschrittliche Inhalte erprobt

und einigen Interessenten zugänglich gemacht werden konnten.

Die versäumte Aufarbeitung der nationalsozialistischen Kulturpolitik

Die nationalsozialistische Kulturpolitik hatte in zweifacher Hinsicht verheerende Folgen für die kulturpolitische Entwicklung in der Nachkriegszeit. Sie hatte die politische Kultur der Weimarer Republik zum einen (scheinbar) vollendet und sie zum anderen (tatsächlich) vernichtet. Zunächst inszenierten die Nazis nach 1933 kulturpolitisch nichts anderes als eine Nachahmung jener Kultur, die charakteristisch für die Weimarer Republik gewesen war. Dann aber übertrieben und pervertierten sie diese Kultur. Während die Kultur der Weimarer Republik weitgehend von selbständigen Kulturbewegungen getragen war, zerschlugen die Nationalsozialisten diese Autonomie bewußt und nachhaltig. Gleichzeitig wurde die totale „Politisierung“ sämtlicher Lebensbereiche, also auch der Kultur, betrieben.

Das Dilemma der sozialdemokratischen Kulturpolitik nach 1945 dürfte vor allem darin begründet sein, daß sie ihrem Selbstverständnis nach eigentlich auf eine politisierte Kultur angewiesen war und ist, daß jedoch jedes politisierte Verständnis von Kultur nach den Erfahrungen mit der totalen und totalitären Politisierung durch die Nationalsozialisten in Mißkredit geraten war. Das entscheidende Merkmal der NS-Kulturpolitik war jedoch – und darauf kann nicht nachhaltig genug hingewiesen werden – tatsächlich die Gleichschaltung und nicht die Politisierung der Kultur. Verdächtig wird eine politische Kultur nicht durch die Politisierung des Alltags, d. h. die Durchdringung wesentlicher Lebens- und Kulturbereiche mit einem bestimmten Politik- und Gesellschaftsverständnis. Total und totalitär wird Kulturpolitik erst dadurch, daß ein gigantischer Herrschaftsapparat wie der nationalsozialistische der gesamten Bevölkerung eine, *seine* Kultur aufzwingt.

Der Personenkult sollte alle auf einen Führer ausrichten. Politische und gesellschaftliche Ereignisse wurden massenwirksam, pompös mit dem Ziel inszeniert und zelebriert, Realität, Spiel und Politik zu vermischen. Nicht von ungefähr bediente sich der Nationalsozialismus in seinen Anfängen der Elemente eines überdimensionierten, gewaltigen Festspiels. Die Massen sollten auf diese Weise beeinflußt und in einer Euphorie gleichgeschaltet werden. Durchgesetzt und durchgestaltet werden sollte ein deutscher, revolutionärer, nationalsozialistischer Lebensstil. Selbst der Beginn des Zweiten Weltkrieges und seine

propagandistische Darstellung in der Heimat waren als gigantische Inszenierung angelegt.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Elemente dieser Kulturpolitik von den Nationalsozialisten nicht erfunden, sondern kopiert und pervertiert wurden: Stilelemente jener linken Gegenkultur, die aus der historischen Erfahrung der Arbeiterbewegung gewachsen war. Erinnert sei an das Sozialistengesetz und die niedergeschlagene 48er Revolution – eine Zeit, in der politische Betätigung in einer organisierten Partei ebensowenig wie gewerkschaftliche Arbeit möglich waren. Damals gestaltete sich die politische Arbeit der arbeitenden Klasse in Deutschland unter dem Deckmantel kulturpolitischer Vereinigungen, Gesangsvereine, Liedergruppen, Lesezirkel, Bildungsvereine, aber auch Sportvereine, Radfahrergruppen bildeten ein Netzwerk der alltäglichen Kultur und der politischen Arbeit zugleich. Kulturarbeit, Bildungsarbeit, Sport und Alltagsbewältigung waren damit zugleich immer auch Politik, und umgekehrt war Politik auch die Inszenierung dieser Alltagskultur. Nach der Revolution von 1918 wurde an diesen zwangsläufig wie natürlich entstandenen Strang der Arbeiterbewegung angeknüpft. Die Sozialdemokratie als Partei konzentrierte sich nicht auf die Politisierung der Kultur, wenn sie sie auch als Massenbewegung trug. Die KPD aber – mit ihrem revolutionären Pathos attraktiver Adressat der progressiven Intelligenz – sah in der betonten Politisierung der Kultur eine ihrer Hauptaufgaben. Es ist sicher keine historische Übertreibung, wenn man der KPD zugestehet, daß sie zumindest auf diesem Feld eine revolutionäre Vorkämpferrolle sehr wohl zu spielen vermochte. Sie beabsichtigte die Verbindung progressiver Intelligenz und Kulturschaffender mit den proletarischen Massen und verfolgte die Utopie einer proletarischen Gegenkultur.

Betrachten wir das Bauhaus, die bildende Kunst und das Filmschaffen in Deutschland vor 1933, so finden wir, daß die dort tätige Avantgarde einer politischen Kultur sicher noch nicht so weit war, den Lebensstil der proletarischen Massen zu prägen. Aber sie war und bleibt als einzige Kulturbewegung der 30er Jahre stilbildend – bis in die Gegenwart hinein. Und ein nicht unerheblicher Teil, wahrscheinlich die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, erblickte in der Verwirklichung des Sozialismus ein ganz selbstverständliches Ziel. Daß dieser Sozialismus auch seine eigene Kultur haben würde, darüber dürfte Einigkeit bestanden haben.

Die Tatsache, daß sich dann der deutsche Faschismus der Elemente dieser Alternativ-Kultur bediente,

beweist nur, wie tiefgreifende Wirkungen sie bereits ausübte und wie bedeutend sie gewesen sein muß. Mit seiner totalitären Politisierung vernichtete er diese Kultur und eliminierte eine selbständige, gesellschaftliche Kulturbewegung.

Die nicht aufgearbeitete Vergangenheit

Der Sozialdemokratie ist es nach 1945 nicht gelungen, die von den Nazis unterbrochene Tradition einer autonomen politischen Kultur wieder aufzunehmen. Sie hat es wohl gar nicht erst versucht. Die Freidenker-, Arbeitersportler- und Arbeitersängerbewegung wurde nicht mehr neu gegründet; die Arbeiterwohlfahrt wurde von der Partei weitestgehend getrennt – Versäumnis und Folge der „Partei neuen Typs“, die Kurt Schumacher wollte. Die Nachkriegs-SPD ähnelt der Weimarer SPD nur bedingt. Das gesamte, einstmalige riesige (sub-)kulturelle Umfeld der Sozialdemokratie war verloren und wurde nicht wieder neu bestellt. Nicht zuletzt daraus erklärt sich auch der Niedergang der Parteipresse. Der totalitäre Mißbrauch von Kultur in der Herrschaftstechnik des Nationalsozialismus hinderte die Nachkriegs-SPD daran, ihre eigene Kultur-Tradition offensiv und selbstbewußt gegen die Erfahrungen mit der politisch gleichgeschalteten Kultur des Faschismus zu setzen. So siegte der Faschismus noch nach seiner Niederwerfung über die deutsche Arbeiterbewegung. Damit akzeptierte die Sozialdemokratie die Entpolitisierung der Kultur. Das bedeutete aber nicht etwa Politikfreiheit, sondern Aufgabe des politischen Anspruchs an die Kultur. Statt die Gründe für die Anfälligkeit der politischen Kultur gegen die Gleichschaltung der Nationalsozialisten aufzuarbeiten und daraus Konsequenzen für die nachfaschistische Gesellschaft zu ziehen, nahm die Sozialdemokratie eine Reduzierung von Kultur hin. Die Auffassung des wilhelminischen Bürgertums erlebte eine Renaissance, daß nämlich nur Kultur sein kann, was den besonderen „Ausstrahlungscharakter“ des von der Klasse – Mittelstand und aufwärts – anerkannten Kulturschaffens hat, was „den auratischen Charakter eines esoterischen Kulturschaffens trägt“.

Kulturpolitik nach den Gesetzen des Marktes

Be- und verhindert wurde die Wiederbelebung sozialistischer politischer Kultur auch durch außen gesteuerte Veränderungsprozesse in der Nachkriegszeit. Der Wirtschaftsaufschwung integrierte die bundesrepublikanische Ökonomie nach 1953 in den amerikanischen beherrschten Weltmarkt. Damit wurden auch weite Teile des Kulturbetriebs am Marketing eines

an Umsätzen und Profit orientierten Entertainments unterworfen. Was an Kultur nach Deutschland kam, war zumindestens eines nicht, nämlich provinziell. Was über den Markt als Schallplatte oder als Hollywoodstreifen importiert wurde, störte dabei nicht – wie sollte es auch stören, wo doch der Markt für alle Lebensbereiche außerordentlich gut funktionierte. Die sozialdemokratische Kulturpolitik stellte dem nichts entgegen. Sie akzeptierte damit eine Spaltung des Kulturbetriebes in eine an die Oberschicht gebundene Hochkultur und in eine marktgesteuerte Massenkultur, die genau das Gegenteil einer politischen Kultur werden sollte, nämlich entpolitisierter Kulturbetrieb.



Die Sozialdemokratie akzeptierte aber auch als Politikmuster den Sozialstaat, dem die Vorstellung zugrunde liegt, alle gesellschaftlichen Probleme und damit nicht nur die Konflikte der Industriegesellschaft, sondern auch Schöpfung und Erhalt kultureller Werte über den Staat regulieren zu können. Parteipolitik heißt in einem solchen Umfeld dann, Ziele für die Gestaltung dieser staatlichen Aufgabe zu formulieren und im Spiel der parlamentarischen Kräfte Mehrheiten dafür zu gewinnen. Damit ist oder wäre die Sozialdemokratische Partei in die Lage versetzt, Personen zu benennen und in jene Schaltstellen zu delegieren, die neben anderem die Ziele sozialdemokratischer Kulturpolitik verwirklichen. Was sie aber dort verwirklichen können, ist eng an die Grenzen und Möglichkeiten staatlichen Handelns gebunden. Staatliche Verwaltungsbürokratie akzeptiert für staatliches Handeln zunächst einmal den Markt bzw. die Trennung von Markt und Politik. Dabei bedeutet Politik im wesentlichen, die Märkte zu ordnen und – im Denkraster des Sozialstaates – jene Bereiche zu verwalten und zu finanzieren, die der Markt nicht abdecken bzw. sichern kann, die aber doch von gesellschaftlicher, hier von kulturpolitischer Bedeutung

sind – zumindest im Konsens der Betroffenen, entweder der Bürokratie oder sogar breiter Teile der Bevölkerung. Wenn sich sozialdemokratische Kulturpolitik auf dieses Muster einläßt, kann sie nichts anderes sein als ein Versuch, die positiven Elemente des Marktes wirken zu lassen und die Defizite oder Ungleichheiten, die es in der Marktwirtschaft nun einmal gibt, mit öffentlichen Mitteln auszugleichen oder zu beheben. Die Kulturpolitik in den sozialdemokratischen Kommunen seit etwa 1950 entspricht weitgehend dieser Beschreibung. Kulturpolitik war im wesentlichen Subventionierung von Theatern und Orchestern, von schaffenden und darstellenden Künstlern nach einem Mischkalkül aus Renommee der Künstler und vorhandenen Mitteln der Kommune. Der einzige wirkliche Ansatz zu einer kulturpolitischen Indienstnahme des Staates läßt sich für die Sozialdemokratie eigentlich nur auf dem Gebiet der Bildungspolitik feststellen. Dort hat die Sozialdemokratie im Sinne ihres reformerischen Selbstverständnisses versucht, Elemente des Sozialstaats auf das Bildungswesen zu übertragen bzw. reformpädagogische Konzepte im Rahmen des staatlich organisierten Bildungswesens zu verwirklichen. Aber auch hier haben Sozialdemokraten im Grunde keine ihrer Grundeinstellung entsprechende sozialistische oder sozialdemokratische Politik betrieben. Sie haben eigentlich nur ein Übertragungsmuster für objektive, man könnte sogar sagen, technokratische Notwendigkeiten einer sich schnell entwickelnden Arbeitsmarkt- und Marktgesellschaft gesichert.

Die sozialstaatliche Variante der Kulturpolitik im Rahmen der Sozialdemokratie

Die Kulturpolitik, und eben auch die sozialdemokratische nach 1945, begnügte sich in der Regel mit Pflege und Erhalt dessen, was als kultureller Wert aus der wilhelminischen Ära übernommen und akzeptiert worden war. Durch Kulturpolitik wurde gefördert, was als wertvolle, erhebende oder erbauliche Kunst und Kultur galt. Mit Summen zwischen 40 und 120 Mark wurden und werden aus diesem Verständnis heraus Theater- und Opernplätze subventioniert. Die Kulturämter der Städte sehen noch heute ihre Aufgabe darin, Mittel für solche als förderungswürdig anerkannte Objekte, Aufführungen und Inszenierungen zur Verfügung zu stellen, unabhängig davon, welche Partei das Sagen hat. So steuern auch Sozialdemokraten dazu bei, daß erhebliche finanzielle Mittel der öffentlichen Hand für eine Kulturpolitik ausgegeben werden, die stark selektiv ausgerichtet ist, also eigentlich nur die kleine Minderheit eines

entsprechend vorgebildeten bürgerlichen Publikums anspricht, keineswegs aber die große Mehrheit der Arbeitnehmerschaft. Derart vernachlässigt, bleibt der Mehrheit nichts anderes übrig, als ihre Bedürfnisse nach Unterhaltung und Kultur über die kommerziellen Kanäle zu befriedigen. Bedient wird sie mit Dallas und Ohnesorg-Theater; nicht etwa, weil dies irgendeiner politischen Konzeption entspräche, sondern weil ein kulturelles Herrschafts- und Machtgefälle nichts anderes übrig läßt.

Seit Ende der 60er Jahre gibt es eine gegenläufige Tendenz zu dieser kulturellen Zweigleisigkeit. Sie geht von einer Reihe progressiver Kulturpolitiker in der Sozialdemokratie aus (Hermann Glaser, Hilmar Hoffmann u. a.). Ihre Konzeption besteht darin, die sozialstaatliche Förderung von Kultur weniger einseitig zu konzentrieren. Ihr kulturpolitisches Ansinnen ist in der These begründet, daß schlechterdings alles Kultur sei. Alles wird zu Kunst, und jeder ist Künstler. Dieses Bestreben gilt als progressiv, weil es tatsächlich den an das Bildungsbürgertum gebundenen Kulturbetrieb in Frage gestellt hat. Doch wird daraus nicht politische Kultur. Verschoben wurde nur der Stellenwert von Alltag für die Kulturpolitik. Während die politische Kulturbewegung der 20er Jahre die Politisierung des Alltags durch eine Politisierung der Alltagskultur erreichen wollte, erklärt der neue kulturpolitische Leitbegriff den Alltag, so wie er ist, einfach zur Kultur bzw. zur Kunst. Der Anspruch, den Alltag durch politischen Kulturwillen politisch zu gestalten, wird aufgegeben. Zum anderen bleibt auch diese Art fortschrittlicher Kulturpolitik nach wie vor staatliche Kultur. Die Träger des neuen Kulturbegriffs erkennen nämlich die Trennung von kommerzieller Kultur und politisch subventionierter Kultur an. Sie wollen jene Bereiche kulturellen Schaffens fördern, die ohne Verwertbarkeit auf dem Markt nicht existenzfähig wären. Somit bleibt der Kulturpolitiker Bürokrat, wenn auch im Sinne des aufgeklärten Technokraten. Das heißt aber nichts anderes, als daß der Kulturpolitiker die Rolle des Sozialhelfers der schönen Künste übernehmen muß und sie Minderheiten öffentlich machen will.

Zum Stellenwert neuer Kulturbewegungen

Das Entstehen einer eigenständigen Rock-Kultur in den 60er Jahren belegte schon damals überdeutlich, daß der herkömmliche Kulturbetrieb zumindest die Lebensbedürfnisse der nachwachsenden Generation nicht aufzunehmen und schon gar nicht zu befriedigen vermochte. Das Lebensgefühl der Nachkriegsgenerationen wurde im überlieferten Kulturbetrieb

trieb nicht thematisiert. Im Gegenteil: Je stärker sich allein schon durch den Generationenwechsel neue Bedürfnisse artikulierten, um so hermetischer kapselte sich das etablierte kulturelle System gegen neue Strömungen ab. Die Parole aus der Rock-Bewegung: „Trau keinem über 30“, artikuliert die Gegenreaktion. Besonders machte es Udo Lindenberg deutlich, daß nicht nur die Erwachsenenwelt sich abkapselte, sondern auch die neue Bewegung gegen diese Erwachsenenwelt. Mit dem Rock und mit der Rock-Kultur war es einem Großteil der nachwachsenden Generation zum ersten Mal gelungen, eine eigene Welt aufzubauen, für die und in der die Älteren keine Kompetenz mehr besaßen. Dieses Phänomen gegenseitiger Abkapselung eint auch den studentischen Protest mit der Rock-Bewegung. Denn an den Universitäten hatte der Unmut darüber, von der gesicherten Teilhabe völlig ausgeschlossen und an der Integration gehindert zu sein, die Massenbasis der Studentenbewegung geschaffen.

Rock-Kultur und Protest-Bewegung der 60er Jahre machen auch deutlich, in welchem Dilemma sich der organisierte Kulturbetrieb befand. Ein breites, stark artikulationsfähiges, im übernommenen System aber unbefriedigtes Bedürfnis kultureller Selbstverwirklichung lieferte die Voraussetzung dafür, diesen ganzen Bereich in gigantischer Weise zu kommerzialisieren. Diese Kommerzialisierung dominiert den Kulturbetrieb heute weitgehend. Nur der Markt, nur das kommerzielle System war in den 60er und 70er Jahren in der Lage, eine stabile und organisierte Befriedigung bis dahin unbefriedigter kultureller Bedürfnisse zu garantieren. Weil eine politische Kultur fehlte, die dieses Lebensgefühl mit seiner kulturellen Gestaltungsbereitschaft hätte aufgreifen können, erfaßte eben der Markt als flexibles System der Bedürfnisbefriedigung auch den Kulturbereich so tiefgreifend. Der Grad der totalen Kommerzialisierung der Musikkultur läßt sich allein daran ablesen, daß die einschlägige Industrie an 17. Stelle der umsatzstärksten Branchen in der Bundesrepublik steht. Der Ausbruch aus der eingefahrenen Kultur schien zunächst ernst gemeint. Äußere Zeichen (lange Haare, Punk-Mode etc.) deuteten auf Rigorismus. Dieser Ausbruch jedoch öffnete letztlich expansionsfähige Märkte, wurde eingefangen, schnell vom Markt in Besitz genommen und „passend gemacht“. Es hielt sich, vom Markt recht unbeschadet, eine linksintellektuelle „(Suhrkamp-)Kultur“. Sie war aufgrund ihres Selbstverständnisses und des engen Absatzmarktes eben nur bedingt kommerzialisierbar.

Wie weit diese These stimmig ist, kann man im

übrigen daraus ersehen, daß in der außerparlamentarischen Opposition der Studentenbewegung und der Protestbewegung der späten 60er Jahre die Kommerzialisierung weitgehend unterbunden werden konnte. Zumindest in der politischen Protestbewegung wurden Schritte unternommen, die aus der allgemeinen Aufbruchseuphorie zur politischen Gestaltung von Lebensgefühl und Kulturwillen führten. In wichtigen Bereichen der alternativen Kulturbewegung ist es Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre gelungen, aus der Opposition in Form und Stil tatsächlich neue Kulturwerte zu machen. Was in vielen Städten an Zentren alternativer Kulturbewegung entstanden ist, ob Jugendhäuser oder Kommunikationszentren, beweist, daß es der alternativen Kulturbewegung gelungen ist, Formen und Institutionen eines völlig neuen, weder kommerziellen noch bürokratisch verwalteten Kulturwillens zu finden. Das alles steht zwar in Opposition, nicht jedoch im scharfen Kontrast zur kommerziellen Kultur, und die Grenzen zwischen alternativer Kulturbewegung und kommerzieller Kultur sind fließend. Denn wenn die Institutionalisierung einer alternativen Kulturbewegung tatsächlich ein eigenständiger Weg zur Integration sein soll, dann muß es ja auch oder gerade die Integration in das kommerzielle System zur Folge und zur Voraussetzung haben.

Gespeist wird die alternative Kulturbewegung aus dem Bedürfnis, das Leben weitgehend selbst zu gestalten und einen Lebenssinn über den Konsum hinaus zu finden. Das Erstaunliche ist, daß sich diese Bedürfnisse, gerade weil sie im etablierten kulturellen System nicht artikuliert und befriedigt werden konnten, in eigenen Formen und eigenen Institutionen manifestieren konnten. Die alternative Kulturbewegung hat nicht nur Fragen gestellt, sondern auch eigene Antworten geliefert, nicht nur Modelle zur Bewältigung von Mißständen gefordert, sondern eigene Konzepte erprobt. Das ist eine bedeutende Leistung.

Die Kulturpolitiker der Sozialdemokratie haben mit der Entstehung und Entwicklung dieser kulturellen Bewegung kaum etwas zu tun. Sie haben aber, ihrem progressiven Verständnis von Kulturpolitik folgend, diese Gegenkultur durch Vergabe von Mitteln überall dort, wo es möglich war, gefördert und ihren Institutionalisierungsprozeß unterstützt. Dabei setzten sie allerdings nur fort, was das Handlungsmuster einer technokratisch-sozialstaatlichen Kulturverwaltung vorgab: die möglichst pluralistische Subvention alles dessen, was sich auf dem kulturellen Sektor bewegt. Die Sozialdemokratie als Partei hat dabei nie

Zugang zu dieser Bewegung oder Einfluß auf sie gewinnen können. Für die Sozialdemokratie, die keine bloße Staatspartei, sondern auch eine Bewegung mit politischer Kulturtradition ist, kann es daher nicht ausreichen, daß ihre politischen Repräsentanten eine zwar progressive, insgesamt aber technokratische Kulturpolitik betreiben, die selbst nur Transmissionsriemen einer sozialstaatlichen Kulturpolitik ist. Gerade das Entstehen neuer Kulturbewegungen läßt spüren, wie verhängnisvoll es ist, daß die Sozialdemokratie ihre eigenen Kulturtraditionen und ihren eigenen Kulturwillen nur noch auf die Bildungspolitik eingeengt, ansonsten aber verloren hat. Die schier unüberbrückbare Kluft zwischen den Kulturen der Erwachsenenwelt und der jungen Generation wird von der Alternativbewegung schon zu einer Art Klassegegensatz zwischen alten und neuen *sozialen* Bewegungen hochstilisiert. Diese Kluft ist am Ende aber womöglich allein dadurch zu erklären, daß die soziale Bewegung, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie es versäumt haben, selbst Träger einer autonomen Kulturbewegung zu sein.

Krise des Sozialstaates und Krise der Kulturpolitik

In den frühen 70er Jahren schien eine Arbeitsteilung zwischen der Sozialstaatspartei SPD und den neuen Kulturbewegungen noch wenigstens denkbar. Sozialdemokratische Kulturpolitik hielt Mittel und Institutionen vor, richtete Kulturzentren ein und garantierte deren Autonomie, baute Universitäten aus und setzte deren Mitbestimmungsverfassung durch. Die neuen Bewegungen gestalteten ihr autonomes Leben innerhalb der vorgegebenen Institutionen und Handlungsräume. Mitbestimmung im Kulturbetrieb fand jedoch auch bei der „Linksschickeria“ selten Freunde. Es ist unvergessen, wie sehr sich beispielsweise „Die Zeit“ darüber empörte, daß in Hamburg theoretisch sogar Putzfrauen des Museums bei der Anschaffung von Gemälden mitbestimmen dürften.

Gleichwohl: Die Zweiteilung einer Gesellschaft in unterschiedliche Kulturen mit verschiedenen Grundwerten, dabei aber ein Vorrat an gemeinsamen politischen und sozialen Überzeugungen von traditioneller Sozialdemokratie und neuen Bewegungen schien ein denkbare Lösungsmodell zu sein, ein Lösungsmodell zumindest, das dem aufgeschlossenen Verständnis sozialstaatlicher Technokratie entsprach.

Diese Blühträume sind ausgeträumt. Die entscheidende politische und soziale Voraussetzung für dieses Modell ist entfallen, nämlich der funktions- und expansionsfähige Sozialstaat. Mitte der 70er Jahre geriet der Sozialstaat in eine schwere Krise. Ein

längst überwunden geglaubtes Problem wurde mit der immer breiter werdenden Vollbeschäftigungslücke wieder aktuell und akut. Der Beginn der 80er Jahre markiert das vorläufige Ende der Sozialstaatspolitik, zumindest aber das sichere Ende jeglicher Politik, die auf einen weiteren Ausbau des Sozialstaates setzt. Das hat für die progressive Kulturpolitik besonders verheerende Folgen, denn die öffentlichen Mittel für den Kulturbetrieb fallen als erste dem Versuch zum Opfer, durch Zusammenstreichen staatlicher Förderungsmittel sozialstaatliche Modelle zu festigen oder noch zu retten. Gerade der progressiven Kulturverwaltung aber werden damit die materiellen Grundlagen ihres politischen Handelns entzogen.

Für die Sozialdemokratie hat das fatale Konsequenzen. Nachdem sie es versäumt hat, als Partei und Bewegung selbst zumindest Bestandteil neuer kultureller Strömungen zu sein, nachdem sie sich durchweg auf sozialstaatliche Formen der Kulturarbeit eingelassen hatte, steht sie in der Krise des Sozialstaates ohne kulturpolitische Konzeption da. Sie hat ihre kulturpolitische Kompetenz tatsächlich verloren. Und da Kulturpolitik ganz wesentlich immer kommunale Politik ist, nimmt es nicht Wunder, daß die Sozialdemokratie gerade auf der kommunalen Ebene besonders deutlich das Ausmaß ihres Verlustes an kulturpolitischer Kompetenz spürt. In sozialdemokratischen Ratsfraktionen waren und sind die Kulturausschußmitglieder selten „tonangebend“. Das Dilemma der sozialdemokratischen Kommunalpolitik ist ohne Frage ganz wesentlich auch ein Dilemma sozialdemokratischer Kulturpolitik. Denn die Kulturpolitik ist jener Bereich kommunaler Politik, der noch am ehesten politischen Gestaltungswillen in Freiräumen vor Ort zuläßt, während alles andere weitgehend an die von Bund und Land vorgegebenen Rahmenbedingungen gebunden ist. Folglich: Wer Kompetenz und Gestaltungswillen im kulturpolitischen Bereich verliert, der hat ein wesentliches Stück kommunalpolitischer Kompetenz verloren.

Wir müssen uns diesen Sachverhalt in aller Deutlichkeit bewußt machen. Dann kann die Krise des Sozialstaates sogar einen positiven Prozeß der Selbstbesinnung auslösen. Die Sozialdemokratie könnte als soziale Bewegung durch den Rückgriff auf ihre eigene Tradition zu einer politischen Kultur zurückfinden.

Ansatzpunkte einer kulturpolitischen Rückbesinnung

Der Zerfall des Sozialstaatsmodells und der daran orientierten Politik, der Zerfall einer an wirtschaftliches Wachstum gekoppelten Gesellschaftspolitik so-

Frische ist unser Geschäft



Alle Tage wieder Frisch-Qualität
zum vernünftigen Preis.

Das ist co op.
Der tägliche
Wochenmarkt
gleich in Ihrer
Nachbarschaft.



wie der Zusammenbruch technokratischer Politikmodelle in Kultur und Verwaltung waren in der langanhaltenden Strukturkrise der späten 70er und der 80er Jahre so tiefgreifend, daß es noch lange dauern wird, bis die sozialdemokratische Bewegung das volle Ausmaß dieser Vorgänge reflektiert haben dürfte. Die Lage ist so schlecht wie wohl selten zuvor in der Geschichte der Sozialdemokratie. Noch nie, nicht einmal bei der Machtergreifung des deutschen Faschismus, war der Machtverlust der SPD so deutlich mit einem tiefgreifenden Kompetenzverlust gekoppelt. Für die bundesrepublikanische Geschichte dürfte sich verheerend auswirken, daß die Sozialdemokratie nicht nur in der Bundes- und Landespolitik, sondern vor allen Dingen auf der kommunalen Ebene vor einer kulturpolitischen Katastrophe steht. Der vielbeschworene Neubeginn sozialdemokratischer Politik für die 80er und 90er Jahre, der von den Kommunen ausgehen soll, kann nur gelingen, wenn die Sozialdemokratie als Bewegung kulturelle Kompetenz zurückgewinnt.

In den 50er Jahren, so haben wir gesehen, hat die Sozialdemokratie es versäumt, eine angemessene Aufarbeitung ihrer kulturpolitischen Tradition bis 1945 zu leisten. Sie kann also nicht einfach zurückgreifen auf ihre Tradition und dort ansetzen, wo ihre erfolgreiche Kulturpolitik geendet hat. Aber eines kann sie aus der Geschichte, insbesondere aus der Geschichte der letzten 10 Jahre heraus lernen: die Kulturpolitik, so wie sie in den letzten 20 Jahren von der Sozialdemokratie betrieben und mitbetrieben worden ist, kann so nicht weitergeführt werden. Zu dieser Einsicht müssen wir schon aufgrund der tiefgreifenden Krise des Sozialstaates kommen – wie immer wir auch vorher zu den Inhalten der Kulturpolitik gestanden haben mögen. Nicht technokratische Modelle für eine Kulturverwaltung sind das Ziel der Sozialdemokratie, sondern eine erneuerte Politisierung der Kultur. Eine politisierte Kultur aber – und darum bedarf es der Aufarbeitung der Erfahrungen aus der Weimarer Republik – braucht eine Basis, eine Klasse, eine Sozialschicht, eine Bewegung. Ein entscheidendes Defizit der proletarischen Kulturpolitik in der Weimarer Republik lag ja gerade darin, daß sie im wesentlichen eine Avantgarde-Kultur, also die Kultur einer kleinen Schicht hervorbrachte, gefördert von intellektuellen Berufspolitikern. Diese Kultur und Kulturpolitik bezog sich nur theoretisch verbal auf das „revolutionäre Proletariat“. Stärker als die SPD trifft diese Kritik die links von ihr agierenden, parteilich gebundenen oder ungebundenen Kulturvereinigungen. Die sozialdemokratische Arbeiter-

sängerbewegung hatte sehr wohl ihren Platz im Alltagsleben der proletarischen Familien. Jedoch die Kulturstile des Bauhauses beispielsweise, obwohl durch Massenkultur für proletarischen Lebensstil gedacht, gerieten nicht zufällig zum Luxusdesign gehobener Mittelschichten. Doch es gab, wie gesagt, auf der anderen Seite und gerade in der Sozialdemokratie jene breite massenhafte Vorfeldkultur, die getragen war von der Masse der Arbeiter und Angestellten in den großen Industriezentren. Diese Arbeiter verstanden sich als Träger der proletarischen Kultur, teilweise sogar mit einem vorkämpferischen Anspruch.

Für eine von der Sozialdemokratie anzustrebende politische Kultur, auch oder gerade in den 80er und 90er Jahren, stellt sich allerdings die Frage, wo die soziale, die Klassenbasis für diese Art von Politisierung denn heute zu finden sei. Nach Godesberg kann der Bezugspunkt sozialdemokratischer Politik nicht mehr ein wie auch immer geartetes Proletariat sein. Adressaten und soziale Basis sind jenseits einer eng bestimmten Klassentheorie zu suchen. Daraus aber ergibt sich noch mehr die Notwendigkeit, die soziale Basis einer solchen Politik zu definieren.

Die soziale Basis für eine politische Kultur der 80er und 90er Jahre können nur die Betroffenen selber sein, also jene breiten sozialen Schichten, denen der Zugang zum kommerziellen wie zum bürokratischen Kulturbetrieb erschwert oder versperrt ist; jene, die durch ihre Arbeit an kultureller Betätigung gehindert sind und die in ihrer Freizeit nur wenig Formen und Handlungsmöglichkeiten finden, um ihre kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Menschen bilden die Basis einer neuen Politisierung. Das heißt: Die große Mehrheit der lohnabhängig beschäftigten Menschen sind die Basis für eine politisierte Kultur. An sie muß man sich wenden, an ihren Kulturbedürfnissen muß man sich orientieren. Politische Kultur, selbstorganisiert, getragen von der sozialdemokratischen Bewegung, zum solidarischen Handeln weiterentwickelt – welchen politischen Zielen, welchen Vorstellungen von einer solidarischen Kulturpolitik ist sie verpflichtet? Für Sozialdemokraten ist ein politischer Auftrag, Aufklärung und Bildung in einem demokratischen Prozeß gemeinsam mit den Betroffenen human, aufklärerisch und freiwillig zu gestalten. Die Ziele eines solchen Prozesses müssen sich politisch-demokratisch legitimieren. Hier fünf Beispiele:

1. Der Ansatzpunkt jeder weiterführenden Kulturpolitik muß die kulturelle Selbsthilfe sein, d. h. Selbstorganisation, unabhängig von staatlicher oder privat-

wirtschaftlicher Förderung. Das ordnungspolitische Konzept einer solchen Selbsthilfe kann die Genossenschaft sein.

2. Kulturelle Selbsthilfe und Selbstorganisation müssen dem Prinzip der Solidarität gehorchen. Unter Solidarität ist nicht nur die anfangs sicher notwendige (auch finanzielle) solidarische Unterstützung durch die Gesellschaft zu verstehen, sondern vorrangig das Prinzip, die erarbeiteten Möglichkeiten und Chancen an andere weiterzugeben. Das Erreichte soll der Tendenz nach für alle zugänglich sein. Solidarität bedeutet aber darüber hinaus, daß ein politisches Motiv formuliert wird. Autonome Kulturpolitik muß das Prinzip der Solidarität selbst zum Inhalt haben, z. B. die Solidarität der Geschlechter, die Solidarität mit den Schwachen in unserer Gesellschaft, die Solidarität mit den Völkern der Welt, insbesondere mit den unterdrückten und ausgebeuteten.

3. Über die so beschriebene Solidarität hinaus muß die Ökologie ein weiterer Fixpunkt der politischen Orientierung werden. So wie das Nord-Süd-Gefälle Ergebnis eines imperialistischen Wachstums des Weltmarktes ist, so ist die ökologische Krise die unmittelbare Konsequenz industriellen Wachstums und der darauf beruhenden Zivilisation. Ökologie als politischer Inhalt einer autonomen Kulturpolitik bietet die Chance, aus der von uns Menschen verschuldeten Krise der Natur herauszufinden, im Denken wie in unserer Praxis.

4. Man kann die ökologische Orientierung unter das Motto „Frieden mit der Natur“ stellen. Damit wäre sie dann Bestandteil einer viel umfassenderen politischen Grundorientierung autonomer Kulturpolitik, nämlich die Orientierung auf den Frieden. Kernpunkt einer autonomen Kulturpolitik muß folglich das intellektuelle und praktische Engagement für den Frieden sein.

5. Die gesellschaftliche Entwicklung in Europa ist die Entwicklung einer städtischen (urbanen) Zivilisation. Kulturpolitik war und ist immer urbane Politik, im wesentlichen also kommunale, d. h. auf die Stadt bezogene Politik. Eine autonome Kulturpolitik muß sich somit zum Ziel setzen, urbanes Leben nicht nur zu verwirklichen, sondern zu verteidigen. Denn die urbane Kultur selbst wurde mit der Krise des Sozialstaates und mit der dritten industriellen Revolution in eine schwere Existenzkrise gestürzt. Die dritte industrielle Revolution und die daraus folgenden Konsequenzen für das gesellschaftliche Zusammenleben werden Auswirkungen auf die in 100 Jahren gewachsenen Strukturen der vom Kapitalismus geformten Großstädte haben. Was eine Krise des urbanen

Lebenszusammenhangs von Großstädten im Kapitalismus anrichten kann, ist in den Slums der USA zur Genüge zu studieren. Deshalb muß sich autonome Kulturpolitik an der Wirklichkeit unserer Städte orientieren, im kulturellen wie im politischen Sinne.

Die Sozialdemokratie als Bewegung steht also vor einer großen Aufgabe. Sollte sie diese Herausforderung bewältigen, dann hat sie ihre historische Chance begriffen. Dann hat sie den Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft des Sozialstaates in eine Gesellschaft des teilweise neu bestimmten demokratischen Sozialismus entscheidend gewiesen und be-



wältigt. Eine solche Sozialdemokratie hätte in der Tat einen legitimen Anspruch auf politische Führung in unserem Lande. Das heißt also auch, daß die neue Kulturpolitik der Sozialdemokratie eingebettet sein muß in ein größeres Konzept von Gesellschafts- und neuer Sozialpolitik, beide verpflichtet den Prinzipien der autonomen Selbstorganisation wie den Forderungen einer sozialistischen Politik im wertorientierten Sinne. Keine andere Bewegung als die Sozialdemokratie ist in der Lage, einen derart gewaltigen Entwicklungsprozeß einzuleiten und zu moderieren.

Denn anders als die vielen im alternativen Milieu angesiedelten Känder einer autonomen Kulturpolitik kann die Sozialdemokratie nur auf eine Tradition autonomer Kulturpolitik und immer noch auf Reste autonomer Arbeiterkultur zurückgreifen. Diese Reste sind manchmal zwar schwer erkenntlich, zweifellos auch schwer geschädigt, sie können jedoch vielfältig instandgesetzt werden. Die Sozialdemokratie muß sich dafür nur der Existenz noch vorhandener Vorfeldorganisationen bewußt werden. Sie muß die heute meist von älteren Genossen gehaltenen Organisationsstränge wiederbeleben und deren Stellenwert bei einer Neuorientierung stärker gewichten. Die Sozialdemokratie kann ferner die Tradition genossenschaftlichen Wohnens, Arbeitens und Kulturschaffens aus der Zeit der wilhelminischen Ära und der Weimarer Republik wieder aufgreifen, und sie kann bewußt dort anknüpfen, wo diese Tradition 1933 abgebrochen ist.

Dies ist natürlich lediglich der Anfang auf dem Weg zu einer politischen Kultur. Denn die neue politische Kultur kann nicht einfach da anfangen, wo wir vor 50 Jahren aufgehört haben. Die Welt ist nicht die gleiche. Auch die soziale Zusammensetzung der Sozialdemokratischen Partei hat sich geändert. Rückbesinnung auf die Tradition als Ansporn, Anregung und Lehrstück, kombiniert mit Einfallsreichtum und ernsthaftem Einsatz, kann aber überraschend schnell und wirksame Erfolge zeigen. Noch haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Chance und wohl auch die Fähigkeit, anzuknüpfen an eine solidarische Genossenschaftspolitik aus der Weimarer Zeit. In dieses Umfeld genossenschaftlicher Politik bei Arbeiten und Wohnen wäre autonome Kultur einzubeziehen. Das erfordert aber, ein umfassendes Verständnis politischer Kultur zu entwickeln, also bewußt das Leben breiter Bevölkerungsschichten im Sinne der obengenannten Zentralforderungen zu politisieren. Nicht mit der Naivität der 68er Studenten, sondern mit der Lebens- und Alltagserfahrung von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern.

An die Stelle einer universellen Einheitskultur muß die Sozialdemokratie bewußt eine sozialistische Kultur mit den oben angegebenen politischen Leitlinien setzen. Wenn sie dieses Ziel anstrebt, wird sie darüber hinaus nicht umhin kommen, die Lebenswelten selbst zu politisieren. Gerade weil wir keine ausschließlich proletarische Kultur mehr formulieren können, da inzwischen vielfältige Ansätze neuer sozialer Bewegungen unverkennbar sind, gerade deshalb können wir auch nicht mehr allein die Lebenswelt breitester Arbeitnehmerschichten politisieren.

Folglich muß die Politisierung gerade das vielfältige Nebeneinander von Lebenswelten fördern, und zwar im Sinne des solidarischen Prinzips gegenseitiger Achtung und Toleranz. Die Kraft und Überlegenheit politischer Kultur kann nur aus dem erfolgreichen und zur Nachahmung anregenden Beispiel wachsen.

Was in der Vergangenheit mit solchen Ansätzen schon geschaffen wurde, muß jetzt verbreitert und vor allem lebensnah gestaltet werden. Die beiden großen Kirchen haben es vermocht, selbst älteste Traditionen so neu zu beleben, daß ihre kulturelle Selbstdarstellung ansprechend und für große Teile auch der Jugend wieder attraktiv wurde. Es wird nicht ausreichen, Arbeitersportvereine, Arbeitersinggruppen und Arbeitertierzuchtvereine zu reaktivieren, die Arbeiterwohlfahrt zu neuem Leben zu erwecken, am genossenschaftlichen Wohnen wieder anzuknüpfen. Völlig neue Kulturtechniken, neue Medien und neue Formen gesellschaftlicher Kommunikation sind entstanden. Die neuen Medien aber bieten eine technologisch bislang nie dagewesene Chance für eine intensive solidarische Kommunikation. Genossenschaftliche Modelle in einer autonomen Kultur sind also auch auf die vielfältigen neuen Formen von Kommunikation und Interaktion zu übertragen. Radio, Fernsehen, Film, Fotografie, Computer und die anderen Kommunikationstechnologien warten geradezu auf eine neue soziale Ordnung. Sie können durchaus dem Kulturwillen des demokratischen Sozialismus nutzbar gemacht werden. Zwar gilt weiterhin: Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch zu verantworten. Aber die Techniker können sehr viel mehr als wir ihnen abfordern. Sie brauchen dafür jedoch politische Aufträge und Leitung.

Die Sozialdemokratie als Bewegung wartet ihrerseits auf solche Initiativen. Das zeigt der gerade nach dem Machtverlust in Bonn so deutlich erlebte Effekt der Solidarisierung innerhalb von SPD und Gewerkschaften. Darum muß es das vordringliche Ziel einer Neubestimmung sozialdemokratischer Kulturpolitik sein, die Betroffenen zu aktivieren.

Dabei kann man sich nicht auf Appelle zur Aktivierung innerhalb der Parteibürokratie von oben nach unten beschränken. Vielmehr muß sich auch der Parteiapparat in diesem Sinne unabhängig machen, selbst aktivieren. Bedenkt man außerdem, welchen Zuspruch Einladungen zur Selbstdarstellung von Eigeninitiativen und Aktivitäten der Parteiorganisation auf Parteitag oder Veranstaltungen wie dem Nordrhein-Westfalen-Tag gefunden haben, dann wird deutlich, wie groß das Engagement der Betroffenen ist und wie leicht es sich aktivieren läßt. Das

legt die Vermutung nahe, daß eine organisierte verbindliche Zusammenfassung und Anregung von Betroffenenaktivitäten noch deutlichere und nachhaltigere Erfolge haben kann. Die Aufgabe der organisierten Bewegung dabei muß es sein, selbst eine Fülle von Verbindungen zwischen Betroffenen und Kulturschaffenden, zwischen Betroffenen und Wissen-

schaftlern, zwischen Betroffenen und schon inzwischen erfolgreichen Initiativen usw. herauszustellen. Würde die Partei einen erheblichen Teil ihrer finanziellen, intellektuellen und administrativen Mittel dafür einsetzen, bräuhete man am Erfolg sozialdemokratischer Politik in den 80er Jahren nicht zu zweifeln.

Peter Sonnet: DDR und faschistische Machtergreifung

Der Politologe Peter Sonnet, M. A., Jahrgang 1956, ist Stipendiat der Ernst Strassmann-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung und Freier Mitarbeiter des NDR Hannover; s. a. seine Beiträge in NG 8/78, 4/79 und 12/80.

Anläßlich des 50. Jahrestags des Beginns der NS-Herrschaft hat Vergangenheitsbewältigung wieder Hochkonjunktur, die Auslagen in den Buchläden verdeutlichen es jedem. In der DDR, die heuer Marx und Luther gebührend zu feiern und in ihre Traditionslinie zu integrieren hat, blieb die historische Besinnung am 30. Januar, trotz mancher Rundfunk- und Fernsehsendung, recht bescheiden; man weiß ja ohnehin, wer die Verantwortung für das nach 1933 Geschehene zu tragen hat.

Auf die Verknüpfung von Kapitalismus und Faschismus wird in der DDR unablässig hingewiesen, die Gefahr einer neuerlichen faschistischen Machtergreifung in Westdeutschland wird in fast jeder offiziellen Verlautbarung zum Thema beschworen.

Ausgerechnet mit militärischem Zeremoniell wurde in diesem Jahr am Ostberliner Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus der nationalsozialistischen Machtübernahme gedacht, die DDR als „Sieger der Geschichte“ (so Armeegeneral Heinz Hoffmann) gefeiert. Die Ironie der Situation versucht man mit dem Hinweis zu überdecken, das antifaschistische Erbe der DDR müsse, wenn nötig, militärisch verteidigt werden gegen die Feinde des Sozialismus, gegen Neofaschisten und Imperialisten.

Daß beide Staaten die „Erblast“ des Nationalsozialismus zu tragen haben, sahen die Politiker in Ost und West nach 1945 rasch ein. Um den damit einhergehenden Gesichtungsverlust zu überwinden, paßten

sich beide deutsche Staaten mit Eifer der Politik der jeweiligen Schutzmacht an, das Aufarbeiten der eigenen Vergangenheit wurde ersetzt durch den vehementen Einsatz für aktuelle wirtschafts- und außenpolitische Ziele. Neue Fronten wurden geschaffen: im Westen subsumierte man Antifaschismus und Antikommunismus unter dem Begriff des Antitotalitarismus; die SED schob den schwarzen Peter den Bundesdeutschen zu, deren ökonomisches und politisches System zugleich Faschismus und Imperialismus begünstige und zum Vorteil des Sozialismus bekämpft werden müsse.

Heimstatt der Antifaschisten

In diesem Sinne wird auch die Zeit zwischen 1933 und 1945, ausgehend vom groben Schema des Gut und Böse, der Faschisten und Antifaschisten, beleuchtet, wobei letztere allein in der DDR eine neue Heimstatt gefunden hätten. Dies stellte, neben vielen anderen, Karl Eduard von Schnitzler mit dem ihm eigenen Nachdruck Ende Januar fest, in einer Fernsehsendung mit dem vielversprechenden Titel „Was war Faschismus wirklich?“. Darüber hinaus warf er westlichen Politikern und Historikern vor, die „wahren Schuldigen“ zu verschweigen, wissentlich Ursachen und Wirkungen zu verwechseln. Ähnlich hart ging schon im Dezember letzten Jahres Politbüromitglied Kurt Hager mit bundesdeutschen Historikern ins Gericht, als er postulierte: „Die dominierende Strömung der imperialistischen Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik Deutschland sucht die historische Wahrheit mit allen Mitteln zu verdunkeln [...], damit nur ja nicht sichtbar werde, daß das Monopolkapital den Faschismus hervorgebracht und an die Macht lanciert hat. [...] Verleumdungen über Verleumdungen werden erfunden – übrigens auch von sozialdemokratischen Historikern –, um in krassem Gegensatz zur geschichtlichen Wahrheit den Kommunisten die Schuld für die Zerstörung der bürgerlichen Demokratie in die Schuhe zu schieben, wieder mit dem

Zweck, die tatsächlichen Zerstörer der Demokratie und jene, die sie gewähren ließen, reinzuwaschen“ (K. Hager: Geschichte und Gegenwart, in: Einheit 2/83, S. 166).

Vergangenheitsbewältigung, wie sie hierzulande mit wechselndem Erfolg betrieben wird, scheint für die SED kein Thema zu sein, da mit den historischen Belastungen, sprich den alten herrschenden Schichten, nach 1945 kurzer Prozeß gemacht wurde und mit sowjetischer Hilfe der sozialistische Staat installiert werden konnte. Nach etwaiger Kontinuität bestimmter Verhaltensweisen, historischer Erfahrungen und politischer Einstellungen jedoch wird weder seitens der offiziellen DDR-Historiographie noch seitens der SED gefragt.

Die Ideologie der „Stunde Null“ wird hüben wie drüben gepflegt, die politischen, sozialen und sozialpsychologischen Nachwirkungen historischer Ereignisse bis in die Gegenwart hinein werden nicht problematisiert; ohnehin nutzte die ostdeutsche Geschichtswissenschaft fast ihre ganze Kraft zur Erforschung der Fortschritte des sozialistischen Aufbaus nach 1945.

Obrigkeitsstaatliches Denken der DDR-Bürger bleibt für die DDR-Gesellschaftswissenschaften ebenso ein Tabu wie die frühere NSDAP-Mitgliedschaft jetziger SED-Politiker. Auch die Zerstörung der ehemaligen Reichskanzlei im Ostteil Berlins nützt wenig, wenn heute noch die Bereitschaft zur gewaltsamen Konfliktlösung proklamiert, Ausländerfeindlichkeit und Untertanengeist auch im sozialistischen Staat geduldet werden.

Aufgaben der Geschichtswissenschaft

Den Blick gen Westen gerichtet, warnend vor der akuten Gefahr des Faschismus der 80er Jahre, malt die SED ihr historisch verbrämtes Feindbild aus. Der stellvertretende Abteilungsleiter am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED schreibt in diesem Zusammenhang: „Der Untergang der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Republik und die Errichtung der faschistischen Hitlerdiktatur belegen nachdrücklich den antinationalen und antidemokratischen, menschenfeindlichen und friedensgefährdenden Charakter des Imperialismus, mahnen eindringlich vor der Gefahr, die dem werktätigen Volk dann erwächst, wenn das Monopolkapital die entscheidenden Machtpositionen in Staat und Gesellschaft innehat und sie für seine reaktionäre, aggressive Politik einzusetzen vermag“. Walter Wimmer, Die KPD an der Spitze des Kampfes gegen den Faschismus, in: Einheit 1/83, S. 87).

Grundlage dieser Sichtweise ist die politökonomische These, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus den Faschismus ermöglicht, ja systematisch gefördert habe. Diese These, mit all ihren Folgen für die praktische Politik, ist auch Grundlage der Geschichtswissenschaft, soll sie bei ihrem Bemühen um Erkenntnis leiten und entsprechende Forschungsergebnisse garantieren, deren Formulierung sich ihrerseits an der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften zu orientieren hat.

Seit dem VII. Parteitag der SED im Jahre 1967 wurde der Geschichtswissenschaft eine hervorragende Rolle innerhalb der Gesellschaftswissenschaften beigemessen; allein sie könne umfassend das sozialistische Geschichtsbewußtsein bilden, durch welches Staatsbewußtsein erst fundiert werde. Apodiktisch stellte der damalige Präsident der DDR-Historikergesellschaft, Joachim Streisand, fest: „Das erste und konzeptionelle Element des sozialistischen Geschichtsbildes ist die Erkenntnis, daß die progressive Klassenlinie in der deutschen Geschichte, die vor allem in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ihren Ausdruck findet, mit der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik ihren Höhepunkt erreicht hat“ (Streisand: Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 1/2, 1969, S. 33).

Die zahlreichen historischen Untersuchungen zur Regierungsübernahme Hitlers, die in letzter Zeit entstanden sind, sollen in diesem theoretischen Rahmen belegen, daß die KPD am wirksamsten gegen den Faschismus kämpfen konnte und wollte, ja von dessen Vertretern auch gebührend gefürchtet wurde (vgl. Siegfried Vietzke: Die faschistische Reichstagsbrandprovokation und ihre Hintergründe, in: Einheit 2/83, S. 194 ff.). Sie sei die vermeintlich einzige homogene Kraft gewesen und habe drei hehre Ziele vor Augen gehabt: den Frieden, den proletarischen Internationalismus und selbstverständlich die Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion.

Jene Perspektive, derzufolge allein die KPD effektiven Widerstand leistete, wurde während einer eigens dafür vorgesehenen Konferenz zum Thema „Faschismus und Widerstand“ des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR im Januar unterstrichen. Fast routinemäßig bekräftigte die SED im „Neuen Deutschland“, daß nur die KPD „... den Massen die antifaschistische Alternative“ wies, nur sie habe „... mutig die Ehre des deutschen Volkes gegen die braune Pest verteidigt“ (Neues Deutschland v. 29. Januar 1983). Daneben

wird nach wie vor eine Formel, die der Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Georgi Dimitroff, im Jahr der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler prägte, als verbindliche Definition des Faschismus zitiert: sie besagt, daß der Nationalsozialismus und andere faschistische Herrschaftssysteme die „... offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ gewesen seien (Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin [DDR] 1958, S. 525).

Noch im Dezember letzten Jahres verteidigte Kurt Hager in seinem Schlußwort vor dem VII. Historikerkongreß der DDR diese Definition mit den Worten: „An der grundlegenden Einschätzung des Faschismus als einer Variante monopolkapitalistischer Politik, an der Beurteilung der faschistischen Diktatur als der offenen, terroristischen Gewaltherrschaft der reaktionärsten und aggressivsten Elemente des Finanzkapitals ist nichts abzustreichen. Forschungen aus jüngster Zeit haben vielmehr diese Einschätzungen weiter erhärtet“ (Geschichte und Gegenwart, S. 166).

In diesem Sinne, jedoch ausdrücklich differenzierter erklärte der Historiker Kurt Pätzold während des Kongresses, die Nazis seien zunächst von einer Minderheit und erst später von den meisten Großindustriellen unterstützt worden. Aber auch er unterstrich, daß die KPD als einzige Partei die Lage in Deutschland offen angeprangert und den täglichen Kampf gegen die Faschisten auf sich genommen habe.

Fatalität der SPD-Politik

Zur Sozialdemokratie der Weimarer Republik, die aus jener Perspektive arg zersplittert erscheint, haben ostdeutsche Historiker ein an der offiziellen Sozialdemokratismus-These orientiertes, ambivalentes Verhältnis, das die Trennung von Progressivität und Reaktion wie selbstverständlich auf die organisierte Arbeiterbewegung überträgt: einerseits werden „progressive“ und „aufrechte“ Sozialdemokraten anerkannt als damalige Mitstreiter gegen Hitler, andererseits wird der vorgeblich rechtslastigen sozialdemokratischen Parteiführung vorgeworfen, die Angebote der KPD abgelehnt und damit die gesamte Arbeiterklasse verraten zu haben.

Die Fatalität sozialdemokratischer Politik ergab sich nach Ansicht der Historiker Arndt und Wörner aus „einem für den Opportunismus typischen Verhältnis von Politik und Theorie. Dieses Verhältnis

war wesentlich dadurch charakterisiert, daß die Theorie pseudowissenschaftliche Begründungen der Politik zu liefern hatte“ (Helmut Arndt, Axel Wörner, Das sozialdemokratische Faschismusbild (1923–1933), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/83, S. 32). In diesem Zusammenhang wird die SPD als „bürgerliche Arbeiterpartei“ entlarvt, in der die bürgerliche gegenüber der proletarischen Klassenlinie obsiegt habe. Heinz Niemann, wie Arndt und Wörner Dozent der Sektion Marxismus-Leninismus der Karl-Marx-Universität Leipzig, geißelt den Antikommunismus in der SPD und die allzu abwartende Haltung der Parteiführung, die als schlechtes „Versagen“ interpretiert wird (Niemann: Die Haltung der SPD zur faschistischen Machtergreifung 1933, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1/83, S. 41 ff.).

Hiermit wird in bewährter Manier die Haltung der SPD gegenüber KPD und NSDAP, gegenüber anderen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, monokausal in den großen Topf des Antikommunismus geworfen, der alle Politik determiniert habe. Daß hierdurch Ursache und Wirkung vertauscht, der gesamten SPD bornierte politische Entscheidungen unterstellt werden, gehört mitunter zur Strategie der Diskreditierung des „Sozialdemokratismus“ (Vgl. neuerdings: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917–1945, hrsg. v. Autorenkollektiv unter Leitung v. H. Niemann, Berlin 1982).

Obschon der Beitrag von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Christen zum antifaschistischen Kampf beiläufig gewürdigt wird, gilt der Widerstand der KPD als eine der wichtigsten revolutionären Traditionen, die im „ersten sozialistischen deutschen Staat“ fortgesetzt und erst hier verwirklicht wurden. Im SED-Parteiprogramm heißt es demgemäß: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ging aus dem mehr als hundertjährigen Kampf der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen feudale Reaktion und kapitalistische Ausbeutung, gegen Imperialismus und Militarismus, Faschismus und imperialistischen Krieg hervor. [...] Sie setzt das Werk der Kommunistischen Partei Deutschlands fort und erfüllt das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Sie ist die Erbin aller Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes.“ Die Führung des Widerstands wird allein der KPD zugeschrieben, die damit ihre historische Aufgabe im Rahmen der „großen revolutionären und humanistischen Traditionen“ erfüllt habe. Auf dieser Basis eines gefestigten Geschichtsbildes beginnen DDR-Historiker heute zu differenzieren, indem die Sozialfa-

schismus-These der KPD gegenüber der SPD als überzogenes Abgrenzungsinstrument bezeichnet und gemeinsames, taktisch begründetes Auftreten von KPD- und NSDAP-Politikern zugegeben wird.

Unter diese Zugeständnisse fallen derzeit auch die gemeinsamen Streikaktionen in den Berliner Verkehrsbetrieben im November 1932, die vor allem Sozialdemokraten schockierten und Gemeinsamkeiten von Kommunisten und Faschisten im Kampf gegen den Parlamentarismus offenbarten. DDR-Historiker vermuten hinter dem gemeinsamen Auftreten Ulbrichts und Goebbels' die damalige Taktik der NSDAP, Arbeiter für die Parteimitgliedschaft bzw. Wählerstimmen zu gewinnen.

Diese beispielhaften Konzessionen an die historische Faktenlage finden allerdings nur langsam Eingang in die offizielle Geschichtsschreibung und werden sehr zurückhaltend vorgetragen. Daneben versuchen zahlreiche DDR-Historiker, die Auswirkungen der Sozialfaschismus-These abzuschwächen, indem sie auf Versuche der KPD verweisen, ab 1932 Einheitsfrontpolitik zu praktizieren, die zu jenem Zeitpunkt kaum mehr Erfolgchancen hatte und obendrein von der Parteibasis nicht mitgetragen wurde (vgl. Vietzke, Reichstagsbrandprovokation, a.a.O., der auf die Versuche zur Bildung der Einheitsfront nach dem Januar 1933 hinweist). Die Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterschaft nahmen zu und erleichterten Hitlers Weg zur Macht.

Wilhelm Pieck, erster Präsident der DDR, erkannte diese schlimmen Folgen Stalinscher Strategie erst, als es bereits zu spät war. Während des VII. Kongresses der Komintern 1935 formulierte er seine Bedenken gegenüber jener Politik, die zugleich den sozialdemokratischen Reformismus und die Gewerkschaften in Verfall bringen wollte.

Erst während dieses Kongresses wurde offiziell die „Einheit der Arbeiterklasse“ proklamiert, ein Ziel, das die KPD im selben Jahr für sich in den Beschluß umsetzte, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, freilich mit dem Hintergedanken, in einer Einheitsfront unverweilt die führende Rolle zu übernehmen. Daß sozialdemokratische Gruppen im Widerstand oder im Exil dieses Ansinnen nach den Erfahrungen während der Weimarer Jahre ablehnten, lediglich kurzfristig konspirativ mit Kommunisten kooperieren wollten, können DDR-Politiker auch heute noch nicht nachvollziehen.

Urteile über die SPD

Nach 1945 entstand eine merkwürdige Übereinstimmung zwischen west- und ostdeutscher Ge-

schichtswissenschaft bezüglich der Urteile über sozialdemokratische Politik vor 1933, die kurz gesagt einem Verrat an den Massen gleichgekommen, durch Immobilismus, legalistische Passivität, ja Angst vor einem Bürgerkrieg geprägt gewesen sei.

Natürlich enden hier die evidenten Gemeinsamkeiten, die DDR-Historiographie schreibt nun der KPD den alleinigen und frühzeitigen Kampfeswillen zu (vgl. Wimmer, S. 80). Unter den Tisch des kommunistischen Geschichtsbewußtseins fallen hierbei jedoch wichtige Aspekte des damaligen Geschehens: der Führungsanspruch der KPD, ihr Vorgehen gegen den Weimarer „Staat der Ausbeuterklasse“, die demoralisierenden Folgen der Massenarbeitslosigkeit, die den Großteil der Industriearbeiterschaft resignieren ließ.

Die Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung war demnach gar nicht in dem Maße vorhanden, wie sie heute von Historikern unterstellt wird, und der Vorwurf an die SPD, antifaschistische Massenaktionen vereitelt zu haben, verkennt die Verbindung von Parteibasis und -führung, läuft mithin an den Tatsachen vorbei, ja projiziert heutige Modelle des potentiellen Kampfes in die durch ganz andere Denkweisen und Handlungsalternativen geprägte Vergangenheit. Man kennt die Folgen damaliger Politik und geißelt nun gerne die vermeintlichen Versäumnisse, die doch jeder erkannt haben müsse.

DDR-Historiker unterstellen gar, die SPD-Führung hätte sie erkannt, dann aber bewußt mit der Monopolbourgeoisie kollaboriert, um das kapitalistische Gesellschaftssystem zu retten. Hehre Prinzipien, für die die Sozialdemokratie eintrat, Legalität, Gewaltlosigkeit, Kompromißfähigkeit, Sozialstaatlichkeit, werden ihr aus dieser Perspektive angekreidet als bürgerliche Disziplinierungsmittel mit Alibifunktion, durch die eine bornierte opportunistische Parteiführungsclique den Kampf der gesamten Arbeiterschaft verhindert und obendrein die SPD selbst in den Abgrund gestürzt habe. Durch permanente Wiederholung dieses Geschichtsbildes versucht die SED heute, die Mühe der Verifizierung allzu freischwebender Hypothesen unnötig erscheinen zu lassen. Unterdessen erklärt man seitens der SED, daß die Berufung auf die gemeinsame deutsche Geschichte die jeweiligen „Klassenpositionen“ nicht überdecken könne. Mit Blick auf die Sozialdemokratie bringt Wimmer die historischen Lehren vorwurfsvoll auf den folgenden Nenner: „Das Ende der Weimarer Republik im Faschismus beweist: Die opportunistische Politik der Klassenzusammenarbeit begünstigt die Reaktion, schafft keine Garantien für demokratische

Rechte und Freiheiten der Werktätigen. In antikommunistischen Vorbehalten befangen, vermochten bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte dem Faschismus keinen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen“ (S. 87). Kurt Hager stellte hierzu grundsätzlich fest, daß es natürlich nach wie vor zwei diametral entgegengesetzte Geschichtsbilder der Deutschen gebe, gleichzeitig aber „die Entwicklung normaler staatlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität jedes der beiden deutschen Staaten“ möglich sein müsse.

In diesem Sinne friedlicher Koexistenz zweier Geschichtsbilder wird denn auch verstärkt Geschichtspromaganda betrieben, die vor allem der Jugend das obligate Geschichtsbewußtsein nahebringen, „Herz und Hirn erreichen“ (Hager) soll. Mithin wird auch künftig Zeitgeschichte für Ziele und Politik der SED instrumentalisiert, der einseitige Faschismus-Begriff beibehalten und die Politik der KPD in der Weimarer Republik glorifiziert werden.

Die publikumswirksame Erinnerung an die Ereignisse, die die Nationalsozialisten „Machtergreifung“ nannten, dient indessen ebenso der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik im Allgemeinen wie der Sozialdemokratie im Besonderen. Trotzdem sollte man hierzulande nicht die Veränderungen in der ostdeutschen Historiographie übersehen, vermittelt derer kompliziertere und skeptischere Fragen an die Geschichte an Interesse gewinnen, ja die vielfältigen Verbindungsfäden zwischen Arbeiterschaft, Bürgertum und NSDAP zaghaft aufgedröseln werden.

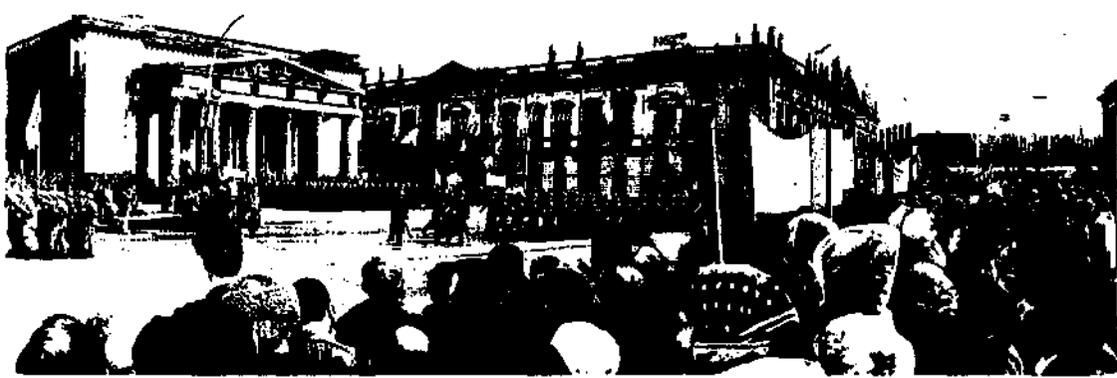
Die Bürger in der DDR machen sich zum Thema Vergangenheitsbewältigung ohnehin ihre eigenen Gedanken, wundern sich über die Annahme, die bis 1945 angelesenen Verhaltensweisen seien über Nacht aus den Köpfen verschwunden, amüsieren sich über Art und Weise, wie sich Medien und Politiker um die jüngste Vergangenheit bemühen. Unterdessen wird am selbstgesteckten Ziel der DDR-Politiker, den Frieden zu stabilisieren, auch die hektische Indienstnahme historischer Daten zu messen sein.

NEUES DEUTSCHLAND

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Montag,
31. Januar 1983
38. Jahrgang / Nr. 25
8-Ausgabe
Einzelpreis 15 Pf
Redaktion und Verlag 1017 Berlin,
Platz Mahlag-Platz 1, Telefon 38 30
Drahtschlüssel: 18308
Abrechnung: 130 0000, 1630 0001-0004



Übernahme der Ehrenbürgerbüchlein und der Ehrenurkunden der SED nach der feierlichen Ehrenbürgerung am Mahmal in Berlin des Hauptstadts.

Quelle: VDA, Leipzig, Archiv Nr. 100-101

Berlin gedachte der Opfer des deutschen Faschismus und Militarismus

Partei- und Staatsführung sowie weitere Vertreter des gesellschaftlichen Lebens legten Kränze nieder / Militärisches Zeremoniell am Mahmal Unter den Linden

Von unserer Berichterstatterin Volker Beckmann und Dr. Wolfgang Spichermann

Berlin. Mit einer feierlichen Zeremonie legten am Sonntag die Opfer des deutschen Faschismus und Militarismus, im Namen der Tausenden Soldaten der Weim-

Republik unter dem Namen der Opfer des Faschismus in der Weimerepublik Kränze nieder. Zwei Hunderttausend der Ehrenbürger des Reiches sowie alle Abgeordneten des Land, Laik und So-

zialisten aller gesellschaftlichen Schichten der Republik in der Gedenkfeier Kränze nieder. Zwei Hunderttausend der Ehrenbürger des Reiches sowie alle Abgeordneten des Land, Laik und So-



Arno Waschkuhn: Öffentlichkeit und Demokratie Einige politiktheoretische Bemerkungen

Dr. Arno Waschkuhn, Jahrgang 1946, ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Würzburg. Beiträge in NG 10/76, 10/77, 7/78, 2/80 und 5/82.

Seit der mittlerweile nahezu „klassischen“ Arbeit von Jürgen Habermas über den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1962) und der Gemeinschaftsproduktion von Oskar Negt und Alexander Kluge zur „Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit“ (Öffentlichkeit und Erfahrung, 1972) ist der Problemzusammenhang von Öffentlichkeit und Demokratie insbesondere von konservativ-liberaler Seite her erneut aufgegriffen worden. So hat sich Kurt Biedenkopf in vereinseitigender Weise der „politischen Semantik“ angenommen, ist von Helmut Schelsky (Die Arbeit tun die anderen, 1975) eine neue „Priester- und Klassenherrschaft“ der linksintellektuellen Sinnvermittler als „Reflexionselite“ behauptet worden und hat sich Elisabeth Noelle-Neumann darum bemüht, ihre demoskopisch gewonnenen sozialpsychologischen Eindrücke zu einer „Theorie der Schweigespirale“ (1980) zusammenzufassen, um nur einige dieser überwiegend populärwissenschaftlichen Klärungsversuche anzuführen.

Ferner wurde der normative Bereich der bundesrepublikanischen politischen Kultur im Kontext der sog. „Tendenzwende“ durch den „Freiheit oder/statt Sozialismus“-Slogan der Unionsparteien, das sozialdemokratische „Modell Deutschland“ sowie durch „postmaterialistische“ Wertvorstellungen der Bürgerinitiativ-, Ökologie- und Alternativbewegung nachhaltig geprägt oder beeinflusst. Diese teilweise emotional aufgeladene Auseinandersetzung um Grundwerte oder zukünftige Politikinhalt eignet sich in einer offenen, d. h. pluralistisch strukturierten Gesellschaft im Medium der „Öffentlichkeit“; sie muß daher in demokratietheoretischer Sicht als der Funktionszusammenhang politischer Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse begriffen werden.

Kampf um Wörter?

Kurt Biedenkopf, dem lange Zeit der Ruf vorausging, konzeptionelles und taktisches Denken wirkungsvoll miteinander zu verknüpfen, hat in einigen

programmatischen Reden zu Anfang der siebziger Jahre den „Kampf um politische Begriffe“ zum Hauptanliegen der in der Opposition erstarrten Unionsparteien erklärt. Die politische Kontroverse sei auch ein „Sprachkampf“, in dem es vorrangig um „Sprachregelungen“, den Bedeutungswandel von Schlüsselwörtern und die Popularisierung neuer Begriffe zum Zwecke der Herrschaftsdurchsetzung gehe. Hierin sind ihm seither zahlreiche Kulturkritiker und wissenschaftliche Publizisten gefolgt, die vor allem den „Neuen Linken“ einen theoretisch überhöhten „Jargon der Künstlichkeit“ vorgeworfen haben. Dagegen komme es verstärkt darauf an, die politischen Begriffe wieder in den eingelebten Zusammenhang von Institutionen, Ordnungen, Rechten und Pflichten zu stellen, d. h. sie erneut in eine „Normallage“ zu bringen und von „zersetzender Reflexion“ tunlichst abzuschirmen.

Die neokonservativen Sprachaufklärer aber haben sich keineswegs gescheut, ihrerseits eine Begriffsstrategie von rechts zu entwerfen, Begriff und Realität mittels neuer Schablonen – wie der sog. „Neuen Sozialen Frage“ – in manipulativer Weise zusammenzuzwingen: „An die Stelle von Nachdenken über Politik ist das Ausdenken von Parolen getreten“ (Georg Graben, „Der Trick mit den Worten“, in: Iring Fettscher, Horst E. Richter (Hrsg.), Worte machen keine Politik, 1976, S. 43). Darüber hinaus ist anzufragen, wer eigentlich über die „Normallage“ politischer Begriffe argumentativ und interpretatorisch verfügt. Doch sicher nicht das „gesunde Volksempfinden“, ohnedies eine Schimäre, oder die Springer-Presse, die noch immer die DDR mit Gänsefüßchen schreibt. Zwar ist beispielsweise Hans Maier durchaus zuzustimmen, daß die politischen Institutionen zu ihrer Erhaltung der „Formkonstanz begrifflicher und sprachlicher Identität“ bedürfen, aber erstens unterliegen auch politische Institutionen dem Wandel und sind ausbaufähig oder ergänzungsbedürftig, zweitens ist Maiers Feststellung von ihrem Informationsgehalt her inhaltsarm oder trivial; sie muß daher als eine „pure Defensivformel“ verstanden werden.

„Klassenherrschaft“ von Sinnvermittlern?

Vor allem aber ist die Wirkungsweise sprachlicher Veränderungen wissenschaftlich bis heute noch so gut wie ungeklärt. Der Gedankengang, daß das öffentliche Bewußtsein im politischen Sprachhandlungsfeld durch eine „Intellektuellenkaste“ mit einem „systemüberwindenden Politvokabular“ aufgefüllt und politisch umgewidmet wurde, ist ohne jede empirische Absicherung insbesondere von Helmut

Schelsky vertreten worden. Seine Philippika läßt sich auf einige wenige Argumentationsmuster reduzieren: Die linksintellektuellen „Sinn- und Heilsvermittler“ stellen eine neue wirkmächtige „Herrschaftsgruppe“ dar, die eine „vormundschaftliche Bestimmung des Lebenssinns“ für die „tatsächlich Arbeitenden“ für sich in Anspruch nimmt. Sie proklamiere aufgrund vollkommenheitsbessener abstrakter Moralansprüche eine „Transzendenz im Diesseits“, habe dabei die Verbindung mit dem „Arbeitswissen der Gesellschaft“ verloren und erschöpfe sich letzthin in „sachverantwortungsloser Selbstdarstellung“.

Diese Sichtweise Schelskys hat Ulrich Lohmar nicht zu Unrecht als die „Klassentheorie eines Frustrierten“ bezeichnet; denn Schelsky übersieht, daß es sich bei den neuen Wortbildungen im wesentlichen um analytische Begriffe handelt und die von ihm gescholtene „Reflexionssubjektivität“ keinen „Herrschafts- oder Priesterbetrug“ darstellt, sondern ein unauflösbares Sichvergewissern soziopolitischer Realität. Darüber hinaus werden die Einwirkungsmöglichkeiten von Intellektuellen auf das „kollektive Bewußtsein“ bei weitem überschätzt. Wir können uns ob der Tiraden des Wissenschaftlers, Intellektuellen und „Sinn-Produzenten“ Schelsky daher mit der relativierenden Aussage von Paul Feyerabend begnügen: „Man braucht sich weder vor Wissenschaftlern noch vor anderen Intellektuellen zu fürchten, denn gerade jene, die den größten Schrecken erregen, sind nichts weiter als Mäuse in schlecht sitzenden Löwenkleidern“ (Erkenntnis für freie Menschen 1979, S. 9).

Die „Schweigespirale“

Ebenso fragwürdig ist die von Elisabeth Noelle-Neumann formulierte „Theorie der Schweigespirale“. Ausgehend vom demoskopisch ermittelten „Mitläufereffekt“ bei Bundestagswahlen wird von ihr ein „Meinungsklima“ behauptet, das eine jeweils aktuelle Rede- oder Schweigetendenz zu öffentlichen Themen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung impliziert, die auf der Isolationsfurcht des Menschen beruht. Ohne hier auf die ominösen „Kameraeinstellungen“ und „nonverbalen Verhaltensweisen“, also die medien-spezifisch vermuteten Wirkungszusammenhänge in der „Fernsehdemokratie“ und die „aggressive Glaubensgewißheit“ der Fernsehkommunikatoren näher einzugehen, ist für unser Thema festzuhalten, daß der von Frau Noelle-Neumann herausgearbeitete „Schweigespiralprozeß“ dem Begriff des „bandwagon effect“ der amerikanischen Sozialforschung deutlich nachempfunden ist, gegenüber jenem jedoch die

artikulationsoffene „siegreiche Seite“ spürbar vernachlässigt. Die auch in ihren Erhebungen deutlich erkennbare Rede- und Bekenntnisbereitschaft (warum wurde nicht der Terminus „Redespirale“ gewählt?) wird daher von der Allensbacher Oberaugurin zugunsten der „schweigenden Mehrheit“ unterbewertet. Damit ist in ihrer Konzeption zugleich eine „negative Anthropologie“ gegeben, die sich am Status quo orientiert: die Öffentlichkeit oder der „atmosphärische Meinungsdruck“ wirkt stets als einen einzelnen bedrohende „Urteilsinstanz“, die zur Konformität zwingt.

Auf der anderen Seite ist zu beobachten, daß die von Frau Noelle-Neumann behaupteten Wirkungsmechanismen insbesondere von den Unionsparteien zu instrumentalisieren versucht wurden. So hat ihr inzwischen in die Schranken verwiesener „gemeinsamer“ Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß seine Schlußrede auf dem Wahlparteitag 1980 in Berlin (nach der Schlappe in Nordrhein-Westfalen) mit der Parole ausklingen lassen: „Wir können siegen, wenn wir siegen wollen, und wir werden siegen, weil wir siegen wollen.“ Wir halten dieses „voluntaristische Unterfangen“ schon vom Ansatz her für verfehlt, insofern es auf glaubwürdige politische Konzeptionen, zukunftsbezogene Sachaussagen und positive Ziele ankommt, sollen Wahlen auch weiterhin als eine Legitimation demokratischer Herrschaft in Geltung sein.

Öffentlichkeitswirksame Wahlkampfparolen

Andererseits wird der Zeithorizont der Parteien mehr und mehr von Wahlterminen bestimmt. In bezug auf Öffentlichkeit als Funktionszusammenhang politischer Kommunikation und demokratischer Willensbildung ist es sonach keinesfalls abwegig, insbesondere Wahlkämpfen (und den sie prägenden Formeln) eine gewisse Ritualisierung und Inhaltsleere, insgesamt eine problementhobene „Selbstinszenierung“ der Politik anzulasten. Es kommt daher wohl auch nicht ganz von ungefähr, daß mit Ronald Reagan ein ehemaliger Schauspieler und Showprofi zum Präsidenten der USA gewählt wurde.

Wir konzentrieren uns im folgenden auf öffentlichkeitswirksame Wahlkampfparolen der Bundesrepublik Deutschland. So verdeutlicht die zynisch-demagogische Formel oder Scheinalternative „Freiheit oder/statt Sozialismus“, die auf Filbinger, Strauß oder von Hayek zurückgeht, die von den Unionsparteien gepflegten Vorurteilsstrukturen, während das sozialdemokratische Regierungsprogramm von 1976–1980: „Weiterarbeiten am Modell Deutsch-

land“ als Leistungsbilanz und politischer Zukunftsentwurf (wenngleich mittelfristig) konzipiert war. Die Slogans des Bundestagswahlkampfes 1980 – „Für Frieden und Freiheit“ (CDU/CSU) und „Sicherheit für Deutschland“ (SPD) – waren im Grunde nur Variationen dieser Leitthemen.

Mit der „Freiheit oder/statt Sozialismus“-Parole vermochte es die CDU/CSU („aus Liebe zu Deutschland“), die „semantische Kriegführung“ an sich zu reißen; es folgte eine systematische werbliche Vermarktung (Team 70) des bereits positiv besetzten Begriffs der Freiheit als Widerpart zum negativ zu besetzenden Sozialismusbegriff: „Der demokratische Sozialismus mit seinem Bekenntnis zu den Grundrechten, zu Rechtsstaatlichkeit und Mehrparteiensystem, zu weltanschaulichem Pluralismus und friedlicher Konfliktaustragung sollte also mit Argumenten getroffen werden, die sich legitimerweise nur gegen die monistische, autokratische Sozialismus-Variante des Marxismus-Leninismus richten könnten“ (Hans Kremendahl). Damit war es möglich, jedes Gesetzgebungs- und Reformvorhaben der sozialliberalen Koalition als Schritt auf dem Weg zum Sozialismus hinzustellen, der zwangsläufig zur Einschränkung der Freiheit durch die staatliche Regelung von „Lebenssachverhalten“ führen müsse. Dagegen konnte der Begriff „Modell Deutschland“ den Wertbezug sozialdemokratischer Politik nicht ausreichend vermitteln und wurde in dieser Hinsicht auch zu wenig problematisiert; erst mit dem späteren Slogan „Von Freiheit verstehen wir mehr“ konnte wieder entscheidender Boden hinzugewonnen werden.

Aber auch zum „Modell Deutschland“ ist kritisch anzumerken, daß wegen des „flächendeckenden Verallgemeinerungsprinzips“ von Wahlprogrammen einige zukunftsrelevante Problemfelder nicht angemessen beachtet wurden. Es waren und sind dies vor allem die folgenden situativen Gegebenheiten: dem „extensiven“ Wachstum ist eine „intensive“ Phase verschärfter Knappheitsbedingungen gefolgt; die Reproduktionsbedingungen haben sich generell verschlechtert und zu einer tendenziellen Überforderung des Staatsbudgets geführt; es sind neue Problemgruppen entstanden, die an gruppenspezifische und systemische Grenzen stoßen: Arbeitslose, die entfremdete Jugend (unter Einschluß der Drogenszene) und Umweltparteien.

Gegenwärtige Krisensymptome

Die gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Krisensymptome hochindustrialisierter westlicher Demokratien lassen sich darüber hinaus wie folgt zu-

sammenfassen: eine weit verbreitete Parteien-, Staats- und Politikverdrossenheit, damit einhergehend: eine zunehmende Fortschrittsskepsis und ein verstärkt sichtbar werdender Wertwandel sowie eine fortschreitende Verengung der Entscheidungs- und Handlungsspielräume herkömmlicher Politik (bzw. hiervon abgeleiteter Politikorientierungen).

Rolf Zundel hat in einem „ZEIT-Dossier“ hervorgehoben, daß sich die Parteien ihrer Tendenz nach in „Dienstleistungs-Konzerne“ verwandeln und der Bundestag die Gestalt einer „geschlossenen Gesellschaft“ angenommen habe. Diese „politische Sonderkultur“ sei durch eine deutliche Distanz zur „bürgerlichen Existenz“ im Produktions- und Dienstleistungsbereich gekennzeichnet und durch spezifische Karrieremuster ausgewiesen: „Manche Abgeordnete sind fast schon die republikanische Ausgabe jener königlichen Hoheit, die Thomas Mann beschrieben hat: stets im Kontakt, aber nie in Verbindung.“ Die hiermit beschriebene „Desensibilisierung gegenüber der Gesellschaft“ hat zwar die „Professionalisierung“ von Politik befördert, ist aber auch für die Defizite mitverantwortlich: den Verlust an soziopolitischer Sensibilität („responsiveness“), Spontaneität und schöpferischer Phantasie.

Insofern die großen Parteien komplizierte organisatorische Großgebilde geworden sind, haben sie die mitgliedschaftliche Anonymität und politische Konsumentenhaltung verstärkt; die Grundsatzdiskussionen finden allenfalls auf Parteitagungen unter den Delegierten oder nur noch in von Experten besetzten Teilkommissionen statt. Damit bleibt die „Regierbarkeit“ hochindustrialisierter Konsum- und Leistungsgesellschaften zwar weitgehend gesichert, ist die Legitimationsfrage aber weithin ungeklärt: „Man kann nicht gleichzeitig demokratischen Konsens und ungestörten Geschwindigkeitsschritt der Exekutive haben“ (R. Zundel).

Es nimmt daher nicht wunder, wenn die heutige Jugend, die mehrheitlich nichts mehr zu tun hat mit der 68er-Generation, ein wachsendes Desinteresse an Politik zeigt und sich mehr um das „private Glück“ bekümmert, ohne zu erkennen, daß beides miteinander verschränkt bzw. vermittelbar ist. In bezug auf das Parteiensystem scheint dennoch eine eher „passive Billigung“ noch vorzuherrschen, wobei die Partizipationschancen und Möglichkeiten zum öffentlichen Engagement nur von wenigen angenommen werden.

Das neue politische Paradigma der „Lebensweise“

Offensichtlich scheint sich das „politische Paradigma“ für einen erheblichen Teil der Jugend bereits

verschoben zu haben. Unter politischem Paradigma versteht Joachim Raschke „die in einem System dominante allgemeinste Sichtweise dessen, was primär als Gegenstand und Aufgabe von Politik gilt“ (Raschke, „Politischer Paradigmenwandel in den westlichen Demokratien“, in: Thomas Ellwein [Hrsg.], Politikfeld-Analysen 1979, Opladen 1980, S. 284 ff.). Hierbei werden jeweils auch andere Dimensionen von Politik thematisiert, sie sind aber nicht vorherrschend im Rahmen der öffentlichen Diskussion. In Rücksicht auf die letzten einhundert Jahre unterscheidet Raschke ein „Herrschafts-“, „Verteilungs-“ und „Lebensweise-Paradigma“. Ohne auf den Begründungszusammenhang und die einzelnen Strukturelemente im Detail einzugehen, kann für das sich jetzt ankündigende Lebensweise-Paradigma, so Raschke, als „Richtungsspektrum“ festgehalten werden:

- ▷ wir sind an die Grenzen des unkontrollierten ökonomischen Wachstums gestoßen;
- ▷ es ist bei der „Konstruktion von Welt“ wieder verstärkt an die Bedürfnisse, Werthaltungen und Aktivitäten von Individuen anzuknüpfen;
- ▷ „systemnotwendige (oder -funktionale) Sachzwänge“ werden als inadäquat (da alten Paradigmen verhaftet) zurückgewiesen;

▷ eine Angleichung der Lebenschancen und die „Rückkehr zu kleinen/mittleren gesellschaftlichen, ökonomischen, technischen und politischen Einheiten“ (Dezentralisierung) werden angestrebt.

Es geht bei alledem um die zentrale Frage, wie der Mensch in Zukunft leben kann oder will. Dieses neue gesellschaftliche Denk- und Interpretationsmuster der (realen und zukünftigen) „Lebensweise“, das den Menschen in seinen vielfältigen sozialen Existenzbezügen anerkennt und ihn gegenüber den Systemzwängen des noch dominanten Wachstums-, Fortschritts- und Verteilungsparadigmas zum „ganzheitlichen“ Bezugspunkt von Politik erklärt, will den Topos „mehr Demokratie wagen“ neu beleben: „Demokratisierung als Versuch, dem Bürger in seinen unmittelbaren Lebensbereichen mehr Transparenz und Einwirkungsmöglichkeiten zu verschaffen – die partizipatorische Dimension von Lebensqualität“ (J. Raschke, S. 295).

Diese Ausrichtung ist bislang insbesondere von den „Grünen“ und „Bunten“, der Bürgerinitiativ-, (Anti-)Kernkraft- und Ökologiebewegung verfolgt worden, wobei ihr Protest gegen die Planungsinstitutionen „Großtechnik und (Atom-)Staat“ einherging mit aktivem Engagement in Bereichen unmittelbarer

WARUM JEDE GRUNDSTEINLEGUNG EINES BHW-BAUSPARERS BAUWIRTSCHAFT UND -HANDWERK EIN SICHERES FUNDAMENT GIBT.



Mit einem günstigen Bausparvertrag kann man auch in der heutigen Zeit noch bauen. Deshalb verlassen sich Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst auf ihre BHW-Bausparkasse.

Sie zahlt jährlich einige Milliarden Mark Baugeld an ihre Darlehensnehmer, die damit als private Bauherren bauen, kaufen, modernisieren.

Deshalb bedeutet jede Grundsteinlegung eines BHW-Bausparers ein sicheres Fundament für Bauwirtschaft und -handwerk. Denn die BHW-Baugelder sorgen für sichere Aufträge und damit Arbeit in Bauindustrie, -handwerk und Zulieferbetrieben, sichern die Existenz vieler Arbeitnehmer und ihrer Familien. Sie legen damit den Grundstein für eine stabile Zukunft, in der es beim Bauen vorwärts geht. Nicht nur für den öffentlichen Dienst – sondern für alle, die mit dem Bauen zu tun haben.

BHW

Bausparkasse
für den öffentlichen Dienst.

DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, 3250 Hameln 1

oder prinzipieller Betroffenheit. Sie haben einen neuen, alternativen Werthorizont überhaupt erst einmal entfaltet, für die „neuen Werte“ Öffentlichkeit hergestellt, und können ohne Übertreibung als die Avantgarde des neuen Lebensweiseparadigmas bezeichnet werden. Für das Funktionieren von Öffentlichkeit hätte man diese neuen sozialen Bewegungen, gäbe es sie nicht schon, gleichsam erst „erfinden“ müssen.

Dagegen steht – trotz eines gewissen ironischen Untertons – ein oft gebrauchtes Argumentationmuster des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, das ein „traditionelles“ oder „betriebswirtschaftliches“ Politikverständnis offenbart: „Gegenwärtig bin ich der leitende Angestellte der Bundesrepublik Deutschland und alle vier Jahre haben wir eine Generalversammlung, wo einige 30 Millionen wahlberechtigte Bürger darüber abstimmen, ob ihr Unternehmen einigermmaßen anständig geführt ist oder ob es unzureichend geführt ist“ (Helmut Schmidt in einem kulturpolitischen Streitgespräch mit Günter Grass, Siegfried Lenz und Fritz J. Raddatz, in: Die Zeit vom 22. 8. 1980).

Die Initiativ- und Lebensstilgruppen hingegen verstehen unter „Politik“ die aktive Teilhabe an einem handlungsorientierten Kommunikations- und Lernprozeß; sie erheben politiktheoretisch den Anspruch, „Elemente direkter Demokratie“ d. h. basal orientiert und spontan organisiert zu sein; sie wollen durch Aktionen „von unten“ die autonome Selbstorganisation der Bürger befördern helfen. Diese Widerspruchsbildung gegen die Parteiendemokratie erschöpft sich nicht in einer allgemeinen Protesthaltung, sondern untersteht dem Prinzip des „learning by doing“. Gegenüber dem Anwachsen von Bürokratie, Techno- und Expertokratie besteht sie auf Partizipation und Meinungsvielfalt; sie will gemein-

schaftsorientierte Tugenden in der „Ellenbogengesellschaft“ wiederbeleben, dem „Umdenken“ ein „Umhandeln“ folgen lassen. Andererseits besteht durchaus die Gefahr eines politischen Eskapismus als „Rückzug ins Private“ und teilweise droht (trotz des generellen Gewaltfreiheitspostulats) sogar so etwas wie ein „ökologischer Bürgerkrieg“ – gerade wegen und aufgrund der „Infragestellung des demokratischen Mehrheitsprinzips“ (Bernd Guggenberger).

Festzuhalten bleibt, daß das Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie grundsätzlicher und differenzierter zugleich zu erfassen ist. Die von konservativer Seite her angestellten Überlegungen jedenfalls verfehlen ihren Gegenstand und müssen als reine Ablenkungsmanöver betrachtet werden. Es geht in demokratietheoretischer Sicht nicht darum, eine neue „politische Semantik“ in unverhohlenen strategischer Absicht zu entwerfen, den terminologisch hochabstrakten Jargon der Links-Intellektuellen bloß zu karikieren oder angesichts nicht erwünschter Wahlerfolge mißliebiger Parteilagerungen eine „Theorie der Schweigespirale“ zu konstruieren.

Vielmehr müssen „Öffentlichkeit“ und „öffentliche Meinung“ hinsichtlich ihrer jeweiligen Themenstruktur politisch-inhaltlich untersucht werden. In diesem Zusammenhang ist die „politische Karriere“ von Themen ein soziohistorischer Prozeß der Sinnverdichtung und Konkretisierung öffentlicher Meinung, der zur gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz der neuen Themen führen kann, aber nicht muß. Entscheidend ist das Verfügen über einen gemeinsamen Sinnhorizont.

Christian Zänker: Der Zerfall der Kommunistischen Partei Spaniens

Christian Zänker, Jahrgang 1957, studiert Politische Wissenschaft an der Universität München; s. a. seine Beiträge in NG 3/82 und 3/83.

„Was Franco in vierzig Jahren harter Verfolgung nicht leisten konnte – die Zerstörung der KP –, das hat Carrillo in den letzten drei Jahren geschafft.“ Diese Bemerkung des spanischen Sozialistenführers und strahlenden Siegers der Parlamentswahlen vom Oktober 1982, Felipe Gonzales, umreißt prägnant die „Tragödie“ der Kommunistischen Partei Spaniens. In diesem Sinne könnte man ihre Entwicklung auch als eine Chronologie des Niedergangs bezeichnen.

Die KP Spaniens war zur Zeit der Franco-Diktatur die bedeutendste, da mitgliederstärkste und bestorganisierte Untergrundorganisation. Diesem Umstand verdankte sie, daß sie zum Anlaufpunkt auch gerade der nichtkommunistischen Linken, speziell aus intellektuellen- und Akademikerkreisen wurde. So zählte sie im Jahr 1977 kurz nach ihrer offiziellen Zulassung 200 000 Parteimitglieder und wurde zur mitgliederstärksten Partei Spaniens. In den Wahlen von 1977 wurde sie – für viele enttäuschend – die drittstärkste Partei mit 9,2 % der Wählerstimmen, wurde aber andererseits klar von der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), die 28,7 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, in die Schranken verwiesen.

Ganz anders präsentiert sich die Partei im Frühjahr 1983. Bei den Wahlen 1983 errang sie nur noch 3,8 % der Stimmen, fiel mit ihren Parlamentssitzen von 20 auf 4 zurück, so daß sie heute nicht einmal mehr eine eigene Fraktion in der spanischen Cortes stellen kann, und verlor zudem ihren einzigen Sitz im Senat. Die Anzahl ihrer Parteimitglieder, die schon 1980 nur noch 100 000 betrug, wird heute von fachkundigen Beobachtern um 50 000 angesiedelt – offizielle Angaben liegen nicht vor. Santiago Carrillo ist nach 22 Jahren vom Posten des Generalsekretärs endgültig zurückgetreten, und sein Nachfolger, der

37jährige Gerardo Iglesias, hat von ihm eine desolante und zersplitterte Partei übernommen, die ein Dasein am Rande der Bedeutungslosigkeit fristet. Die Gründe für den Zerfall der Partei, die früher als die „eurokommunistischste“ KP des Westens galt, sollen im folgenden dargelegt und erläutert werden.

Die Erschütterung in Katalonien

Das für die spanische Innenpolitik kennzeichnende Bestreben der einzelnen Regionen nach Autonomie spiegelt sich auch in der Struktur der Kommunistischen Partei Spaniens wider. So wurde den Katalanen in den Statuten der KPSp von 1978 ein autonomer Status zugestanden. Dort heißt es: „Die Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens, die Partei der Katalanen, ist entsprechend ihrem Charakter einer nationalen katalanischen Partei und entsprechend den Umständen ihrer Entstehung eine unabhängige Partei.“

Diese Katalanische KP (PSUC) war sowohl was die Mitgliederzahl anbelangte als auch in bezug auf die errungenen Wählerstimmen (18 %) der stärkste Regionalverband der spanischen Kommunisten. Die PSUC geriet im Januar 1981 in die Schlagzeilen als sie auf ihrem V. Parteitag den Eurokommunismus aus ihren Statuten strich. Diese parteipolitische Erschütterung, die noch weit über die spanischen Grenzen hinaus registriert wurde, war das Resultat eines parteiinternen „Koalitionswechsels“. In der katalanischen KP wie auch in der KPSp allgemein existieren verschiedene Strömungen: Die Burokommunisten, die auch im Zusammenhang ihrer Auseinandersetzung mit den sog. „Eurokommunistischen Erneuerern“ wegen ihrer Gefolgschaft zu Carrillo als „Carrillistas“ bezeichnet werden, die orthodoxe Minderheit der „Prosowjetikos“, die später wegen ihrer Unterstützung der sowjetischen Afghanistaninvasion auch als „Afghanen“ bezeichnet werden, und schließlich die sog. „Leninisten“, deren mißverständlicher Name aus der Ablehnung herrührt, daß jeglicher Bezug auf Lenin aus den Parteistatuten gestrichen worden war.

Die Streichung des Eurokommunismus war mit knapper Mehrheit von den „Leninisten“ und den „Prosowjetikos“ gegen die Eurokommunisten durchgesetzt worden. Dahinter stand die Kritik an der Auflegung des Eurokommunismus durch die KPSp an ihre Teilorganisationen sowie Kritik an der Politik des demokratischen und pragmatischen Konsensus, mit der Carrillo versuchte, die spanischen Kommunisten als staatstragende, verantwortungsbewußte Partei zu etablieren. Dieser Politik war der massive

Mitgliederschwund der PSUC von 40000 im Jahr 1977 auf 21000 im Jahr 1980 angelastet worden.

Massive Interventionen der Mutterpartei und Carrillos sowie der in seiner psychologischen Tragweite nicht zu unterschätzende gescheiterte Putschversuch spanischer Militärs am 23. Februar 1981 führten Mitte März zwar dazu, daß die PSUC ihren Parteitagebeschuß revidierte und den im Januar erst gewählten prosovjatischen Präsidenten Ardiaca wieder abwählte, der im Gegensatz zur massiven Verurteilung der Kommunistischen Partei Spaniens die Afghanistandiversion der UdSSR gerechtfertigt hatte. Die Auseinandersetzungen innerhalb der katalanischen KP waren damit aber noch lange nicht behoben. Dies dürfte zum Teil auch auf sowjetische Penetration zurückzuführen sein, deren Muster sich, nach Heinz Timmermann (BIOS, Aktuelle Analysen 2/1981) folgendermaßen darstellt:

- finanzielle Zuwendungen an Parteimitglieder/-organisationen;
- massive Verbreitung sowjetischen Propagandamaterials;
- Einladungen an untere Parteikader zum kostenlosen Besuch der Sowjetunion.

In diesem Zusammenhang ist auch die Bemerkung Carrillos zu sehen, der im Anschluß an die Resolution seiner Partei zum Kriegsrecht in Polen von einer „auswärtigen Hand“ sprach, die überall dort auszumachen sei, wo sich kommunistische Parteien weigern würden, das sowjetische Modell zu akzeptieren. Auf das Wirken dieser „auswärtigen Hand“ wurde denn auch von den spanischen Kommunisten die Gründung einer prosovjatischen Partei in Katalanien zurückgeführt. Diese steht unter der Führung des schon erwähnten Pere Ardiaca und von Josep Sardell, die Ende 1981, als ihre Bestrebungen offensichtlich wurden, aus der Partei wegen Fraktionismus ausgeschlossen worden waren.

Zur Gründung einer prosovjatischen Partei auf nationaler Ebene ist es trotz Annäherungsversuchen zu verschiedenen anderen prosovjatischen Gruppierungen und Persönlichkeiten wie Francesco Garcia Salve/Pater Paco nicht gekommen, sie scheint, aber für die nahe Zukunft zu erwarten zu sein. Das Absinken der ehemals stolzen Mitgliederzahl von 40000 auf nunmehr 13000 belegt die Gefahr, die vor allem auch diese Entwicklung für die KP Spaniens beinhaltet.

Der Abfall der baskischen Kommunisten

Ebenso wie die katalanische besaß auch die Baskische Kommunistische Partei einen autonomen Status, da sie seit dem Januar 1978 als eigenständige

rechtliche Körperschaft im spanischen Parteienregister registriert war. Unter ihrem Führer Lertxundi hatten sie seit ihrer Legalisierung einen dezentralistisch-föderalistischen Kurs innerhalb der KPSP mitgetragen. Dieser föderalistische Kurs mündete im Herbst 1981 in der Entschliebung der Parteiführung einen Parteizusammenschluß mit der größeren linken baskischen EIA anzustreben, an deren Ende eine neue marxistische, baskische, undogmatische Partei stehen sollte. Am 31. Oktober einigte man sich schließlich mit der EIA unter ihrem Vorsitzenden Morio Onaindia auf die Gründung einer neuen Partei: „Euskadio Eskerra“, Baskische Linke – Linke für den Sozialismus. Auf der konstituierenden Versammlung im Frühjahr 1982 sollte sich die EIA klar gegenüber den Kommunisten durchsetzen, Onaindia wurde zum neuen Parteiführer gewählt.

Die Kommunistische Partei Spaniens hatte, in ihren öffentlichen Stellungnahmen zumindest, die geplante Verschmelzung der beiden Parteien in den Anfängen begrüßt, da man sich von ihr zumindest ein Auffangen des allgemeinen Abwärtstrends, der auch die baskischen Kommunisten erfaßt hatte, erhoffte, wenn nicht sogar einen verstärkten politischen Einfluß. Die Bedingungen, die die KPSP am 7. Oktober hierfür allerdings stellte, waren aber in folgenden Punkten für die Basken nicht annehmbar:

- ▷ die Unterordnung unter die (eurokommunistische) Strategie der KPSP,
- ▷ die Zurückweisung aller Bestrebungen, eine völlige Autonomie des Baskenlandes durchzusetzen, und besonders
- ▷ die geschlossene Unterstützung der kommunistischen Gewerkschaften Comisiones Obreras gegenüber der Baskischen Nationalistischen Gewerkschaft.

Die Zurückweisung dieser Bedingungen durch die baskische KP leitete eine Entwicklung im Herbst 1981 ein, die zu massakerartigen Ausschlüssen und schließlich zu der schwersten Krise der Kommunistischen Partei Spaniens führen sollte. So schlossen die Basken ihren bisherigen Parteipräsidenten Ramon Ormanzabal und seine Gruppe von Carrillistas aus, worauf die KPSP mit der Absetzung des gesamten baskischen ZK antwortete und wiederum den „ausgeschlossenen“ Ormanzabal damit beauftragte, zusammen mit einem provisorischen ZK einen außerordentlichen Parteikongreß durchzuführen. Als am 31. Oktober, wie oben erwähnt, trotz Veto der Mutterpartei die Gründung der neuen Partei vereinbart wurde, zog die Kommunistische Partei Spaniens die Konsequenz und schloß den bis dahin amtierenden

den Generalsekretär der baskischen KP, Lertxundi, und alle seine Anhänger aus der KP Spaniens aus. Diese Ausschlußserie erschütterte nicht nur die Partei zutiefst, sondern entwickelte auch in den darauffolgenden Auseinandersetzung eine Eigendynamik, auf die noch einzugehen ist.

Die Eurokommunistischen Erneuerer

Im Mai 1981 wurde in der innerparteilichen Auseinandersetzung eine neue Front aufgemacht. 250 Parteimitglieder, die sowohl Partei- als auch öffentliche Ämter bekleideten, hatten ein „Manifest der Eurokommunistischen Erneuerer“ der Öffentlichkeit vorgestellt, in dem eine grundlegende Reform der Parteiinfrastruktur und Parteipolitik gefordert wurde. Diese Forderungen waren als solche nicht neu, jedoch der Zeitpunkt für ihre massive Unterstützung durch jene maßgeblichen, allesamt aus der politischen Praxis kommenden Parteifunktionäre verriet eine neue Qualität. Zwei Monate vor dem X. Parteitag bezog hier der reformatorisch-pragmatische Flügel der Partei Stellung und unterstrich noch einmal nachdrücklich seine Forderungen, die zuvor auf den Vorbereitungstreffen für diesen Parteitag von der Carrillo-Mehrheit im ZK bedingungslos niedergestimmt worden waren. Diese gingen zum großen Teil auf den Parteitheoretiker, Universitätsprofessor und ersten stellvertretenden Bürgermeister von Madrid Ramon Tameses zurück, der im selben Mai, nachdem seine Reforminitiativen von den Carrillistas blockiert worden waren, die Konsequenzen gezogen hatte und aus der Partei ausgetreten war.

In der Substanz liefen alle ihre Forderungen auf eine Vertiefung des Eurokommunismus und dessen Ausdehnung auf die Parteistruktur hinaus, da sich der Zwiespalt zwischen den politischen Äußerungen und der internen Wirklichkeit der Partei nicht länger überbrücken ließe und dies einer der Hauptgründe für den Mitgliederschwind gewesen sei. So hatten in letzter Zeit vor allem die während der Franco-Zeit zu der Partei gestoßenen Intellektuellen und Akademiker reihenweise der KP den Rücken gekehrt. Diesem Bedürfnis nach innerer Glaubwürdigkeit der Partei sollte durch eine verstärkte Dezentralisierung und Demokratisierung der Partei Rechnung getragen werden. Hierzu sollte die Öffnung und Intensivierung der internen Debatte, die Miteinbeziehung der unteren Parteiebenen in den politischen Entscheidungsprozeß, und ein neuer Wahlmodus dienen, der die diversen Spektren in der Partei berücksichtigen und dadurch die Repräsentanz der Parteiführung neu begründen sollte.

Daß Carrillo und seine „Alte Exilgarde“, die mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit das ZK der Partei fest in der Hand hatten, diese Forderungen, die ihr politisches Ende bedeutet hätten, abschmettern mußten, lag auf der Hand. So verwundert auch die für Kommunisten inkriminierende Charakterisierung des Manifestes als „fraktionistische politische Aktivität“ nicht. Die Parteispitze sah sich mehr und mehr in die Defensive gedrängt, und bereitete den Boden für den sich ankündigenden Machtkampf.

Im Vorfeld sowie im Verlauf des X. Parteitages zeigte sich denn auch die wachsende Position der Erneuerer. So schafften sie es im Parteibeizirk Madrid, eine Resolution durchzusetzen, die die Zulassung von Meinungsströmungen mit Meinungs- und Publikationsfreiheit verlangte. Die Forderung nach Zulassung von Mehrheiten und Minderheiten in der Partei sowie die Freiheit zu internen Debatten wurden damit begründet, daß Diskussion zwar erlaubt sei, Statuten und Wahlordnung aber die Minderheitspositionen innerhalb der Partei abwürgen würden.

Der X. Parteitag der KPSp vom 28.-31. 7. 81 brachte indessen keine bedeutenden Veränderungen in der Parteipolitik mit sich. Carrillo wurde als Generalsekretär bestätigt, und der Antrag der Erneuerer auf Zulassung von Meinungsströmungen erwartungsgemäß von der Carrillo-Mehrheit abgelehnt. Trotzdem ergaben sich aber Hinweise auf Gewichtsverlagerungen innerhalb der Partei. So kam es bei der Abstimmung über Carrillos Rechenschaftsbericht zu folgendem Abstimmungsverhalten:

689 (67,5%) Ja (Carrillo-Mehrheit)

64 (6,4%) Nein (dogmatische Minderheit)

266 (26,1%) Enth. (Erneuerer und Föderalisten)

Diese Zahlen fanden Bestätigung bei den Wahlen zum ZK. Hier erhielt Carrillo annähernd die gleiche Anzahl an Stimmen, nämlich 687, die ihm, und das war bezeichnend, nur zum Platz 15 reichten(!). Mit weitem Abstand präsentierten sich auf den ersten drei Plätzen neben Dolores Ibarurri (La Pasionaria) zwei den Eurokommunistischen Erneuerern nahestehende Persönlichkeiten: der Gewerkschaftsführer Marcelino Camacho (911) und der stellvertretende Generalsekretär Nikolaus Sartorius (838). In diesem auf 104 Mitglieder verringerten ZK vermochte es Carrillo aber, und dies war entscheidend, seine Position zu festigen: 87 Carrillistas stehen 17 Erneuerern gegenüber. Von den bekannten Prosovjetikos schaffte keiner mehr den Sprung ins neue ZK.

Der Parteitag hatte, obwohl es zu keiner politischen Richtungsänderung gekommen war, die Fronten innerhalb der Partei doch klar abgesteckt. Eine

Übereinstimmung im Sinne des demokratischen Zentralismus, Einigkeit und gemeinsames Tragen der Mehrheitsbeschlüsse nach außen, ließ sich nicht erzielen. Es verstärkte sich höchstens noch der Druck der Erneuerer, die nach dem Parteitag gut ein Viertel der Partei hinter sich wußten. Dies dürfte denn auch der bestimmende Faktor für die im November 1981 einsetzenden Disziplinar- bzw. Säuberungsmaßnahmen gewesen sein. Auslöser war eine Solidaritätsveranstaltung der Eurokommunistischen Erneuerer in Madrid, die zur Unterstützung des aus der Partei ausgeschlossenen Basken Lertxundi und seiner Anhänger abgehalten worden war. Im Verlauf dieser Maßnahmen wurden 56 prominente Parteimitglieder, sechs ZK-Mitglieder, zehn Stadträte, zwei Abgeordnete der Cortes, ihrer Ämter enthoben. Hierunter waren Leute wie Manuel Azcarate, der bis dato „Parteiaußenminister“ und einer ihrer theoretischen Köpfe gewesen war, Pilar Brabo, Christina Almeida, Jaime Sartorius, der Neffe des stellvertretenden Generalsekretärs, und Eduardo Mangada, der erst vor einem halben Jahr für den ausgeschiedenen Ramon Tamames in das Amt des ersten stellvertretenden Bürgermeisters von Madrid aufgerückt war. Der Vorwurf lautete, wie zu erwarten, auf Fraktionismus und führte im nachhinein zum Ausschluß oder Austritt vieler so Disziplinierter und ihrer Anhänger.

Aber es regte sich auch Widerstand. In Madrid führte die Absetzung von fünf kommunistischen Stadträten dazu, daß 48 der 65 kommunistischen Mitglieder des Madrider Stadt- und Regionalparlaments aus Protest ihre Ämter niederlegten und von den Inhabern der Nachrückplätze sich elf aus Solidarität weigerten, die freigewordenen Plätze zu besetzen. Lokale Verbände der KP, die sich weigerten die Sanktionen zu billigen, wurden kurzer Hand von der Parteiführung abgesetzt.

Daß sich indes neue Fronten bildeten, die erst im Jahre 1982 virulent werden sollten, zeigte sich darin, daß sich sowohl der Gewerkschaftsführer Camacho als auch Carrillo-Stellvertreter Sartorius und der Fraktionschef Soie Tura hinter die Erneuerer stellten. Um das hier entstehende Bild abzurunden, muß nochmals erwähnt werden, daß Ende 1981 im Rahmen des „großen Hausputzes“ in einem Aufwasch die Partei auch von den katalanischen „Afghanen“ gesäubert wurde. Carrillo hatte zwar seine wankende Position wieder stabilisiert, indem er seine Hauptgegner ausgeschaltet und mit eiserner Hand die Parteidisziplin durchgesetzt hatte, aber es sollte sich zeigen, daß die Partei schon zu schwach war, diese Roßkur ohne Schaden zu überstehen.

Das Wahldebakel in Andalusien und der taktische Rücktritt Carrillos

Im Juni 1982 erlebte denn die spanische KP in ihrer zweitstärksten Region Andalusien ein in diesem Ausmaß in der Geschichte der Partei einmaliges Wahldebakel. Hatten die Kommunisten von 1977 bis 1979 ihre Wählerschaft konstant von 331.000 auf 476.000 steigern können, so verloren sie 1982 beinahe die Hälfte ihrer Wähler und konnten nur noch 243.000 Stimmen, 8,5% der Bevölkerung, hinter sich vereinigen. Dieser erdrutschartige Wahlverlust kam vor allem den spanischen Sozialisten zugute, die mit 52,6% die absolute Mehrheit gewannen.

Auf dem darauffolgenden ZK-Plenum wurde Carrillo von den eben erwähnten Sartorius und Camacho massiv angegriffen. Sie wiesen nicht nur die Analyse des Generalsekretärs über die Wahlniederlage in Andalusien zurück, sondern kritisierten auch Carrillos Führungsstil. Seine Handhabung der innerparteilichen Differenzen, die Welle von Ausschlußverfahren und die rigide Ablehnung einer Erneuerung der Partei seien für den Niedergang der KP mitverantwortlich. Darauf erklärten sowohl Carrillo als auch Sartorius ihren Rücktritt.

Der Rücktritt Camachos aus dem Exekutiv-Komitee der Partei ging außer auf die bereits genannten Gründe auch auf ein anderes Problem zurück: den Verfall der kommunistischen Gewerkschaftsmacht in Spanien. Sie war der Hauptpfeiler der Kommunisten in der Gesellschaft und ihr bisher einziges politisches Macht- und Druckmittel gewesen. Der Verfall der KPSp hatte sich auch schädlich auf die Comisiones Obreras ausgewirkt. Einerseits befanden sich hier noch vermehrt orthodoxe Kader, andererseits liefen ihnen die Arbeiter zu den immer mächtiger werdenden Sozialisten und ihrer Gewerkschaft UGT davon, gegen die sie sich bei den letzten Betriebswahlen nur noch knapp behaupten konnten.

Daß Carrillo am Schluß des ZK-Plenums seinen Rücktritt widerrief, da er von seiner „alten Garde“ wiedergewählt worden war, wurde ihm von Beobachtern als taktisches Manöver ausgelegt. Er wußte, daß ihn die „alte Garde“, Funktionäre, die mit ihm zusammen schon aus dem Exil die KP geleitet hatten und die bis jetzt jedem seiner Schritte gefolgt waren, auch diesmal weiter tragen würden, zwang durch den Rücktritt aber gleichzeitig seinen Stellvertreter und Kritiker Sartorius, der lange Zeit als Kronprinz galt und von vielen schon euphorisch als „spanischer Berlinguer“ gehandelt wurde, ebenfalls zum Rücktritt – nur daß Sartorius keine „alte Garde“ mit zwei Dritteln der Stimmen hinter sich hatte!

Die Bürokrunistischen Erneuerer hatten indes eine neue Bewegung ins Leben gerufen: die „Vereinigung zur Erneuerung der Linken“, eine Art linken „think tank“, in dessen Vorstand sich Leute wie Manuel Azcarate und Pilar Brabo befinden. Außerdem wurden Wahlplattformen zugunsten der Sozialisten begründet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Kommentierung dieser Vorgänge in der Parteizeitung der italienischen Kommunisten: „In Übereinstimmung mit vielen Kadern der PCE, Intellektuellen aber auch Gewerkschaftsführern, ist festzustellen: die ernsteste Erscheinung ist der Widerstand gegen den Drang zur internen Erneuerung der Partei. Das Image des Eurokommunismus der Partei ist verblaßt; die Kommunisten haben sich in immer heftigeren internen Polemiken verfangen, und viele Wähler haben es seither vorgezogen, für die PSOE zu stimmen, eine Partei mit einem jugendlichen Image, die jetzt für die einzige realistische Alternative gegenüber der Rechten gehalten wird.“ (L'Unità 12. 6. 82)

Bedächtiger Neuanfang oder Ruhe vor dem nächsten Sturm?

Wie eingangs ausgeführt, war Carrillos Position nach der verheerenden Wahlniederlage vom Oktober 1982 nicht mehr zu halten. Er wich am 7. November dem massiven Druck, den Sartorius, die Gewerkschaften und die katalanische KP als stärkster Regionalverband gegen ihn entfalteten. Wie sehr sein Ansehen schließlich gesunken war, konnte man auch daraus ersehen, daß der erste von ihm vorgeschlagene Nachfolgekandidat, Adolfo Pinedo (KP-Vorsitzender der Region Madrid), der sich durch wahre Ausschlussexzesse hervorgetan hatte, vom Exekutiv-Komitee der Partei abgelehnt worden war. Erst der zweite von ihm vorgeschlagene Kandidat, der asturische KP-Chef und Carrillista, Gerado Iglesias, wurde vom ZK schließlich zum neuen Generalsekretär gewählt – in einer für kommunistische Parteien durchaus unüblichen Weise: Iglesias erhielt 64 von 104 Stimmen, je drei stimmten gegen ihn oder gaben ungültige Stimmzettel ab, 15 enthielten sich der Stimme. 19 ZK-Mitglieder waren zur Abstimmung erst gar nicht mehr erschienen. Überdies war er der einzige Kandidat gewesen, da Sartorius kurz zuvor seine Kandidatur zurückgezogen hatte, wohl wissend, daß nur ein Carrillo genehmer Kompromißkandidat die Chance hatte, gewählt zu werden, und daß eine Kampfabstimmung nur die Gefahr einer weiteren Spaltung der Partei vergrößert hätte.

Alle Anzeichen scheinen somit darauf hinzudeu-

ten, daß es kurz- oder mittelfristig zu keiner Konsolidierung der KP Spaniens kommen wird. Carrillo ist bemüht, einen richtungsweisenden Einfluß in der KP aufrechtzuerhalten. Demgegenüber stehen Männer wie Sartorius und Enrique Curiel, die sich zwar hinter jeden Ansatz in Richtung auf eine Erneuerung von seiten des neuen Generalsekretärs stellen, im großen und ganzen aber noch in Reserve bleiben. Gerado Iglesias scheint erst einmal auf eine Festigung seiner eigenen Position hinzuwirken. So verschob er die eigentliche Entscheidung, den geforderten Parteitag, auf das Ende dieses Jahres und benutzte die bisherigen Sitzungen der Parteiführungsgremien im Dezember und Januar dazu, das eigene Terrain abzustecken. Er betonte die Fortführung des eurokommunistischen Kurses bei Abänderung der Methoden: Verstärkung des Dialoges, Aufklärung und Partizipation. Er griff in seinem ersten Rechenschaftsbericht die bisherige Führung an, deren Politik zu einer Entzweiung zwischen Partei und Gesellschaft sowie zwischen Führung und Basis geführt habe, und zeigte sich einer Rückkehr derer gegenüber offen, die die Partei verlassen hatten bzw. ausgeschlossen worden waren, lehnte jedoch jede Diskussion über den Kurs der Partei als Vorbedingung ab.

Auf der ZK-Sitzung im Januar konnte er es gegen großen Widerstand der „alten Garde“ mit 44 gegen 32 Stimmen durchsetzen, daß vier neue Leute in das wohl wichtigste Führungsgremium der Partei, das Sekretariat des Zentralkomitees, gewählt wurden. Bei dieser Sitzung fielen zwei Dinge auf: Zum einen, daß mit Enrique Curiel ein Sartorius und den Erneuerern nahestehender Mann zum stellvertretenden Generalsekretär gewählt wurde, und zum anderen, wie wenig über Inhalt und Verlauf der Tagung an die Öffentlichkeit drang. Dies muß als Anzeichen für die innerparteilichen Spannungen gewertet werden. Es läßt denn auch Prognosen nicht aus dem Bereich der Spekulationen heraustreten. Iglesias ist mit seinen 37 Jahren ein sehr junger, viele meinen sogar: zu junger, Generalsekretär. Dies will aber in Spanien – man denke an Felipe Gonzales – nichts heißen. Ob er als Mitglied der neuen Generation den überkommenen innerparteilichen Leninismus der Partei zu überwinden vermag, oder ob er ihn zur Festigung seiner eigenen Position beibehält oder sogar noch verschärft, sind Fragen, die erst in Zukunft beantwortet werden können. Festzustehen scheint nur, daß die Partei, gerade auch bei der zu erwartenden landesweiten Etablierung einer prosovjetschen KP, zumindest mittelfristig zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt ist.



Europäische Gemeinschaft: Informationsdefizite

Der Termin für die zweite Europa-Wahl steht fest. Auf Vorschlag des Europäischen Parlaments und Beschluß des Rats der Europäischen Gemeinschaft wird in der gesamten EG vom 14. bis 17. Juni 1984 das Europäische Parlament zum zweitenmal direkt gewählt.

Ein Jahr vor der zweiten Direktwahl rüsten sich Parteien, Organisationen und Bewegungen, Informations- und Pressedienste der EG zu umfangreichen vorbereitenden Informationsmaßnahmen. Es geht darum, im Vorfeld der Wahlen den Anspruch der Bürger auf vollständige Information einzulösen.

Nicht ausreichend informiert fühlen sich zweifelsohne viele europäische Bürger. Das liegt einerseits daran, daß die europäische Politik und das, was das Europäische Parlament dazu beiträgt, häufig abstrakt und bezugslos bei den Bürgern ankommt, so daß es von vornherein ablehnende Assoziationen hervorruft. Die Bereitschaft zur konstruktiv-kritischen Betrachtungsweise wird somit oft von vornherein verschüttet. Dies ist z. B. der Fall, wenn die politisch-parlamentarische Abklärung der Interessen oder die interinstitutionelle Auseinandersetzung um Inhalt und Form europäischer Politik beim Bürger nur als sinnentleerte Streiterei oder nutz- und zielloses Nebelschießen ankommt, wodurch ohnehin - wie dann die vorschnelle Schlußfolgerung oft lautet - nichts verändert werden könnte und das außerdem noch viel Geld koste. Von dem, was die Europäische Gemeinschaft konkret zur Verbesserung der wirtschaftlichen oder sozialen Lage im unmittelbaren Lebensbereich der Bürger beiträgt und was davon auf Anstöße durch das Europäische Parlament zurückzuführen ist, kommt nur wenig beim Bürger über. Noch viel weniger von dem, was das Europäische Parlament zu bewegen versuchte, aber mangels ausreichender Befugnisse nicht bewegen konnte.

Den teils schon verfestigten, kurzsichtigen Vorurteilen entgegenzuwirken und positive Informationsinhalte aufzubauen, muß eines der Ziele der Informationskampagne sein. Ansätze dazu gibt es genug. Oder ist den Kritikern und Skeptikern tatsächlich nicht bewußt, daß die Europäische Gemeinschaft seit Jahrzehnten ein Faktor des Frie-

dens und der Stabilität in den internationalen Beziehungen ist? Daß sie den wirtschaftlichen und sozialen Fort- oder Rückschritt durch den Grad ihres Zusammenwirkens entscheidend bedingt? Daß die Befugnisse des Parlaments bei weitem nicht so lächerlich gering sind, wie einige es glauben machen wollen, sondern daß es tatsächlich Einfluß geltend machen kann? Weiß man in den Mitgliedstaaten tatsächlich nicht, welche Vorteile die europäische Integration bietet, und daß diese in vielen Feldern weit über das hinausgehen, was durch einzelstaatliche Maßnahmen erreicht werden kann? Hier gilt es einiges zurechtzurücken. Dies wird die gemeinsame Aufgabe aller sein müssen, in einer koordinierten Aktion der Informationsdienste von Kommission und Parlament sowie der wahlkämpfenden Parteien in Verbindung mit den Medien.

Darüber hinaus gilt es, die Rolle und den Entwicklungsstand des Europäischen Parlaments zu verdeutlichen. Daß das Europäische Parlament das demokratische Sprachrohr der Bürger der Europäischen Gemeinschaft ist, läßt sich sowohl an seinen Erfolgen als auch an seinen Mißerfolgen nachweisen. Es muß deutlich gemacht werden, daß das EP, wo es mit seinen am Gemeinschaftsinteresse orientierten und im parlamentarischen Abklärungsprozeß austarieren Initiativen nicht zum Zug kam, an die unüberwindbare Blockade des im Ministerrat repräsentierten nationalen Interesses gestoßen war.

Daß dies bisher dem Bürger nicht in ausreichendem Maße verdeutlicht worden ist, zeigen die Meinungsumfragen: Nur etwa 54% der EG-Bürger haben, so ermittelten die Demoskopien, Ende 1982 etwas über das Europäische Parlament gehört. Davon haben aber nur ein knappes Drittel (27%) einen eher guten Eindruck, ein gutes Drittel (33%) einen eher schlechten Eindruck gewonnen. Für noch beunruhigender halten es die Meinungsforscher, daß 40% weder einen guten noch einen schlechten Eindruck, nämlich gar keinen Eindruck gewonnen haben.

Wir Deutschen kommen bei diesem Rechenexempel allerdings noch relativ gut weg. Mit einem Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments von 70% stehen wir in der Skala noch vor den Niederländern (66%), den Luxemburgern (61%), den Iren (60%), den Briten (50%), den Belgiern (56%) und den Italienern (52%). Dänen (42%) und Franzosen (40%) bilden das Schlußlicht der Skala. Nur in Italien überwiegt der eher gute Eindruck, wobei in Großbritannien das negative Image des Europäischen Parlaments am stärksten ausgeprägt ist. Bleibt festzuhalten, daß mit der Ausnahme Italien (und in gewissem Umfang Griechenland) die Mehrzahl der Bürger einen eher schlechten oder gar keinen Eindruck vom Europäischen Parlament gewonnen haben.

Schlüsse auf die voraussichtliche Wahlbeteiligung – so meinen die Demoskopon – lassen sich aus einem Vergleich mit den Erhebungen vor der ersten Direktwahl 1979 ziehen. Demgegenüber ist der Bekanntheitsgrad des EP insgesamt gestiegen (um 4%) gegenüber einer vergleichbaren Erhebung vom Herbst 1978. Etwa zwei Monate vor der ersten Europawahl war der Bekanntheitsgrad dann erheblich höher; er lag bei 75 % (Europäische Gemeinschaft insgesamt). Er war damals die Vorstufe für eine EG-weite Wahlbeteiligung von rund 65%, wie sich am Wahltag, dem 10. Juni 1979, herausstellte.

Besonders gefordert sind bei dieser zweiten Wahl die politischen Parteien: Sie müssen zum erstenmal Rechenschaft geben über die Erfüllung eines Wählerauftrags, der sich an den europapolitischen Programmaussagen der ersten Europa-Wahl ausrichtete. Mit einem durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit geschärften Bewußtsein werden die Wähler diesmal strenge Maßstäbe anlegen. Es wird sich daher nicht viel verheimlichen oder beschönigen lassen. Hier müssen die Karten auf den Tisch, für jeden einsehbar: „Wer oder was verhinderte die gemeinsame Aktion?“ wird gefragt werden. Wie läßt sich mehr Gemeinsamkeit zum Wohle aller herstellen? Es muß aber auch klargemacht werden, daß Opfer im gemeinsa-

men Interesse unumgänglich sein werden bzw. daß die sogenannten Opfer letztlich gar keine sind, wenn man Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft in der EG für den einzelnen Mitgliedstaat insgesamt gegeneinander aufrechnet. Information und Wahlbeteiligung sind somit eng miteinander verknüpft. Neben der parteipolitischen Kampagne – die sich in eine mehr allgemeine Informations- und Mobilisierungskampagne für parteilich gebundene Multiplikatoren und den eigentlichen Wahlkampf gliedern wird – muß es daher auch eine Vielzahl neutraler Aufklärungsmaßnahmen geben.

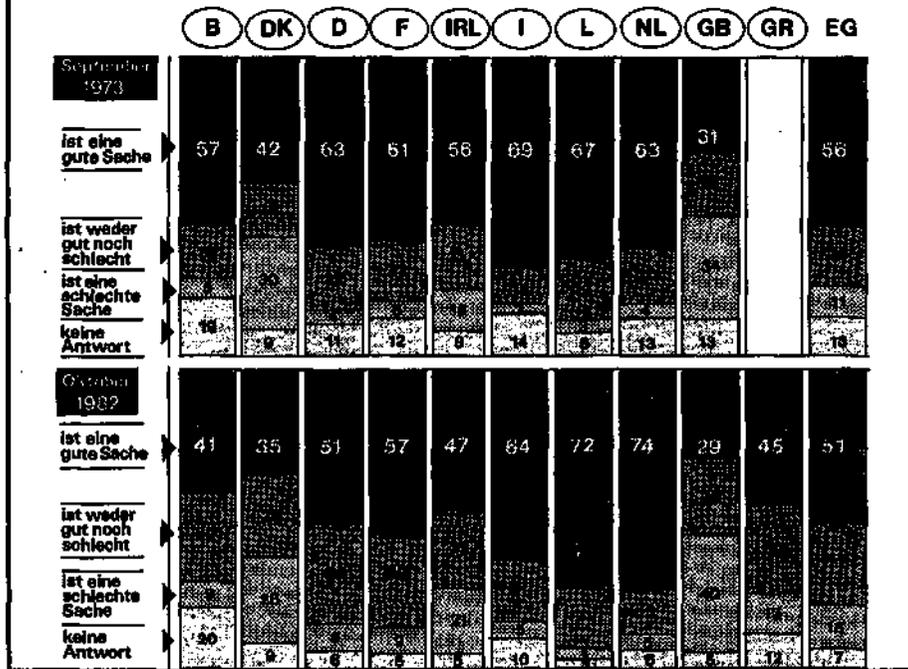
Besondere Informationsdefizite wurden von den Demoskopon bei den Frauen und Jugendlichen nachgewiesen. Einen Informationsvorsprung habe demgegenüber die Gruppe der „Meinungsführer“, so meinen die Demoskopon, bei denen der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments doppelt so hohe Werte aufweist wie bei den „Nichtmeinungsführern“. Gleichzeitig herrscht aber bei dieser Gruppe der „schlechte Eindruck“ vor.

Die neutrale Informationskampagne verfolgt daher ein dreifaches Ziel: das Interesse der Medien zu wecken, die Meinungsmultiplikatoren anzusprechen und die Wähler auf den Wahltermin 1984 aufmerksam zu machen.

Elfi Schöner (Bonn)

Haltung in den EG-Staaten zur EG-Mitgliedschaft

Angaben: in Prozent. Quelle: Eurobarometer 18. Copyright: EG-Magazin.



Frankreich: Eine schwierige Koalition

Die KP hat in der Koalition mit den Sozialisten fortwährend dicke Kröten zu schlucken. Unzufriedenheit macht sich aber auch in den Reihen der PS breit.

Ein beliebtes Gesellschaftsspiel in Frankreich, von zahlreichen Politikern betrieben und von der Presse aktiv unterstützt, besteht gegenwärtig darin, von Gesprächspartnern Antwort auf die Frage zu erheischen: „Wie lange noch?“ Genauer: Wie lange noch wird die gegenwärtige Regierungskoalition währen, die in der Hauptsache von Sozialisten und Kommunisten sowie aus einigen linksbürgerlichen Persönlichkeiten (deren politisches Gewicht jedoch geringfügig ist) gebildet wird?

Daß eine solche Frage sich zwei Jahre nach der Bildung der Linksregierung stellen kann, deren Dauer, theoretisch zumindest, bis zu den im Jahre 1986 fälligen Parlamentswahlen „eingeplant“ ist, erscheint an sich schon charakteristisch: Sie ist der Ausdruck der ungeheuren Schwierigkeiten, denen sich die von Pierre Mauroy geleitete Regierung gegenüber sieht. An dieser Stelle soll nicht auf die spezifischen wirtschaftlichen Probleme, auf das gewaltige Loch im Staatshaushalt, auf das ungeheure Defizit im Außenhandel, auf die Probleme der Arbeitslosigkeit und der stagnierenden Ökonomie, eingegangen werden. Sie sind bekannt. Wie auch heute niemand mehr ignorieren kann, daß die sozialistische Regierung schon seit längerer Zeit die früher gültigen Thesen von der „Ankurbelung“ der Wirtschaft, vom „Dirigismus“, faktisch aufgegeben hat, um mehr „klassischen“ Regelungen, an der Marktwirtschaft orientiert, den Vorrang zu geben.

Es geht uns mehr darum aufzuzeigen, zu welchen Konflikten diese Entwicklung geführt hat und wie sie von den verschiedenen Partnern der Regierungskoalition empfunden werden. Es ist unbestreitbar, daß das, was man als „Realpolitik“ bezeichnen könnte – insbesondere die Abschöpfung „zu großer Kaufkraft“ – zu einer eigentlichen Vertrauenskrise geführt hat, und zwar zunächst innerhalb der sozialistischen Reihen. Tatsache ist nämlich, daß die von Premierminister Mauroy befürwortete und von Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors ins Werk gesetzte Politik auf heftigen Widerstand gestoßen ist: nicht nur bei dem früheren Industrieminister Jean-Pierre Chevènement, Chef des marxistischen CERES-Flügels innerhalb der Sozialistischen Partei, der sich aus der

Regierung zurückzog, sondern auch bei anderen führenden Sozialisten wie Pierre Joxe, Chef der sozialistischen Parlamentsfraktion, Christian Goux, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Nationalversammlung, und Parlamentspräsident Pierre Mermaz, um nur diese zu nennen, die immer als treue „Mitterrandisten“ galten und die weiterhin, wie es scheint, das Vertrauen des Staatsoberhauptes genießen.

Nun sollte man daraus nicht den Schluß ziehen, daß es sich da um eine „Revolte“ gegen Mitterrand handele. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wird auf dem für den Monat Oktober angesetzten Parteitag der PS nur der CERES eine Resolution einbringen, in der klar gesagt werden soll, daß die gegenwärtig betriebene Politik „nicht sozialistisch“ sei, wie es Jean-Pierre Chevènement mehrmals eindeutig formuliert hat. Die anderen, alle anderen, werden sich wohlweislich hüten, offen gegen eine Politik Stellung zu nehmen, für die letzten Endes der Staatsoberhaupt persönlich verantwortlich ist. Der CERES wird, wenn er seine rein negative Haltung beibehält, in einer hoffnungslosen Minderheit bleiben: geziemt es einem Sozialisten, gegen seine „eigene“ Regierung Stellung zu nehmen? Das ist ein Problem, das auch aus anderen Ländern bekannt ist.

Viel interessanter ist daher die Frage, welche Alternative die sozialistischen Gegner der gegenwärtigen Regierungspraxis anzubieten haben. Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors, Vertreter des „Realismus“, hat offen erklärt, daß ihm die Vorschläge von Chevènement, Pierre Joxe und anderen als „utopisch“ und „gefährlich“ erscheinen. Austritt aus dem Europäischen Währungssystem? Eine Politik des Protektionismus? Welche Folgen für das Land hätten so drastische Maßnahmen? Es muß zugegeben werden, daß es auf diesem Gebiet an positiven Antworten mangelt. Kann ein Land wie Frankreich, wirtschaftlich und finanziell so abhängig von seinen Nachbarn, sich abkapseln? Es fällt auf, daß diese Probleme nie in ernsthafter Weise diskutiert worden sind. Vielleicht auch aus einem Grunde, der eine ganz prinzipielle Frage aufwirft: „Was ist sozialistische Politik in unserer heutigen Zeit, in einer Periode struktureller Krisen, und wie kann sie konkret umschrieben werden?“ Interessant in dieser Beziehung: in verschiedenen Texten, die dem kommenden Parteitag vorliegen werden, wird diese Frage in verschiedenen Variationen aufgeworfen. Und so scheinen sich da zwei Lager gegenüberzustehen: das eine, von Chevènement besonders eindeutig vertreten, tritt für eine „voluntaristische“ Politik ein (mit-

unter sehr „national“ formuliert), während Mauroy und Delors letzten Endes, wie es ein Sozialist, frei nach Beckett, formulierte, „auf Godot warten“, das heißt, auf einen konjunkturellen Wirtschaftsaufschwung, ausgehend von den Vereinigten Staaten. Bis dahin – heute, morgen, übermorgen – müssen Löcher gestopft, müssen „Opfer“ gebracht werden.

Während Chevènement und seine Freunde meinen, die Regierung betreibe „eine links gefärbte“ Politik im Stil des früheren Premierministers Raymond Barre, weisen andere französische Sozialisten darauf hin, daß dieser Vorwurf völlig ungerecht sei: Hat denn diese Regierung nicht systematisch die Kaufkraft der ärmsten Volksschichten erhöht, hat sie nicht das Rentenalter auf 60 Jahre herabgesetzt, hat sie nicht fast alle sozialen Leistungen gesteigert? Und schließlich: Kann man inmitten einer wirtschaftlichen Rezession, die Frankreich wegen der relativen Rückständigkeit seiner Industrie besonders hart trifft, mehr und anderes tun?

Das sind, stark resümiert, die Probleme, die gegenwärtig im sozialistischen Lager erörtert werden. Bezeichnend für die Debatten: von außenpolitischen Problemen ist dabei kaum die Rede. Wohl ist Jean-Pierre Cot, Minister für die Probleme der Dritten Welt, zurückgetreten, weil er meinte, im von Frankreich beherrschten Teil Afrikas sei die „neo-kolonialistische“ Tendenz nicht verschwunden. Aber es ist zu keiner ernsthaften Diskussion über diese Fragen gekommen. Der Grund: Staatspräsident Mitterrand zeichnet für diese Probleme höchstpersönlich verantwortlich.

Noch bezeichnender: die Probleme der Verteidigung, der atomaren Rüstung, der Nachrüstung, werden kaum oder nur am Rande erörtert. Der Grund: Im sozialistischen Lager besteht ein Konsens, nicht nur, was natürlich erscheint, über die Notwendigkeit für Frankreich, fest innerhalb der atlantischen Allianz verankert zu bleiben. Es besteht auch Übereinstimmung, wenn es gilt, die autonome französische Atomwaffe zu bewahren und für die Stationierung der Pershing-Raketen in Westeuropa (aber nicht in Frankreich) einzutreten. Diese Haltung erscheint um so interessanter, als einige Flügel des französischen Sozialismus, vor allem der des CERES, traditionell sehr anti-amerikanisch eingestellt waren. Wie dem auch sei; weder die Erklärungen Mitterrands vor dem Bundestag noch die Unterzeichnung der von Reagan konzipierten Verteidigungsresolution auf der Gipfelkonferenz in Williamsburg haben zu ernsthaften Diskussionen innerhalb der PS geführt.

Nur Georges Marchais, Generalsekretär der KPF,

fand die Unterzeichnung dieser Erklärung „erstaunlich“. Für einen Kommunisten, treu der sowjetischen Außenpolitik verpflichtet, war das das Mindeste, was er tun konnte. „Erstaunlich“ erscheint denn auch überhaupt die Haltung des Koalitionspartners der Sozialisten. Offen bekennt die KPF, die mit zwei Ministern und zwei Staatssekretären in der Regierung vertreten ist, daß ihr die offizielle Wirtschaftspolitik „Sorgen“ bereite. Tatsache aber ist, daß die Minister der Partei, wenn man sie befragt, ihr „volles Einverständnis“ mit der Politik des Staatsoberhaupts bekunden. Die kommunistischen Minister haben denn auch widerspruchlos die Außen- und Verteidigungspolitik Mitterrands unterstützt: im gleichen Augenblick, da Generalsekretär Marchais sie vorsichtig kritisierte.

Was also, so fragen sich viele in Frankreich, wollen die französischen Kommunisten, was ist ihre „Strategie und Taktik“? Die erste und, wie uns scheint, wichtigste Antwort auf diese Frage: Die KPF befindet sich in einer Zwangslage. Sie hätte heute, da ihre Opposition gegen die wichtigen wirtschaftlichen und außenpolitischen Orientierungen der französischen Politik eindeutig ist, allen Anlaß, die Regierung zu verlassen. Wenn sie es nicht tut – oder zumindest nicht sofort – so vor allem deshalb, weil sie sich selbst in einer Position der Schwäche befindet. Und diese Schwäche ist vor allem prinzipieller, ideologischer Natur. Im Gegensatz zu der Situation, wie sie sich in früheren Jahrzehnten darstellte, erscheint heute der traditionelle Gegensatz zwischen „Revolutionären“ und „Reformisten“ nicht mehr als das entscheidende Element. Die soziale Basis der KPF – Industriearbeiter, Angestellte des öffentlichen Dienstes vor allem – lebt nicht mehr im Zeichen dieses Gegensatzes und hat selbst ein „reformistisches“ Bewußtsein. Ihre ideologische Bindung an den Sowjetkommunismus wird gegenwärtig von zahlreichen ihrer Wähler nicht mehr als glaubwürdig erachtet. Es handelt sich in der Hauptsache um „Protestwähler“, um Menschen, die die KPF nicht als eine revolutionäre Organisation betrachten, sondern mehr als ein Gebilde, das ihr eigenes Unbehagen an den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen in dieser oder jener Form zum Ausdruck bringt.

Und diese Wählermasse ist fluktuierend geworden. Sie kann, wie es in den letzten Jahren geschehen ist, zu einem großen Teil für die Sozialisten stimmen. Sie kann aber auch morgen anderen Protestparteien ihre Stimme geben. Die kommunistische Parteilührung ist sich dieser Situation voll und ganz bewußt. Sie weiß, daß ihr die meisten Intellektuellen den Rücken gekehrt haben. Sie kann nicht übersehen, daß die

von ihr geleitete CGT-Gewerkschaft, eine ihrer Hauptbastionen, stark geschwächt ist, und sie kann nicht übersehen, daß die für sie so wichtigen Gemeindeverwaltungen, in denen sie noch herrscht, stark gefährdet sind.

Die KPF muß also damit rechnen, daß ein Absprung aus der von den Sozialisten geführten Regierung nicht unbedingt von ihren Wählern verstanden würde. Auf der Rechten bieten sich keine Bündnispartner. Sich gegen alle stellen? Mit welchem glaubwürdigen Programm? Mit welcher Perspektive? Die KPF-Führung könnte in eine vollständige Isolierung geraten, sie müßte damit rechnen, von einer Massenorganisation mit einem Wähleranteil von noch immer 15 Prozent zu einem marginalen Gebilde innerhalb der Gesellschaft zu werden.

So ist es wohl auch zu verstehen, daß die KPF, wie Marchais erklärte, „viele Kröten schluckt“, nicht protestiert, wenn Mitterrand scharfe antisowjetische Erklärungen abgibt und etwa 47 sowjetische Diplomaten ausweist. Ihr sind im Augenblick die Hände gebunden. Das bedeutet natürlich nicht, daß sie nicht eines Tages „abspringen“ werde. Das erscheint auf längere Sicht sogar als wahrscheinlich.

Indessen sollte man nicht übersehen, daß der Status einer Regierungspartei der KPF einige Vorteile bietet, die sie aus ihrer Sicht nicht als zweitrangig betrachten kann: vor allem die Tatsache, daß sie, wie einer ihrer Sprecher erklärte, „jetzt auf verschiedenen Ebenen des Staatsapparats vertreten ist“, was in der Tat einem Ziel entspricht, das sich die KPF im

Laufe ihrer Existenz häufig gestellt hatte.

Es kommt hinzu, daß die Regierungsbeteiligung ihr dennoch eine gewisse Aktionsautonomie ermöglicht. Während die kommunistischen Minister sowohl die Wirtschafts- als auch die Außenpolitik des Staatspräsidenten billigen, nimmt sich die kommunistisch gesteuerte CGT-Gewerkschaft das Recht heraus, offen, wenn auch maßvoll, gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu protestieren. Während die gleichen Minister die Außenpolitik des Staatschefs gutheißen, veranstaltet die KPF ein „Friedensfest“, in dessen Verlauf die Stationierung der Pershing-Raketen in Westeuropa in Grund und Boden verdammt wird, wogegen einige Teilnehmer, die den gleichen Protest gegen die sowjetischen SS 20 erheben wollen, als „amerikanische Agenten“ bezeichnet werden.

Und schließlich mag die KPF die Hoffnung hegen, daß die „harten“ Maßnahmen, die in Frankreich bevorstehen – Senkung des Lohn- und Gehaltsniveaus – von den Wählern der PS angekreidet werden und nicht ihren eigenen Ministern...

François Mitterrand ist hingegen davon überzeugt, daß es ihm auch weiterhin gelingen werde, die KPF zu „disziplinieren“. Er geht, wie es scheint, davon aus, daß diese Organisation, die ideologisch „bolschewistische“ geblieben ist, ihre Zukunft hinter sich habe. Einen Beweis dafür erblickt er auch in der Tatsache, daß der kommunistische Einfluß innerhalb der Industrie- und Arbeiterschaft die stärksten Einbußen erlitten hat.

Gustave Stern (Paris)

Griechenland: Lob der Privatindustrie

Premierminister Papandreu sucht sein Verhältnis zur Privatindustrie in Ordnung zu bringen. Indessen gärt es im Öffentlichen Dienst.

„Eigenartige Verbindungen“ sieht die Regierung in der jüngsten Streikwelle. So versuchen etwa die Privatschullehrer ihre Interessen gemeinsam mit den Lastwagen-, Bus- und Taxifahrern durchzusetzen. Das alles zieht in den Augen der Regierung auf die Ausrufung eines landesweiten Streiks, hinter dem dunkle Beweggründe stehen, jedenfalls nicht die Interessen des Volkes. Die Regierung ließ denn auch erklären, daß sie keinerlei „schwerwiegende Hem-

mungen“ habe und nicht zögern werde, Maßnahmen zu ergreifen, die zwar nicht mit „gewissen Prinzipien“ übereinstimmen würden, wohl aber für die Bürger und die Gesamtgesellschaft notwendig seien. Anders gesagt: die Mobilisierung der öffentlichen Meinung.

Dabei sieht es gesamtwirtschaftlich gar nicht so finster aus: Allen Anzeichen und verfügbaren Informationen zufolge werden die Verhandlungen der griechischen Regierung mit den Organen der EG in Bälde zu positiven Entwicklungen führen. Die Probleme von prinzipieller Bedeutung sieht die Regierung bereits als gelöst an. Griechenland wird in der EG bleiben und verhandelt innerhalb deren rechtlichen und institutionellen Rahmen. Das geht auch aus einer Rede des Premierministers vor der Athener

Industrie- und Handelskammer hervor. Papandreou stellte fest, daß die Gemeinschaft auf das griechische Memorandum zum Ressourcentransfer nach Griechenland „aufgeschlossen und im Grundsatz zufriedenstellend“ reagiert habe. Er sei jedoch der Ansicht, daß diese befriedigende Antwort die Frage des Schutzes der griechischen Industrie – einer der Hauptpunkte des Memorandums – ungenügend berücksichtigt worden sei.

Offenbar laufen die Vorstellungen der Regierung darauf hinaus, die griechischen Forderungen auf dem Wege einer Ausnahmeregelung vom Artikel 95 der Römischen Verträge zu erfüllen. Dem Premierminister zufolge hat die Kommission „eine Tür offengelassen“, die wir weiter aufstoßen müssen – in der Hoffnung, daß die erforderlichen Verhandlungsergebnisse erzielt werden, die Griechenland erlauben, die großen Veränderungen im Lande durchzuführen und den Wettbewerb mit den Ländern zu bestehen, die Sonderabkommen mit der Gemeinschaft haben. Daneben möchte die Regierung von der Gemeinschaft die Möglichkeit erhalten, für eine Übergangsperiode Maßnahmen zum Schutz der Industrie zu ergreifen. Gleichzeitig will sie um einen weiteren dreijährigen Aufschub für die Einführung der MWSt in Griechenland bitten.

Des Premiers Rede vor der Athener Industrie- und Handelskammer – anläßlich einer Preisverleihung an solche Industrielle, die sich durch hohe Exportsteigerungen ausgezeichnet haben – läßt auch einen weiteren erfolgversprechenden Schluß zu. Kammerpräsident Efraimoglou bemerkte sehr richtig, daß die Anwesenheit des Premierministers die Bedeutung unterstreiche, die dieser dem Privatsektor, der Privatinitiative und dem Exportgeschäft zumesse: als Motoren einer wirkungsvollen Wirtschaftspolitik, als wirtschaftliche Belebungs-faktoren und – für die Kammer selbst – als Instrument beiderseitiger Kommunikation mit den produktiven Klassen. Der Premierminister seinerseits betonte mit größerem Nachdruck als jemals zuvor die Notwendigkeit und Bedeutung der Privatinitiative und sprach von einer „Ehe“ der öffentlichen und sozialisierten Unternehmen mit privaten Unternehmen; bei der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes spiele die Privatinitiative die entscheidende Rolle. „Eine Veränderung der Organisationsstruktur ist notwendig“, sagte er, „und ich möchte hervorheben, daß der öffentliche Sektor in Griechenland hoch entwickelt ist; ungefähr die Hälfte des Nationalprodukts wird auf dem Gebiet des öffentlichen Sektors erwirtschaftet. Aber die öffentlichen Unternehmen sind

auf einer fehlerhaften Grundlage errichtet worden, denn wir haben ein Verhältnis von 2 : 1 zwischen den mit verwaltenden und den mit produktiven Tätigkeiten Beschäftigten, und das ist die Ursache des Defizits im öffentlichen Sektor. Wenn wir von Produktivität reden, denken wir nur an die Schwerindustrie statt an all die Aktivitäten, die auch in kleinen Unternehmen entfaltet werden, welche sehr effizient arbeiten können, wenn sie – mit modernen Methoden und moderner Verwaltung – vernünftig organisiert sind. Deshalb ist die „Ehe“ zwischen öffentlichen, sozialisierten und privaten Unternehmen unser Ziel.“

Es hat also den Anschein, als werde es eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den produktiven Bevölkerungsschichten geben, zumal sich die Geschäftswelt im vollen Umfang darüber bewußt zu sein scheint, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Probleme einen äußerst kritischen Punkt erreicht hat und die Sorgen der Regierung auch ihre eigenen sind. Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den produktiven Schichten stellt heute nicht nur ein soziales und wirtschaftliches Ziel dar, sondern auch ein nationales „Muß“, wie beide Seiten nun verstanden zu haben scheinen. Und dies stimmt zuversichtlich.

In der ersten Juli-Woche brachte die griechische Regierung im Parlament einen überaus wichtigen und im Parlament wie in den Medien heiß umkämpften Gesetzentwurf durch: das Gesetz über die Sozialisierung des öffentlichen Sektors, das in Griechenland erstmals eine Art Mitbestimmung der Arbeitnehmer in öffentlichen Unternehmen (Olympic Airways, Griechische Elektrizitätsgesellschaft DEH etc.) einführt. Die Arbeitnehmervertreter in diesen Unternehmen werden von den Belegschaften gewählt und mit vollen Rechten an den höchsten Entscheidungsorganen der Unternehmen, den Aufsichtsräten, beteiligt.

Wichtigstes Element dieses Gesetzes, für das demnächst noch besondere Ausführungsbestimmungen erlassen werden, ist jedoch der Artikel 4, der das Streikrecht besser absichert, als es bisher der Fall war. Er greift substantiell in das Verfahren der Einleitung eines Streiks ein: Bislang wurde die Entscheidung über eine Arbeitsniederlegung von der Führung der jeweiligen Gewerkschaft getroffen, ohne daß die Führung formal verpflichtet gewesen wäre, ihre Mitglieder nach ihrer Streikbereitschaft zu fragen. Nach Artikel 4 des neuen Gesetzes hängt die Durchführung eines Streiks nicht mehr von der Entscheidung der Gewerkschaftsführung ab, sondern

von einer Abstimmung aller Gewerkschaftsmitglieder. Um einen Streik einzuleiten, bedarf es jetzt einer einfachen Mehrheit von 50 % + 1 Stimme aller eingeschriebenen und nicht beitrags säumigen Mitglieder.

Der Gesetzentwurf wurde von den Oppositionsparteien – der rechten „Neuen Demokratie“ (ND) und der (dogmatischen) Kommunistischen Partei des Auslands – erbittert bekämpft, die hier zum ersten Male eine informelle „unheilige Allianz“ bildeten, wie zu bemerken war. Obwohl das Gesetz vom Parlament angenommen wurde, erklärte ND-Führer Averoff, seine Partei werde auf ihre Mitglieder einwirken, vom Streikrecht keinen Gebrauch zu machen, denn dies würde sich negativ auf die griechische Wirtschaft auswirken. Redner beider Oppositionsparteien behaupteten, das ganze Sozialisierungsgesetz sei nur ein Vorwand gewesen, um den Artikel 4 durchzubringen, der ihnen zufolge die Streikfreiheit einschränke.

In Wirklichkeit wird die Streikfreiheit nicht beschränkt, sondern auf eine demokratische Grundlage gestellt, denn die Entscheidung über einen Streik wird nicht von einer Minorität, der Gewerkschaftsführung, gefällt, sondern von der Mehrheit aller Gewerkschaftsmitglieder. Das heißt nicht, daß es nun notwendigerweise zu mehr oder weniger Streiks kommen wird. Ziel der Regierung bei der Übertragung der Streikentscheidung auf die Gewerkschaftsmitglieder war es aber zweifellos, Einfluß auf die Häufigkeit der Streiks zu nehmen. In der Tat sind Streiks in öffentlichen Unternehmen wie Olympic Airways oder im Personenverkehr alles andere als selten gewesen. Die Regierung, aber auch ein großer Teil der Bevölkerung, die infolge dieser Streiks oft große Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen hat, sehen in den Streiks einen Mißbrauch einer wirtschaftlichen Schlüsselstellung, denn die in diesen Unternehmen Beschäftigten beziehen nicht nur verhältnismäßig höhere Gehälter als Arbeitnehmer in der Industrie und im privaten Sektor überhaupt, sondern erfreuen sich als Staatsdiener auch einer Arbeitsplatzsicherheit, von der die Kollegen im Privatsektor nur träumen können.

Hätte die Regierung die Arbeitnehmerforderungen im öffentlichen Sektor akzeptiert, so hätte sie ihre Einkommenspolitik gefährdet, und das wäre ein Signal für entsprechende Forderungen in anderen Sektoren gewesen. Am Ende hätte die Inflation wieder dramatisch zugenommen, und der ohnehin schon schwer geprüften Wettbewerbsfähigkeit griechischer Produkte wäre ein schwerer Schlag versetzt worden.

Die griechische Gewerkschaftsbewegung wurde bislang von einer Führungselite beherrscht, die sich nicht immer eng an den Erwartungen der Mitgliedschaft orientierte, sondern eine relativ unabhängige Politik verfolgte. Unter dem neuen Gesetz, so hofft die Regierung, wird sich die innergewerkschaftliche Situation etwas verändern.

Die öffentlichen Unternehmen weisen im allgemeinen eine niedrige Produktivität auf, und die meisten von ihnen haben große Defizite, die vom Steuerzahler ausgeglichen werden müssen. Sozialisierung und Mitbestimmung sollen ein System von Anreizen schaffen, aber auch das Verantwortungsbewußtsein der Arbeitnehmer stärken. Zudem, so hofft Wirtschaftsminister Arsenis, soll damit die Effektivität dieser Unternehmen gesteigert werden. Obwohl nicht ausdrücklich erklärt, so wird doch erwartet, daß die Streikhäufigkeit abnehmen wird. Denn, so rechnete der Redner der Mehrheitsfraktion in der Parlamentsdebatte vor, sein einziger Streiktag bei Olympic Airways koste den Steuerzahler schon 100 Mio. Drachmen (rd. 2,6 Mio. DM). Die öffentlich Bediensteten, fuhr er fort, müßten ein Sozialverhalten an den Tag legen, das solche Tatsachen berücksichtigt.

Sicher ist, daß die Opposition gegen das neue Gesetz anhalten wird – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven heraus. Sicher ist auch, daß die Mehrheit der griechischen Bevölkerung, die unter den vielfältigen und – wie sie es im allgemeinen sieht – ungerechtfertigten Streiks in einigen öffentlichen Unternehmen beträchtlich zu leiden hatte, die Regierung vorbehaltlos unterstützt – auch dann, wenn sie sich in der Zukunft genötigt sehen sollte, eine härtere Linie einzuschlagen.

Artemis Kyrilazis (Athen)

Großbritannien: Vom Wahlkampf zum Überlebenskampf

Der Labour Party fällt es offensichtlich schwer, Lehren aus ihrer schweren Wahlniederlage zu ziehen.

Ein widersprüchliches Ergebnis der britischen Parlamentswahlen (General Election) ist es zweifellos, daß sich die Mehrheit der Wähler keineswegs der Konservativen Partei in die Arme geworfen hat; trotzdem erteilten die Wähler Labour eine Abfuhr und flirteten statt dessen mit der Allianz. In der Tat: die vielleicht spektakulärste Zahl innerhalb des Wahlergebnisses ist, daß die Konservativen, obwohl sie einen überwältigenden Sieg – die größte Regierungsmehrheit seit 1935 – errangen, um 1,5% schlechter abschnitten als bei der Wahl von 1979. Ursache dafür war natürlich das seit langen Jahren erstmalige Wiederauftreten einer dritten parteipolitischen Kraft.

Ihr erklärtes Ziel, das eingefahrene Zwei-Parteien-System aufzubrechen, hat die Allianz von Liberalen und SDP völlig verfehlt. Zudem verlor sie die meisten jener Abgeordneten, die sich von Labour abgespalten hatten. Aber sie zog so viele Stimmen von Labour ab (drei Viertel der Allianz-Wähler sind ehemalige Labour-Wähler), daß konservative Kandidaten zur eigenen Überraschung fast allerorten auf der ganzen Linie siegten.

Der Stimmenanteil für die dritte Partei, für die „Mitte“, war der höchste seit 60 Jahren, und seine Größenordnung illustriert die Ironie, daß – obwohl Mrs. Thatcher und ihre extremistische Politik den Sieg davontrugen – der unverkennbare Wunsch nach Mäßigung von weitaus größerer Bedeutung war. Tatsächlich hat die Allianz den zweiten Platz in der Wählergunst nur knapp verfehlt. Ein weiteres beachtenswertes Ergebnis der Wahl ist das Mißverhältnis

zwischen der Zahl der auf die jeweiligen Parteien entfallenen Stimmen und der Zahl der von ihnen errungenen Mandate. Beträgt das Stimmenverhältnis Konservative : Labour : Allianz ungefähr 3 : 2 : 2, so besteht bei der Sitzverteilung ein Verhältnis von 17 : 9 : 1. Für die Notwendigkeit eines Verhältniswahlrechts könnte wohl kein überzeugenderes Beispiel eronnen werden. Für die Wahl eines Liberalen oder SDP-Kandidaten mußten achtmal soviel Stimmen aufgebracht werden wie für die eines Labour- oder Tory-Kandidaten.

Von einigen regionalen Ausnahmen wie den West Midlands abgesehen, handelte sich die Labour Party eine vernichtende Niederlage ein. Die schlimmsten Einbrüche hatte sie im Süden und Südosten (außer London) zu verzeichnen, wo Labour nur noch zwei von 110 Parlamentssitzen erobern konnte. In mehr als zwei Dritteln der 397 von den Konservativen gewonnenen Wahlkreise landete Labour nur auf dem dritten Platz. Insgesamt war Labours Stimmenanteil von 27,6% – 9% weniger als 1979 – der niedrigste der Partei seit 1918. Auf der politischen Landkarte erscheint die Labour Party in die Industriestadtzentren der West Midlands und des Nordens abgedrängt. Bei alledem ist klar, daß es eine Mammutaufgabe sein wird, beim nächsten Mal eine parlamentarische Mehrheit zu erobern. Um diese zu erreichen, bräuchte Labour einen Nettogewinn von fast 120 Sitzen und einen Auftrieb in der Wählergunst um mindestens 12% – mehr als je zuvor seit 1945.

Die Labour Party steckt also in großen Schwierigkeiten, und die große Frage für die Wahlforscher 1983 ist nicht, warum die Konservativen den Sieg davongetragen haben, sondern warum die Labour Party verloren hat. Es ist auch das entscheidende Thema für die Partei selbst, um so mehr als sie nun, nachdem Michael Foot sich entschieden hat, im Oktober nicht mehr für das Amt des Parteiführers zu kandidieren, auf der Suche nach einem Nachfolger ist.

Labours eigene Erklärungen für den abgrundtiefen

Ergebnis der britischen Parlamentswahlen vom 9. Juni 1983

	Stimmen (in Mio.)	Stimmenanteil (%)		Differenz zu 1979	Mandate 1983	Gewinne/ Verluste
		1983	1979			
Konservative	13	42,4	43,9	– 1,5	397	+ 41
Labour	8,46	27,6	36,9	– 9,3	209	– 30
Liberalen	7,77	25,4	13,8	+ 11,6	17	+ 6
SDP			–		6	– 16
Sonstige		4,6	5,4	– 0,8	21	+ 4

Absturz unterscheiden sich – kaum überraschend – von denen der professionellen Auguren. Einer dieser Wissenschaftler ersann eine Nach-Wahl-Meinungsumfrage, um genau herauszubekommen, wer weshalb für wen gestimmt habe. Das Ergebnis liest sich erschreckend: was dieser Umfrage zufolge Labour umbrachte, waren weitere Verluste von Arbeiterwählern. 1959 noch stimmten 62% der Arbeiter für Labour, 1983 nur noch 38%. Am 9. Juni hatten so viele Wähler aus der Arbeiterklasse sich der Allianz zugewandt, daß die Labour Party, hätte sie diese Arbeiter halten können, einen glatten 5%-Vorsprung vor den Konservativen erhalten hätte. Sogar unter den Gewerkschaftern führt Labour nur noch mit einem 7%-Vorsprung. Der Trend weg von der Klassenzugehörigkeit als ausschlaggebender Faktor der Wählerentscheidung setzt sich unbarmherzig fort.

So mag es sich durchaus verhalten. Aber wo liegen die Ursachen? Besonders in diesem Wahlkampf, so meinen die meisten Leute, sei Labour über die Verteidigungspolitik gestolpert. Nicht nur, daß die von Labour geforderte einseitige Abrüstung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurde – die Partei scheiterte auch kläglich bei dem Versuch, ihre internen politischen Differenzen nicht nach außen durchdringen zu lassen. So wurde das Image einer in sich völlig zerstrittenen Partei wieder aufpoliert. Natürlich war auch die Arbeitslosigkeit eines der zentralen Wahlkampfthemen, aber Foot und seinen Genossen gelang es nicht, die Leute davon zu überzeugen, daß sie irgendetwas daran ändern könnten, ohne die Inflation wieder anzuheizen. Mrs. Thatchers Propaganda hingegen kam an.

Auf fast allen Gebieten war Labours politisches Konzept unpopulär – ausgenommen die Sozial- und Gesundheitspolitik. Der geforderte Rückzug aus dem Gemeinsamen Markt erwies sich als ein weiterer Negativposten, und in Sachen Frieden, Prosperität, Verbrechensbekämpfung, Mieten und Wohnen, Streiks und Steuern wurde die Politik der Konservativen jederzeit vorgezogen. Die neue Arbeiterklasse ist verbürgerlicht.

Auch die Wirkung von Michael Foot als Parteiführer darf nicht unterschätzt werden. Er, den 63% der nach der Wahl Befragten für den schlechtesten der drei Premierministerkandidaten hielten, war sicherlich alles andere als eine Wahllokomotive. Mrs. Thatcher hingegen rangierte während des gesamten Wahlkampfes ganz oben. In der Labour Party selbst wird die Unpopularität der eigenen Politik als mögliche Ursache der Wahlniederlage geflissentlich ignoriert. Statt dessen ist von der „Rechtspresse“ die Rede; von

den „Renegaten des rechten Flügels“ in der Parteiführung, die das Wahlmanifest nicht unterstützt und es den Wählern nicht verkauft hätten; sogar davon, daß das Manifest selbst nicht sozialistisch genug und daher unattraktiv gewesen sei. Wie es scheint, ist – zumindest an der Basis – kaum mehr als eine Hand voll bereit, den Realitäten ins Auge zu sehen und die Notwendigkeit eines radikalen politischen Neubeginns anzuerkennen. Nicht anders sehen es viele frischgebackene Abgeordnete der arg zusammengeschrumpften Parlamentsfraktion und die Gewerkschaftsführer, die für eine nicht wählbare Partei kein Geld mehr verschwenden wollen. Aber das reicht noch nicht aus. Die von den Linken erfolgreich durchgesetzten Satzungsänderungen wirken sich jetzt aus. Jetzt sind es die Ansichten der Wahlkreisaktivisten, die zählen – im wahrsten Sinne des Wortes.

Oft genug folgt auf die hektische Aktivität eines Wahlkampfes eine Art politischer Dämmerzustand. Nicht so dieses Mal. In der Tat vollzog sich schon in der Woche unmittelbar nach dem Wahltag ein solches Drama, daß der Anlaß selbst fast schon vergessen ist. Vor uns liegt nicht nur ein viermonatiger Wettstreit um die Ämter des Parteiführers und des stellvertretenden Parteiführers der Labour Party. Wir erlebten auch Mrs. Thatchers große Kabinettsumbildung, das Ende von Roy Jenkins als Führer der „Social Democrats“, der nun seinen Platz für David Owen räumen muß, und einen Liberalen-Führer David Steel, der mit seinem Rückzug aus der Politik droht – als Warnung an Dissidenten in der eigenen Partei, die die Partnerschaft mit der SDP in der Allianz gerne beenden möchten.

Bei allen dreien ist die Jugend auf dem Vormarsch. Mrs. Thatcher ernannte mehrere jüngere Minister für hochrangige Ämter, so für die des Schatzkanzlers und des Innenministers. „Die beiden Davids“, David Owen und David Steel, bilden ein junges, aggressives und attraktives Duo. Und bei den Kämpfen in der Labour Party geht es letztlich auch um einen Generationswechsel.

Die Hauptanwärter für die Parteiführung sind (der nicht mehr so junge) Peter Shore, Roy Hattersley, Neil Kinnock und Eric Heffer. Der (rechte) stellvertretende Parteiführer, Denis Healey, steht nicht mehr zur Verfügung. Tony Benn kann im Augenblick natürlich nicht kandidieren, denn er scheiterte bei seiner Wiederwahl in das Unterhaus in jener Nacht der langen Messer. Dasselbe Schicksal teilen übrigens auch Shirley Williams und Bill Rogers, zwei Mitglieder jener „Viererbande“, die die SDP gründeten.

Unter den vier Anwärtern auf die Labour-Führung

können sich Kinnock und Hattersley die besten Chancen ausrechnen, und der eher linke Neil Kinnock hat im Augenblick die Nase vorn. Ihm wird sicherlich das neue Verfahren zur Wahl des Parteiführers durch ein Wahlgremium zugute kommen, das sich aus den drei Gruppierungen der Partei (und nicht, wie zuvor, bloß aus den Abgeordneten) zusammensetzt. In dem Gremium, das auf der Jahreskonferenz im Oktober zu wählen hat, entfallen 40 % der Stimmen auf die Gewerkschaften und je 30 % auf die Abgeordneten und die Wahlkreisparteien. Die letzteren dürften das Zünglein an der Waage bilden und, da sie überwiegend zur Linken zu rechnen sind, den Ausschlag zugunsten von Kinnock geben.

Der jedoch hat keinerlei ministerielle Erfahrung vorzuweisen, ist nicht der Idealkandidat des linken Flügels, da er seit langem ein Gefolgsman von Michael Foot und nicht von Tony Benn ist, und er dürfte nicht stark genug sein (geschweige denn willens), einige der heiligen politischen Kühe Labours zu schlachten. So hat er bereits erklärt, an der Forderung nach einseitiger Abrüstung dürfe nicht gerüttelt werden. Pfliffige Gewerkschaftsführer wirken mit sichtlichem Erfolg auf ein Hattersley/Kinnock-Ticket

hin, wobei der jeweils Unterlegene Stellvertreter des Siegers werden soll. Das hieße, daß beide Kandidaten sich um beide Ämter bewerben müßten. Sonst würde das neue Wahlverfahren darauf hinauslaufen, daß einer der beiden überhaupt kein Amt erhielte. Die anderen drei Kandidaten für das Stellvertreteramt sind außerhalb der Partei kaum bekannt, so daß das vorgeschlagene „Traum-Ticket“ wahrscheinlich die vernünftigste Lösung ist.

Ein Kommentator hat das Ringen um die Parteiführung auf eine knappe Formel gebracht: Hattersley will die Partei zurück zu den Menschen bringen, während Kinnock die Menschen zur Partei zurückbringen möchte. Die beiden Kontrahenten mögen dies vielleicht anders sehen, aber es trifft den Kern der Auseinandersetzung. Was die Partei jedenfalls nicht braucht, ist ein neuer Kompromiß à la Foot, der diesem kongenial sein mag, aber das Land nicht zu überzeugen vermag. Die Partei steht vor dem wohl schwierigsten und bedeutendsten Dilemma seit vielen Jahren. Und von seiner Lösung dürfte Labours Überleben abhängen.

Elizabeth Hartley-Brewer (London)

Irland: Kampagne mit traurigen Konsequenzen

Steht in Irland eine Verschärfung des Abtreibungsverbotes per Volksentscheid bevor?

Am 27. April beschloß der Dail, das Unterhaus des Irischen Parlaments, mit 87 gegen 13 Stimmen bei 64 Enthaltungen einen Verfassungsänderungsvorschlag zur rechtlichen Neuregelung der Schwangerschaftsunterbrechung. Der so akzeptierte Formulierungsvorschlag („Wording“) war ursprünglich von der Regierung Charles Haughey eingebracht und einer vom jetzigen Premierminister, Dr. Garret Fitzgerald, vorgeschlagenen Alternativformulierung vorgezogen worden. Damit fand eine zweijährige parlamentarische und öffentliche Debatte, die mittlerweile zu einer traurigen Farce verkommen war, ihren Abschluß.

Diese Entscheidung muß auf dem Hintergrund eines seit 120 Jahren bestehenden Abtreibungsverbotes gesehen werden, das von der erdrückenden Mehrheit der weit überwiegend katholischen Bevölkerung für

richtig gehalten wird. Hier hat sich kaum eine Stimme für eine Gesetzesänderung oder für eine Freigabe der Abtreibung erhoben. Gleichwohl ist bekannt, daß jährlich rund 5000 irische Frauen in Großbritannien eine Abtreibung vornehmen lassen. Grund sind die Diskriminierung unverheirateter Mütter, sozialer Druck oder wirtschaftliche Not. Es scheint daher kaum Verständnis für die vorgeschlagene Verfassungsänderung zu geben, die zudem eine Reihe sehr handfester Probleme im Norden wie im Süden aufwerfen könnte.

Der vom Dail angenommene Wortlaut, der nun auf dem Weg des Referendums dem Volk zur Entscheidung vorgelegt wird: „Der Staat anerkennt das Recht auf Leben des Ungeborenen und gewährleistet, im Blick auf das gleiche Lebensrecht der Mutter, in seinen Gesetzen, dieses Recht zu respektieren und – soweit praktikabel – durch Gesetze unter Schutz zu stellen und zu verteidigen.“ Diese Formulierung ist als das „Pro-Life Amendment“ bekannt geworden. Die abgelehnte Version wollte, als enger begrenztes Ziel, die bestehenden, in einem Gesetz von 1861 enthaltenen gesetzlichen Verbote bekräfti-

gen, indem festgestellt werden sollte, daß keinerlei Verfassungsänderungen zulässig seien, die auf die Aufhebung des Abtreibungsverbot hinausliefen.

Die Abstimmung im Dail war der zumindest vorläufige Höhepunkt einer Debatte, die bereits erbiterte Formen angenommen hat – mit zunehmend unheilverkündenden Zügen von Charaktermord und persönlichen Schmähungen. Viele Anhänger des „Pro-Life Amendment“ haben offen und in verleumderischer Weise einige oder auch alle ihre Widersacher als „Abtreiber“ oder der „Komplizenschaft“ mit solchen bezichtigt. Politiker wie sogar Labour Party-Vorsitzender Michael D. Higgins erlitten fürchterliche Wahlniederlagen, weil sie sich öffentlich der Verfassungsänderungskampagne entgegengestellt hatten. Tatsächlich verlor Higgins bei der Wahl im November letzten Jahres seinen Sitz im Dail. Diese Entzweiung erreichte ihren Höhepunkt am Tag der Schlußabstimmung im Dail, wo Redner niedergeschrien wurden, Anklagen und Gegenanklagen durch den Plenarsaal flogen.

Begonnen hatte die Verfassungsänderungskampagne 1980, als sich katholische Ärztegruppen und Laienorganisationen darüber empörten, daß in Irland erstmals der Verkauf und die Weitergabe von Verhütungsmitteln gesetzlich zugelassen wurden. Obendrein, so argwöhnten diese Leute, werde der Oberste Gerichtshof womöglich noch die seit 1861 verbotene Abtreibung erlauben. Denn die Aufhebung der bisherigen Verhütungsmittel-Prohibition war durch den Supreme Court angeordnet worden. Kurz vor den Juni-Wahlen 1981 trat dann die sogenannte Pro-Life Amendment Campaign (PLAC) an die großen politischen Parteien heran und ersuchte sie um Unterstützung für eine spezielle Verfassungsänderung. Dr. Fitzgerald für Fine Gael wie auch Mr. Haughey für Fianna Fail sagten umgehend ihre Unterstützung zu. Nur die Labour Party gab keine Stellungnahme oder Erklärung dazu ab.

Während der Koalitionsregierung von Fine Gael und Labour 1981/82 geschah denn auch nichts, um die Verfassungsänderung voranzubringen. Dessen ungeachtet wurde die PLAC-Kampagne weitergeführt. Die darauffolgende Fianna-Fail-Administration hielt sich an ihre Zusage und veröffentlichte noch kurz vor ihrem Sturz im vergangenen November ein entsprechendes Wording in ihrem Sinne. Dieses wurde zwar sofort von Fitzgerald begrüßt und unterstützt, jedoch von Richard Spring, dem Führer der Labour Party, der sein Unbehagen über das Wording ausdrückte, in Frage gestellt. Kurz nach seinem Wahlsieg bekannte Fitzgerald, daß er jenes Unbeha-

gen ebenfalls teile, aber er fühlte sich aus Angst vor negativen Wählerreaktionen nicht imstande, seine Zweifel laut auszusprechen.

Als die Koalitionsregierung im Dezember 1982 in ihr Amt zurückkehrte, wurde der Generalanwalt um eine formelle Stellungnahme gebeten. Er tat dies auch und riet der Regierung, die Haughey-Formulierung aus verschiedenen juristischen und verfassungsrechtlichen Gründen nicht weiter zu vertreten: Ungeklärt sei die Gefahr für das Leben von Müttern, welche sich keinen medikamentösen Behandlungen, die das Leben des Fötus gefährden könnten, unterwerfen möchten. Dieser Einwand führte zur Veröffentlichung des Fine-Gael-Vorschlags, der jedoch nicht die einmütige Unterstützung der Labour Party erhielt. Denn viele Mitglieder und Funktionäre der Labour Party betrachteten die ganze Verfassungsänderungskampagne als denkbar ungeeignetes und entzweielndes Vorgehen in diesem sensiblen Problemkomplex.

Die Umrittenheit der Verfassungsänderungskampagne hat weitere Kreise gezogen. Quer durch die politischen Parteien geht ein Riß zwischen den Befürwortern eines der beiden Formulierungsvorschläge und den Gegnern der gesamten Kampagne überhaupt. Dennoch ist es der Fianna Fail, entsprechend ihrer widersprüchlichen Tradition, gelungen, ihre Mitglieder auf ihren eigenen Formulierungsvorschlag einzuschwören. Und diese Einheit gab denn auch im Dail angesichts der Uneinigkeit der anderen Parteien den Ausschlag. Gespalten sind auch die Kirchen: während die Katholische Kirche das Fianna Fail-Wording unterstützt, rufen alle Protestantischen Kirchen die Politiker dazu auf, von dem ganzen Vorhaben abzulassen, da es unnötig sei und sich möglicherweise schädlich auf die Beziehungen der Religionsgemeinschaften und der Landesteile zueinander auswirke. Die anglikanischen Erzbischöfe von Armagh und Dublin, zwei der führenden ökumenischen Theologen des Landes, haben in ausführlichen Erklärungen die Verfassungsänderung abgelehnt. Die Zwietracht hat schon die Kirchengemeinden erfaßt und gibt jedem, der eine humane und solidarische Gesellschaft in Irland verwirklichen will, Anlaß zu tiefster Sorge.

Je mehr sich die ganze Affäre ihrem politischen Höhepunkt, dem Referendum, nähert, desto klarer wird es, daß mit ernststen politischen Folgen gerechnet werden muß:

1. Der ganze Vorgang hat die Macht einer kleinen, organisierten Pressure Group in Irland offenbart. Die PLAC war in keiner Weise repräsentativ, aber sie hatte ein Thema aufgegriffen, das wie kein anderes

dazu geeignet ist, die Emotionen in einer katholischen Gesellschaft aufzupletschen.

2. Das politisch-parlamentarische System Irlands wurde in ein schlechtes Licht gerückt: Es blieb das Bild einer schwachen politischen Führung und ein dickes Fragezeichen hinter der Fähigkeit des Dail, ein solches emotionsbeladenes Problem besonnen und durchdacht zu bewältigen.

3. Die Position des Premierministers Dr. Fitzgerald wurde aufgrund seiner Unfähigkeit, die Einheit seiner Fine Gael aufrechtzuerhalten und die Bevölkerung von der Richtigkeit seines Urteils über die alternativen Wordings zu überzeugen, empfindlich geschwächt.

4. Alle Hoffnungen auf die Entwicklung einer pluralistischeren und offeneren Gesellschaft in Irland, wie sie Garret Fitzgerald 1980 bis 1982 in seinen Reden geweckt hatte, haben auf lange Jahre hinaus einen Rückschlag erlitten und müssen einer Desillusionierung weichen.

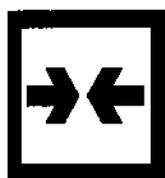
5. Die Auswirkungen der gesamten Kampagne auf die Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden Irlands sind sehr schwierig zu kalkulieren. Das

klassische Argument der (nordirischen) Unionisten, daß der Süden von überkommenen katholischen Anschauungen beherrscht werde, ist kräftig untermauert worden.

Diese traurigen Konsequenzen sind von vielen Führern der irischen Arbeiterbewegung klar erkannt worden. Spitzenparlamentarier der Labour Party, viele Gewerkschaftsführer und der Irische Gewerkschaftsbund haben deutlich gegen die Verfassungsänderung Position bezogen und versuchen die Bevölkerung dazu zu bewegen, beim Referendum mit „Nein“ abzustimmen. Im Kontext des Kampfes um eine pluralistische und fortschrittliche Gesellschaft im Irland der 80er Jahre betrachten sie dies als eine der entscheidenden Auseinandersetzungen.

Eines scheint sicher: das Thema Abtreibung – über lange Jahre etwas, über das man in Irland nicht sprach – ist jetzt in aller Munde und in aller Bewußtsein. Niemals mehr wird es möglich sein, es wieder bequem in den Hintergrund zu drängen oder seine Bedeutung als ein soziales Problem herunterzuspielen.

Tony Brown (Dublin)



KRITIK

Die Chancen der Krise
Über die Zukunft des Liberalismus
von Ralf Dahrendorf
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983, 240 S., DM 26,-

Richtig! Der Herr im feinen Tuch auf dem Buchumschlag, der so übertrieben seriös und distinguiert dreinschaut wie ein britischer Sir, ist auch (fast) einer: Ralf Dahrendorf, einst (wie er selbst zugibt) sozialdemokratische Karteileiche, hat Ende der

60er Jahre in der FDP eine kompetente Polit-Karriere hinter sich gebracht und ist – als Sir Ralf gewissermaßen – seit 1974 Direktor der London School of Economics and Political Science.

Im nächsten Jahr möchte Sir Ralf wieder in die Politik einsteigen, als baden-württembergischer Landtagsabgeordneter. Gebraucht wird er allemal: Als im letzten Jahr die programmatischen Vordenker der Liberalen reihenweise der FDP den Rücken kehrten, war man im Thomas-Dehler-Haus um ein liberales Aushängeschild unversehens arg verlegen. So verfiel man auf Sir Ralf, den man auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen eine programmatische Rede halten ließ und den es nach längerem Schweigen nun drängt, „Die

Chancen der Krise“ auszuloten bzw. (so der Untertitel des Buches) „Über die Zukunft des Liberalismus“ zu sinnieren.

Was dabei herausgekommen ist – offensichtlich wider Willen des Verfassers –, ist nichts weniger als die nachträgliche argumentative Rechtfertigung der „Wende“-Politik der FDP oder, anders gesagt, der pseudolinke ideologische Überbau für eine handfeste konservative Interessenpolitik.

Als erfahrener Publizist stellt Sir Ralf das dramatische Crescendo gleich voran: Wir stehen inmitten einer welthistorischen Zäsur, eines säkularen „Themenwechsels“, – am „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“. Nicht daß dieses Jahrhundert ausschließlich oder auch nur

maßgeblich von der SPD geprägt worden wäre. Wenn es überhaupt „ein besonderes Verdienst von Sozialdemokraten im parteipolitischen Sinne“ gegeben hat, dann dieses: „Sie vor allem haben das, was wir etwas lose Demokratie nennen, durchgesetzt und verteidigt.“

Nein, meint Sir Ralf, dieses Jahrhundert ist in erster Linie durch einen über alle Parteigrenzen hinausreichenden Konsens geprägt worden, den er „sozialdemokratisch“ nennt: „In seinen besten Möglichkeiten war das Jahrhundert sozial und demokratisch. An seinem Ende sind wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden. Wir haben alle ein paar Vorstellungen in uns aufgenommen und um uns herum zur Selbstverständlichkeit werden lassen, die das Thema des sozialdemokratischen Jahrhunderts definieren: Wachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat, Internationalismus.“

Doch jetzt stecken wir sichtlich in der Krise, und da passen die sozialen Flausen nicht mehr so recht in die Landschaft. Denn die vermaledeite Krise hat dieser schönen sozialdemokratischen Welt den Boden entzogen: „Ohne Wachstum gibt es keine sozialdemokratische Gesellschaft.“ Weil es nämlich – bliebe hinzuzufügen – nichts mehr zum Umverteilen gibt. Umverteilt soll sogar wieder eingesammelt werden. Deshalb geht es auch gleich dem bißchen verwirklichter Chancengleichheit in der Gesellschaft („progressive Besteuerung und Minimallohn, Gesamtschule und ein Bürgerrecht auf Bildung, nationales Gesundheitswesen und Grundversorgung“ nennt Dahrendorf als herausragende Beispiele) an den Kragen: „Was geschieht, wenn die Aufrechter-

haltung dieses Niveaus sich nicht mehr finanzieren läßt, sei es aus Geldmangel, sei es, weil dieser Prozeß selbst immer wieder teurer wird?“

Die Antwort bleibt Dahrendorf freilich schuldig. Er sucht statt dessen – zum Beispiel in der Rentenversicherung – überall nach „einer neuen Verbindung von Gemeinschaftsleistung und Eigenleistung“. Was der Rentenversicherung fehlt, sollen die Arbeitnehmer dann wohl über private Zusatzversicherungen aus der eigenen Tasche zahlen. Leider ist das eine volkswirtschaftliche Milchmädchenrechnung. Abgesehen davon, daß die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer ja keine „Gemeinschaftsleistung“, sondern bereits eine „Eigenleistung“ sind.

Die Herstellung von mehr Chancengleichheit für „Arbeiterkinder, Kinder in ländlichen Gebieten, Kinder aus anderen benachteiligten Familien“ war zweifellos eine gute Sache. „Aber ist das“, fragt Sir Ralf, „heute noch in derselben Weise erforderlich?“ Erst einmal ist ihm des Guten genug getan worden. Die nachfolgenden Generationen dieser sozialen Gruppen sollen sich wieder mit dem vorherigen Zustand bescheiden: „Kürzungen“ beim BaFög bzw. „Einführung eines Darlehenssystems“, aber auch „Studiengebühren“ werden empfohlen.

„Grenzen der kollektiven Verpflichtung“ macht der Liberale „besonders“ im Gesundheitswesen aus. Zur Illustration muß einmal mehr – wie könnte es anders sein? – die Kur in Abano Terme herhalten, die es nicht mehr gibt. Daß in erster Linie die Praktiken der Pharmakonzerne und der allesverschreibenden Ärzteschaft zur Kostenexplosion

beigetragen haben, kommt Dahrendorf nicht in den Sinn.

Ein Musterbeispiel für anzustrebende Entstaatlichung ist für Sir Ralf die teilweise berufsständisch organisierte Hochschulausbildung in Großbritannien: Ausbildung, Examensprüfung und Zulassung etwa von Anwälten erfolgt durch die berufsständische Vereinigung. Ein Modell ganz nach dem Geschmack jener deutschen Mediziner, die unlängst wieder lautstark gefordert haben, die „Ärzteschwemme“ müsse drastisch eingedämmt werden, weil sonst die „Qualität der ärztlichen Versorgung“ (= Selbstversorgung mit Honoraren?) gefährdet wäre.

In der „Marktgesellschaft“ sollen viel mehr bisher staatliche Aufgaben „lokalen Initiativen“ Privater übertragen werden. Als Beispiele nennt Dahrendorf nicht nur Arbeitsfelder wie Stadterneuerung, Kunst- und Kulturaktivitäten, sondern auch „Ausbildung in Karate und anderen Selbstschutz-Methoden“. Wer denkt da nicht gleich an die Privatpolizeien und Bürgerwehren, wie sie in den USA bereits ihr Unwesen treiben?

Dahrendorfs Beispiele sind keine Mißgriffe. Sie liegen durchaus in der Logik eines liberalen Denkens, welches die „Entstaatlichung“ zum dogmatischen, abstrakten, universalen Prinzip erhebt. Entscheidend ist nicht, was, sondern daß entstaatlicht wird: „Was immer mit nichtstaatlichen Mitteln getan werden kann, sollte so getan werden.“ Dieser Grundsatz soll „am Rande der staatlichen Ordnung“ gelten. Aber wo beginnt die nichtstaatliche Ordnung, wo hört die staatliche auf? Das Kriterium der Definition scheint bei Dahrendorf kein politisches, sondern ein

ökonomisch-technokratisches zu sein.

Dahrendorf unternimmt keine saubere Grenzziehung. Selbstverständlich wird er nicht Kernbereiche der staatlichen Ordnung wie die Landesverteidigung privatisieren wollen. Aber wie steht es etwa mit der staatlichen Arbeitsvermittlung? Das Vermarkeln von Arbeitsplätzen, sagen wir: gegen eine Provision in Höhe des zweieinhalbfachen Bruttomonatsgehalts, wäre ja ein durchaus einträgliches liberales Berufsfeld.

Die liberale Devise „Im Zweifel für die Freiheit“ reicht für Dahrendorf nicht mehr hin. Er will sie ergänzen durch „Im Zweifel gegen die Gleichheit“. Anders gesagt: Lieber zurück in eine privilegiertengesellschaft als vorwärts in eine egalitäre Gesellschaft.

Damit der Leser noch gute Miene zum bösen Spiel macht, bekommt er gratis von Sir Ralf die illiberale Schreckensvision einer konservativen Alleinherrschaft ausgemalt: Es würde „zum erstenmal ernsthaft in die Tarifhoheit eingegriffen“; die „Zukunftsgewonnenen“ würden „systematisch vernachlässigt“; das Arbeitslosengeld würde gekürzt; „die Abschaffung aller Formen der Unterstützung für junge Leute“ ginge einher „mit einer Offensive in Sachen law and order“; eine illiberale Ausländerpolitik würde eingeschlagen und eine „ausgiebige Datensammlung“ betrieben; gegenüber den USA ginge man „zur bewußten Satellitenpolitik“ über. Düstere Prophetie ist das allerdings nicht mehr. Eher eine Charakteristik christlich-liberaler Politik.

Den Liberalen Dahrendorf schreckt die „Jonestown“-Perspektive, die sich nach seiner

Auffassung hinter manchen Antworten auf die Krise verbirgt, – eine Anspielung auf jenen kollektiven Selbstmord der Sekte des Reverend Jones in Guyana vor einigen Jahren. Ins Politische übertragen, spricht Dahrendorf von „Thatchertown“, „Epplertown“ und „Kellytown“, den drei gefährlichen wirtschaftlichen, sozialen bzw. politischen „Patentlösungen“, die angeboten werden. Sir Ralf bietet eine vierte an, „die liberale Perspektive“: *Lambsdorfftown*. Statt des von ihm heftig attackierten roten oder grünen „Lehrersozialismus“ auf der einen und des „Maklerkonservatismus“ auf der anderen plädiert er gewissermaßen für einen Zahnärztliberalismus.

Wer heute noch dem „sozialdemokratischen Konsens“ anhängt, erklärt der sich als Vertreter des „aktiven und fortschrittlichen Liberalismus“ führende Dahrendorf, vertritt „die eigentlich konservative Position unserer Zeit“. Nicht-konservativ, ja revolutionär – wenn auch als solcher noch verkannt – ist da nur einer: „In gewisser Weise“, verrät uns Sir Ralf am Schluß gleichsam augenzwinkernd, „ist der Graf Lambsdorff des Lambsdorff-Papiers, also der Theoretiker und nicht der Politiker, von diesem Konsens weiter entfernt als Franz Josef Strauß.“

Rainer Diehl

Gelstig frei und niemandes Knecht
Rosa Luxemburg – Paul Levi
Politische Arbeit und persönliche Beziehung
von Sibylle Quack
Mit 50 unveröffentlichten Briefen
Verlag Kiepenheuer & Witsch,
Köln 1983, 297 S., DM 48,-

„Immer noch ist es in der Wissenschaft kalt wie am Nordpol, werden Gefühle, Wärme wie Schmerz, ausgespart, als hätten sie nichts mit der menschlichen Geschichte zu tun.“ Dies ist die Kritik der Autorin an der heutigen Geschichtsschreibung, eine in vielen Fällen berechtigte. In ihrer eigenen Arbeit ist sie bestrebt, „die Trennung von privater und politischer Sphäre möglichst zu vermeiden, aber auch den zeitgeschichtlichen Zusammenhang nicht zu vernachlässigen“ (S. 14). Sie hat dafür zwei Gestalten der Arbeiterbewegung gewählt, deren Persönlichkeit faszinierend war und deren politisches Format das ihrer Gesinnungsgenossen überragte. Sibylle Quack tat gut daran, den ausführlichen biographischen Teil Paul Levi zu widmen, der von der Geschichtswissenschaft zu wenig beachtet und häufig einseitig behandelt wurde, während Rosa Luxemburg vor allem in Paul Frölich und Peter Netti vorzügliche Biographen fand. Doch obwohl sich die Autorin auf den Lebensabschnitt Rosa Luxemburgs beschränkt, in dem sie auf engste mit Paul Levi verbunden war, ist sie es, die den eigentlichen Mittelpunkt dieses Buches bildet.

Sibylle Quacks Vorhaben, „menschliche Geschichte“ zu schreiben, und dessen Gelingen wurde durch ihr Finderglück begünstigt: Sie entdeckte bei ei-

nem Neffen Paul Levi in den USA fünfzig Briefe Rosa Luxemburgs an Paul Levi aus dem Jahre 1914. Sie hat sie in ihrem Buch ausgewertet und, mit erläuternden Bemerkungen versehen, ungekürzt veröffentlicht. Diese Briefe, inmitten einer unglaublich intensiven politischen Tätigkeit geschrieben, sind Dokumente der Liebesbeziehung zwischen Rosa Luxemburg und Paul Levi, die offenbar selbst vor deren engsten Freunden geheim gehalten worden war.

Paul Levi, Sohn eines wohlhabenden jüdischen Kaufmanns, trat als junger Jurist in Frankfurt der SPD bei. Anfang 1914 übernahm er die Verteidigung Rosa Luxemburgs in den politischen Prozessen, in denen es um ihre antimilitaristischen Äußerungen ging und die mit ihrer Verurteilung endeten. Über die Bedeutung der so entstandenen Freundschaft schreibt Sibylle Quack, Levi sei bis zur Begegnung mit Rosa Luxemburg „ein begabter Anwalt und ein engagierter, differenziert denkender Politiker gewesen“, unter ihrem Einfluß habe er sich „zu einem radikalen Kämpfer“ entwickelt, „der vorübergehend die Kraft für eine Führerrolle hatte und sie – immer im Namen Rosa Luxemburgs – auch wahrnahm“ (S. 99). Ende 1918 gehörte Levi zu den Gründungsmitgliedern der KPD, ihr Vorsitzender wurde er nach der Ermordung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches. Wegen seiner Kritik an der putschistischen Politik der Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen, trat Levi 1922 wieder der SPD bei. Fünf Jahre lang gab er eine eigene Korrespondenz heraus, „Sozialistische Politik und Wirtschaft“, die das Organ der innerparteilichen

Opposition in der SPD wurde. 1928/29 erregte Levi Aufsehen durch seine Reden gegen den Kriegsgerichtsrat Jorns, der die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gedeckt hatte: In einem von Jorns angestregten Prozeß gegen den Redakteur einer linken Zeitschrift war Levi der Verteidiger des Redakteurs und wurde zum leidenschaftlichen Ankläger nicht nur des Klägers, sondern der Justiz der Weimarer Republik insgesamt. Am 9. Februar 1930 starb Paul Levi, siebenundvierzigjährig, durch einen Sturz aus dem Fenster – ungeklärt blieb, ob es ein Unfall oder Selbstmord war.

Mit Levi verlor die Linke in der SPD ihren geistvollsten Kopf, das republikanische Deutschland einen seiner glänzendsten Anwälte. Schon 1922 schrieb Levi: „Ein Aufgeben der demokratischen Republik bedeutete für das Proletariat... Reaktion im blutigsten Sinne des Wortes und eine völlige Zerstörung des Bodens, auf dem die Arbeiterklasse politisch sich in legaler Form betätigen kann.“ (Zitiert S. 179) Diese Erkenntnis – im Rückblick erscheint sie prophetisch – mußte ihn mit der KPD entzweien und sie hat auch seine Haltung in der SPD bestimmt. Ob jedoch die Positionen, die Levi zu den jeweils zur Entscheidung stehenden Fragen einnahm, die Sozialdemokratie in ihrer Rolle als wichtigste Stütze der Republik tatsächlich stärkte, wird von Sibylle Quack nicht im einzelnen untersucht. Ihre mit Sympathie und Wärme geschriebene Doppelbiographie handelt vor allem vom Wesen und Wollen ihrer beiden großen Gestalten. Das und die Briefe Rosa Luxemburgs machen den Wert und den Reiz dieses Buches aus.

Nach seiner Anlage und seinem Duktus war es wohl unvermeidlich, daß die kritische Auseinandersetzung mit der politischen Wirkung Rosa Luxemburgs und Paul Levis darin zu kurz kam.

Susanne Miller

Dichter ohne Vaterland
Gespräche und Aufsätze zur Literatur von Harjo Kesting
Verlag J. W. Dietz Nachf., Berlin/
Bonn 1982, 217 Seiten, DM 24,80

Das NS-Regime hat – ganz unmitttelbar oder doch wenigstens mittelbar – zahllose individuelle Biographien aus vielen Jahrgängen geprägt und nachhaltig beeinflusst; auch Autoren. Daß diese gemeinsame Erfahrung bei aller sonstigen Verschiedenheit im einzelnen – auch eine gemeinsame Literaturkonzeption geschaffen hat, die Literatur als Widerstand nicht nur gegen die Vergangenheit begreift, sondern vor allem gegen eine Gegenwart, die diese Vergangenheit verdrängt oder vergessen hat; eine Auffassung von Literatur, die dabei die Spannung zwischen Schreiben und Handeln, Ästhetik und Engagement, Literatur und Politik nicht aufhebt, sondern im Werk selbst austrägt und damit sichtbar macht, – das, in aller Kürze, ist die These, die Harjo Kestings Sammlung von Gesprächen, Aufsätzen und Rezensionen (entstanden zwischen 1975 und 1981) zur Nachkriegsliteratur zugrunde liegt.

Behandelt werden Axel Eggebrecht (1899), Jean Améry (1912), Alfred Andersch (1914), Stephan Hermlin (1915), Peter Weiß (1916), Wolfgang Hildesheimer (1916), Heinrich Böll (1917), Erich Fried (1921) und Hans Magnus Enzensberger (1928). Jedoch nicht die Chronologie

der Autoren, sondern die allmähliche Entfaltung des Themas bildet das Gliederungsprinzip des Bandes.

Er beginnt mit einer gescheiterten Hoffnung, mit Hermlins Versuch, durch seinen Beitritt zur KPD „den Sinn höher zu stellen als das Wort“, zugleich aber auch politisches Engagement und künstlerischen Anspruch miteinander zu versöhnen; der Anfang einer langwierigen Auseinandersetzung, deren Vergeblichkeit Hermlin später präzise beschrieben hat: „Ich konnte, wenn ich das Vergangene überschlug, nicht davon absehen, daß das vergebliche Ringen um eine gar nicht wünschenswerte Übereinstimmung in einer falsch gestellten Frage mich in dreißig Jahren viel Kraft gekostet, vielleicht auch daran gehindert hatte, mehr und Besseres zu geben.“ Am Ende schließlich stehen die drei Bände der „Ästhetik des Widerstandes“ von Peter Weiß, in denen, so Kesting, die Geschichte der Klassenkämpfe gleichberechtigt neben der der Kunst steht, der Gegensatz von Ästhetik und Engagement aufgehoben, die Synthese geglückt ist, – freilich nur im Roman, nur in der Literatur: „Sie allein ist . . . der Ort, wo die konkrete Utopie sich zu realisieren vermag, die Möglichkeit des Anderen.“

Durchweg gelingen Kesting einfühlsame, nachdenkliche und textgenaue Interpretationen, erweisen sich die Fragestellungen als fruchtbar, weiterführend und der Komplexität des behandelten Gegenstandes angemessen. Besonders eindrucksvoll sind dabei die Beiträge zu Alfred Andersch und – Höhepunkt des Bandes – zu Jean Améry: Hier bewährt sich die an Sartre geschulte Betrachtungsweise des Autors in besonderem Maße.

Von der Kritik bislang ignoriert, gehört das Buch gleichwohl zu den wichtigen literaturkritischen Veröffentlichungen der letzten Jahre.

Theo Meier-Ewert

Stationierung und Grundgesetz. Was sagen Völkerrecht und Verfassungsrecht zu neuen Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) in der Bundesrepublik?
von Wolfgang Däubler
Rowohlt Taschenbuchverlag,
Hamburg 1982, 222 S., DM 8,80

Seit im Dezember 1979 die NATO-Mitgliedsstaaten in Brüssel den NATO-Nachrüstungsbeschluss gefaßt haben, ist die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu einer der wichtigsten innenpolitischen Fragen geworden. Über das Spannungsverhältnis „Grundgesetz und Verteidigungsplanung“ wird verstärkt nachgedacht. Der Art. 26 GG ist in der Diskussion. Nach Ansicht so namhafter Juristen wie Martin Hirsch, Ulrich Klug, Erich Küchenhoff u. a. besagt Art. 26 GG in Übereinstimmung mit Art. 39 der UN-Charta, daß schon die Androhung militärischer Gewalt gegen einen anderen Staat mit dem Zweck, gegen seinen Willen den bestehenden Zustand zu ändern, verboten sei.

Däubler, Professor an der Universität Bremen für Arbeits-, Handels- und Wirtschaftsrecht, kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, daß die Nachrüstung gegen das Gebot der „Friedensstaatlichkeit“ des GG (Art. 26) verstoße, außerdem gegen die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, da eine fremde Macht sich den Einsatz atomarer Waffen vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus vorbehalte. Das „Freiheitlichkeits-Gebot“ des GG und die vom Bundesverfassungsgericht herausgearbeitete Pflicht des Staates zur Selbstverteidigung läßt

Däubler außer Betracht. Er warnt freilich davor, von dem Widerstandsrecht gegen verfassungswidrig ausgeübte Staatsgewalt (Art. 20, Abs. 4 des GG) Gebrauch zu machen, bevor das Bundesverfassungsgericht sich zu der Frage der Nachrüstung abschließend geäußert habe.

Wenig Verständnis für derlei Besorgnisse zeigten die Völkerrechtler des Auswärtigen Amtes. Die Bezugnahme auf das GG gehe offenbar von der falschen, tendenziösen Unterstellung aus, die Bundesregierung und ihre Bündnispartner bereiteten einen Angriffskrieg vor. Das AA brachte in einer Art Replik die offizielle Rechtsansicht auf die Formel: Alle „Verteidigungs- und Abschreckungswaffen der NATO“ dienen „unterschiedslos der Kriegsverhütung“ und störten „keinesfalls das friedliche Zusammenleben der Völker“. Auch der Bundesminister der Justiz sieht in der gegenwärtig geführten Diskussion keine Verletzung des Art. 26 GG.

Neben dem Problemkreis „Stationierung neuer Waffensysteme und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland“ setzt sich Däubler insbesondere mit der Problematik der Vorbereitung eines „Angriffskrieges“ auseinander. In dem „Nachrüstungsbeschluss“ sieht er diese Gefahr für gegeben an. Die einschlägigen Kommentare lassen hier viele Fragen offen. Auf diesem Gebiet konkrete Aussagen zu treffen ist schwierig. Denn tatsächlich sind viele Maßnahmen, die einen Verteidigungskrieg möglich machen sollen, von den Maßnahmen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges in nichts verschieden, ja mit ihnen identisch. Bei der Beurteilung all dieser Fragen ist aber der „politische Wille“ entschei-

dend! Insgesamt eine diskussionswürdige Studie, die den Versuch unternimmt, den juristischen Spielraum von „Strategieplanung“ aufzuzeigen.

Heinz Brill

Sicherheitspolitik am Scheideweg?
von Dieter S. Lutz (Hrsg.)
Nomos Verlagsgesellschaft,
Baden-Baden 1982, 780 S.,
DM 39,-

Zusammen mit dem Nomos-Verlag hat die Bundeszentrale für politische Bildung einen Sammelband (als Band 191 der Schriftenreihe) veröffentlicht, der einen hervorragenden Überblick über die Themen, Ansätze, Positionen und Perspektiven der hierzulande ausgetragenen sicherheitspolitischen Diskussion bietet. In über 30 Beiträgen kommen Autoren zu Wort, die sich von unterschiedlichen Blickwinkeln aus und mit unterschiedlichen, z. T. auch gegensätzlichen Ergebnissen zwei Ausgangsfragen stellen: Welche Gefahren drohen heute dem Weltfrieden, und welche Chancen und Mittel sind uns verblieben, sie abzuwenden und den derzeitigen Zustand des Nicht-Krieges (manche der Autoren würden sagen: Noch-Nicht-Krieges) in einen wirklichen, d. h. gerechten und abgerüsteten Frieden zu überführen?

Wer die Mühe und Zeit aufbringt, sich durch die mehr als 750 Seiten zu arbeiten, sollte nicht erwarten, auf diese beiden Fragen eine abschließende Antwort zu erhalten. Aber was der Leser finden wird, sind Informationen und Interpretationen,

die helfen, sich sachkundig zu machen, eigene Auffassungen zu überprüfen und andere Meinungen kritisch hinterfragen zu können. Das ist viel, wenn man bedenkt, daß z. B. die Debatte um nukleare Vor-, Nach-, Ab- und Umrüstung selbst für den interessierten Laien in ihren militärstrategischen und politischen Verzweigungen kaum noch überschaubar und verständlich ist.

Aber auch derjenige, der nicht alle Beiträge lesen kann, wird in dem Sammelband ein vorzügliches Nachschlagewerk finden. Wenn das Buch auch bedauerlicherweise kein Stichwort-Verzeichnis enthält, eröffnet es durch seine thematische Vielfalt doch die Möglichkeit, sich zu einzelnen Fragen schnell auf den Stand der Diskussion zu bringen. Wer sich über die militärstrategischen Vorstellungen in Ost und West informieren möchte, kann dies bei Klaus von Schubert („Sicherheitsvorstellungen und Militärstrategien im Ost-West-Konflikt“), Hans Rattinger („Strategie-Interpretationen und Rüstungskontrollkonzepte“) und Fritz Birnstiel („Krieg oder Frieden in Europa?“) tun. Wer glaubt, über den NATO-Doppelbeschluß zwar viel gehört zu haben, über seine militärstrategischen und rüstungskontrollpolitischen Hintergründe aber eigentlich wenig zu wissen, der sollte die Beiträge von Gerhard Wettig („Sowjetische Sicherheitspolitik im Zeichen des Kampfes gegen die Nachrüstung“), Alfred Mechtorsheimer („Hat Rüstungskontrolle noch eine Chance?“) und Wolfgang Heisenberg („Rüstungskontrolle und nukleare Mittelstreckenwaffen“) lesen. Wer sich mit Alternativvorschlägen zur herrschenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik

beschäftigen möchte, sollte an Peter Bender („Politik statt Rüstung“), William Borm („Thesen zu einer europäischen Friedensordnung 1990“) und Dieter S. Lutz („Sicherheit und Frieden durch Neutralität?“) nicht vorbeigehen. Und wer schließlich die friedenspolitischen Vorstellungen führender SPD-, CDU- und FDP-Politiker kennenlernen möchte, sollte dazu auf die Beiträge von Klaus von Dohnanyi („Deutsche Friedenspolitik zu Beginn der 80er Jahre“), Alois Mertes („Sicherheitspolitik für die 80er Jahre“) und Jürgen W. Möllemann („Politik der Friedenssicherung der sozialliberalen Koalition“) zurückgreifen.

Trotz dieses Themenspektrums, für dessen ganze Breite und Tiefe die aufgeführten Beiträge nur beispielhaft genannt wurden, muß der Leser jedoch eines selbst tun: sich ein politisches Urteil bilden. Das freilich gelingt eher und läßt sich in Diskussionen besser vertreten, wenn man von dem informativen und argumentativen Angebot dieses Sammelwerks Gebrauch gemacht hat und immer wieder macht.

Eckhard Lübke